

9./10. 1918

1

L 70000
 37
 1918
 9./i. - 10./xi.
 Appr. K.
 Kohlen

Die Beteiligung der Gemeinde Wien an dem Dziedicher Kohlenwerk] Heute liegt der Bericht des Magistrats über die Anträge wegen Beteiligung der Gemeinde Wien am Dziedicher Kohlenwerk vor. Der Bericht teilt mit, daß die Allgemeine Depositenbank im Jahre 1916, nachdem sie den größten Teil der Auzer der Dziedicher Montangewerkschaft in ihren Besitz gebracht hatte, wegen einer eventuellen Beteiligung an dieser Gewerkschaft mit der Gemeinde in Fällung getreten sei, derart, daß die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft verwandelt wird und die Gemeinde die Mehrheit der Aktien erwerben soll. Der Kohlenbedarf der Gemeindeverwaltung und der städtischen Unternehmungen beträgt rund 1.100.000 Tonnen jährlich, wovon der größte Teil auf den Verbrauch der städtischen Gaswerke entfällt. In dem Kohlenterrain der Dziedicher Montangewerkschaft wurde das Vorkommen von Gasohle durch Bohrungen bereits festgestellt. Das in Oesterreichisch-Schlesien gelegene Kohlenbergwerk könne als Fortsetzung des oberschlesischen Kohlenbergwerks bezeichnet werden; schon in den oberen Schichten sei die Kohle gleichwertig preussisch-schlesischen Mittelmarken, in den tieferen Schichten werde sich die Qualität der Kohle jedoch wesentlich bessern. Nach dem Gutachten der Sachleute können die Anlagen derart ausgebaut werden, daß die Förderung 1.500.000 bis 2 Millionen Tonnen jährlich beitragen wird, wodurch neben der Deckung des eigenen Bedarfes auch ein ganz bedeutender Teil des Kohlenbedarfes der Bevölkerung sichergestellt wäre. Nach der Erschließung der tiefer gelegenen Schichten, welche Arbeiten allerdings einige Jahre in Anspruch nehmen werden, werde bei der von den Sachmännern konstatierten Mächtigkeit der Kohlenflöze so viel gefördert werden können, daß der Bedarf der Gemeinde auf Jahrhunderte hinaus als gesichert bezeichnet werden kann. Die Kosten des Erwerbes der Dziedicher Montangewerkschaft stellen sich auf 19,5 Millionen Kronen, wovon die Gemeinde mit 60 Prozent beteiligt ist. In den nächsten Jahren werden noch größere Beträge investiert werden müssen. Die Deckung der erforderlichen Kosten werde in dem Ansehen vom Jahre 1908 gefunden werden, in dessen Investitionsprogramm schon ein namhafter Betrag für die Erwerbung eines Kohlenbergbaues eingesetzt war. Zur Vorbereitung und Ueberprüfung der ganzen Angelegenheit hat der Stadtrat im November des Vorjahres ein Komitee eingesetzt, welches durch wiederholte Verhandlungen nicht nur den Uebernahmepreis der Gewerkschaft um mehrere Millionen Kronen ermäßigt, sondern auch jene Sicherungen geschaffen hat, durch welche die Interessen der Gemeinde in jeder Beziehung gewahrt werden. Ueber diese Angelegenheit erstattete Stadtrat Schmid in der heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters

Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung ein eingehendes Referat. Das Uebereinkommen wurde vom Stadtrat einstimmig genehmigt.

Der Kohlenverkauf in Wien.

Neue Küchenbrandarten ab 2. Juni. — Einschränkung der „Bevorrätigung“. — Amtliche Einlagerungsscheine zum Bezug von Vorratskohle.

Zu den nächsten Tagen werden zwei Magistrats-Erlassungen erscheinen, welche die Neuausgabe der Küchenbrände sowie die Einlagerung von Wintervorräten regeln. Die neuen Küchenbrandarten, deren Gültigkeit mit 2. Juni beginnt, werden durch die zuständigen Brot- und Mehlkommissionen ausgegeben, und zwar für Wohnungen mit den Anfangsbuchstaben A bis F am 21. d., G bis J und L am 22. d., K, M bis O am 23. d., P bis R, S, St am 24. d., und Sch, T bis Z am 25. d. Weiters verfügt diese Kundmachung auch eine Erhöhung der Zuweisungen, da Haushalte mit 7 bis 10 Haushaltsangehörigen $1\frac{1}{2}$, mit 11 und mehr Personen 2 ganze Küchenbrände erhalten. Ueberdies erhalten sämtliche Haushalte für jedes Kind bis zum ersten Lebensjahre eine halbe Küchenbrandarte. Was die Einlagerung von Wintervorräten anlangt, mußte die Behörde zunächst ihr Augenmerk darauf lenken, daß der laufende Bedarf gedeckt ist. Erst der Ueberchuß des Kohleneinkaufes darf zu Einlagerungszwecken herangezogen werden. Das Publikum wird daher aufgefordert, alle jene Kohlenhändler, welche die jeweils geltenden Wochenabschnitte der Küchenbrandarten nicht einlösen, sofort dem Kohlenkommissär des zuständigen magistratischen Bezirksamtes anzuzeigen, um die Behörde in die Lage zu versetzen, diesem Uebelstande abzuhelfen, eventuell die Bewilligung zur Lieferung von Vorratskohle zeitweise, eventuell ganz zu sistieren. Die „Bevorrätigung“, wie das neue Wort lautet, wird eingeschränkt: Auf private Haushaltungen; auf Kranken-, Wohlfahrts- und Fürsorgeanstalten, Schulen und andere im besonderen öffentlichen Interesse betriebenen Anstalten sowie auf die in Privatgebäuden vorhandenen und zur Benutzung zugelassenen Zentralheizungen. Zum Bezuge von Vorratskohle werden amtliche Einlagerungsscheine mit der Gültigkeitsdauer vom 19. d. bis 12. Oktober, und zwar besondere Scheine für Haushalte und für Anstalten und Zentralheizungen ausgeben. Privathaushalte: Die Parteien haben sich zunächst eine schriftliche, von der Behörde vidierte Belieferungserklärung von jenem Händler zu beschaffen, welcher die Vorratslieferung in Aussicht gestellt hat. Mit dieser Erklärung ist bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission während der gewöhnlichen Amtsstunden der Einlagerungsschein zu beheben, welcher sodann nach Ausfüllung der vorgesehenen Rubriken der Lieferfirma zu übergeben ist. Innerhalb acht Tagen nach erfolgter Lieferung, jedoch spätestens am 30. Oktober l. J., ist sodann der Stamm des Einlagerungsscheines, welcher zu diesem Zwecke vom Händler wieder auszufolgen ist, der Brot- und Mehlkommission zurückzustellen. Anstalten und Zentralheizungen: Die anspruchsberechtigten Verbraucher werden durch das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5, zur Einlagerung individuell aufgefordert und erhalten durch diese Stelle gegen Vorlage einer vidierten Lieferungserklärung eines Händlers einen Einlagerungsschein, welcher der Lieferfirma zu übergeben ist. Jene Parteien, welche bis 15. Juni l. J. zur Einlagerung nicht aufgefordert wurden, können nach diesem Zeitpunkte mit schriftlicher, mit 2 Kr. gestempelter Eingabe beim Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5, 1. Bezirk, Eichenbachtasse 11, um Zulassung zur Bevorrätigung ansuchen. Nach erfolgter Lieferung, jedoch bis spätestens 20. Oktober l. J. ist der Stamm des Einlagerungsscheines beim Händler zu beheben und gut aufzubewahren, da nur gegen seinerzeitige Rückstellung desselben ein neuer Bezugsschein ausgeteilt werden wird. Ein Verbrauch über die jeweils festgesetzte Menge durch die Haushalte und Anstalten (Zentralheizungen) ist verboten und strafbar. Die von den Anstalten (Zentralheizungen) eingelagerten Vorräte sind unter Sperre gelegt und daher jeder Verfügung des Eigentümers bis auf weiteres entzogen.

(Die Gemeinde Wien und das Dziedzitzer Kohlenbergwerk.) In der gestrigen Sitzung des Stadtrates berichtete Stadtrat Schmid über die Beteiligung der Gemeinde am Dziedzitzer Kohlenbergwerk. Nach einigen allgemeinen Bemerkungen wird im Bericht ausgeführt: Im Jahre 1916 ist die allgemeine Depositenbank, nachdem sie den größten Teil der Aktien der Dziedzitzer Montangewerkschaft in ihren Besitz gebracht hatte, wegen einer eventuellen Beteiligung an dieser Gewerkschaft mit der Gemeinde in Fühlung getreten, und zwar wurde mit der Bank auf der Grundlage verhandelt, daß die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft verwandelt wird und die Gemeinde die Mehrheit der Aktien erwerben soll, so daß sie auf die Geschäftsführung einen ausschlaggebenden Einfluß nehmen kann. Der Kohlenbedarf der Gemeindeverwaltung und der städtischen Unternehmungen beträgt rund 1.100.000 Tonnen jährlich, wovon der größte Teil auf den Verbrauch der städtischen Gaswerke entfällt, weshalb es bei dem Erwerb eines Kohlenbergwerkes von Wichtigkeit ist, daß in dem Betrieb auch Gaskohle gefördert werden kann. In dem Kohlenterrain der Dziedzitzer Montangewerkschaft wurde das Vorkommen von Gaskohle durch Bohrungen bereits festgestellt, und nach den übereinstimmenden Gutachten aller Sachverständigen, die in dieser Angelegenheit gehört wurden, ist dort auch die Möglichkeit der Förderung geeigneter Gaskohle mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Das Kohlenterrain der Gewerkschaft liegt in der unmittelbaren Nachbarschaft von Brzesce, wo der Staat seit einigen Jahren mit großem Erfolg Kohlenbergbau betreibt. Nach dem Gutachten der Sachleute können die Anlagen derart ausgebaut werden, daß die Förderung 1.500.000 bis 2.000.000 Tonnen jährlich betragen wird, wodurch neben der Deckung des eigenen Bedarfes auch ein ganz bedeutender Teil des Kohlenbedarfes der Bevölkerung sichergestellt wäre. Die Gemeinde Wien wird auf diese Weise in der Lage sein, einen großen Einfluß auf die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt des Wiener Platzes auszuüben. Die Kosten des Erwerbes der Dziedzitzer Montangewerkschaft stellen sich auf 19.5 Millionen Kronen, wovon die Gemeinde mit 60 Prozent beteiligt ist. In den nächsten Jahren werden wohl noch größere Beträge investiert werden müssen, um jene Förderung zu erreichen, die im Interesse der Wiener Bevölkerung wünschenswert und notwendig erscheint. Die Deckung der erforderlichen Kosten wird in dem Anlehen vom Jahre 1908 gefunden werden, in dessen Investitionsprogramm schon ein namhafter Betrag für die Erwerbung eines Kohlenbergbaues eingezeichnet war.

Die Gemeinde Wien und das Dziedicher Kohlenbergwerk.

Seit Jahren wurde von der Wiener Gemeindevertretung bei verschiedenen Anlässen der Anschauung Ausdruck gegeben, daß es unbedingt erforderlich sei, den Kohlenbedarf der Gemeinde Wien sicherzustellen, und auf die Notwendigkeit hingewiesen, einen Kohlenbergbau in den Besitz der Gemeinde zu bringen. Die dahin zielenden Anträge, welche natürlich der Öffentlichkeit nicht verborgen blieben, haben verschiedene Bergwerks- und Freischurfsbesitzer, insbesondere aber Vermittler veranlaßt, alle möglichen Kohlenvorkommen Oesterreichs der Gemeinde anzubieten. Diese Angebote konnten aber aus verschiedenen Gründen keine Berücksichtigung finden. Die Gemeindeverwaltung hat jedoch diese Frage nicht außeracht gelassen. Nunmehr hat sich die Gelegenheit ergeben, dieses seit langem beabsichtigte Projekt zu verwirklichen. Im Jahre 1916 ist die Allgemeine Depositenbank, nachdem sie den größten Teil der Ruzge der Dziedicher Montangewerkschaft in ihren Besitz gebracht hatte, wegen einer eventuellen Beteiligung an dieser Gewerkschaft mit der Gemeinde in Fühlung getreten, und zwar wurde mit der Bank auf der Grundlage verhandelt, daß die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft verwandelt wird und die Gemeinde die Mehrheit der Aktien erwerben soll. Der Kohlenbedarf der Gemeindeverwaltung und der städtischen Unter-

nehmungen beträgt rund 1.100.000 Tonnen jährlich, wovon der größte Teil auf den Verbrauch der städtischen Gaswerke entfällt, weshalb es bei dem Erwerb eines Kohlenbergwerkes von Wichtigkeit ist, daß in dem Betriebe auch Gas Kohle gefördert werden kann.

In dem Kohlenterrain der Dziedicher Montangewerkschaft wurde das Vorkommen von Gas Kohle durch Bohrungen bereits festgestellt und nach den übereinstimmenden Gutachten aller Sachverständigen, welche in dieser Angelegenheit gehört wurden, ist dort auch die Möglichkeit der Förderung geeigneter Gas Kohle mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Das in Oesterreich-Schlesien gelegene Kohlenbergwerk kann als Fortsetzung des ober-schlesischen Kohlenbergwerkes bezeichnet werden, das geförderte Material wird also allen Anforderungen entsprechen, welche an eine gute Kohle gestellt werden. Schon in den oberen Schichten ist die Kohle gleichwertig preussisch-schlesischen Mittelmarken, in den tieferen Schichten wird sich die Qualität der Kohle jedoch wesentlich bessern. Das Kohlenterrain der Gewerkschaft liegt in der unmittelbaren Nachbarschaft von Brzeszcze, wo der Staat seit einigen Jahren mit großem Erfolg Kohlenbergbau betreibt. Nach dem Gutachten der Fachleute können die Anlagen derart ausgebaut werden, daß die Förderung 1.500.000 bis 2.000.000 Tonnen jährlich betragen wird, wodurch neben der Deckung des eigenen Bedarfes auch ein ganz bedeutender Teil des Kohlenbedarfes der Bevölkerung sichergestellt wäre. Die Gemeinde Wien wird auf diese Weise in der Lage sein, einen großen Einfluß auf die Verhältnisse am Kohlenmarkt des Wiener Platzes auszuüben.

Die Kosten des Erwerbes der Dziedicher Montangewerkschaft stellen sich auf 19,5 Millionen Kronen, woran die Gemeinde mit 60 Prozent beteiligt ist. In den nächsten Jahren werden wohl noch größere Beträge investiert werden müssen, um jene Förderung zu erreichen, welche im Interesse der Wiener Bevölkerung wünschenswert und notwendig erscheinen. Die Deckung der erforderlichen Kosten wird in dem Anlehen vom Jahre 1908 gefunden werden, in dessen Investitionsprogramm schon ein namhafter Betrag für die Erwerbung eines Kohlenbergbaues eingesetzt war.

Zur Vorbereitung und Überprüfung der ganzen Angelegenheit hat der Stadtrat im November des Vorjahres ein Komitee eingesetzt, bestehend aus den Herren Vizebürgermeister Dierhammer, den Stadträten Schmid und Schneider, den Gemeinderäten Dr. v. Dorn und Reumann, dem Direktor der städtischen Gaswerke Menzel und dem Direktor des städtischen Wirtschaftsamtens Dr. Förster. Dieses Komitee hat in einer Reihe von Sitzungen sich mit allen einschlägigen Fragen beschäftigt und durch wiederholte Verhandlungen nicht nur den Uebnahmungspreis der Gewerkschaft um mehrere Millionen Kronen ermäßigt, sondern auch jene Sicherungen geschaffen, durch welche die Interessen der Gemeinde in jeder Beziehung gewahrt werden. Dem wiederholten persönlichen Eingreifen des Bürgermeisters ist es zu danken, daß die Verhandlungen einen verhältnismäßig raschen Lauf nahmen und die Gemeinde das größtmögliche Entgegenkommen gefunden hat.

Neuregelung der Kohlenversorgung.

In den nächsten Tagen werden, wie uns amtlich mitgeteilt wird, zwei Magistrate-Rundmachungen erscheinen, welche die Neuausgabe der Küchenbrände sowie die Einlagerung von Wintervorräten regeln. Die neuen Küchenbrandarten, deren Gültigkeit mit 2. Juni beginnt, werden durch die zuständigen Brot- und Mehlkommissionen ausgegeben, und zwar für Wohnungen mit den Anfangsbuchstaben A bis F am 21. d., G bis J und L am 22., K, M bis O am 23., P bis R, S, St am 24. und Sch, T bis Z am 25. d. Weiters verfügt diese Rundmachung auch eine Erhöhung der Zuweisungen, da Haushalte mit 7 bis 10 Haushaltsangehörigen $1\frac{1}{2}$, mit 11 und mehr Personen 2 ganze Küchenbrände erhalten. Uebrigens erhalten sämtliche Haushalte für jedes Kind bis zum ersten Lebensjahre eine halbe Küchenbrandarte. Was die

Einlagerung von Wintervorräten anlangt, mußte die Behörde zunächst ihr Augenmerk darauf lenken, daß der laufende Bedarf gedeckt ist. Erst der Ueberschuß des Kohleneinlaufes darf zu Einlagerungszwecken herangezogen werden. Das Publikum wird daher aufgefordert, alle jene Kohlenhändler, welche die jeweils geltenden Wochenabschnitte der Küchenbrandarten nicht einlösen, sofort dem Kohlenkommissär des zuständigen magistratischen Bezirksamtes anzuzeigen, um die Behörde in die Lage zu versetzen, diesem Uebelstande abzuhelpen, andernfalls die Bewilligung zur Lieferung von Vorratskohle zeitweise, eventuell ganz zu sistieren.

Die Vorratsanschaffung wird eingeschränkt: Auf private Haushaltungen, auf Kranken-, Wohlfahrts- und Fürsorgeanstalten, Schulen und andere im besonderen öffentlichen Interesse betriebenen Anstalten, sowie auf die in Privatgebäuden vorhandenen und zur Benützung zugelassenen Zentralheizungen. Zum Bezuge von Vorratskohle werden amtliche Einlagerungsscheine mit der Gültigkeitsdauer vom 19. Mai bis 12. Oktober, und zwar besondere Scheine für Haushalte und für Anstalten und Zentralheizungen, ausgegeben.

Privat-Haushalte: Die Parteien haben sich zunächst eine schriftliche, von der Behörde vidirierte Belieferungserklärung von jenem Händler zu beschaffen, welcher die Vorratslieferung in Aussicht gestellt hat. Mit dieser Erklärung ist bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission während der gewöhnlichen Amtsstunden der Einlagerungsschein zu heben, welcher sodann nach Ausfüllung der vorgesehenen Rubriken der Lieferfirma zu übergeben ist. Innerhalb acht Tagen nach erfolgter Lieferung, jedoch spätestens am 30. Oktober l. J., ist sodann der Stamm des Einlagerungsscheines, welcher zu diesem Zwecke vom Händler wieder auszufolgen ist, der Brot- und Mehlkommission zurückzustellen.

Anstalten und Zentralheizungen: Die anspruchsberechtigten Verbraucher werden durch das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5, zur Einlagerung individuell aufgefordert und erhalten durch diese Stelle gegen Vorlage einer vidirierten Belieferungserklärung eines Händlers einen Einlagerungsschein, welcher der Lieferfirma zu übergeben ist. Jene Parteien, welche bis 15. Juni l. J. zur Einlagerung nicht aufgefordert wurden, können nach diesem Zeitpunkt mit schriftlicher, mit 2 Kronen gestempelter Eingabe beim Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5, 1. Bezirk, Eschenbachgasse 11, um Zulassung zur Vorratsanschaffung ansuchen. Nach erfolgter Lieferung, jedoch bis spätestens 20. Oktober l. J., ist der Stamm des Einlagerungsscheines beim Händler zu heben und gut aufzubewahren, da nur gegen spätere Rückstellung desselben ein neuer Bezugsschein ausgestellt werden wird.

Ein Verbrauch über die jeweils festgesetzte Menge seitens der Haushalte und Anstalten (Zentralheizungen) ist verboten und strafbar. Die von den Anstalten (Zentralheizungen) eingelagerten Vorräte sind unter Sperre gelegt und daher jeder Verfügung des Eigentümers bis auf weiteres entzogen.

13./V. 1918

13
9

* Die Ausgabe neuer Kohlenkarten, und zwar für das gesamte Versorgungsjahr 1918/19, erfolgt im Bezirk der Stadtgemeinde Berlin am 13. und 14. Mai 1918 durch die Brotkommissionen. Zur Ausgabe gelangen zunächst nur die Hauptkarten, und zwar an Stelle der bisherigen einen Karte zwei getrennte, nämlich Kochkarte und Heizungskarte.

Die allgemeine Kochkarte wird an Stelle der bisher geltenden „Sonderkarte für Wasch- und Küchenszwecke“ auch für die Haushaltungen an Wohnungen mit Zentralheizung ausgegeben. Sonderkarten für gewisse Berufe und Geschäftsräume größeren Umfanges werden erst zum Winter ausgegeben. Personen und Firmen, welche solche Sonderkarten bisher bezogen haben, brauchen einen neuen Antrag nicht zu stellen.

Die Zustellung der Kohlenkarten an die Mieter und zwar auch in Häusern mit Zentralheizung, erfolgt durch die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter, welche verpflichtet sind, am 13. oder 14. Mai die Kohlenkarten bei der zuständigen Brotkommission abzuholen. Nach einmaligem vergeblichen Versuch der Zustellung an den Mieter ist der Hausbesitzer berechtigt, die Abholung der Karten durch den Mieter zu verlangen. Ueber den Empfang der Kohlenkarten hat der Mieter auf besonderer Liste zu quittieren.

Einsprüche können erst nach dem 26. Mai 1918 entgegengenommen werden und sind möglichst schriftlich anzubringen. Das Nähere ergibt die amtliche öffentliche Bekanntmachung, die im Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe veröffentlicht wird.

Der Sachausschuß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat in seiner letzten Sitzung die Richtpreise für Koks zu Zentralheizungszwecken wie folgt festgesetzt:

	April	Mai
Gaskoks, grob	7.00 M.	7.10 M.
Gaskoks, gebrochen	7.20 "	7.30 "
Westfälischer Schmelzkoks	7.60 "	7.60 "
Lichtenberger Schmelzkoks	7.70 "	7.80 "
Niederschlesischer Schmelzkoks	7.60 "	7.70 "
Oberschlesischer Schmelzkoks	7.20 "	7.20 "

Die Preise verstehen sich für 100 Kilo frei Kessel. Die Erhöhung der Preise für April ist herbeigeführt durch Steigerung der Preise ab Grube und der Frachten. Für Mai ist die Erhöhung durch höhere Arbeitslöhne veranlaßt.

* Gegen die Ueberteuerung beim Koksverkauf, die schon viel böses Blut gemacht hat, gehen endlich die zuständigen Stellen vor. Vom Fachauschuß der Preisprüfungsstelle ist gegen den Aufsichtsrat der Koks-Vereinigung Strafanzeige wegen übermäßiger Preissteigerung erstattet worden, da die von der Vereinigung festgesetzten Preise nach dem Gutachten der Sachverständigen einen übermäßigen Gewinn enthalten. Diese Maßnahme hat sich als notwendig erwiesen, nachdem langwierige Verhandlungen den Aufsichtsrat der Koks-Vereinigung zu einer Herabsetzung der von ihm festgesetzten Preise nicht zu bewegen vermocht haben. Die Preisprüfungsstelle behält sich in Zukunft auch gegen jeden einzelnen Kohlenhändler, der höhere, als die von ihr als angemessen bekanntgegebenen Preise fordert, die Einleitung eines Strafverfahrens wegen übermäßiger Preissteigerung zu veranlassen.

Das Kohlenbergwerk in Dzieditz.

Zur heutigen Gemeinderatsitzung.

(Von sachlicher Seite.)

Der Krieg ist ein großer Lehrmeister geworden und hat auch der Stadtverwaltung von Wien die Dringlichkeit vor Augen geführt, ihre industriellen Betriebe und die sonstigen städtischen Wirtschaften mit Kohle und vor allem mit Koks direkt unter Ausschaltung des Zwischenhandels zu versorgen. Allerdings hat die Stadt Wien bereits im Jahre 1908 bei der Vorlage der großen Stadtanleihe eine beträchtliche Summe für den Erwerb einer Kohlengrube vorgesehen, ohne daß es ihr bisher gelungen wäre, ein geeignetes Objekt zu finden. Es war auch keineswegs eine leichte Aufgabe, ein geeignetes Kohlenfeld zu finden, das insbesondere ein entsprechendes Kohlenvermögen an Koks-Kohle repräsentiert. Schließlich trat die Allgemeine Depositenbank vor einem Jahre an die Stadtgemeinde Wien heran und stellte ihr den Antrag auf eine Beteiligung an dem Kohlenwerk Dzieditz, dessen Ruze im alleinigen Besitz der Bank sind. Nach langwierigen Verhandlungen wurde die Stadtgemeinde mit der Bank handelsweis, und nach dem Beschlusse des Stadtrates, der heute der Genehmigung des Gemeinderates unterbreitet wird, soll sie sich an dem Ausbau von Dzieditz in der Form beteiligen, daß sie für den Besitz der Kohlenfelder, einschließlich aller Anlagen, den Kaufpreis von 19½ Millionen Kronen anerkennt, auf dieser Basis die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft umwandelt und 60 Prozent der Aktien übernimmt.

Gutachten hervorragender Sachverständiger haben die Transaktion gebilligt. Das Land Galizien hat vor etwa einem Jahr das Freischürfsgebiet von Schlatus Erben in Westgalizien, das sich von Sahbusch bis nach Chranow erstreckt, für 32 Millionen Mark oder rund 50 Millionen Kronen erworben, obwohl dort nur durch eine große Anzahl von Bohrungen das Kohlenvermögen festgestellt wurde und Koks-Kohle überhaupt nicht erhoben worden ist. In Dzieditz handelt es sich um ein Kohlengebiet von 50 Quadratkilometer, in welchem bereits seit Jahren eine Schächtanlage besteht und die augenblickliche Förderung sich auf rund zwei Millionen Meterzentner beläuft. Mehrere hundert Hektar Grund und Gebäude sind Eigentum der Gewerkschaft, und neben der Fördererschächtanlage besteht ein Zugschacht, die erforderliche Dampfkraft, eine Kohlenwäsche, die Anschlußgleise, ebenso eine Arbeiterkolonie.

Ein großer Teil des Kaufpreises wird demnach für bereits erfolgte Investitionen geleistet, und die heutige Produktion ergibt schon eine — wenn auch bescheidene — Rentabilität des investierten Kapitals. Es besteht die Absicht, den bestehenden Schacht, der zurzeit auf 280 Meter Teufe die Förderung ergibt, zu vertiefen und zu vergrößern und damit die Produktion zunächst zu verdoppeln. Dies dürfte bis Ende nächsten Jahres erreicht sein, und inzwischen wird an die Errichtung eines neuen Doppelschachtes geschritten werden, dessen Ausbau drei bis vier Jahre beanspruchen wird, um dann die Förderung um eine weitere Million Tonnen — und zwar von Koks-Kohle — zu erhöhen. Bei einer neuerdings durchgeführten Bohrung wurden bei 730 Meter Teufe die Rudaer Flöze erhoben und damit Koks-Kohle von bester Qualität in einer Mächtigkeit von mindestens 20 Meter erschlossen.

Das Investitionsprogramm dürfte im Laufe der nächsten fünf bis sechs Jahre 20 bis 25 Millionen Kronen in Anspruch nehmen,

da auch der Ausbau einer elektrischen Ueberlandzentrale zur Verwertung der Staubkohle in Aussicht genommen wird. Die erforderlichen Summen für den Ausbau wird entweder die Depositenbank im Kreditwege beistellen oder sie werden auf dem Wege einer Obligation beschafft werden. Die Grube soll mit allen Errungenschaften der Technik ausgestattet und zunächst auf eine Förderung von 2,000,000 Tonnen gebracht werden, wobei auch die bereits bestehende Arbeiterkolonie neben andern Wohlfahrts-Einrichtungen einen weiteren Ausbau im Verhältnis zur Steigerung der Belegschaft erfahren wird. Der heutige Kohlen- und Koksbedarf der Stadt beläuft sich bereits auf 1,100,000 Tonnen jährlich, und die Depositenbank übernimmt den Verkauf der späteren Förderung, soweit solche über den Eigenbedarf der Stadt hinausgeht.

Dzieditz ist eine Schnellzugstation der Nordbahn und liegt nicht nur in günstiger Frachtrelation zu Wien, sondern auch an der Grenze von Galizien und in unmittelbarer Nähe der ungarischen Grenze; auch als Uebergangsstation nach Preussisch-Oberschlesien hat Dzieditz Bedeutung.

Da das Kohlenvermögen von Dzieditz nach dem vorliegenden Gutachten angesehenener österreichischer und deutscher Sachverständiger — insbesondere auch nach dem Gutachten des Geheimen Oberbergrates Bunszel vom Oberbergamt in Breslau — auf 750 Millionen Tonnen geschätzt wird, so kann die zunächst in Aussicht genommene Produktion von 2 Millionen Tonnen in einem weiteren Jahrzehnt verdoppelt oder verdreifacht werden. Dies ist lediglich eine Geld- und Arbeiterfrage. Nach den bisherigen Feststellungen sind die Abbauverhältnisse normal und ähnlich wie in dem benachbarten Osterrauer Revier. Es liegen daher für die Kohlen-gewinnung auch bei den größeren Teufen keine besonderen technischen Schwierigkeiten vor. Nach menschlicher Voraussicht wird daher die Stadtgemeinde Wien in einigen Jahren nicht bloß ihren eigenen großen Bedarf an Kohle und Koks aus dem Kohlenbergwerk Dzieditz decken können, sondern auch auf dem Kohlenmarkt als Produzentin auf den Kohlenpreis regulierend einwirken können. Es ist auch als Vorteil anzusprechen, daß es sich bei dem Kohlenbergwerk um einen gemischten Betrieb handeln wird, bei dem die kommerzielle Verwaltung sich größerer Bewegungsfreiheit erfreuen wird als bei einem rein städtischen Betrieb.

16/5. 1918

16
M

Brennholzhandel und Höchstpreise in der Gemeinde Bern

Die Unsicherheit unserer Kohlenversorgung für den kommenden Winter hat den Kleinholzhandel in der Gemeinde Bern in unerfreulicher Weise beeinflusst. Es wird namentlich über den hohen Preis der Bedelen geklagt und dies veranlaßt uns, hier einige Erläuterung über den Handel mit Bedelen und den Wert derselben zu geben. Für alle übrigen Holzarten wie Kasten-, Scheiter-, Reis- und Stockholz sind Höchstpreise für die Gemeinde Bern festgesetzt. Mit Rücksicht auf die Verschiedenheit des Materials und die Größen der Bedelen mußte von einer Festsetzung von Höchstpreisen hiefür Umgang genommen werden, indem es zu kompliziert war, alle Variationen unter einen Hut zu bringen. Für Bedelen, die man im Herbst 1917 in Bern für 80 Rappen per Stück erhielt, werden heute sogar Preise von Fr. 1.30 bis Fr. 1.60 verlangt. Vergleicht man diese Preise zum wirklichen Inhalt der in einer Bedelen enthaltenen Holzmenge, so kommt man zum Schlusse, daß dieses Holzsortiment viel zu teuer ist und daß die Holzverbraucher mehr auf alle übrigen Holzarten greifen sollten, die relativ billiger sind. Folgende Berechnung beweist dies:

100 Stück tannene Bedelen von 80 Zentimeter Umfang und 80 Zentimeter Länge enthalten zirka zwei Ster Holz und werden heute in Bern oft mit Fr. 130 bis Fr. 150 bezahlt. Für tanneles Scheiterholz, vier Schnitt, in Kisten von $1\frac{1}{2}$ Kubikmeter Inhalt (= ein Ster Spalten) muß man heute nach dem Höchstpreis in der Gemeinde Bern ab 1. Mai 1918 franko ins Haus auf den Estrich getragen Fr. 40.50 bezahlt werden, so daß zwei Ster von diesem Holz auf Fr. 81 zu stehen kommen, was zum Vergleich der Bedelen eine Differenz von Fr. 50 bis Fr. 70 auf die zwei Ster ausmacht.

100 Stück buchene Bedelen von 80 Zentimeter Umfang und 80 Zentimeter Länge enthalten zirka zwei Ster Holz und werden heute in Bern oft mit Fr. 150 bis Fr. 180 bezahlt. Der Höchstpreis in der Gemeinde Bern ab 1. Mai 1918 für buchenes Scheiterholz, vier Schnitt, in Kisten von $1\frac{1}{2}$ Kubikmeter Inhalt (= ein Ster Spalten) franko ins Haus auf den Estrich getragen beträgt Fr. 48. Auch hier ergibt sich für zwei Ster von diesem Holz ein Betrag von Fr. 96, gegenüber Fr. 150 bis Fr. 180 für gleichviel Holz in Bedelen. Hier ist noch zu bemerken, daß man beim Scheiterholz keine weiteren Arbeiten zu verrichten hat, während bei den Bedelen dieselben erst nach Hause geführt und verarbeitet werden müssen.

Bei kleineren Bedelen werden die Differenzen noch größer, indem der effektive Inhalt bei diesen Sortimenten sehr minim ist, so enthalten zum Beispiel 100 Stück Bedelen von 60 Zentimeter Umfang und 60 Zentimeter Länge bloß noch 0.85 Ster Holz, trotzdem verringert sich der Preis nur wenig von demjenigen der größeren Bedelen.

Was die Höchstpreise für den Kleinerkauf von Brennholz in der Gemeinde Bern selbst anbetrifft (vergleiche zum Beispiel „Stadtanzeiger“ vom 1. Mai 1918), so sollten die Konsumenten dieselben mehr beachten und eventuell Ueberschreitungen dem Brennstoffamte sofort anzeigen, damit die Schuldigen dem Richter überwiesen werden können. Das Brennstoffamt ist stets bereit, Auskunft zu erteilen über alle Höchstpreise die für Brennmaterialien in der Gemeinde Bern Gültigkeit haben. Es herrscht heute vielfach die Meinung, ein sogenannter Scheiterster sei gleich dem Inhalt eines Kubikmeters, dies ist nicht zutreffend, indem ein Scheiterster = $1\frac{1}{2}$ Kubikmeter Inhalt enthalten soll. Die Bestellung von Brennholz (Scheiter) sollte immer in Kubikmeter angegeben werden, damit die Preisansätze nach den Höchstpreisen verglichen werden können. Die Höchstpreise sind für $1\frac{1}{2}$ Kubikmeter, 1 Kubikmeter und $\frac{1}{2}$ Kubikmeter festgesetzt. Die Behälter der Holzhändler sollen ge-eicht sein.

Zum Schlusse sei hier noch erwähnt, daß die Holz-konsumenten, die zurzeit Holz auf Lager haben, dasselbe an luftigen und trockenen Orten aufbewahren sollen. Es ist namentlich das Buchenholz, das unter Feuchtigkeit und in muffigen Räumen stark leidet und viel an seinem Brennwert einbüßt. Buchenholz sollte also nicht im Keller remisiert werden. Buchenes Rundholz muß baldmöglichst gespalten werden, wenn es vor dem Ersticken bewahrt werden soll. Es ist Pflicht eines jeden Konsumenten, darauf zu achten, daß ihm dieses kostbare Brennmaterial vollständig erhalten bleibt; nur so wird er den demselben im Winter seinen Nutzen haben.

Bern, den 16. Mai 1918.

Städt. Amt für Brennstoffversorgung Bern.

Die schlechte Kohlenversorgung.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung eröffnete Vorsteher-Stellvertreter Cassel mit einem ehrenden Nachruf auf den verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten Wittowski.

Der Antrag Barłowski (Soz.) u. Gen. betr. Erhöhung des Ortslohnes für Berlin und Neuregelung des Werts für Sachbezüge wird nach dem Antrag des Ausschusses erledigt. — Nach kurzer Aussprache werden dem Kriegsausschuß zum Schutze auffichtsloser Kinder weitere 50 000 M. bewilligt.

Stadtver. Ritter (Soz.) begründet hierauf einen Antrag seiner Freunde, der den Magistrat ersucht, sofort Maßnahmen zu treffen, um der Bevölkerung, insbesondere der minderbemittelten diejenige Menge Kohlen zu verschaffen, die ihr auf Grund des Wirtschaftsplanes für das Jahr 1917-18 noch zusteht, bisher aber noch nicht geliefert ist.

Der Antragsteller bemerkt dazu: Heute, am 16. Mai, sind noch große Teile der Bevölkerung ohne die ihnen zustehenden Kohlen. Es scheint, als ob die Reichskohlenstelle die Absicht hat, die noch nicht gelieferten Kohlenmengen zu sparen. Wenn sich die Leute bei den mangelnden Kohlen mit Gas auseinsetzen, bekommen sie noch Strafmandate über zuviel verbrauchtes Gas. Es sind doch unhaltbare Zustände, daß die Frauen oft die ganze Nacht Polomais stehen müssen und dann doch keine Kohlen erhalten.

Stadtver. Sings (U. Soz.) empfiehlt einen Antrag auf bessere Verteilung der Kohlemengen.

Stadtver. Spändig (B.) führt mehrere Fälle unzureichender Kohlenbelieferung an. Den jetzigen unhaltbaren Zuständen müsse baldigst ein Ende gemacht werden. Der Magistrat dürfe mit der Fürsorge für die Winterszeit nicht zu lange warten.

Stadtver. Böhmung: Das in dem Antrag ausgesprochene Gesuchen um sofortige Maßnahmen des Magistrats in der Kohlenfrage ist in diesem Augenblick schon erfüllt. Von den Kohlenmengen, die uns der Reichskommissar für Groß-Berlin bewilligt hat, sind in den einzelnen Monaten 81 bis 84, im Durchschnitt 77½ v. H., geliefert worden. Die Menge, die für die Kohlenkarte zu liefern ist, beträgt 28,7 Millionen Zentner. Bis Ende Mai sind 28 Millionen Zentner nach Berlin gegangen, so daß tatsächlich nahezu die gesamte vorgesehene Menge bis Ende Mai in die Hände der Bevölkerung gelangt sein wird. Der Kohlenverband hat deshalb am 7. Mai beschlossen, die Gültigkeit der jetzigen Kohlenkarte bis zum 1. Juni zu verlängern. Daß jetzt gewisse Uebelstände während der Uebergangszeit bestehen, ist verständlich; aber sie werden automatisch sofort verschwinden, wenn die neue Kundenliste in Kraft tritt. Das konnte bisher nur wegen der Verlängerung der Kohlenkarten-Gültigkeit nicht geschehen. Unter Geltung der Kundenliste werden die Groß- und Kleinhändler ganz sicher die notwendige Menge erhalten. Die neue Organisation ist sorgsam vorbereitet und der Reichskommissar ist durchaus gewillt, den Bedürfnissen Groß-Berlins zu genügen. Die Gasstrafen sollen auf Verlangen des Reichskommissars jetzt eingezogen werden, aber es wird dabei mit der notwendigen Individualisierung vorgegangen werden. Die Gasanstalten haben Anordnung getroffen, daß auch die Uebelstände bei der Kohlenverteilung verschwinden. Durch eine zielbewußte Vorratspolitik wollen wir erreichen, daß etwa die Hälfte des gesamten Winterbedarfs schon vorher in den Händen der Bevölkerung ist. (Beifall.)

Stadtver. Mommsen (Fr. Fr.): Wenn nach der Versicherung des Magistrats die geforderten Maßnahmen getroffen sind, so erledigen sich eigentlich die Anträge und können zurückgezogen werden.

Stadtver. Ritter (Soz.): Wir halten unsern Antrag aufrecht, um dem Magistrat damit eine gewisse Rückenstärkung gegenüber der Reichskohlenstelle zu geben.

Stadtver. Mommsen (Fr. Fr.): Wenn die Anträge, denen wir in der Sache zustimmen, aufrecht erhalten werden, so werden auch wir selbstverständlich dafür stimmen.

Die Anträge werden einstimmig angenommen.
Am die öffentliche schloß sich eine geheime Sitzung.

Unsere Gasersparnisse.**25 Millionen Kubikmeter = 7500 Waggon Kohle.**

Unter wie peinlichen Umständen es gelungen ist, im verfloffenen Winter ungeachtet aller Verkehrsmängel und Produktionschwierigkeiten mit den vorhandenen Kohlenvorräten durchzuhalten, ist noch in allgemeiner Erinnerung. Es hat in der Kohlenversorgung, namentlich während der zweiten Hälfte der kalten Jahreszeit, mehrmals unliebbare Störungen gegeben, und es bedurfte ziemlich tief eingreifender Maßnahmen, um wenigstens den dringendsten Bedarf der Industrie sowie der Privatkonsumenten sicherzustellen. Einer bereits im Herbst erlassenen allgemeinen behördlichen Regelung des Kohlenverbrauches folgte, wie bekannt, alsbald eine Verordnung der Statthalterei betreffend Sparmaßnahmen beim Verbrauch von Gas, Elektrizität und Brennstoffen. Durch diese Verordnung wurde die Verwendung des Gases in der Hauswirtschaft auf das unumgänglich notwendige Maß, für technische Zwecke auf die Höhe des Verbrauches gleicher Zeitabschnitte des Vorjahres beschränkt. Am fühlbarsten war diese Beschränkung im verfloffenen Winter für jene Gasabnehmer, die Gas zur Raumheizung benützten. Die hierfür in der Verordnung enthaltenen Bestimmungen waren jedoch für die von ihr betroffenen Wohnungsinhaber noch immer weniger einschneidend als die Einschränkung, die die Benutzer von Heizöfen für feste Brennstoffe durch die Regelung der Kohlenzuteilung erfuhren.

Nunmehr liegen genaue statistische Ziffern über die praktische Wirksamkeit der Gasparmaßnahmen vor. Wir erföhren hierzu von informierter Seite folgende interessante Details:

Auf Grund der Sparmaßnahmenverordnung wurden von den etwa 43.000 Gasheizöfen, die in Wien zur Beheizung von Wohn- und Geschäftsräumen dienen, rund 20.000 unter Benützungsverbot gestellt und die übrigen nur zur beschränkten Benützung freigegeben. Durch die Einschränkung der Gasheizung allein wurde während eines Wintertages der tägliche Gasbedarf Wiens um etwa 150.000 Kubikmeter herabgedrückt. Eine weitere Verminderung des Gasverbrauches um täglich etwa 50.000 Kubikmeter wurde durch die Beschränkung der Gasverwendung zum Kochen und Beleuchten und durch die verminderte Benützung der Gasbadöfen erreicht. Für den Winter 1917/18 kann die durch die Sparmaßnahmen erzielte gesamte Verminderung des Gasverbrauches mit etwa 25 Millionen Kubikmeter eingeschätzt werden. Für die Erzeugung dieser Gasmenge wäre ein Kohlenbedarf von rund 7500 Waggons erforderlich gewesen.

Es muß, wie uns mitgeteilt wird, anerkannt werden, daß die im Interesse der Allgemeinheit angeordneten Beschränkungen in der Gasverwendung von der überwiegenden Mehrzahl der Gasabnehmer als notwendig angesehen und auch eingehalten wurden. Eine trasse Ueberschreitung der Verordnung wurde im Januar nur bei etwa 2000 Gasabnehmern, das ist rund ein Prozent der Gesamtzahl der Gasverbraucher, festgestellt und geahndet.

Da leider inzwischen die Verhältnisse, die zur Beschränkung der Gasverwendung im Winter 1917/18 zwangen, in keiner Beziehung eine Besserung erfahren haben, der Kohlenvorrat der Wiener städtischen Gaswerke derzeit sogar kleiner ist als zur selben Zeit des Vorjahres, müssen die Beschränkungen in der Gasverwendung auch weiter zumindest im gleichen Umfang aufrecht bleiben. Der in den letzten Wochen gegenüber dem Vorjahre höhere Verbrauch an Gas läßt schließen, daß die Bevölkerung in der Beobachtung der Gasverbrauchsbeschränkung nachläßt. Demgegenüber muß nachdrücklich betont werden, daß größte Sparsamkeit in der Gasverwendung nach wie vor notwendig ist. Andernfalls wären neue und bedeutend drückendere Beschränkungsmaßnahmen unvermeidlich.

Notwendigkeit des Sparens im Gasverbrauch.

Aus dem Rathause wird gemeldet: Seit einigen Wochen ist der Gasverbrauch bedeutend höher als im Vorjahre. Die Gasabnehmer scheinen der Ansicht zu sein, daß die Wiener städtischen Gaswerke mit Kohle gut versorgt und daher Einschränkungen im Gasverbrauche überflüssig geworden sind. Diese Ansicht ist ganz unzutreffend. Der Kohlenvorrat der Gaswerke ist sehr gering, er ist sogar bedeutend kleiner als zur gleichen Zeit des Vorjahres, und während er im vorjährigen Mai schon zunahm, nimmt er heuer noch weiter ab. Eine Besserung dieser Lage kann unter den heutigen Verhältnissen nur durch größte Sparsamkeit im Gasverbrauche herbeigeführt werden. Diese Sparsamkeit zu üben, ist Pflicht und liegt im Interesse jedes Gasverbrauchers. Sollte diese ernste Aufforderung den notwendigen Erfolg nicht haben, so müßte auch für die Sommermonate jedem Gasabnehmer der zulässige Gasverbrauch ziffermäßig vorgeschrieben werden und eine gegen den vorjährigen Winter sehr verschärfte Einschränkung der Gaslieferung wäre im kommenden Winter unausbleiblich.

Brennholz aus den Wiener Festungsbauten.

Auf eine Anfrage im Abgeordnetenhaus über die Verwertung des bei den Befestigungsbauten in der Umgebung Wiens seinerzeit verwendeten Holzes hat nun der Landesverteidigungsminister geantwortet, indem er zunächst die allmähliche Vornahme dieses Abbaues darstellt und begründet. Das in den Stellungen selbst eingebaute Holz wird den betreffenden Grundbesitzern gegen Durchführung des Rückbaues, beziehungsweise Verzicht auf eine Entschädigung nach dem Kriegesleistungsgesetze und eventuellen Erlag des dem Werte des Holzes entsprechenden Differenzbetrages überlassen. Dieser Art waren bis Ende November 1917 Holzmengen im ungefähren Werte von 100.000 Kronen abgegeben worden. Das übrige beim Rückbau gewonnene Holz wird nach Kategorien (Bauholz, Holz für die Holzvollerzeugung und Abfallholz) geschieden und für militärische Zwecke verwendet. Das von der Befestigungsbaudirektion durch Schlägerungen anlässlich der Herstellung der Befestigungsanlagen gewonnene Brennholz beträgt insgesamt 13.500 Raummeter, wovon Ende November 1917 noch 5900 Raummeter aufgearbeitetes und 600 Raummeter nicht aufgearbeitetes Holz im Raume Dahaberg—Kahlenberg lagerten. Diese Holzmengen waren für den Bedarf des Militärkommandos Wien reserviert worden. Da jedoch mit Rücksicht auf die herrschenden Verhältnisse nur mit einem Abtransporte von zirka 4000 Raummeter aufgearbeiteten Brennholzes gerechnet werden konnte, hat das Kriegsministerium verfügt, daß die noch vorhandenen Holzmengen, das ist zirka 2000 Raummeter aufgearbeitetes und 500 Raummeter nicht aufgearbeitetes Brennholz, an die Zivilbevölkerung gegen entsprechende Vergütung, und zwar 15 Kronen pro Raummeter für das aufgearbeitete und 10 Kronen pro Raummeter für das nicht aufgearbeitete Abfallholz loco Liegestätte abgegeben werden können. Um jedoch zu vermeiden, daß das Holz durch Zwischenhändler an die Bevölkerung verkauft werde, hat das Kriegsministerium das Militärkommando Wien angewiesen, in erster Linie der Gemeinde Wien, die bereits früher an das Kriegsministerium wegen Ueberlassung von Brennholz herantreten war, die vorhandenen Holzvorräte zum Kaufe anzubieten. Gegebenenfalls kann das vorrätige Holz auch an andere Gemeinden oder an Einzelpersonen ohne weiteres abgegeben werden. Außerdem hat das Kriegsministerium auch Veranlassung getroffen, daß jenen Zivilarbeitern, die sich unter dieser Bedingung für die Rückbauarbeiten melden, an Stelle des Geldlohnes oder eines Teiles desselben die entsprechende Menge von Holz überlassen wird. Alle fallweisen an das Kriegsministerium gemachten Ansuchen von zivilen Beamten, Vereinen und Einzelpersonen um Ueberlassung von Holz aus dem Rückbaumaterial hauptsächlich zum Zwecke der Einfriedung von Kriegsgemüsegärten u. dgl. wurden stets im zustimmenden Sinne er-

ledigt. Eine unentgeltliche Abgabe des in Rede stehenden Holzes, dessen Beschaffung aus gemeinsamen Mitteln erfolgt ist, erscheint nach der erhaltenen Information des Kriegsministeriums mit Rücksicht auf die bestehenden Vorschriften nicht tunlich.

Erhöhte Wochentohlenmengen für Wien.

Die auf die einzelnen Abschnitte der Küchenbrandarte entfallende Wochenmenge wird für die Zeit vom 2. Juni bis 12. Oktober mit 30 Qg. Steinkohle, beziehungsweise 40 Qg. Braunkohle festgesetzt.

Unterjündholz der Gemeinde Wien.

Die Abgabe von 5 Kilogramm Unterjündholz an einen Haushalt erfolgt in der Zeit vom 2. bis 8. d. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 30 des amtlichen Einkaufsscheines. Der Preis wird nunmehr erhöht und beträgt für weiches Holz (gespalten) 34 Heller, für hartes Holz (gespalten) 27 Heller je Kilogramm.

Das teure Holz.

Vor dem Bezirksgericht Jossstadt war gestern die Kohlenhändlerin Juliane Karlik wegen Preistreiberei angeklagt, weil sie am 14. November 1917 für ein Kilogramm weiches Brennholz 32 Heller verlangt hat. Die Preis-

prüfungsstelle erklärte 27 Heller als gerechtfertigten Preis. Die Angeklagte gab an, sie habe ungefähr 3500 Kilogramm weiches Brennholz bezogen, ungefähr 100 Kilogramm seien Stöckel und Rinde gewesen, die sie für 10 Heller das Kilogramm habe verkaufen müssen. Da sich selbst bei der Wahrheit dieser Angaben ein unrechtmäßiger Gewinn von mehr als hundert Kronen ergibt, verurteilte der Richter Landesgerichtsrat Dr. Pollak die Angeklagte zu vierundzwanzig Stunden Arrest und außerdem zu hundertfünfzig Kronen Geldstrafe.

(Zentralverein der Bergwerksbesitzer.)

Besten fand die 21. Generalversammlung des Zentralvereines der Bergwerksbesitzer Oesterreichs statt. Den Vorsitz führte in Vertretung des Vereinspräsidenten Heinrich Grafen Larisch-Mönnich der zweite Vizepräsident des Vereines, Bergrat Mag. R. v. Guttman. Der Vorsitzende führte in seiner Ansprache aus: Die brennendste Frage, welche an den Bergbau gestellt wird, bezieht sich auf die Kohlenversorgung. Sie könnte vom heimischen Bergbau auch bei voller Förderung nur zum Teile gelöst werden, mit Rücksicht auf die gegenüber der Friedenszeit sprunghafte Steigerung des Bedarfes der Staatsbahnen und der Kriegsindustrie, bei gleichzeitig fast um 40 Prozent gesunkenem Import preussischer Kohle und bei Ausbehnung des Versorgungsgebietes infolge der Besetzung feindlichen Bodens sowie infolge der Notwendigkeit der Deckung des Kohlenbedarfes neutraler Staaten. Leider hat die Förderung sowohl von Steinkohle als auch von Braunkohle im Jahre 1917 infolge von Betriebsschwernissen, die im Jahresberichte aufgezählt sind, die für sie präliminierte Höhe nicht erreicht. Diese Betriebsschwernisse sind durchweg von dem Willen und Können der Unternehmer unabhängige, von ihm nicht beeinflussbare, sonach unverschuldete und zumeist unvermeidliche Folgeerscheinungen des Kriegszustandes, die mit dessen Beendigung schwinden werden. Mit Eintritt des Friedens wird nach Wegfall dieser Hindernisse für den Bergbau die Bahn frei, um mit dem Aufwande aller ihm zu Gebote stehenden technischen, finanziellen und Arbeitskräfte die für den Wiederaufbau unsrer Volkswirtschaft unerlässliche Steigerung seiner Produktionsfähigkeit durchzuführen; durch die stärkere Belegung seiner Arbeitsorte, durch Reetablierung und Ausgestaltung seiner technischen Hilfsmittel und durch Schaffung von Neuanlagen. Um so mehr ist es zu beklagen, daß die Freiheit der bergbaulichen Betätigung nunmehr bedroht wird durch das stärkere Einsetzen staatssozialistischer Strömungen, die zur neuerlichen Vorlage der Berggesetznovelle geführt haben. Der vom Vereinssekretär Dr. Husslerl erstattete Rechenschaftsbericht bemerkt, daß der besorgniserregende Rückgang der Arbeitsleistungen und die damit verbundene Verminderung der Kohlenförderung nicht einzig und allein auf die ungünstigen Ernährungs- und Betriebsverhältnisse zurückzuführen seien, sondern zum großen Teil auch in verfehlten gesetzlichen Maßnahmen sowie wiederholten Eingriffen der Militärverwaltung in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in der Anwendung des § 1154 b WGB, der Einführung der Beschwerdelokommissionen begründet seien. Den kapitalfeindlichen und staatssozialistischen Strömungen gewisser politischer Gruppen habe die Regierung auch dadurch Rechnung getragen, daß sie die Berggesetznovelle, die bekanntlich die Einführung des staatlichen Kohlenproduktionsmonopols zum Ziele hat, im Abgeordnetenhaus wieder einbrachte. Dem Rechenschaftsbericht ist wie alljährlich auch eine Uebersicht über die Gewinnungsverhältnisse des österreichischen Kohlenbergbaues und seiner Nebenbetriebe beigegeben. Danach zeigt die Steinkohlegewinnung des Jahres 1917 mit einer Förderung von 167.3 Millionen Meterzentner gegenüber jener des Jahres 1916 mit 176 Millionen Meterzentner eine Abnahme um 4.96 Prozent. Die Erzeugung an Steinkohlenbriketts betrug im Jahre 1917 26.2 Millionen Meterzentner und hat somit jene des Vorjahres (25.8 Millionen Meterzentner) um 1.31 Prozent übertroffen. Die Erzeugung an Steinkohlenbriketts, die sich im Jahre 1917 auf 1.37 Millionen Meterzentner belief, ist im Vergleich zum Jahre 1916 (1.96 Millionen Meterzentner) um 29.85 Prozent gesunken. Die Braunkohlenförderung, die im Jahre 1917 216.3 Millionen Meterzentner gegen 232 Millionen Meterzentner im Jahre 1916 ergab, hat eine Verringerung um 6.78 Prozent erfahren. Die Erzeugung an Braunkohlenbriketts (1.68 Millionen Meterzentner) hat im Vergleich zum Jahre 1916 (2.24 Millionen Meterzentner) um

24.98 Prozent abgenommen. Der Rechenschaftsbericht wurde von der Generalversammlung einstimmig genehmigt und dem Vereinsvorstand die Entlastung erteilt. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen in den Vereinsvorstand ergaben die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder mit Ausnahme der Ruitowitzer Kohlenwerke G. m. b. H., an deren Stelle die Kohlenwerkerschaft Leonoraschacht neugewählt wurde. Bei der nach der Generalversammlung abgehaltenen konstituierenden Vorstandssitzung wurde Heinrich Graf Larisch zum Präsidenten, Oberbergrat Gottfried Hüttemann zum ersten Vizepräsidenten und Bergrat Ingenieur Mag. Ritter v. Guttman zum zweiten Vizepräsidenten wiedergewählt.

2. VII. 1918

23

Die Gemeinde Wien und das Kohlenbergwerk in Dzieditz.] Vor einigen Tagen hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner sich mit dem Vizebürgermeister Gierhammer, dem Oberkurator v. Steiner, den Gemeinderäten Reumann und Dr. v. Dorn nach Bielitz begeben, um das Kohlenbergwerk in Dzieditz in Augenschein zu nehmen, das vor kurzem seitens der Gemeinde Wien in der Weise erworben wurde, daß die Kommune einer von der Depositenbank zu bildenden Aktiengesellschaft beigetreten ist. An der Reise nahmen der Präsident der Depositenbank Marek und Direktor Paul Goldstein teil. Das Kohlenbergwerk von Dzieditz soll die Gemeinde Wien in erster Reihe mit Gaslohle und dann mit Brandlohle versorgen. Die Vertreter der Stadt Wien und der Depositenbank gewannen den Eindruck, daß es möglich sein wird, schon in einigen Monaten aus Dzieditz Brandlohle nach Wien zu bringen. Diese Brandlohle wird jedoch zunächst nur für die Betriebe der Stadt Wien Verwendung finden. Die Anlieferung von Gaslohle für die städtischen Betriebe wird erst in zwei bis drei Jahren vor sich gehen können. Zur Ausbeutung des Kohlenbergwerkes werden große Investitionen notwendig sein, die zwischen 40 und 50 Millionen Kronen veranschlagt werden. Zur Deckung sollen Industrieobligationen ausgegeben werden. Der Bürgermeister hat für Montag eine Sitzung der gemeinderätlichen Kohlenkommission einberufen, um über seine Wahrnehmungen bei der Studienreise Bericht zu erstatten.

2. / VII. 1918

24

[Die Kohlenversorgung.] Heute hat die Generalversammlung des Zentraverbandes der Bergwerksbesitzer unter Vorsitz des Geheimen Rates Grafen Larisch-Moenich stattgefunden. Hierbei hielt der Vizepräsident Max Ritter v. Guttman über die Frage der Kohlenversorgung eine Ansprache, in der er folgendes sagte: Die brennendste Frage, welche an den Bergbau gestellt wird, bezieht sich auf die Kohlenversorgung. Sie könnte vom heimischen Bergbau auch bei voller Förderung nur zum Teile gelöst werden mit Rücksicht auf die gegenüber der Friedenszeit sprunghafte Steigerung des Bedarfs der Staatsbahnen und der Kriegsindustrie, bei gleichzeitig fast um 10 Prozent gesunkenem Importe preussischer Kohle und bei Ausdehnung des Versorgungsgebietes infolge der Besetzung feindlichen Bodens sowie infolge der Notwendigkeit der Deckung des Kohlenbedarfes neutraler Staaten. Leider hat die Förderung sowohl von Steinkohle als auch von Braunkohle im Jahre 1917 infolge von Betriebsschwernissen, die im Jahresberichte aufgezählt sind, die für sie präliminierte Höhe nicht erreicht. Diese Betriebsschwernisse sind durchwegs von dem Willen und Können des Unternehmers unabhängig, von ihm nicht beeinflussbare, sonach unerschuldete und zumeist unvermeidliche Folgeerscheinungen des Kriegszustandes, die mit dessen Beendigung schwinden werden. Mit Eintritt des Friedens wird nach Wegfall dieser Hindernisse für den Bergbau die Bahn frei, um mit dem Aufwande aller ihm zu Gebote stehenden technischen, finanziellen und Arbeitskräfte die für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft unerlässliche Steigerung seiner Produktionsfähigkeit durchzuführen: durch die stärkere Belegung seiner Arbeitsorte, durch Reetablierung und Ausgestaltung seiner technischen Hilfsmittel und durch Schaffung von Neuanlagen. Um so mehr ist es zu beklagen, daß die Freiheit der bergbauartigen Betätigung nunmehr bedroht wird durch das stärkere Einsetzen staatssozialistischer Strömungen, die zur neuerlichen Vorlage der Berggesetznovelle geführt haben. Die Genesis des Besetzungswurfes hängt damit zusammen, daß im allgemeinen dem Bergbauwesen — wie der Industrie überhaupt — in der Festsetzung der tatsächlichen Verhältnisse wenig Wohlwollen entgegengebracht wird. Dies hat seinen Grund in einer weitgehenden Unterschätzung der Qualität und Quantität industrieller und montanistischer Arbeit, des mit ihr verbundenen Risikos und vor allem ihres volkswirtschaftlichen Wertes gegenüber den durch sie erzielbaren Erträgen. Der Reichsverband der österreichischen Industrie hat sich zur Aufgabe gestellt, die Erkenntnis von der innigen und unlöslichen Interessengemeinschaft zwischen Industrie und dem Volks- und Staatswohlle in weite Kreise zu tragen. Es ist unsere Pflicht, durch engen Anschluß an den Reichsverband seine Bestrebungen auf das wärmste zu unterstützen.

Die Ursachen der Kohlennot. Angeblicher Mehrverbrauch der Staatsbahnen.

Aus Prag, 7. d., wird uns telegraphiert: Der Abg. Fahrner teilt mit, daß bei einer dieser Tage im Ministerpräsidium stattgefundenen Besprechung, die sich mit der Kohlennot im Gablonzer Industriebezirk beschäftigte, vom Regierungstisch aus die überraschende Tatsache zur Kenntnis gebracht wurde, daß derzeit der Jahresbedarf der Staatsbahnen allein an Kohle um 1,300.000 Tonnen höher sei als der normale Friedensbedarf. Wenn auch in Rechnung gezogen wird, daß während der Kriegezeit die Steinkohlenförderung und die Steinkohleneinfuhr zurückgegangen sind und deshalb mehr Braunkohle verwendet wird, die wegen des geringeren Heizwertes eine höhere Verbrauchsquote bedingt, ist der ungeheure Mehrverbrauch angesichts des stark reduzierten Eisenbahnverkehrs vollkommen unerklärlich. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, daß den Ursachen dieser sonderbaren Erscheinung nachgegangen werde. Es scheint, daß die Verbrauchswirtschaft der Staatsbahnen neben der reduzierten Fahrordnungs eine Hauptquelle der Kohlenmisere ist, die für die ganze Industrie und das Wirtschaftsleben schon heute eine nicht zu unterschätzende Gefahr bedeutet.

Die neuen Kohlenpreise

* Bekanntlich haben die Kohlenpreise durch das neue Wirtschaftsabkommen mit Deutschland eine bedeutende Erhöhung erfahren. Demgemäß hat das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement durch Verfügung vom 3. Juni 1918 neue Höchstpreise für den Verkauf von Kohle festgelegt. Zum bessern Verständnis der Preisansätze für die einzelnen Sorten dürfte es von Interesse sein, die Ursachengebiete, welche bei den Verhandlungen mit Deutschland über die Preiserhöhung maßgebend waren, zu skizzieren.

Als vertraglicher Preis gemäß dem abgelaufenen Abkommen sind Fr. 90 pro Tonne bekannt. Zu dieser Zahl ist zu bemerken, daß sie allerdings als Basis angenommen war, jedoch als Preis ab Saargrube galt. Unter Berücksichtigung der Lieferungen aus andern Revieren ergab sich tatsächlich ein niedrigerer Durchschnittspreis ab deutschen Zechen im allgemeinen, nämlich Fr. 83 pro Tonne. Im neuen Abkommen mußte nun Deutschland ein im Mittel um Fr. 90 erhöhter Preis zugestanden werden. Es ergibt sich so der in der Presse schon wiederholt genannte neue Preis von Fr. 173 pro Tonne, der also nach dem Ausgeführten den Durchschnittspreis ab deutschen Zechen darstellt.

Bei den Vertragsunterhandlungen mit Deutschland war von schweizerischer Seite ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß nicht geringwertige Sorten mit den gleichen Aufschlägen belastet würden wie Ware besserer Qualität, damit nicht die deutschen Lieferanten, wie das bisher teilweise der Fall war, ein Interesse daran haben konnten, an das vorgesehene Gesamtquantum erhebliche Mengen minderwertiger Ware zu liefern. Unsere Unterhändler brachten es dazu, daß für die neue Vereinbarung der Durchschnittspreis von Fr. 83 (oder von Fr. 173, wenn man den mittleren Aufschlag von Fr. 90 hinzurechnet) ab deutschen Zechen und nicht etwa die alte vertragliche Preisnorm von Fr. 90 ab Saargrube als Basis gesetzt wurde. Man gestaltete nun die Preise so, daß für Kohle von geringem Heizwert und von beschränkter Verwendungsmöglichkeit, wie z. B. Griechkohlen wesentlich unter diesem Mittel stehende Sätze ausbedungen wurden. Naturgemäß mußten auf der andern Seite für die bessern Qualitäten, wie z. B. Steinkohlenbriketts, Anthrazite, Stück-, Würfel- und Rußkohlen und Koks entsprechend höhere Preise zugestanden werden; bei diesen Sorten macht deshalb der Aufschlag ab Zeche nicht bloß Fr. 90, sondern zirka Fr. 100, in einzelnen Fällen bis Fr. 125 aus. Trotz dieser starken Differenzierung der Preise stellt sich der Käufer der guten Kohlenqualitäten besser, als wenn er gezwungen wäre, minderwertige Ware (wie z. B. Griech) zu einem relativ hohen fixen Mittelpreis zu kaufen, ja noch günstiger, als wenn er minder gute Sorten zu den neu vereinbarten, verhältnismäßig niedrigen Preisen erwirbt. Eine weitere Preiserhöhung gegenüber den bisherigen Ansätzen ist infolge der merklichen Steigerung der Schiffs- und Bahnfrachten eingetreten. Sie macht pro Tonne bis zu Fr. 10, teilweise sogar noch mehr aus. Der Gesamtaufschlag beträgt nach dem Gesagten für die bessern Sorten wesentlich mehr als Fr. 90 und wird für einzelne Qualitäten sogar bis Fr. 140 pro Tonne ansteigen.

Es mag hinzugefügt werden, daß die Behörden auf Grund der uns im Wirtschaftsabkommen zugestandenen Rabatte für gewisse Kreise des Kleinwerbes und der Hausbrandkonsumenten finanzielle Erleichterungen in Aussicht genommen haben. Gleichzeitig mit den neuen Preisen für deutsche Kohlen hat das Volkswirtschaftsdepartement auch für die in der Schweiz geförderten Kohlen und die im Inland hergestellten Briketts neue Höchstpreise aufgestellt.

* Die Schaffung von Kohlenvorräten für den Winter war kürzlich Gegenstand eines Antrages in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Eine amtlich gespeiste Nachrichtenstelle schreibt nun beruhigend dazu: Von den gesamten Kohlenvorräten sind insgesamt 2,83 Mill. To. Kohle für die Belieferung mit Hausbrandkohle bestimmt worden. Diese Kohle ist vorhanden, die ausreichende Versorgung mit Kohle ist also nur eine Transportfrage. Zur Lösung dieser Frage ist die Belieferung mit Kohle derart geregelt worden, daß die Orte, die in der Nähe der Kohlenbezirke liegen oder günstige Verkehrswege mittels Eisenbahn oder zu Wasser zu einzelnen Grubenorten haben, während der Zeit der günstigeren Verkehrsverhältnisse, also im Frühjahr und Sommer, weniger reichlich mit Kohle beliefert werden sollen als die Orte, die eine weniger gute Verbindung nach den Kohlenbezirken haben. Es werden also jetzt in erster Linie die Orte mit Kohlen bevorzugt werden, bei denen eine Verkehrsstockung einen Kohlenmangel unmittelbar zur Folge haben würde. Die Menge der diesen Orten gelieferten Kohle ist so groß, daß die Verbraucher voll in den Besitz ihrer Kohle gelangen können und außerdem noch die Kohlenhändler einen gewissen Vorrat behalten. Natürlich ist auch dafür gesorgt, daß die Orte, die jetzt weniger gut versorgt werden, während in der Zeit, in welcher die Eisenbahnen erfahrungsgemäß mit Transporten überlastet sind, in den Besitz ihrer Kohlen gelangen können. Die auf die Kohlenarten auszugebenden Kohlenmengen sind reichlich bemessen, so daß bei sparsamem Verbrauch sich jede Haushaltung mit Leichtigkeit einen kleinen Wintervorrat schaffen kann, eine vorübergehende Stockung in der Kohlenzufuhr also keinen sofortigen Mangel hervorrufen kann.

11. VI. 1918

Die Zustellung der Kohle.

Eine Verordnung für Budapest. — Maximalpreise für die Zustellung und Einlagerung.

Der Regierungskommissär für Kohlenangelegenheiten Dr. Eugen Básonyi hat verfügt, daß die Kohlenhändler auf dem Gebiete Budapests innerhalb der Mautschranken die von der Landeskohlenkommission zu Feuerungszwecken angewiesene Kohle auf Wunsch der Partei zuzustellen und in den von der Partei bestimmten Keller einlagern zu lassen haben. Die Parteien können diese Zustellung in einem Kalenderjahr nur einmal und nur dann verlangen, wenn ihr Jahresbedarf 30 Meterzentner nicht übersteigt. Den Betrag, den der Kohlenhändler für die Zustellung und Einlagerung fordern kann, bestimmt der hauptstädtische Magistrat; mehr dürfen weder der Fuhrmann, noch die Arbeiter verlangen. Die Verletzung oder die Umgehung dieser Bestimmungen wird als Uebertretung mit Haft bis zu sechs Monaten und an Geld bis zu 2000 K. bestraft. Das Polizeistrafgericht hat die die Uebertretung feststellenden rechtskräftigen Urteile der zuständigen Bezirksvorsteherung mitzuteilen, damit diese dem bestraften Händler das weitere Inverkehrsetzen von Kohle verbiete. Die Verordnung wurde gestern im amtlichen Blatte verkündet und ist an diesem Tage in Kraft getreten.

Zuteilung des Hausbrandes 1918/19

In den nächsten Tagen wird eine Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements erscheinen, die die Zuteilung der für Heiz- und Kochzwecke bestimmten Kohle regelt. Wie wir vernehmen, sind darin neue Normen aufgestellt, indem verschiedene Zuteilungskategorien eingeführt werden für das vom 1. April 1918 bis 31. März 1919 laufende Zuteilungsjahr. Nach dem, was bisher in den Besprechungen mit den Organen der Ortskohlenstellen verlautete, dürfte sich die Einteilung ungefähr folgendermaßen gestalten: In der ersten Kategorie stehen die Spitäler und Asyls, die mit 80 Prozent des normalen Bedarfs beliefert werden. Die zweite Kategorie — Verwaltungen, Schulen — erhält 70 Prozent. In der dritten Kategorie stehen die Wohnungen mit einer Zuteilung von 60 Prozent des gewöhnlichen Verbrauchs. Hotels, Pensionen, Restaurants stehen in vierter Reihe und erhalten 50 Prozent des früheren Bedarfes für Heizzwecke, 70 Prozent für den Herd. Dem Kleingewerbe — der fünften Kategorie — werden ungefähr 70 Prozent zugeteilt.

Der ersten und fünften Kategorie werden ohne weiteres drei Viertel des vorgesehenen Quantums viffert, während die zweite, dritte und vierte Kategorie von der Zuteilungsmenge vorläufig bloß die Hälfte erhalten. Bis 30. September soll dieser erste Teil des Zuteilungsquantums in der Hand des Bezügers sein; im Laufe des Herbstes und Winters wird der Rest geliefert. Dieser Weg der Verteilung wurde gewählt, um einerseits möglichst zeitig Vorräte anzulegen und anderseits, um dem Händler entgegenzukommen, der namentliche Bezüge vorausbezahlen muß. Was von den Konsumenten seit dem 1. April bezogen wurde, ist in dem Zuteilungsquantum des laufenden Heizjahres in Anrechnung zu bringen.

Seit dem 1. Juni gelten die neuen Kohlenpreise auch für die alte Kohle. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei festgestellt, daß die Differenz zwischen früherem und jetzigem Preis, der sich ergibt, nicht etwa dem Händler zugute kommt. Der Händler hat den Mehrgewinn, der sich an Hand der Lieferungs- und Abgabekontrolle unschwer ermitteln läßt, an das Volkswirtschaftsdepartement abzuliefern, das ihn dann seinerseits an die Kantone zur Verwendung zu Unterstützungszwecken weiterleitet und verteilt.

Die Kohlenfrage. Der Reichstagsausschuss für Handel und Gewerbe verhandelte am Dienstag über die Kohlenfrage, insbesondere über die Versorgung der Städte mit Hausbrand. Ein Vertreter des Reichskohlenkommissars gab der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß auf Grund der Erfahrungen des vorigen Jahres eine befriedigende Versorgung der Bevölkerung mit Kohle möglich sein wird. Die leichteren Beförderungsbedingungen des Sommers würden voll ausgenutzt werden. Ein Zentrumssprecher hob den Ernst der Lage hervor, der durch die Knappheit an Lebensmitteln und an Kleidung verschärft werde. Die Regierung könne auf Grund ihrer Maßnahmen zuversichtliche Hoffnungen hegen, aber in der Praxis sieht die Sache manchmal anders aus. Ein nationalliberaler Abgeordneter verlangte die größtmögliche Ausnutzung aller leer laufenden Eisenbahnwagen und erörterte die Ursache des Kohlenmangels. Ein Fortschrittler meinte, daß von einer Besserung in der Kohlenlieferung bis jetzt nichts zu merken sei. Für den kommenden Winter müsse unter allen Umständen wenigstens die Kohlenfrage zur Befriedigung der Bevölkerung gelöst werden. Der Vertreter des Kohlenkommissars besprach ausführlich die Gründe für den bedeutenden Mehrbedarf an Kohle. Die Lieferung des gesamten Winterbedarfs schon im Sommer sei unmöglich. Der Reichskohlenkommissar werde mit allen in Frage kommenden Behörden und Personen engste Fühlung halten. Nach weiterer Aussprache wurde eine Entschliebung angenommen, die verlangt, daß die Kohlenförderung mit allen Mitteln gesteigert wird bis zur vollen Ausnutzung der Förderungsbedingungen der Zechen, damit insbesondere die Bevorratung mit Hausbrandkohle schon vor der Ernte in möglichst großem Umfange durchgeführt werden kann. Für die Kohlenförderung soll auch in der Weise gesorgt werden, daß für die Wasserstraßen stets eine genügende Zahl von Schiffen samt den dazu gehörenden Mannschaften zu erträglichen Frachtsätzen zur Verfügung steht.

Die Verteuerung von Gas und Elektrizität.

Der städtische Finanzminister Vizebürgermeister S o h hat bekanntlich in der letzten Stadtratsitzung eine Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise mit der Begründung angekündigt, daß die Gaswerke fast nichts und die Elektrizitätswerke nur zwei Drittel des Voranschlages für 1917/18 zur Abfuhr an die Gemeinde für das kommende Finanzjahr 1918/19 veranschlagt haben. Diese betrübliche Ankündigung bedarf um so dringender einer näheren Aufklärung und ziffermäßigen Begründung, als beide Unternehmungen im verfloffenen Jahre nicht ungünstig gearbeitet haben. Das Gaswerk hat rund 6,2 Millionen Kronen und das Elektrizitätswerk rund 11,2

Millionen Kronen als Gebarungüberschüsse für das Jahr 1917 an die eigenen Gelder der Gemeinde abgeführt. Die Rechnungsabschlüsse der beiden Unternehmungen wurden kürzlich vom Stadtrat genehmigt. Nachfolgender Bericht der Rathauskorrespondenz über die Bilanzen des Gaswerkes und des Elektrizitätswerkes wurde damals ausgegeben, jedoch noch am Abend der Ausgabe zurückgezogen:

„Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung die Verwaltungsberichte und Bilanzen der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke für das Geschäftsjahr 1917 genehmigt. Der Gebarungüberschuß der städtischen Gaswerke beträgt 6.858.439 Kronen. Davon sind für die Selbstversicherung 90.000 Kronen, für die Bestreitung der Investitionsauslagen 221.665 Kronen, für die Tilgung der Anlehen 211.528 Kronen, für Auswendungen an Beamte und sonstige Bedienstete 141.145 Kronen verwendet worden, so daß 6.194.101 Kronen zur Abfuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien gelangen. Rechnet man hierzu die unentgeltliche Befahrung der öffentlichen Beleuchtung, die Ersparnis der Gemeinde Wien beim Bezug des Gases für die städtischen Amts- und Anstaltsgebäude und bei dem Kofszufluss sowie die Vermögensvermehrung der Gemeinde durch die aus dem Betriebsergebnis gedeckten Investitionen, so stellt sich der Gesamtbetrag für die Gemeinde auf 10.396.534 Kronen. — Bei den städtischen Elektrizitätswerken beträgt der Gebarungüberschuß 11.677.004 Kronen. Davon werden zur Tilgung der Anlehen 193.713 Kronen, für Bilanzgelder an Beamte 139.440 Kronen, für die Selbstversicherung 125.000 Kronen verwendet, so daß die Abfuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde 11.218.851 Kronen beträgt.“

• **Verbraucher, holt eure Kohlen ab!** Die schon in Friedenszeiten zu beobachtende Erscheinung, daß nur wenige Verbraucher sich im Sommer für den nächsten Winter mit Kohlen eindecken, droht sich jetzt bei der öffentlichen Bewirtschaftung der Kohlen zu einer Gefahr für den ganzen Aufbau der Kohlenversorgung auszuwachsen. Dazu kommt, daß die vor kurzem eingeführte Kundenliste für Kohlen die Bevölkerung in den Glauben eingelullt hat, daß alles geschehen sei, um die Kohlenversorgung der Verbraucher sicherzustellen. Was ist aber die Folge? Niemand bemüht sich jetzt, die ihm zustehenden Kohlenmengen bei seinem Kohlenhändler abzuholen. Die Briquette stauen sich auf den Lagerplätzen der Großhändler und in den Kellern der Kleinhändler; diese wiederum können die ihnen weiter gelieferten Eisenbahnwagen mit Kohlen nicht abnehmen — die Folge davon ist wiederum, daß die Anfuhr von den Gruben stocken muß und die ganze weitere Kohlenversorgung in Frage gestellt wird. Man kann es schon als eine Ruhmestadt der Groß-Berliner Kohlenversorgung, wie sie durch die Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken und den Kohlenverband Groß-Berlin durchgeführt ist, bezeichnen, daß sie die Kohle nicht „wegorganisiert“ hat. Es kann aber zu einer ernsten Lage kommen, wenn die Lässigkeit des allergrößten Teiles der Verbraucher in Groß-Berlin im Kohlenabholen so weiter geht wie bisher. Und dabei lohnt es sich, die Kohlen abzunehmen; denn es sind nicht etwa, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, nur 1½ Zentner Briquette auf die Kochkarte freigegeben, sondern je nach der Gruppe 12, 9, 6 und 4½ Zentner! Im ganzen ist die jetzt freigegebene Menge so groß, daß sie bis Anfang August nach Groß-Berlin kommt und den Kochbedarf des ganzen Sommers darstellt. Nur wenn die Verbraucher sich jetzt mehr um die Abholung ihrer Kohlen kümmern, kann Anfang August mit der Lieferung der Winterkohlen begonnen werden. Kommt jedoch die Bevölkerung jetzt der Aufforderung des Kriegsamtes nicht nach, so besteht angesichts der im Herbst und Winter wieder zu erwartenden Verkehrserschwerigkeiten für die jetzt lässigen Verbraucher die Gefahr, daß sie dann gar nicht oder nur schwer versorgt werden können. Darum: Verbraucher, nehmt eure Kohlen ab!

Wo aber andererseits Kleinhändler ausnahmsweise noch nicht oder nicht ausreichend mit Kohlen beliefert sein sollten, empfiehlt es sich, sofort der Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken, Berlin W., Linkstraße 25, Anzeige zu erstatten.

•
Bezüglich der bisher strittigen Preise für Gastoks ist es jetzt zu einer Einigung gekommen. Es erscheint in diesen Tagen eine Bekanntmachung des Kohlenverbandes Groß-Berlin, worin die Höchstpreise, wie sie die Preisprüfungsstelle festgelegt hatte, bis auf weiteres Geltung behalten. Die Kohlenhändler haben sich verpflichtet, diese Preise anzuerkennen. Für den Winter werden dann die Preise auf Grund der sommerlichen Erfahrungen neu festgesetzt werden.

Neuerliche Preiserhöhung der ober-schlesischen Steinkohle.

Gestern dürfte in Kattowitz im Schoße der Oberschlesischen Kohlenkonvention die Neuregelung des Preises der ober-schlesischen Steinkohle für die Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn der Entscheidung näher gebracht worden sein. In Oberschlesien plant man diese Maßregel für die Ausfuhr-Steinkohle offenbar im Anschlusse daran, daß auch die Ausfuhr-Braunkohle, deren Preisbestimmung von der behördlichen Entscheidung freigeblieben ist, in der letzten Zeit ganz außerordentlich im Preise verteuert worden ist. Für die ober-schlesische Steinkohle scheint im Exporte eine Preiserhöhung um 30 bis 40 Mark pro Wagenladung geplant zu sein, eine Preissteigerung, zu der dann noch die der Preissteigerung entsprechende Erhöhung der Kohlensteuer treten wird.

Kohlenversorgung — Kohlenpreise.

In den letzten Wochen ist es der Eisenbahnerverwaltung möglich gewesen, die Wagengestellung so zu gestalten, daß die Zechen in der Lage waren, ihre Vorräte abzuführen. Die derzeitigen Verhältnisse gehen im allgemeinen über das normale Maß nicht mehr hinaus. Gewisse Unregelmäßigkeiten in der Wagengestellung, über die hier und da noch von den Zechen geklagt wird, müssen auf das Konto des Krieges genommen werden; denn es ist klar, daß der ganze ungeheure Apparat der Eisenbahn heute nicht mehr so exakt klappen kann wie in Friedenszeiten. Sache des Handels und der Verbraucher ist es, sich mit den erforderlichen Brennstoffen nunmehr ausreichend einzudecken, da die Wagengestellung kaum dauernd auf der jetzigen Höhe wird gehalten werden können. Von vielen Seiten wird darüber geklagt, daß die Kohlenherzeugung gegenüber der Herstellung von Koks zu wünschen übrig lasse. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß eine Hochhaltung der Koksherzeugung im Interesse einer ausreichenden Versorgung der Heeresverwaltung mit den noch wie vor in großem Umfang benötigten Nebenerzeugnissen zurzeit unbedingt erforderlich ist. Den Verbrauchern wird daher nichts anderes übrig bleiben, als sich auf die Verfeuerung von Koks in größerem Umfange als bisher einzurichten. Klage wird darüber geführt, daß die Leistung pro Mann und Schicht, trotz der ständig höher geschraubten Löhne, unzureichend bleibt. Vielfach läßt sich sogar beobachten, daß die Steigerung der Löhne geradezu von einem Nachlassen der Leistung begleitet ist. Die Löhne haben eben einen derartigen Stand erreicht, daß der Anreiz, durch vergrößerte Leistung das Einkommen zu heben, geschwunden ist. Es darf aber auch nicht verkannt werden, daß die Unterbindung der Aus- und Vorrichtungsarbeiten die Erzielung einer größeren Leistung nicht leicht gemacht.

Die Frage der Preisgestaltung am Kohlenmarkt wird heute ihre Erledigung finden. In Oberschlesien hat man die Preise unverändert gelassen, und im Ruhrbezirk herrscht der Wunsch vor, daß das Kohlensyndikat diesem Beispiel folge. Zu verstehen ist dieser Wunsch, wenn man bedenkt, daß eine Kohlenpreiserhöhung eine Hinaufziehung auch der Eisenpreise nach sich ziehen würde. Da die Regierung gegenüber den Wünschen auf Erhöhung der Eisenpreise einen durchaus ablehnenden Standpunkt einnimmt, ist anzunehmen, daß sie auch einer Erhöhung der Kohlenpreise mit Nachdruck entgegengetreten wird. Eine jüngst abgehaltene Sitzung des Syndikatsausschusses hat dem auch beschlossen, der Zechenbesitzerversammlung vorzuschlagen, die Richtpreise für die Monate Juli und August unverändert zu lassen. Der Umstand, daß die Regierung — abgesehen von der Vertretung des preussischen Fiskus im Syndikat — in der heutigen Zeit über genügend Druckmittel verfügt, ihrem Willen Geltung zu verschaffen, und die Zechen kein Interesse daran haben, eine erweiterte Zwangswirtschaft noch künstlich heraufzubeschwören, dürfte auch die heutigen endgültigen Entschlüsse der Zechenbesitzerversammlung bestimmend beeinflussen. Solange die Mehrgewinne aus den Auslandsverkäufen in ihrer jetzigen Höhe den Zechen verbleiben, finden diese unter Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten auch bei den heutigen Preisen ihr gutes Auskommen.

21./VI. 1918

26

31. Referent Vize-Bürgermeister Sierhammer: Zahl 5213, Post 1. Petition der Gemeinde Wien an die k. k. Regierung wegen Festsetzung von Richtpreisen für Nutzholz.

Beschluß: Die Gemeinde Wien stellt an die Regierung das dringende Ersuchen, darauf zu sehen, daß, falls eine neuerliche Erstellung von Richtpreisen für Holz überhaupt vorgenommen werden sollte, jede vermeidbare Belastung der Verbraucher hintangehalten werde.

— Insbesondere wäre bei Festsetzung von Preisen für Rohholz zu berücksichtigen, daß für Holz am Stamm wesentliche Veränderungen der Gestehungskosten nicht stattgefunden haben und daß die Änderungen der Handelsusancen, wie solche in den dermaligen gültigen Richtpreisen ganz zum Nachteil der Konsumenten vorgenommen erscheinen, künftig unterbleiben.

— Die Gemeinde erachtet es auch als unbedingt erforderlich, daß bei ungerechtfertigten Ueberschreitungen derselben gegen die Schuldigen mit allen zugebote stehenden gesetzlichen Mitteln eingeschritten werde.

— Bei diesem Anlasse verweist die Gemeinde Wien insbesondere darauf, daß durch die Wohnungsnot die Verwendung von Werkholz zu Wohnbauten in großem Umfange nötig gemacht werden wird und daß schon deshalb der Festsetzung entsprechender Holzpreise eine erhöhte volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt.

* (Die Kohlenversorgung der Kurorte und Sommerfrischen Niederösterreichs.) Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat B a d e n, welchem der Kurbetrieb im laufenden Jahre bewilligt wurde, eine bestimmte Brennstoffmenge zur Versorgung der heilbedürftigen Kurgäste zugewiesen; für die Besucher der Kurorte und Sommerfrischen in Niederösterreich konnte eine Versorgung mit Brennstoffen mit Rücksicht auf die herrschenden Verkehrsschwierigkeiten nicht vorgelehrt werden. Die Ausgabe von Küchenbrandarten oder eine sonstige Abgabe von Kohle, Koks und Bricketts aus den für die ständigen Bewohner der n.-ö. Gemeinden bestimmten Brennstoffmengen an Sommergäste ist unzulässig.

Erhöhung der Wiener Kohlenpreise.

Die Wiener Kohlenfirmen hielten heute eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, die Preise aller Kohlenarten neuerlich zu erhöhen. Eine bestimmte Liste der Preise wurde nicht festgesetzt und die Bestimmung derselben den Firmen überlassen, da die Einkaufspreise, wie erklärt wird, bei den einzelnen Händlern stark auseinandergehen. Die Erhöhungen werden mit der von der Oberschlesischen Kohlenkonvention beschlossenen Steigerung für Ausfuhrkohle um 6 Mark per Tonne und der in der letzten Zeit eingetretenen Aufwärtsbewegung des Marktes begründet.

Freigabe von Kohlen für den Winter.

Die Mahnungen, die bei den Kohlenhändlern Lagernden und bereits freigegebenen Kohlenmengen zu beziehen und abzuholen, haben namentlich bei den Verbrauchern im Westen Berlins noch nicht recht gefruchtet. In den meisten Fällen wird der Einwand erhoben, daß die abzuholenden Kohlenmengen für den Transport nicht recht lohnen. Um diesen Einwendungen zu begegnen, hat der Kohlenverband Groß-Berlin mit Wirkung vom 1. Juli zusätzlich zu der auf die Kocharte zur Deckung des Kochkohlenbedarfs für den Sommer freigegebenen Kohlenmenge weitere Kohlenmengen von durchschnittlich je 10 Gentnern zum Bezuge gegen Vorlegung der Ofenarte freigegeben. Bei befriedigenden Versandverhältnissen werden die Verbraucher in der Lage sein, neben den im Sommer zu Kochzwecken benötigten Kohlen bis zum Herbst 10 Gentner als Vorrat für den Winter zu beziehen. Die auf die Ofenarte freigegebene Menge stellt einen Vorrat für den Winter dar. Sie kann daher von den Verbrauchern ohne Nachteil zu einem beliebigen Zeitpunkt des Sommers, bis zum Herbst aber mit Sicherheit entnommen werden. Die für die Belieferung notwendigen Kohlenmengen dürften allmählich nach Berlin kommen. Wenn Kleinhändler mit der Belieferung ihrer Kunden aber allzu sehr im Rückstande bleiben, so steht es ihnen nach wie vor frei, sich an den Kohlenverband Groß-Berlin zu wenden, der dann für Abhilfe sorgen wird. Die Abgabe von Kohlen gegen Sonderarten bleibt auch weiterhin verboten.

Kohlenmangel in der Porzellanindustrie. Sehr trübe Aussichten eröffnen sich der österreichischen Porzellanindustrie durch den anhaltenden Kohlenmangel. Das bisherige auf die Porzellanfabriken entfallende Kohlenkontingent von ungefähr 14.500 Tonnen soll nämlich auf 6000 Tonnen gekürzt werden. Diese ganz bedeutende, durch den Produktionsrückgang in den Kohlenruben bedingte Verbrauchsherabsetzung wird zur Folge haben, daß ganze Betriebe stillgelegt werden müssen, wodurch die von den Kriegswirkungen ohnehin hart betroffene Arbeiterschaft dieser Branche vor eine sehr fragliche Zukunft gestellt ist. Zwei Porzellanarbeiterkonferenzen, die kürzlich in Altrohlau und Turrn stattfanden, beschäftigten sich bereits mit dieser Frage sehr eingehend. Es wurde beschlossen, gemeinsam mit dem Wirtschaftsverband der österreichischen Porzellanindustriellen bei der Regierung eine bessere Kohlenzuweisung zu erwirken und gleichzeitig eine Erhöhung der staatlichen Unterstützung anzustreben.

Der Minister für öffentliche Arbeiten R. v. Homann über die Kohlenversorgung.

Im Subkomitee des kriegswirtschaftlichen Ausschusses hat der Minister für öffentliche Arbeiten R. v. Homann gestern eine umfassende Darlegung der Lage der Kohlenversorgung gegeben. Aus den Erklärungen des Ministers R. v. Homann ergibt sich, wie erfolgreich er es verstanden hat, gegen die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung anzukämpfen und diese Schwierigkeiten zu überwinden. Im Nachstehenden der Bericht über die wichtigen Erklärungen des Ministers R. v. Homann:

Minister R. v. Homann stellte die Erklärung voran, daß er sich auch diesmal freimütig und offenherzig äußern werde. Unsere Kohlenlage ist, insbesondere in den letzten Wochen, außerordentlich schwierig geworden, viel schwieriger als in der gleichen Zeit des abgelaufenen Jahres. Die Ursachen sind immer die gleichen, nämlich Rückgang der Kohlenproduktion und Transportschwierigkeiten.

Der Rückgang der Produktion.

Der Rückgang der Produktion im ersten Halbjahr 1918 hat gegenüber der gleichen Periode des Jahres 1917 1.005.717 Tonnen, das sind ungefähr 5%, betragen. Dieser Rückgang verteilt sich auf die verschiedensten Reviere und sonderbarerweise ist diesmal nicht so sehr das Braunkohlen- als vielmehr das Steinkohlenrevier davon betroffen. Im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier war bis zum Juni 1917 im Allgemeinen eine Erhöhung der Produktion zu verzeichnen. In den letzten Monaten ist ein ständiger Rückgang der Produktion in den Steinkohlenrevieren aufgetreten. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch in den Braunkohlenrevieren.

Die Größe der Schwankungen, unter denen die Kohlenversorgung zu leiden hat, geht am besten daraus hervor, daß im Vorjahre in Ostrau-Karwiner Revier die durchschnittliche Tagesförderung 34.735 Tonnen, im September sogar 37.461 Tonnen betragen hat, seither aber ständig zurückgegangen und im Mai 1918 sogar auf 28.738 Tonnen gesunken ist, um sich im Juni 1918 wieder auf 29.882 Tonnen zu heben. Im Brüx-Duxer Revier betrug die Tagesförderung im Juni 1917 44.230 Tonnen, im Juni 1918 nur 43.935 Tonnen.

Die Einfuhr ausländischer Kohle ist jetzt insofern befriedigend, als Deutschland die vereinbarte Menge auch wirklich liefert. Der Minister war selbst in Berlin, um dort mit dem Reichskohlenkommissar über eine neue Regelung des Kohlenabkommens zu verhandeln. Der Minister teilt nun die Einzelheiten der neuen Vereinbarungen über die Einfuhr deutscher Kohle nach Oesterreich-Ungarn, beziehungsweise über die Ausfuhr inländischer Kohle nach Deutschland mit, erörterte sodann des näheren die oben als zweite Ursache der einschlägigen Schwierigkeiten genannten Transporthemmungen und kam sodann auf das derzeitige Kohlenversorgungssystem zu sprechen.

Das Kontingentierungssystem.

Seit November 1917 ist das Kontingentierungssystem eingeführt. Diese Einführung war damals ein Sprung ins Dunkle. Sie hat sich aber, wie die seitherigen Erfahrungen und die zustimmenden Äußerungen aller Landeschefs beweisen, sehr gut bewährt. In der letzten Zeit sind zahlreiche neue Bedürfnisse aufgetreten, darunter vor allem die Druskokohle, die nicht nur für Oesterreich, sondern zum Teile auch für Ungarn geliefert werden muß, und zwar müssen bis November für Oesterreich im ganzen 262.897 Tonnen, für Ungarn in der Zeit vom Juli bis August 108.904 Tonnen aufgebracht werden, weiters die Kohle für die Kohlsünderfabriken, welche bis November 1918 475.000 Tonnen verlangen. Nach den neuen Daten ist sogar mit einer Kohlenmenge von 600.000 Tonnen zu rechnen, weil die Kübenernte die Erwartungen übertreffen soll. Dazu kommen die Zuckerraffinerien, deren Bedarf mit 500.000 Tonnen angeführt wird; das sind sogenannte Saisonbetriebe. Daneben müssen aber auch die bleibenden Betriebe beliefert werden, wie zum Beispiel die Eisenbahnen mit täglich 36.776 Tonnen. Zu diesem Zwecke müssen andere Kontingente ge-

lürzt werden, unter diesen insbesondere die Hausbrandkohle und das Gewerbekontingent, welche beide in den Landeskontingenten enthalten sind.

Die Ansprüche Ungarns.

An Ungarn waren ursprünglich 8300 Tagedonnen zu liefern, welche Bitter seither allerdings eine kleine Verabfolgung erfahren hat. Gegenüber dem Drängen Ungarns nach voller Auslieferung seines Kontingentes habe der Minister sich auf den Standpunkt stellen müssen, daß unter den Schwierigkeiten der Kohlenversorgung nicht Oesterreich allein leiden könne; und tatsächlich wird das ungarische Kontingent nach Maßgabe der monatlichen Abienung jeweils entsprechend gelürzt.

Für die Dampfplugaderung werden 90.000 Tonnen gefordert. Ebenso werden größere Kohlenzuweisungen für die Reifelsajerzeugung, Strohausschließung u. dergleichen, und obwohl es sich in jedem einzelnen Falle um sehr wichtige Bedürfnisse handelt, sei das Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht in der Lage, diesen Ansprüchen zu genügen. Der Kohlenwirtschaftsplan müsse wiederholt geändert werden. So ist bei der Kontingentierung im Jahre 1917 mit einem Bedarf von 184.116 Tonnen pro Tag gerechnet worden. Im April 1918 hat sich herausgestellt, daß damit das Auslangen nicht gefunden werden kann. Bis April 1918 haben die unbürzbaren Kontingente 98.956 Tonnen betragen, die kürzbaren haben eine Erhöhung auf 81.466 Tonnen erfahren.

Der neue Kohlenwirtschaftsplan.

Insgesamt ist der Bedarf auf 180.422 Tagedonnen gestiegen. Ein Ausgleich war unbedingt notwendig, weshalb ein neuer Kohlenwirtschaftsplan aufgestellt werden mußte, dem die Produktionsziffern des Jahres 1917 und die vereinbarte Einfuhrmenge zugrunde gelegt wurden. Der Minister gebe freimütig zu, daß die durch den Rückgang der Produktion bedingten Kürzungen für sämtliche Länder und Städte zweifellos außerordentlich fühlbar sind. Die Maßnahmen, welche zur Vinderung dieser Schwierigkeiten getroffen werden sollen, müssen sich nach den Ursachen richten, auf welche die Schwierigkeiten zurückzuführen sind, und zwar seien diese Ursachen die Unterernährung der Bergarbeiter, die Verkehrs-schwierigkeiten auf den Bahnen und schließlich gewisse technische Mängel (Abnutzung der Maschinen und dergleichen).

Der Minister habe immer sein Augenmerk darauf gerichtet, die Zahl der Arbeiter zu erhöhen und eine Verbesserung der Ernährungs-lage der Bergarbeiter herbeizuführen. Seine Bemühungen haben insofern Erfolg gehabt, als die Anzahl der in den Bergbauen verwendeten Arbeiter gestiegen ist.

Die Hamster-Fahrten der Bergarbeiter.

Trotzdem ist die Produktion gefallen, woran unter anderem auch das sogenannte Schichtenfeiern schuld sein dürfte. Der Grund hierfür ist wiederum in den Hamsterfahrten zu suchen, welche die Bergarbeiter unternehmen, um für sich und ihre Angehörigen Lebensmittel zu erlangen. Wenn wir die Lebensmittelversorgung der Bergarbeiter derart gestalten, daß diese Fahrten aufhören, dann wird die Produktion von selbst in die Höhe gehen.

Nest muß über allen Bedenken die Erkenntnis stehen, daß das staatliche Leben aufhört, wenn der Bergbau nicht fördert. Der Minister beabsichtigt, die Produktion im ganzen um 14.000 Tonnen täglich zu steigern; die Möglichkeit dazu ist vorhanden, weil sowohl die Werke als auch die Arbeiter den Willen haben, die Produktion zu erhöhen, wenn die Voraussetzungen durch entsprechende Versorgung mit Lebensmitteln geschaffen werden.

Resümierend hebt der Minister hervor, daß die einzige Möglichkeit der Sanierung der Situation in einer Steigerung der Kohlenproduktion liegt. Der Minister versichert schließlich, daß er sowohl, wie auch die gesamte Beamtenschaft des Ministeriums für öffentliche Arbeiten stets bereit sind, den Interessen der Bevölkerung zu dienen und sie zu schützen. Er hofft, daß es diesen Bemühungen gelingen wird, die momentan schwierige Situation zu überwinden, und er will auch heute nicht verzagen, da ihm während der Zeit seiner Amtsführung schon wiederholt Schwierigkeiten erstanden sind, welche sich schließlich doch durch Pflichtbewußtsein und Anspannung aller Kräfte besiegen ließen.

Bessere Ausnutzung der Kohle.

Wie soll die Hausfrau sparen?

In der Morgennummer der „Vossischen Zeitung“ vom 14. Juli war auf Ausführungen von Professor Brabée hingewiesen, daß wir in Deutschland jährlich acht Millionen Tonnen im Hausbrand ersparen könnten, wenn Kochherde und Zimmeröfen entsprechend eingerichtet würden. Aus unserem Leserkreis sind uns eine Reihe von Zuschriften zugegangen, in denen man zugibt, daß die Ausnutzung der Kohle in den Herden zu Kochwecken sehr gering ist. Man weist aber darauf hin, daß der Herd im Winter, namentlich in dem Kriegswinter, zahlreichen „kleinere Deuten“ den Aufenthalt in der Küche, die sehr oft die Stelle des Wohnzimmers vertretet, ermöglicht. Augenblicklich wird sich in Öfen und Herden wenig ersparen lassen. Die Hausfrauen gehen mit der Kohle, die sich ja nur schwer erlangen läßt, schon äußerst sparsam um, außerdem zwingt sie auch der hohe Preis des Brennmaterials dazu.

Weit größere Ersparnisse ließen sich erzielen, wenn man statt der Kohle das Gas weit mehr zum Kochen verwenden könnte. Dem aber stehen die Bestimmungen über die Beschränkung des Gasverbrauchs entgegen. Beim Kochen mit Gas wird die Heizwärme fast völlig ausgenutzt, die Verwertung der Nebenenergie ist jedenfalls gesichert. Man könnte das Kochen auf Gas noch dadurch verbessern, daß man die aufsteigenden heißen Verbrennungsgase noch seitlich an dem Kochtopf hochleitet. Dadurch läßt sich auch der oft ganz bedeutende Wärmeverbrauch durch seitliche Luftströmung — offene Türen und Fenster — vermeiden. Derartige Vorrichtungen, die jede Hausfrau ohne weiteres anwenden kann, wurden seinerzeit in einem Vortrag in der „Urania“ vorgeführt, auch die Ausstellung, die die Stadt Charlottenburg veranstaltete, um zu zeigen, wie man mit Gas sparsamer umgehen kann, brachte ähnliches. Selbstverständlich kann man große Ersparnis durch Verwendung der Kochliste erzielen.

In verschiedenen Zuschriften wird darauf hingewiesen, daß man für den Hausbrand das passende Brennmaterial abgeben müßte, Feindriketts, wie sie jetzt in die Haushaltungen kommen, sind im Küchenherd fast unbrauchbar; sie gelangen oft genug halb verbrannt in den Aschkästen. Ein großer Teil geht als Ruß und Qualm in den Schornstein.

All diese Zuschriften, so dankenswert sie sind, treffen unseres Erachtens nicht den Kern der Brabéeschen Schrift, der ja nicht von heute auf morgen eine Umgestaltung der Kohlenwirtschaft verlangt, sondern für die spätere Zukunft vorbeugen will, daß wir mit unserem „Reichsgut Kohle“ allzu verschwenderisch umgehen. Hoffentlich finden seine Erwägungen weit über die eigentlichen Fachkreise hinaus ernste Beachtung und führen bald auch zu ihrer praktischen Verwertung.

Die Kohlenversorgung.

Der kriegswirtschaftliche Ausschuss hat in der gestrigen Sitzung den Bericht des zur Behandlung der Kohlenfrage eingesetzten Untersuchungsausschusses entgegen und beschloß mit Rücksicht auf die außerordentliche Wichtigkeit und Dringlichkeit

bei der Angelegenheit, auf den Antrag des Hrn. Sedlat die angegebene Vorlage des Berichtes, damit das Land denselben womöglich noch vor Beginn der bevorstehenden Ferien in Verhandlung nehmen. Im Untersuchungsausschuss sowohl wie im Ausschuss gab der Minister für öffentliche Arbeiten, dessen inneramtliche Bemühungen im Interesse der Kohlenversorgung von allen Rednern dankend anerkannt wurden, eingehende Aufschlüsse über die Kohlengebarung, die Ursachen des Rückganges des Einlaufes und die Maßnahmen zur Steigerung der Produktion. In diese Erläuterungen schloßen sich Ausführungen der Abgeordneten Freyler, Kollischer, Reumann, Sedl, Sedlat, Fergasch, Krass, Goll, Palme, Gutter, und es wurden zusammenfassend die Entwürfe einstimmig zum Beschluß erhoben.

Die Dringlichkeit des Berichtes ist durch die geradezu bedrohliche Abnahme der verfügbaren Kohlenmengen und die in das gesamte Wirtschaftsleben tief einschneidenden Folgen des Kohlenmangels wohl hinreichend begründet.

Nach dem Antrage des Ausschusses (Berichtshaber Hrn. Fiala) wird die Regierung aufgefordert, nachstehende Beschlüsse mit aller Beschleunigung zu treffen:

1. Sicherstellung der direkten und dringlichsten Versorgung mit Lebensmitteln und Ausrüstung der Bergarbeiter bei ihrer Verteilung.
2. Ausgestaltung der Reichswirtschaftskammer.
3. Vorkehrungen für die Bekleidung und Beköstigung der Bergarbeiter sowie für Unterkünfte der neu einzustellenden Arbeiter.
4. Aufhebung der Militärisierung der Kohlenbergarbeiter.
5. Wenn Ungarn die entsprechenden Compensationen an Lebensmitteln nicht liefert eine Einschränkung der Lieferungen österreichischer Kohle nach Ungarn vorzunehmen und dahin zu wirken, daß eine Abzinsung der ungarischen Kontingente oberhalb der Kohle zwecks Erhöhung der österreichischen Kontingente sich greift. Grundmäßig ist die Aufstellung auf Grundlage der verfügbaren Kohlenmengen in jedem der beiden Staaten nach dem Stande des Jahres 1913 vorzunehmen.
6. Scharfe Maßnahmen gegen den Schleichhandel mit Kohle.
7. Vermeidung von Betriebsstörungen und anschließende Bestellung von Waggons für Kohlentransporte.
8. Einschränkung des Kohlenbedarfes der Eisenbahnen.
9. Zuweisung der zur allerdingsten Bedienung der Kohlenproduktion notwendigen Militärarbeiter.
10. Entziehung der noch in militärischer Verwendung stehenden Bergingenieur-, technischen und andern Hilfskräfte.
11. Die Bergwerksunternehmungen anzuhäufen, durch Ueberführung von Böden für den Gemeinbau, das Salzen von Meeresküsten und dgl. an die Arbeiter, bei der Verbesserung der Ernährung mitzumachen.

Arbeitsminister Homann über die Kohlenversorgung.

Wien, 25. Juli.

Der Kriegswirtschaftliche Ausschuss hielt gestern unter dem Vorsitz des Obmannes Seitz und in Abwesenheit des Ministers für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann eine Sitzung, in der Abg. Friedmann namens des Kohlenkomitees Bericht erstattete.

Abg. Dr. Ferjabeck erwähnt zunächst die unverhältnismäßig starke Drosselung der Kohlenlieferung des nordböhmischen Industriegebietes, wo die meisten Betriebe kaum 5 Prozent ihres Bedarfes erhalten können, ja manche Fabriken schon gar nicht mehr beliefert werden. Sehr viel zu wünschen lasse in Nordböhmen auch die Versorgung mit Hausbrandkohle übrig, die im nächsten Winter sich geradezu katastrophal gestalten werde. Schließlich verurteilt Redner das Verhalten Ungarns, das von Oesterreich über den Bedarf hinaus mit Kohle versorgt werde, aber von Kompensationen in Gestalt von Lebensmittellieferungen nichts wissen wolle, weshalb ein energischeres Auftreten unserer Regierung gegenüber dieser egoistischen Politik verlangt werden müsse.

An der weiteren Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Freißler, Goll, R. v. Haller, Kraus und Palme sowie in Vertretung des Amtes für Volksernährung Dr. v. Prüger.

Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann hebt hervor, daß die Ausführungen des Referenten schon alle für den gegenwärtigen Stand der Kohlenversorgung wesentlichen Umstände enthalten. Er erinnert an die Beschlüsse, welche der Kriegswirtschaftliche Ausschuss im vorigen Jahre der Regierung zur Darlegung übermitteln hat und stellt fest, daß diesen Anregungen in allen Punkten entsprochen worden ist. Nähere Aufschlüsse erteilt der Minister speziell über die Forcierung der Tagbau im nordwestböhmischen Revier, welche die Kohlenproduktion im Vorjahre sehr günstig beeinflusst hat. Der Minister bespricht weiter die Kohlenlieferungen nach Ungarn und die hierfür von Ungarn heizustellenden Lebensmittellieferungen, den Kohlenbedarf zur Sicherstellung der für die Ernährung der Bevölkerung notwendigen Lebensmittel (Kohle für den Drusch und für die Dampfpflugaderung) und zieht den Bedarf an Brennstoffen in Vergleich mit der verfügbaren Menge. Er konstatiert, daß es beim gegenwärtigen Rückgang der Kohlenproduktion und bei den bestehenden Transport-schwierigkeiten nicht möglich sei, den Bedarf aller Konsumgruppen zu befriedigen. Dadurch wete automatisch eine Verringerung der sogenannten kürzbaren Kontingente ein, weil ja die unkürzbaren im Interesse der Erhaltung des staatlichen Lebens stets voll aufgeliefert werden müssen. Der Minister bespricht weiter auch den Bedarf der Militärverwaltung einschließlich der Kriegsmarine und erwähnt besonders, daß die Kohlenwirtschaft von ihm im vollen Einvernehmen mit dem Armeekommando und dem Kriegsministerium geführt wird. Die Sanierung der gegenwärtigen ungünstigen Lage könne erreicht werden durch eine Steigerung der Produktion; zu diesem Zwecke sei die Beistellung militärischer Hilfskräfte, die Enthebung aller qualifizierten Bergarbeiter vom Militärdienste und eine weitgehende Vorsorge für eine bessere Ernährung der Bergarbeiter unerlässlich. Der Minister beabsichtigt, die Produktion um täglich ungefähr 17.000 Tonnen zu erhöhen, hält diese Steigerung für durchaus möglich und ist der Ueberzeugung, daß dann die Kohlenwirtschaft wieder vollkommen aufrecht geführt werden kann.

Auf Grund des Berichtes des Abgeordneten Friedmann wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Der Ausschuss anerkennt die hervorragenden und unentwegten Bemühungen des Arbeitsministeriums für die Verbesserung der Kohlenversorgung und empfiehlt im besonderen nachstehende Vorkehrungen, soll die Kohlen-situation nicht den ganzen Wirtschaftsbetrieb zum Stocken bringen:

1. Sicherstellung der direkten und vorzugsweisen Belieferung von Lebensmitteln und Mitwirkung der Bergarbeiter bei ihrer Verteilung.
2. Ausgestaltung der Revierwirtschaftsämter.
3. Vorsorge für die Bekleidung und Beschuhung der Bergarbeiter sowie für Unterkünfte der neu einzustellenden Arbeiter.
4. Aufhebung der Militarisierung der zivilen Bergarbeiter.
5. Wenn Ungarn die entsprechenden Kompensationen an Lebensmitteln nicht liefert, wird die Regierung aufgefordert, eine Einschränkung der Lieferungen österreichischer Kohle nach Ungarn vorzunehmen und dahin zu wirken, daß eine Kürzung der ungarischen Kontingente ober-schlesischer Kohle zwecks Erhöhung der österreichischen Kontingente Platz greift. Grundsätzlich ist die Aufteilung auf Grundlage der verfügbaren Kohlenmengen in jedem der beiden Staaten nach dem Stande des Jahres 1913 vorzunehmen.
6. Scharfe Maßnahmen gegen den Schleichhandel mit Kohle.

7. Vermeidung von Verkehrseinstellungen für den Kohlen-transport und ausgiebigere Beistellung von Waggons für den Kohletransport.

8. Einschränkung des Kohlenbedarfes der Eisenbahnen.

9. Zuweisung der zur allerdringendsten Beding der Kohlenproduktion notwendigen Hilfsarbeiter.

10. Enthebung der noch in militärischer Verwendung stehenden Bergingenieure, technischen und anderen Hilfskräfte.

11. Die Bergwerksunternehmungen sind anzuhalten, durch Ueberlastung von Boden für den Gemüsebau, das Halten von Kleintieren und dergleichen an die Arbeiter bei der Verbesserung der Ernährung mitzuwirken.

Der zum Berichterstatter für das Haus bestellte Abgeordnete Friedmann wurde ersucht, das Referat an das Haus mit aller Beschleunigung zu erstatten, damit sich das-selbe womöglich noch vor den Ferien mit der Angelegenheit befassen könne.

Die Kohlenversorgung.

In Ergänzung unserer Mitteilungen im Abendblatt entnehmen wir der Rede des Arbeitsministers Dr. Ritter v. Somann im Kriegswirtschaftlichen Ausschuss noch folgende interessante Details:

An der Hand eines rezenten statistischen Materials wies der Minister nach, daß bei Aufbringung der nötigen Mannkraft und bei entsprechender Verpflegung es in unseren großen nordwestböhmisches und westböhmisches Tagbauen unbedingt möglich sei, eine Mehrleistung zu erzielen.

Mit der ungarischen Regierung hat sich das Ministerium für öffentliche Arbeiten zu dem Zwecke ins Einvernehmen geeinigt, daß außerhalb des Kontingents aus Ungarn Mehl und Fett geliefert werden. Es sollten monatlich für die Bergarbeiter 100 Waggons Mehl und 1 bis 5 Waggons Fett und Öl aufgebracht werden. Da es uns leider nicht immer möglich gewesen ist, die vereinbarte Kohlenmenge nach Ungarn abzugeben, sind auch die ungarischen Mehllieferungen bedauerlicherweise auf 50 Waggons reduziert worden. Aber auch diese Zuschüsse waren von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Minister hat sich in der letzten Zeit durch persönlichen Augenschein an Ort und Stelle von den Lebensverhältnissen der Bergarbeiter Kenntnis verschafft und die Notwendigkeit erkannt, für diese einen eifernen Vorrat an Mehl zu beschaffen. Noch während seines Aufenthaltes in Mährisch-Ostau habe er sich zu diesem Zwecke an den Herrn Regierungskommissär für die Kohlenangelegenheiten in Budapest telegraphisch um die sofortige Zuweisung von 30 Waggons Mehl an die Bergarbeiter des Mährisch-Ostauer Reviers gewendet, und diese Lieferung sei von Ungarn auch tatsächlich binnen kurzem vollzogen worden. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Mehlversorgung der Bergarbeiter besser zu gestalten, denn in den Revieren selbst ist nicht genügend Mehl vorhanden.

Die Kohlenwirtschaft Oesterreichs kennzeichnet sich dadurch, daß die Produktion im ersten Halbjahre 1918 gegenüber der gleichen Periode des Jahres 1917 um 1.005.017 Tonnen zurückgegangen ist. Selbst, wenn Kohle vorhanden ist, kann sie nicht in den Verkehr gebracht werden, sondern bleibt auf den Depotalflächen der Städte gelagert. So lagen am 18. d. im Ostau-Karwiner Revier 67.000 Tonnen Kohle und 32.000 Tonnen Koks, im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier 34.000 Tonnen Kohle und im Karlsbader Revier 6500 Tonnen Kohle auf Lager. Insbesondere die Lieferung der Gasanstalten läßt gegenwärtig alles zu wünschen übrig. Alle österreichischen und ungarischen Gasanstalten sind nämlich wegen des Entfalles der englischen Kohle an Ostauer Kohle gewiesen. Die Transportschwierigkeiten, die sich heuer schon in der Sommerzeit in ganz bedeutendem Maße fühlbar machen, verhindern aber ihre Zustellung. Die Folgen der Einschränkung oder gar des Ausfalls des Betriebes der Gaswerke wären katastrophal. Der Minister erinnert hier an die öffentliche Beleuchtung großer Städte, die, wie in Prag, schon ganz abgestellt oder aber auf das äußerste beschränkt werden mußte, sowie auch geradezu als Unglück zu bezeichnende Möglichkeit, der Bevölkerung das zum Bereiten der Lebensmittel nötige Gas zu entziehen.

Als Beispiel für die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung führt der Minister an, daß zu Beginn des Monats Juli, als es sich um die Sicherstellung von Braunkohle für Wien, Prag und einige andere Städte Böhmens gehandelt hat, für das nordwestböhmisches Braunkohlenrevier ein Wirtschaftsplan angelegt worden ist, dem zufolge von der ungefähr 30.300 Tonnen betragenden Gesamtförderung dieses Reviers 20.000 Tonnen für die unfürzbaren Kontingente reserviert wurden, während für die übrigen Konsumgruppen 9000 bis 10.000 Tonnen verfügbar geblieben sind. Da der Bedarf dieser letzteren Gruppen aber bedeutend höher ist, ergab sich naturgemäß die Notwendigkeit, ihre Kontingente entsprechend zu kürzen, und zwar mußten ihnen die bis dahin zugewiesenen Kohlenmengen um ungefähr 5000 Tonnen herabgesetzt werden. Aus diesem Grunde konnte die Industrie nur mehr mit 50 Prozent beliefert werden; da aber die Tagesförderung seither auf ungefähr 35.000 bis 36.000 Tonnen gesunken ist, ist eine weitere Herabsetzung der fürzbaren Kontingente unvermeidlich. Unter den gekürzten Gruppen befinden sich auch sehr wichtige Verbraucher, wie ein Teil der Kriegsindustrie an die Armee im Felde und im Hinterland.

Ueber die Frage der Kohlenlieferungen nach Ungarn gibt der Minister bekannt, daß Oesterreich im Jahre 1913 1.241.000 Tonnen, im Jahre 1914 1.844.000 Tonnen, 1915 1.848.000 Tonnen, 1916 2.428.000 Tonnen, 1917 2.113.000 Tonnen und in der Zeit vom Januar bis Mai 1918 820.000 Tonnen Kohle nach Ungarn ausgeführt hat. Wir haben auch eine Einfuhr von Kohle aus Ungarn, hauptsächlich in der Gegend von Wiener-Neustadt; und zwar betragen die eingeführten Mengen in den Jahren 1913 244.000 Tonnen, 1914 208.000 Tonnen, 1915 141.000 Tonnen, 1916 139.000 Tonnen, 1917 55.000 Tonnen und in den Monaten Januar bis Mai 1918 5500 Tonnen. Ein Vergleich zwischen den Jahren 1917 und 1918 zeigt, daß Oesterreich im Jahre 1917 um 172.000 Tonnen mehr ausgeführt, Ungarn aber um 188.000 Tonnen weniger eingeführt hat. Die ausgeführten Kohlenmengen werden der ungarischen Reichshälfte unter der Voraussetzung zur Verfügung gestellt, daß von ungarischer Seite auf die Bedürfnisse Oesterreichs hinsichtlich des Brotgetreides Rücksicht genommen wird. Außerdem ist in diesem Jahre für den Durch in Ungarn noch eine weitere Kohlenmenge von rund 100.000 Tonnen zugesagt worden. Unter dem Druck der im vorstehenden ausgeführten Verhältnisse hat der Minister allerdings sich gedrückt gesehen, dem Regierungskommissär für Kohlenangelegenheiten in Budapest zu erklären, nicht die gesamte vereinbarte Kontingentsmenge liefern zu können, sondern sie entsprechend dem Produktionsrückgang reduzieren zu müssen. Der Minister weist hierbei auch auf die Entwicklung der Kohlenproduktion in Ungarn hin und wendet sich wegen der ungarischen Kompensationslieferungen an den Vertreter des Amtes für Volksernährung. Wenn Ungarn darauf hinweist, daß es schon im Frieden unsere Kohle bezogen hat, so müssen auch wir daran erinnern, daß Oesterreich seinerseits vor dem Kriege ständiger Abnehmer ungarischer Lebensmittel gewesen ist.

Die Sanierung der Kohlenlage kann nur in dem Falle eintreten, wenn die Kohlenproduktion so rasch als möglich gesteigert wird. Ist eine baldige Erhöhung der Produktion nicht zu erreichen, dann müssen außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden, und zwar, wenn nicht auf andere Weise Hilfe gebracht werden könnte, die Kürzung

der bisher unfürzbaren Kontingente. Die Schwierigkeiten, unter denen die Bevölkerung nach vier Kriegsjahren zu leiden hat, dürfen nicht dadurch noch vermehrt werden, daß ihr das zum Kochen und zum notwendigen Brennmaterial entzogen wird. Ein Vergleich damit sei sogar eine mäßige Einschränkung des Verkehrs noch das kleinere Übel. Zur Erreichung einer ausgiebigen Erhöhung der Kohlenproduktion seien bereits militärische Hilfskräfte angesprochen worden, von denen allerdings bisher erst ein geringer Teil in den Revieren eingesetzt sei. Der Minister hat bereits Veranlassung getroffen, daß die zuständigen militärischen Stellen die Zuweisung dieser Arbeitskräfte möglichst beschleunigen. Außerdem sei die Erhebung der noch an der Front befindlichen Bergarbeiter im Zuge. Ein weiteres Mittel zur Hebung der Produktion sei die Einstellung von möglichst zahlreichen Maschinen im Bergbau, wie dies tatsächlich bei den staatlichen Bergwerken schon in mehreren Fällen geschehen sei. Mit diesen Mitteln hofft der Minister, die Förderung im Bergbau täglich um ungefähr 17.000 Tonnen steigern zu können, und dann werde die möglichst kluge Führung der Kohlenwirtschaft wieder zu gewährleisten sein.

Eine Massenversammlung der Klein- Kohlenhändler.

In großer Saale des Bayerischen Hofes fand gestern vormittag eine von der Genossenschaft zum Protest gegen die ungleichmäßige Kohlenverteilung einberufene Kohlenhändlerversammlung statt, die einen sehr bewegten Verlauf nahm. Vorsitzender Alois Buchmann berichtete über den Stand der Kohlenzuteilung an die Kleinhändler, die er als höchst ungenügende bezeichnete. Die Kleinhändler hatten gehofft, daß sie nach durchgeführter Rayonierung auch wirklich Kohle bekommen würden. In Wirklichkeit erhalten sie nicht einmal genug Kohle, um den Kunden die dreißig Kilogramm geben zu können. Während sich aber das Publikum an den kleinen Händler unter Berufung auf sein „Rayonierungsrecht“ hält, kümmert sich niemand darum, ob dieser Kleinhändler auch selbst Kohle erhalte.

Auf diese Weise könne es nicht weitergehen. Die Kleinhändler müssen ordentlich und gleichmäßig versorgt werden, sei aber eine Kürzung notwendig, so solle man dies offiziell bekundigen, nicht aber die Kleinkohlenhändler dem öffentlichen Unmut ausliefern, da sie doch an den Verhältnissen unschuldig seien. Die Verteilung muß auch anders organisiert werden. Eine oberste amtliche Stelle, die die erforderliche Autorität aufbringt, muß endlich dafür sorgen, daß nicht bloß der Kleinhändler, sondern auch der Großist zur Einhaltung seiner Verpflichtungen verhalten wird. Wenn schon jetzt — im Hochsommer — Hunderte Kleinhändler tagelang zur Verteilungsstelle laufen müssen, um eine Kubre Kohle zu erbetteln, wie soll es erst im heftigen Winter werden? Wenn nicht Ordnung geschaffen werde mit der Rayonierung, dann könne keine Verantwortung für die Zukunft übernommen werden.

Kohlenhändler Steininger schilderte in ergreifender Weise die unendliche Geduld der kleinen Kohlenkäufer. Die armen Frauen seien froh, wenn sie nur überhaupt etwas bekommen. Vielfach werde den Kleinhändlern direkter Mist statt Kohle geliefert. Redner protestiert gegen etwaige weitere Herabsetzung der 30-Kilogramm-Quote. Die Hälfte fällt ohnehin beim Heizen schon aus dem Kofst heraus. Es ist ganz unmöglich, schloß der Redner unter Beifall, den armen Frauen zuzumuten, mit noch weniger Kohle zu kochen.

Nach dreistündiger Dauer der Versammlung wurde eine Entschlieung unter stürmischem Beifall angenommen, in der auf die schweren Bedenken verwiesen wird, zu denen die derzeitige Kohlenversorgung Anlaß gebe. Unbedingt müsse eine amtliche Verteilungsstelle geschaffen und es den Kleinhändlern freigestellt werden, ihren Bedarf bei leistungsfähigen Lieferanten zu decken. Das Arbeitsministerium wird schließlich aufgefordert, in die Kohlenrayonierung Ordnung zu bringen, um die schweren Folgen des Fortbestehens der jetzigen Verwirrenheit zu verhüten.

Die Winterausichten der Kohlenversorgung.

Äußerungen des Reichskommissars.

N. Berlin, 28. Juli. (Priv.-Tel.) Ueber die Winterausichten der Kohlenversorgung äußert sich der Reichskommissar für die Kohlenverteilung Geheimrat Lutz in einer Zuschrift an die „Tägliche Rundschau“, in der er vor übertriebenem Optimismus warnt und es jedem zur Pflicht macht, äußerste Sparsamkeit im Kohlenverbrauch zu üben.

„Ganz allgemein kann man sagen, daß bei Andauern des Krieges die Kohlenversorgung nicht besser, sondern allmählich immer schwieriger werden wird. Auf der Produktionsseite kann man im Abbau und in sonstigen technischen Verhältnissen der Bergwerke, in der Arbeiterfrage und in der Transportfrage mehr ungünstige als günstige Entwicklungsfaktoren feststellen. Auf der Verbrauchsseite dagegen muß mit einem ständig steigenden Bedarf gerechnet werden, besonders in der Kriegsindustrie, die mit der zunehmenden Intensivierung der Kampfhandlungen gleichen Schritt halten muß, und in der Ernährungswirtschaft, die für die Düngemittelindustrie, die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie steigende Kohlenmengen gebraucht. Ein immer größer werdendes Mißverhältnis zwischen Bedarf und Bedarfsdeckung ist die notwendige Tatsache. Diese allgemeine Tatsache muß auch bei einem Vergleich zwischen der jetzigen und der vorjährigen Kohlenlage in Erscheinung treten. Insgesamt ist die Kohlenbedarfsknapp geworden, aber wir haben jetzt gegenüber dem Vorjahr den Vorteil einer besseren Organisation, so daß mit größerer Sicherheit dafür gesorgt werden kann, den wichtigeren Kohlenbedarf vor dem unwichtigeren zu bevorzugen. Die Kohle kann planmäßiger verteilt werden.

Ein wesentlicher Punkt meines Programms war die Ausrichtung der transportgünstigen Sommermonate zu einer Bevorratung der Eisenbahnen, der Gasanstalten und des Hausbrandes. Bei den Eisenbahnen und den Gasanstalten ist eine gewisse Vorratsansammlung gelungen, leider aber nicht in wünschenswertem Maße. Die Hoffnung, es könnte bis Ende August bei den Eisenbahnen eine Vorratsvermehrung um eine Million Tonnen eintreten, ist leider eine vollkommene Unmöglichkeit. Wenn bei den Eisenbahnen und den Gasanstalten, deren Bevorratung ich an allererster Stelle gesetzt hatte, das Ziel wenigstens in gewissem Umfange erreicht ist, so bleibt die

Bevorratung des Hausbrandes

hinter meinen Wünschen leider weit zurück. Ich habe Vorlage getroffen, durch Umlegung von Bezugsbeziehungen eine bessere Belieferung herbeizuführen. Ihre notwendige Ergänzung findet diese Maßnahme in Anweisungen, durch die die bisherigen Hausbrandbelieferungen stark heraufgehoben werden und die Eigenschaft von Vorzugslieferungen erhalten. In dem Bevorratungsplan spielt Süddeutschland eine besondere Rolle. Es ist in hohem Maße auf die Rheinwasserstraße angewiesen. Im Winter, wenn die Rheinschifffahrt erschwert oder unterbrochen ist, und wenn die Transportverhältnisse der Eisenbahnen besonders die weit von den Kohlenzentren entfernten nördlichen Gebiete betreffen, treten in Süddeutschland Notlagen auf, die nur mit großen Schwierigkeiten und nur zum Teil gemildert werden können. Die Erfahrungen des Vorjahres legten mir die unabweisbare Pflicht auf, in den transportgünstigen Sommermonaten für Süddeutschland alles zu tun, was in meiner Macht steht. Deshalb ist für Süddeutschland eine tägliche Mindestmenge festgelegt worden, die aus dem Ruhrgebiet unter allen Umständen zum Versand kommen muß. Um diese Menge aufzubringen, mußten auch die Halbenbestände herangezogen werden, die vormiegend aus Holz bestehen. Dadurch ergab sich die

Kohlewirtschaft.

Wenn aus Süddeutschland Klagen darüber laut werden, so ist dies begreiflich. Aber man hat doch auch in Süddeutschland durchaus Verständnis dafür, daß Holz besser ist als nichts. Wenn gesagt wird, der Brennstoffbedarf der Industrie sei gesichert, so ist das in gewissem Sinne richtig, aber doch nicht allgemein gültig. Durch ein strenges Anweisungsverfahren werden die wichtigsten Betriebe nicht nur in der Kriegsindustrie, sondern auch in allen mit der Ernährung zusammenhängenden oder sonstigen volkswirtschaftlich notwendigen Industrien ihren Bedarf, wenn auch in eingeschränktem Maße erhalten. Aber diese Versorgung wird durchaus von dem Grade der Kriegswichtigkeit in weiterem Sinne abhängig gemacht. Je kriegswichtiger, umso besser wird der Bedarf gedeckt. Die gute Versorgung der wichtigsten Betriebe ist aber nur möglich bei rücksichtsloser Zurückstellung der Ansprüche der minderwichtigen Betriebe. Infolgedessen müssen nur allzu viele industrielle Betriebe sich die schärfste Einschränkung, zum Teil sogar völlige Stilllegung gefallen lassen. Die Rücksicht auf den Einzelnen muß zurücktreten vor den Interessen der Gesamtheit, die eine Sicherung der kriegswichtigen Industrien verlangen.

Was die augenblickliche Lage angeht, so haben wir den günstigsten Zeitpunkt des Kohlenwirtschaftsjahres bereits überschritten. Dieser lag im Juni, in dem eine starke Verladung der im Winter bei den Becken aufgestapelten allen Bestände stattfand, ohne durch Transportverhältnisse eingegrenzt zu werden. Die Halbenbestände sind jetzt fast ganz abgearbeitet. Dieser Ausfall am Versand läßt sich durch eine Steigerung der Förderung nicht wett machen. Im Gegenteil erfaßt die Grippe auch unsere Bergleute und verursacht erhebliche Förderausfälle. Dies ist zwar nur eine vorübergehende Erscheinung, aber wir sind doch auch nicht mehr weit von dem Zeitpunkt entfernt, in dem erfahrungsgemäß die ersten Zeichen des Wagenmangels sich geltend machen und die Kohlenfrage wieder zu einer Transportfrage wird. Die Grippe ist also in eine recht unglückliche Zeit gefallen insofern, als sie uns noch während der vollen Wagenstellung getroffen hat. Der von ihr verursachte Produktionsausfall bedeutet einen nicht unerheblichen Fehlbetrag in unseren Winterausichten. Was in dieser Zeit unter Wagenstellung nicht gefördert und versandt worden ist, bleibt der Kohlenversorgung dauernd verloren. Trotzdem ich mir die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung nicht verhehle, sehe ich dem Winter mit Ruhe entgegen. Die Ausfuhr von Kohlen nach Holland darf als Ausbruch einer solchen Zuversicht nicht angesprochen werden. Die Ausfuhrfrage wird wie jede andere Kohlenfrage unter dem Gesichtswinkel der Kriegswichtigkeit betrachtet. Meine Zuversicht stützt sich darauf, daß alle beteiligten Stellen Hand in Hand daran arbeiten, die Kohlenförderung zu heben, die Verkehrsbedingungen für den Kohlentransport auszunutzen und zu verbessern und die verfügbare Kohle gewissenhaft zu verteilen. Ich vertraue weiter auf die Erkenntnis der Verbraucher, daß man sich mit einem Fehlbetrag in der Kohlenwirtschaft abfinden muß. Wenn auf der einen Seite mit aller Kraft daran gearbeitet wird, Kohlen verfügbar zu machen, auf der anderen Seite durch größte Sparsamkeit dem Ernst der Lage Rechnung getragen wird, dann ist das Vertrauen berechtigt, daß es am Notwendigsten nicht fehlen wird. Die klare Uebersicht über Soll und Haben ist allmonatlich vorhanden. Der Grad der Einschränkungen im Winter wird abhängen von den Transportverhältnissen und außerdem von der Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit der Organisation der Kohlenverteilung, und in dieser Beziehung ist zweifellos seit dem vorigen Jahre ein erheblicher Fortschritt gemacht worden.

Kohlen für den Mittelstand!

Vom Vollzugsausschuß der Ständigen Mittelstandsdelegation wird ein dringender Aufruf erlassen, in dem es unter anderem heißt:

Die außerordentliche Sorge, die die Kohlenversorgung im verflossenen Winter den meisten Familien der Wiener Bevölkerung, vor allem auch zahlreichen Familien des Mittelstandes, bereitet hat, veranlaßt die gefertigte Körperschaft, daran zu erinnern, daß den Schwierigkeiten der Beschaffung heuer teilweise wenigstens insofern abgeholfen werden kann, als die für den Winterbedarf erforderliche Kohlenmenge auf einmal einzu decken zulässig ist. Es gilt zunächst bei der zuständigen Protokommission eine Anweisung zu beheben, die auf Grund einer von einem Kohlenhändler oder einer Konsumentenorganisation ausgestellten Lieferungserklärung ausgestellt wird.

Nun aber beginnt für die allermeisten Familien der Mittelstände die eigentliche Schwierigkeit: die Aufbringung des zur Bezahlung der ganzen Kohlenmenge erforderlichen Betrages. Handelt es sich doch hierbei um ein Kapital von mehreren hundert Kronen, zumal die Kohlenpreise im Kriege wiederholt eine enorme Steigerung erfahren haben. Es wird gewiß nicht viele Familien des Mittelstandes geben, die über ein solches Kapital frei verfügen, wenn der Ernährer der Familie sich in einer öffentlichen oder privaten Stellung befindet und auf ein mehr festes als ausreichendes Einkommen angewiesen ist, dessen Geldwert trotz aller Kriegszulagen eine längst schon bedenkliche Senkung erfahren hat. Das Problem der Kohlenversorgung für den kommenden Winter stellt sich daher den meisten Familien der Festangestellten und der ihnen nahestehenden Kreise folgendermaßen dar: Wie beschaffen sie sich jenen Betrag, der ihnen die einmalige Kohleneindeckung ermöglicht und sie in die Lage versetzt, von dem heuer gebotenen Vorteile des einmaligen Kohlenbezuges Gebrauch zu machen?

Es gibt nur einen Weg hierzu: daß die Dienstgeber und Unternehmungen, bei denen die Familienerhalter angestellt sind, diesen den erforderlichen Betrag als Vorschuß geben! Ein Vorschuß in der Höhe des einmaligen Monatsgehaltens dürfte in den meisten Fällen wohl ausreichen, um den angestrebten Zweck zu erreichen.

Wir glauben nun der Erwartung Ausdruck geben zu dürfen, daß dieser Appell an die Einsicht derjenigen, von denen die Entscheidung der Frage abhängt, genügen wird, um sie zur Be-

willigung des von den Angestellten aller Kategorien so dringend benötigten Vorschusses zu bewegen. Wir erhoffen dies um so mehr, als der gerade in den Kreisen des Mittelstandes traditionelle Stolz es nur den wenigsten erlaubt, mit einem besonderen Ersuchen an die betreffenden Dienststellen heranzutreten, und als der kommende Winter an die Opferfähigkeit der Familien zweifellos noch größere Anforderungen stellen wird als der vorausgegangene. Die zahlreichen Männer, die, in öffentlichen oder privaten Diensten stehend, ihre geistigen Kräfte für die Gesellschaft verausgaben, haben einen Anspruch darauf, wenigstens hinsichtlich der Beheizung die Sorge von ihren Familien genommen zu sehen.

Die Kohlenversorgung für den Winter.

Die Kohlenstelle Groß-Berlin schreibt uns: Die auf die Kohlenkarte gegenwärtig zum Bezuge freigegebenen beträchtlichen Mengen sind zum größten Teil als Winter-vorrat zu betrachten und daher äußerst sparsam zu verwenden. Ganz besonders gilt dies für Haushaltungen der Gruppe I und II, die bereits ihren gesamten Winterbedarf zum Bezuge freigegeben erhalten haben. Hierbei ist zu beachten, daß die Ausgabe neuer Kohlenkarten, abweichend vom Vorjahre, voraussichtlich erst Mitte 1919 erfolgen wird. Die Freigabe so großer Mengen erfolgte schon jetzt, um den einzelnen Haushaltungen die Abholung und Zuführung der Briketts zu vereinfachen durch die Möglichkeit des einmaligen Bezuges größerer Mengen. Die Verbraucher, welche die volle freigegebene Menge bei ihrem Kohlenhändler bisher noch nicht beziehen konnten, werden sie im Laufe der nächsten Monate erhalten, da die Versorgung der etwa augenblicklich ungleichmäßig belieferten Kohlenhändler in den folgenden Monaten ausgeglichen wird. Ganz besonders sind das Syndikat und der Großhandel ersucht worden, die Belieferung der Kleinhändler in den dichtbesiedelten Teilen Groß-Berlins zu verstärken. Daher sind Anträge auf Umschreibung der Eintragung in die Kundenliste eines anderen Kohlenhändlers, die sich auf augenblicklichen Kohlenmangel des jetzigen Lieferanten gründen, in der Regel den Interessen der Verbraucher zuwider. Eine wichtige Voraussetzung für die ordnungsmäßige Abwicklung der Kohlenversorgung bleibt aber, daß bei den Kohlenhändlern, die gegenwärtig Kohlen haben, die Verbraucher auf Abholung dauernd bedacht bleiben, damit die Heranführung weiterer Mengen keine Störung erleidet.

Die Aussichten der Kohlenversorgung.

Von sachmännlicher Seite wird uns geschrieben:

Was die Aussichten der Kohlenversorgung für den Winter betrifft, kann man trotz aller Schwierigkeiten doch damit rechnen, daß die Versorgung des Hausbrauchs besser geregelter vor sich gehen wird, indem durch die bereits seit Mai dieses Jahres im Zuge befindliche Bevorrätigungskaktion im Herbst mindestens ein beträchtlicher Teil der größeren Konsumenten mit Brennmaterial versorgt sein wird. Ab Mai dieses Jahres ist bekanntlich auch nach der Statthaltereiverordnung vom April dieses Jahres die Versorgung der Zentralheizanlagen sowie der öffentlichen Anstalten ermöglicht. Auch diese Konsumstellen dürften sonach im Herbst, wo nach der Verordnung die Bevorrätigung auf den Zimmerbrand ausgedehnt werden soll, bereits mit Kohlen versorgt sein, so daß die kleinen Konsumenten — die allerdings bei wöchentlichem Bezug der Kohle die fortwährenden Preiserhöhungen auf sich nehmen müssen — wenigstens regelmäßig die ihnen zustehende Flächen- und Zimmerbrandmenge erhalten werden.

Für die Industrie sind die Aussichten minder günstig, da vorerst das Kontingent wegen der Betriebung der Saisonbetriebe abermals gekürzt werden mußte. Auch die Gaswerke weisen derzeit einen ungünstigen Vorratsstand aus. So beträgt bei den städtischen Wiener Gaswerken, die sonst einen normalen Kohlenvorrat von zirka 600.000 Meterzentner aufwiesen, heute der Vorratsbestand nur ungefähr die Hälfte dieser Menge, und ein weiteres Sinken der Vorräte würde wohl im Winter zur Einstellung der Gasabgabe führen müssen. Wie verlautet, sind bereits Schritte eingeleitet worden, um die Kohlenvorräte der Gaswerke wieder auf einen entsprechenden Stand zu bringen. Bei den Bahnen hat sich der Tagesbedarf sehr erhöht und beträgt derzeit fast 37.000 Tonnen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß die Bahnen in immer größerem Ausmaß Braunkohle mit weit geringerem Heizwert verwenden müssen und daß in der Kriegszeit auch die Steinkohle meist ungereinigt und unzureichend sortiert in den Verkehr gelangt, so daß damit nicht derselbe Heizeffekt erzielt werden kann wie in normalen Zeiten. Nebenfalls wird größte Sparsamkeit im Verbrauch der Kohle auch weiterhin notwendig sein.

Um die Brennmaterialversorgung abgelegener Gebiete zu erleichtern, schenkt man in Oesterreich in neuester Zeit auch der Torfgewinnung größere Aufmerksamkeit. In den Alpenländern finden sich bedeutende Torflager, die nutzbringend bewirtschaftet werden sollen. Der gewonnene Torf dient als Ersatz für Kohle sowohl beim Hausbrand als auch in verschiedenen Gewerbebetrieben. Im Zusammenhang mit der Torfverwertung wurden in letzter Zeit in Oesterreich auch einige Torfwerksgesellschaften neu gegründet. In Ungarn wurden die Torffelder durch eine Regierungsverordnung beschlagnahmt, und es sind sowohl die Pächter als auch die Besitzer der Felder verhalten, diese rationell zu bewirtschaften. Günstige Aussichten eröffnen sich für die Kohlenversorgung im kommenden Winter jedenfalls nicht, doch wird diese voraussichtlich auch keine Verschlechterung erfahren, wenn vor allem die Produktionsstörungen in den Kohlenrevieren vermieden werden können.

Kohlenpreiserhöhung in Deutschland.

Aus Berlin, 8. d., wird uns telegraphiert: Das Tageblatt meldet aus Essen: Die Vertreter der Bergarbeiterverbände hatten in Berlin eine Unterredung mit dem Handelsminister wegen ihrer Lohnforderungen. Der Minister erklärte, daß er einer neuen Kohlenpreiserhöhung nur zustimmen werde, wenn die Zechenbesitzer sich ihm gegenüber zu einer namhaften Lohnerhöhung verpflichten. Der Minister sprach die Erwartung aus, daß die Bergarbeiter wie bisher so auch künftighin alle Kräfte einsetzen würden, um die Kohlenförderung mindestens auf der jetzigen Höhe zu erhalten. Nur so sei ein Durchhalten des Volkes im Kriege möglich. Weiter erklärte der Minister, daß er die Preissteigerung auf allen Gebieten im Interesse der Volksgesamtheit für äußerst bedauerlich halte, weil die Rückkehr zu den früheren Verhältnissen nach dem Kriegsende immer schwieriger werden wird. Inzwischen hat das Kohlen Syndikat die Erhöhung der Richtpreise für Kohle um 2 Mark 40 Pfennig, für Holz um 3 Mark 40 Pfennig pro Tonne beschlossen, worin die Arbeiter die Einwilligung der Zechenbesitzer zu den Bedingungen des Ministers sehen.

Einstellung von Mühlen in Ungarn.

D. Budapest, 14. August. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) „Az Ujjag“ meldet, daß am heutigen Tage in Ungarn eine ganze Reihe großer Provinzmühlen infolge Kohlenmangels genötigt waren, den Betrieb einzustellen. Die günstige Getreideernte gibt die Möglichkeit, daß die Mühlen Tag und Nacht beschäftigt werden, dazu ist aber die Kohlenzufuhr in genügenden Mengen unbedingt notwendig. Es werden Maßnahmen verlangt, um dieser Notwendigkeit nachzukommen.

Ausdruck des Abg. Hofrat Kuranda von der Berichterstattung über die Kohlensteuer.

Abg. Hofrat Kuranda, der Referent über die Kohlensteuer, hat an den Obmann des Finanzausschusses Reichsratsabgeordneten Dr. v. Löwenstein ein Schreiben gerichtet, in dem er die Berichterstattung über die Kohlensteuer vorlage zurücklegt. Als Grund führt er die Erhöhung des Mehl- und Brotpreises an, die in dem Gefüge des Regierungsprogramms betreffend die indirekten Steuern eine derartige Verschiebung hervorgerufen hat, und sein Standpunkt diesem Programm und den einzelnen Punkten desselben gegenüber eine wesentliche Aenderung erfahren mußte. Die Erhöhung des Mehl- und Brotpreises bedeute die Belastung einer bloß dreifünftel der Bevölkerung umfassenden Schicht, halte aber die landwirtschaftlichen Produzenten von der Teilnahme an dieser schweren Belastung frei.

„Ingegensatz dieser Sachlage“, schreibt Hofrat Kuranda, „erhält die von der lediglich konsumierenden Volksschicht zu übernehmende, von Rechts wegen von dem produzierenden Bevölkerungsteile zu tragende Quote der Mehrleistung, welche sich mit dem Betrage von mehr als 400 Millionen beziffert, in evidenter Weise den Charakter einer indirekten Steuer, welche aber unglaublicherweise nicht einmal zugunsten des Staates, sondern geradezu als Tribut an die agrarische Bevölkerungsgruppe den übrigen Staatsbürgern aufzwingen werden soll. Was aber diese Aufzwingung einer den Selbstversorger auf diese Weise durch die übrigen Konsumenten zu entrichtenden Abgabe, welche sich geradezu als Mahlsteuer, die verwerflichste aller Abgabearten, darstellt, noch häßlicher, als sie es an und für sich schon ist, erscheinen läßt, ist der Umstand, daß diese Besteuerung zugunsten gerade jener erfolgen soll, welche durch die ihnen gewährten neuerlichen Zugeständnisse auf dem Gebiete der Preise, der Zuweisung und der Sicherung der Nahrungsmittel die Notwendigkeit einer so obdosen Preiserhöhung in hervorragendem Maße mitgeschaffen haben. Durch dieses Vorgehen der Regierung wird aber der bis nun schon offen zutage getretenen übermäßigen Begünstigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf dem Boden der direkten Besteuerung nunmehr auch auf jenem der indirekten Abgaben, die bisher bloß latent betriebene Bevorzugung ganz offen und am hellen Tage zum Prinzip erhoben.“

Unter solchen Verhältnissen werden Sie, sehr geehrter Herr Obmann, begreifen, daß ich als Abgeordneter eines städtischen, reinen Konsumentenbezirktes nicht weiter gewillt sein kann, der Finanzverwaltung bei der Durchführung der von ihr für die nächste Zeit vorgesehenen, die städtische Bevölkerung ohnehin wieder weit mehr als die ländliche belastenden Projekte indirekter Steuern insoweit fördernd und mitläufig die Hand zu bieten, als nicht die von Regierungswegen nunmehr inaugurierte klassenmäßige Preispolitik auf dem Gebiete der wichtigsten Volksnahrungsmittel gründliche Wandlung gefunden haben wird.“

Einfuhr und Verteilung deutscher Kohle

Die Organisation

* Durch das neue Abkommen mit Deutschland über den Ausfuhrverkehr ist der Schweiz die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für 200,000 Tonnen Kohle monatlich für die Dauer des Abkommens, d. h. bis Ende Januar 1919, vorbehältlich früherer Auflösung durch Kündigung, deutscherseits neuerdings zugesichert worden, jedoch wie bisher ohne Garantie für effektive Lieferung.

Eine Verpflichtung der Schweiz, Deutschland im Verhältnis der gelieferten Kohlen Kredite zu gewähren, besteht nicht mehr und demgemäß ist auch die Verpflichtung der Lagerbesitzer und der Kohlenverbraucher, Aktien der Kohlenzentrale zu übernehmen, bzw. Sicherheit zu leisten, in bezug auf Kohle, die nach dem 15. Mai 1918 in die Schweiz eingeführt wird oder eingeführt worden ist, dahingefallen.

Als Kontrollorganisation für die Einfuhr und Verwendung deutscher Erzeugnisse sowie für die Ausfuhr deutscher Waren und der unter Verwendung deutscher Waren in der Schweiz hergestellten Produkte ist mit Sitz in Bern die Schweiz-Treuhandstelle für Ueberwachung des Warenverkehrs (S. T. S.) errichtet worden.

Zur Abgabe der eingeführten Waren und Erzeugnisse an die Interessenten bedient sich die S. T. S. der Syndikate.

Die Kohlenzentrale A. G. ist nun die Ersatz-Institution eines schweizerischen Kohlen-Syndikates. Da die R. A. G. die Funktionen, die einem Kohlen-Syndikat zugewiesen werden müssten, wenn auch zu einem andern Zwecke in weitgehendem Maße bereits bisher auszuüben berufen war, so insbesondere die Kontrolle der Einfuhr von Kohle und des Verkehrs mit Kohle, so ist zur Vermeidung eines doppelspurigen Betriebes, aus dem sich nicht unwesentliche Komplikationen, Unannehmlichkeiten und Mehrarbeiten, namentlich auch für die Kohlenbezüger selbst notwendigerweise und ohne irgendwelchen Vorteil hätten ergeben müssen, von der Gründung eines eigenen Kohlen-Syndikates im Einverständnis mit den beiderseitigen Regierungen Umgang genommen worden.

Die Aufgaben, Rechte und Pflichten eines Kohlen-Syndikates sind von der S. T. S. der Kohlenzentrale A. G. in Basel (R. A. G.) übertragen und von dieser im allseitigen Interesse übernommen worden.

Es ist festgestellt, daß die R. A. G. unter Beibehaltung des bisherigen Verfahrens die Kohleneinfuhr sowie den Verkehr mit Kohle kontrollieren und die für die Kohlenverwendungskontrolle erforderlichen Kontrollen führen wird.

Die R. A. G. wird demnach der S. T. S. gegenüber alle Pflichten übernehmen, die auf Grund der Ausführungsbestimmungen zu den S. T. S. Statuten speziell hinsichtlich der Kohle einem schweizerischen Kohlen-Syndikat auferlegt werden müssten, aber auch die Verantwortlichkeit und die Kautionsleistung, wie sie von einem solchen Syndikat für die richtige Einhaltung der eigenen wie der den Syndikatsmitgliedern obliegenden Verpflichtungen übernommen werden müssten.

Andererseits muß sich die R. A. G. durch entsprechende Kautionsleistungen seitens derjenigen Kohlenbezüger bzw. Kohlenverbraucher, deren Verantwortlichkeit und Haftbarkeit für die richtige Einhaltung der an die Einfuhr und Verwendung der Kohle getnüpften Bedingungen angesichts der „Ausführungsbestimmungen“ besonders gegeben ist, gegen die Folgen ihrer eigenen Verantwortlichkeit sicherstellen.

Die Kontrolle über die Kohleneinfuhr und über den Verkehr mit Kohle wird im wesentlichen nach dem bisherigen bewährten Verfahren, das auf den hierüber erlassenen behördlichen Vorschriften beruht, durchgeführt. Immerhin ist ausdrücklich festzustellen, daß Verletzungen gegen die dahierigen Vorschriften sich nicht nur als Verletzungen behördlicher Erlasse, sondern auch als Verletzung der S. T. S. Bedingungen qualifizieren und demgemäß auch als solche geahndet werden können, nämlich soweit es sich um Bestimmungen handelt, die von der S. T. S. angesichts der ihr obliegenden Kontrollpflicht erlassen werden müssten, wenn sie nicht ohnehin bereits bestehen würden.

Die Bedingungen betreffend die Verwendung deutscher Kohle beruhen auf dem natürlichen Bestreben Deutschlands, zu verhindern, daß unter Verwendung deutscher Kohle in der Schweiz hergestellte Waren und Erzeugnisse, die sich als eigentliche Kriegsmaterialien im engern oder weitern Sinne qualifizieren, nach den

Gleichmäßige Kohlenverförgung.

Zeitweilige Sperrung von Kartenabschnitten.

Von den bisher freigegebenen Abschnitten der Koch- und Ofen-
karte dürfen nach einer Verordnung der Kohlenstelle Groß-Berlin
von morgen ab nur noch die folgenden Abschnitte für
die Entnahme und Abgabe von Kohlen verwendet werden:

- | | | | |
|----|---------------|--------------------------|---------------------|
| 1. | Abschnitt 1-3 | der sämtlichen Kocharten | |
| 2. | " | 1-6 | " 5-Zentner-Ofenart |
| | " | 1-3 | { 10. " " |
| | | | { 20. " " |
| | | | { 30. " " |
| | | | { 40. " " |
| | " | 1-2 | { 50. " " |
| | | | { 60. " " |

Der Grund für diese zeitweilige Einschränkung der freigegebenen
Mengen ist darin zu suchen, daß sich die bisherige Freigabe von
Kohlen in ihrem großen Umfange nur teilweise bewährt hat. Die
bisher freigegebene Menge war so groß, daß ihre Zufuhr nach Ber-
lin etwa bis Ende dieses Jahres gedauert hätte. Diese lange Zeit
gab dem Kohlenhändler hinsichtlich der Belieferung seiner Kunden
zu viel Spielraum, denn es konnte der Fall eintreten, daß er einen
Teil seiner Kunden auf sämtliche bisher freigegebenen Abschnitte
belieferte, während andere nicht einmal den notwendigsten Bedarf
bis Ende dieses Jahres decken konnten. Daher mußte dem Koh-
lenhändler eine Richtlinie gegeben werden, wie er seine Lieferun-
gen gleichmäßig auf alle seine Kunden zu verteilen hat. Die An-
weisung ist nun dahin ergangen, daß zunächst nur eine beschränkte
Zahl der ersten Abschnitte auf jede Kohlenkarte beliefert werden
darf, um zu ermöglichen, jedem Verbraucher, gleichgültig zu welcher
Gruppe er gehört, diese Menge Kohlen zuzuführen. Etwa am
1. Oktober dürfte eine weitere Freigabe erfolgen.

Die Kohlenorgen Europas.

Die Kohlenversorgung hat während des Krieges in allen Ländern eine derartige Verschlimmerung erfahren, daß daraus sehr ernsthafte volkswirtschaftliche Bedenken und Sorgen erwachsen sind. Der Verbrauch an Kohlen hatte

nämlich vor dem Kriege in fast allen europäischen Ländern einen Höhepunkt erreicht, der ein Kennzeichen für die allgemeine wirtschaftliche und industrielle Entwicklung gebildet hatte. Noch im Jahre 1903 war der europäische Gesamtverbrauch an Kohlen ungefähr 500 Millionen Tonnen, der sich bis zum Jahre 1913, also knapp vor Ausbruch des Krieges, auf einen Jahresverbrauch von 720 Millionen Tonnen gesteigert hatte, so daß eine jährliche Zunahme im Durchschnitt von 22 Millionen Tonnen stattgefunden hat. Für die Kraftwirtschaft der letzten Friedensjahre betrug daher die Kohlenförderung etwa 74 Millionen Jahresleistungsfähigkeiten, die während der Kriegszeit um etwa zehn Millionen Jahresleistungsfähigkeiten zurückgegangen sind.

Im allgemeinen stand die gesamte wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege so, daß die Kohlenproduktion der Welt in einem gewaltigen Ansteigen begriffen war. Besonders im letzten Wirtschaftsjahrzehnt 1903 bis 1913 hat die Kohलगewinnung einen ganz außerordentlichen Aufschwung genommen. Den größten prozentuellen Zuwachs in der Fördermenge unter allen Staaten der Erde hatte Deutschland zu verzeichnen. Deutschland hat seine Kohलगewinnung im letzten Wirtschaftsjahrzehnt um etwa 70 Prozent erhöht, die Vereinigten Staaten von Amerika um etwa 60 Prozent, Oesterreich-Ungarn um etwa 30 Prozent und England um 25 Prozent.

Wie sich nun die Entwicklung im Kriege gestaltet hat, muß auch für die Fördermengen an Kohlen sowie an deren Verbrauch ein anderer Maßstab als im Frieden angelegt werden. Die Kohlenfrage ist daher in allen Ländern in ein sehr kritisches Stadium getreten. Groß ist vor allem die Kohlennot in Italien geworden, das vor dem Weltkrieg hauptsächlich mit englischen Kohlen versorgt wurde. Das kohlenarme Italien war bereits vor dem Weltkrieg in eine wirtschaftliche und damit auch politische Abhängigkeit von England geraten. Der industrielle Entwicklungsgang Italiens stand bereits seit langer Zeit unter dem Einfluß des Kohlenlieferanten England. Im Jahre 1913 erhielt Italien 9,647.000 Tonnen, im Jahre 1914 8,625.000 Tonnen und im Jahre 1915 nur noch 5,788.000 Tonnen Kohlen aus England. Der Kohlenpreis hat sich daher auch in Italien während des Krieges vervielfacht, und es ist begreiflich, wenn gerade in den letzten Tagen wieder heftige Klagen über die fortschreitende Kohlennot in diesem Lande laut geworden sind. In einer ähnlichen schweren Sorge um die Kohlen befindet sich Frankreich. Sein Verbrauch war in den letzten Jahren so stark, daß bedeutende Mengen von Kohlen aus dem Ausland für die Bedarfsdeckung herangezogen werden mußten. In Betracht kamen dafür England, Deutschland und Belgien. Heute sieht die Sache in Frankreich so, daß nur etwa 19 Millionen Tonnen Kohlen gefördert werden können, während der jährliche Verbrauch im Frieden etwa 63 Millionen Tonnen betragen hat.

Was nun die Verhältnisse bei den Zentralmächten anlangt, so hat deren Gesamtverbrauch an Kohlen im Jahre 1903 193,684.000 Tonnen, im Jahre 1913 310,585.000 Tonnen betragen, so daß im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg eine Zunahme des Verbrauches um 116,902.000 Tonnen stattgefunden hat. Die Zentralmächte haben in der angeführten Zeit ihren Eigenverbrauch um 46,300.000 Tonnen mehr erhöht als die Entente. Die Kohlenproduktion der Entente hat sich im letzten Jahrzehnt um 76,655.000 Tonnen, der Eigenverbrauch um 70,511.000 Tonnen erhöht. Die Zentralmächte haben im letzten Jahrzehnt ihre Produktion um 129,793.000 Tonnen erhöht.

Auf den tiefgreifenden Einfluß, den nun der Krieg auf diese ganze Entwicklung genommen hat, wird jetzt von dem Ingenieur H. H. Goldreich sehr ausführlich in einer Schrift „Die Kohlenversorgung Europas“ hingewiesen. Alle Berechnungen sind durch den Mehrverbrauch an Kohlen einerseits und durch das Zurückgehen der Produktionsmenge andererseits über den Haufen geworfen worden. „Hätte man die lange Dauer des Krieges vorausgesehen, so wäre die Kohlenfrage Europas gewiß nicht in ein so kritisches Stadium getreten, wie es sich heute tatsächlich eingestellt hat. Man hätte vor allem in allen kriegführenden Staaten vermieden, eine so bedeutende Herabminderung des Bergarbeiterstandes eintreten zu lassen, wie dies infolge der Einberufungen zur Kriegsdienstleistung tatsächlich der Fall gewesen ist.“ Wie nun die Dinge heute liegen, meint Goldreich, daß die Kohlenfrage eine der schwersten Sorgen der zukünftigen Volkswirtschaft Europas bilden werde. Mit einer Einschränkung des Kohlenverbrauches wird auf lange Zeit hinaus gerechnet werden müssen. Die Lehren dieses großen Krieges haben vor allem ergeben, daß für die unge störte Entwicklung der Wirtschaft der modernen Industriestaaten ein kräftiger Bergarbeiterstand die unentbehrliche Grundlage bildet. Der Transportfrage wird weiter noch dem Kriege erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen, der Wasserstraßenfrage sowie nicht zuletzt der Frage einer rationelleren Ausnutzung der Kohlen wird unbedingt nähergetreten werden müssen, wenn wir über die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung hinwegkommen wollen. Europa tritt nach dem Kriege in eine Zeit der Kohlennot ein und es wird daher aller Anstrengung und aller Hilfsmittel der Wissenschaft bedürfen, um über diese ernste Sorge hinwegzukommen.

Kohlenförderung und Kohlenbedarf.

Von den Kriegsfolgen ist die Kohlenförderung nicht verschont geblieben. Wenn auch versucht wird, die Zahl der Kohlenarbeiter durch Enthebungen vom Militärdienst auf den früheren Stand zu bringen, so sinkt doch die Kohlenförderung stetig, denn der Nahrungsmittelmangel untergräbt die Kraft der Kohlenarbeiter und drückt ihre Leistungsfähigkeit herab. In der Sitzung des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses am 18. Juli d. J. sagte Minister Homann: Das staatliche Begehört auf, wenn der Bergbau nicht fördert. Unaufhaltsam geht, wie die amtlichen Zahlen zeigen, die Kohlenproduktion zurück und der Minister schätzte diesen Rückgang für das erste Halbjahr 1918 gegenüber der gleichen Periode des Jahres 1917 auf 1.005.717 Tonnen, das sind ungefähr fünf Prozent. Nach den jetzt veröffentlichten Daten ergab sich in der Steinkohlenförderung im ersten Quartal 1918 ein Ausfall von 48 Millionen Meterzentner. Am Schluß des ersten Halbjahres betrug er 9 Millionen Meterzentner und bis Ende Juli hatte sich der Ausfall auf 97 Millionen Meterzentner gestellt. Während dieser Berichtsperiode fanden durch Enthebungen Bewillständigungen des Arbeiterstandes statt, die freilich zum Teil wieder wettgemacht wurden durch Einberufungen anderer Arbeiter, die bereits vor längerer Zeit entlassen wurden oder die durch die Mißgunst Vorgesetzter einrückend gemacht wurden. Von den Steinkohlenrevieren hat das Ostrau-Sarwiner Revier im Juli dieses Jahres 7.7 Millionen Meterzentner Kohlen gefördert, gegen 8.2 Millionen im April und 8.6 Millionen Meterzentner im März dieses Jahres. Das Klado-Schlauer Revier hatte im Juli dieses Jahres eine Förderung von 1.4 Millionen Meterzentner erreicht, gegen 1.7 Millionen Meterzentner im April und 1.8 Millionen Meterzentner im März. Auch im Pilsener und in den galizischen Steinkohlenrevieren ist die Förderung in diesem Jahre von Monat zu Monat gesunken. In der Braunkohlenförderung war der Ausfall bis zu Beginn des Jahres 1918 ein nicht wesentlicher. In den ersten drei Monaten dieses Jahres verminderte sich jedoch die Förderung um 0.9 Millionen Meterzentner, und bis Ende Juli 1918 hatte sie eine Verminderung um 1.7 Millionen Meterzentner erfahren. Im Ruzer Braunkohlenrevier zeigte sich im Juli dieses Jahres ein Förderrückgang von circa 0.5 Millionen Meterzentner und auch im Kallenaer Revier ist in den letzten Monaten ein Rückgang in der Förderung eingetreten. In Leoben-Fohnsdorf, Poitzberg-Söflach wie auch in Trisail ergaben sich Förderrückgänge gegen den Monat Jänner, die zum Teil sehr beträchtlich sind. Der Rückgang der Braunkohlenförderung ist deshalb sehr bedenklich, weil Oesterreich verpflichtet ist, neben achttausend Tonnen Kladoer Steinkohle 275.000 Tonnen Braunkohle monatlich nach Deutschland auszuführen, wogegen Deutschland Oesterreich mit Steinkohlen aus Ober- und Niederschlesien, aus Westfalen und dem Saarrevier versorgt. Die Nichtablieferung des vereinbarten Braunkohlenkontingents an Deutschland würde die Reduzierung der Ablieferung von Steinkohlen aus Deutschland nach sich ziehen, die nicht nur für die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohlen schwere Folgen hätte, sondern die auch in der Industrie fühlbar würde und insbesondere in der Gasproduktion die nachteiligsten Wirkungen hervorrufen müßte.

In den letzten Jahren waren nach den Angaben des Ministers Homann nachstehende Kohlenmengen verfügbar: 1913 (also vor dem Kriege) 45.2 Millionen Tonnen, 1916 (miten im Kriege) 40.2 Millionen Tonnen, 1917 bloß 33.2 Millionen Tonnen und im Jahre 1918 muß, wenn nicht Änderungen in der Produktion eintreten, mit einem weiteren Ausfall von zwei Millionen Tonnen gerechnet werden, das heißt die verfügbare Kohlenmenge wird auf 33.2 Millionen Tonnen herabgesunken sein. Der Kohlenbedarf ist während des Krieges nicht geringer geworden; er ist im Gegenteil gestiegen. Die Holzindustrie fordert eine Kohlenmenge von 600.000 Tonnen, da die Rübenerte alle Erwartungen überreffen soll. Wieweit dieser Bedarf zu decken ist, weiß man zur Stunde noch nicht. Die Kunstdüngerfabrikation fordert etwa 70.000 Tonnen, die Dampfsäugerfabrikation fordert 90.000 Tonnen, und auch diese Mengen können vorläufig noch nicht sichergestellt werden. Im Ministerium für öffentliche Arbeiten werden demnächst Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenproduktion unter Zugiehung von Vertretern der Gewerke zur Beratung gelangen. Warum werden zu dieser Beratung die Bergarbeiter nicht beigezogen?

Der Minister will die Kohlenproduktion täglich um 14.000 Tonnen steigern. Dazu gehört nicht der Wille der Werksbesitzer allein, sondern auch die Möglichkeit der Steigerung der Arbeitsleistung. Im Frieden sind 95 Prozent der Schichten versahren worden, gegenwärtig werden nur mehr 75 Prozent der Schichten nach den Angaben des Ministers versahren. Den Grund für diese Erscheinung erblickt er in den Hamsterfahrten, welche die Bergarbeiter unternehmen müssen, um für sich und ihre Angehörigen Lebensmittel zu schaffen. Wenn die Lebensmittelversorgung der Bergarbeiter beract gestaltet wird, daß diese Fahrten aufhören, dann hofft der Minister, daß die Produktion von selbst in die Höhe gehen werde.

Würde Herr v. Homann auch die Bergarbeiter den Beratungen beiziehen, so könnte er vielleicht hören, daß außer der Lebensmittelversorgung noch andere Maßnahmen notwendig sind, die Schaffensfreude und Schaffenskraft der Bergarbeiter zu beleben. Die Brutalisierung der Bergarbeiter, die sich im Kriege leider in weit höherem Maße breitmacht als im Frieden, ist nicht in letzter Linie mit einer Ursache des Rückganges der Kohlenförderung. Wird der Minister die Macht ausbringen, dieser Brutalisierung, der Militarisierung und Einrückendmachung ein Ende zu machen? Und wird der Minister auch die Transportschwierigkeiten beseitigen können, die ebenfalls die Deckung des Kohlenbedarfes behindern?

Eine neue Kohlentenerung in Aussicht. Die Genossenschaft der Wiener Kleinkohlenhändler hat an die Statthalterei eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die Kleinhändler bei dem heutigen Verdienstsatz von 180 Kronen für 100 Kilogramm unmöglich ihr Auskommen finden können, weshalb die Subsidierung eines Regie- und Gewinnsatzes von insgesamt 35 Prozent der eigenen Beschickungskosten beschlossen wurde. Die erhöhten Gewinnsätze sollen bereits am 1. September in Kraft treten, wenn bis dahin nicht eine gegenteilige Entscheidung herabgelangt sein sollte. Die Erhöhung wird damit begründet, daß der Umsatz bei den knappen Vorräten an Brennstoff ein beschränkter ist. Der Ausfall, der also dadurch den Kleinhändlern in ihrem Verdienst erwächst, soll ganz einfach von den Verbrauchern gedeckt werden.

Die Kohlen werden teurer!

Zu dem Reizen der täglichen Teuerung wollen nun auch die Kohlenhändler nicht zurückbleiben. Diesmal sind es aber nicht die Kohlenproduzenten und auch nicht die Großhändler, die ein weiteres Sinauffchrauben verlangen, sondern die Kleinhändler stellen sich diesmal auf den Standpunkt, bei den gegenwärtigen Preisen nicht mehr ihr Auskommen finden zu können. Die Genossenschaft der Kleinkohlenhändler hat daher kurzerhand beschlossen, einen Gewinn- und Regiezuschlag von 35 Prozent einzuführen. Dieser Beschluß wurde der Stathalterei zur Kenntnis gebracht. Man darf wirklich gespannt sein, ob die Aufsichtsbehörde diesem Beschluß der Kohlenkleinhändler ohne weiteres die Zustimmung erteilen wird.

Es wird uns hierzu berichtet:

Die Genossenschaft der Kleinkohlenhändler hat in einer soeben überreichten dringlichen Petition an das Arbeitsministerium auf die bedrohte Kohlenversorgung im bevorstehenden Winter hingewiesen und die unverzügliche gleichmäßige Verteilung der Brennstoffe gefordert. In der Eingabe wird betont, daß die Sorge um die Beschaffung des Materials dem Kleinhändler abgenommen werden müsse. Eine Bezugsrationierung der Kleinhändler sei unerlässlich. Jedem Großhändler müsse die entsprechende Kohlenmenge vom Ministerium zugewiesen werden. Heute sei kleineren Firmen eine weit größere Zahl Kleinhändler zugewiesen als den leistungsfähigsten Großfirmen.

In einer zweiten Eingabe an die Stathalterei wird betont, daß die Kleinhändler bei dem heutigen Verdienstsatz von K. 1.80 pro Kilogramm unmöglich ihr Auskommen finden können, weshalb die Subsidierung eines Regie- und Gewinnszuschlages von insgesamt 35 Prozent der eigenen Gestehungskosten beschlossen wurde. Die erhöhten Gewinnszuschläge sollen bereits am 1. September in Kraft treten, wenn bis dahin nicht eine gegenteilige Entscheidung herabgelangt sein sollte.

Mitteilungen aus Großhändlerkreisen

Einer unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, mit dem Chef einer Wiener Kohलगroßhandlung zu sprechen, der sich in folgender Weise äußerte:

„Der Herbst wird allerdings wieder eine Erhöhung der Kohlenpreise bringen, schon aus dem einfachen Grunde, da die aus der bevorstehenden Frachtpreiserhöhung sich ergebende Verteuerung auf den Konsumenten abgewälzt werden muß. Die Frachtpreiserhöhung, die gegen 40 Prozent der bisherigen

Frachttarife betragen wird, tritt für die im Inland produzierte Kohle am 1. September, für die Kohle aus dem Ausland am 1. Oktober in Kraft. Sie wird zur Gänze auf den Konsumenten abgewälzt werden.

Es ist zurzeit noch nicht bestimmt, in welcher Form die Erhöhung der Frachtgebühren auf die bisherigen Kohlenpreise aufgerechnet werden wird. Voraussichtlich wird die Quote der auf die einzelne Kohlenforte entfallenden Erhöhung genau ermittelt und zum bisherigen Verkaufspreis hinzugerechnet werden. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß eine für alle Kohlenqualitäten gleichbleibende durchschnittliche prozentuelle Erhöhung des Kohlenverkaufspreises Platz greifen wird.

Da der Markpreis ständig steigt, ist, wie uns versichert wird, auch zu erwarten, daß im Falle einer weiteren Kursteigerung der Mark bei den preußischen Kohlen außerdem noch die jeweiligen erhöhten Preise der Mark in die Kalkulation des Kohlenverkaufspreises miteinbezogen werden.“

Den Konsumenten eröffnen sich also für den Winter wirklich trübe Aussichten: Nicht nur Sorgen um die Beschaffung des Brennmaterials, sondern auch, wenn man wirklich so glücklich sein sollte, seinen Bedarf einzudecken, die Gewißheit, daß man einen Verteuerungsaufschlag wird bezahlen müssen, dessen Höhe vorläufig noch gar nicht abzusehen ist.

Vorläufig noch keine Kohlenpreis- erhöhung.

Zur beabsichtigten Erhöhung der Kohlenpreise wird uns von wohlunterrichteter Seite folgendes mitgeteilt: Die Meldung des heutigen Morgenblattes der „Neuen Freien Presse“ von einer bevorstehenden Erhöhung der Kohlenpreise ist verfrüht. Zwar sind die Händlerkreise lebhaft bemüht, eine solche durchzusetzen, doch haben die maßgebenden Behörden noch keine Entscheidung darüber getroffen. Die Großhändler führen als Grund für die Preissteigerung die Erhöhung der Frachtgebühren an, die ungefähr 80 Heller für je 100 Kilogramm beträgt und die auf die Verbraucher überwälzt werden „müß“. Die Kleinhändler behaupten, mit dem bisherigen Zuschlag von K 210 für 100 Kilogramm ihr Auskommen nicht mehr finden zu können und verlangen nunmehr einen Zuschlag von 35 v. H. In diesem Falle würde der Preis eines Zentners für den Verbraucher 14 Kronen betragen. Die Statthalterei hat die eine Forderung der Kleinkohlenhändler, daß nämlich die Erhöhung der Preise nach Ablauf einer kurzen Frist „automatisch“ eintreten solle, rundweg abgelehnt. Im übrigen wurde die Eingabe der Kleinkohlenhändler an die zuständige Behörde, das ist die Zentralpreisprüfungsstelle weitergeleitet, die bisher noch keine Entscheidung getroffen hat. Es ist zu erwarten, daß die Behörden es sich überlegen werden, die Forderungen der Händler zu bewilligen. Die Kohle, die neuer schon einige Male verteuert wurde, würde so für weite Volksschichten einfach unerschwinglich werden. Wenn die Kleinverschleißer, was wir gerne glauben wollen, ihr Auslangen nicht finden, so ergänze man es ihnen aus den riesenprofiten der Kohlenmonopolisten, aber nicht aus den schwindstüchtigen Geldbörsen der kleinen Leute.

Zur Erzielung von Kohlenersparnis.

Das Kriegsministerium befaßt sich seit mehreren Monaten mit der Frage der Kohlenökonomie und hat zu diesem Zwecke sachverständige Feuerungstechniker den Militärkommanden zugeweiht. Diese haben die Hauptaufgabe, die Erzielung einer weitestgehenden Kohlenersparnis bei allen Feuerungen zu fördern. Diese feuerungstechnisch gebildeten Maschineningenieure haben der Reihe nach alle Feuerstellen der militärischen und jene der unter Kriegsführung stehenden Betriebe zu besuchen und Voreingungen bezüglich möglichst wirtschaftlicher Verbrennung der Brennstoffe zu geben. Neben Anregungen ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese nur solcher Art sind, welche derzeit mit geringsten Kosten auch durchführbar erscheinen, zu welchem Zwecke vom Kriegsministerium Merkblätter für alle Feuerungen, auch für den Hausbrand, ausgearbeitet wurden.

In den Bereich der Tätigkeit sind nicht nur Kohle, sondern auch alle übrigen Brennstoffe, wie Koks, Holz, Torf, flüssige und gasförmige, einzubeziehen, ebenso ist der weitestgehenden Verwendung aller Abfallstoffe, welche zum Verfeuern herangezogen werden können, wie Generatorrückstände, Bohle, Holzabfälle, Rauchkammerlösch, Straßenmüll usw., Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Ingenieure haben auch die Verpflichtung, das Einvernehmen mit allen Kreisen zu pflegen, welche Interesse an dieser Frage haben. Sie haben sich zum Teile bereits derart gut eingeführt, daß auch die Privatindustrie diese Herren als unentgeltliche Sachverständige zu Rate zieht.

Es wäre zu wünschen, daß angesichts der Kohlenknappheit dieser Frage allseits ernstes Interesse entgegengebracht werden möge, wobei das Kriegsministerium bereit ist, jederzeit mit Rat und Tat an die Hand zu geben.

Ansuchen um eine neuerliche Erhöhung des Kohlenpreises im Kleinhandel.

13 R. 42 S. kostet ein Meterzentner Kohle.

Die Genossenschaft der Kleinkohlenhändler hat kürzlich ihre Generalversammlung abgehalten, in der die Frage der Kohlenverteilung und die Preisfrage zur Erörterung gelangten. Auf Grund der Beschlüsse, welche in dieser Generalversammlung hinsichtlich der Preise gefaßt wurden, hat die Genossenschaft an die Statthalterei das Ansuchen gestellt, es möge der bisher zulässige Verdienstzuschlag, welcher mit einem fixen Betrag festgelegt war und sich auf 2 R. 10 S. per 100 Kilogramm belaufen hatte, nunmehr durch einen Zuschlag ersetzt werden, der in Prozenten der Gesteigungskosten zum Ausdruck gelangen solle. Die Kohlenhändler bezeichnen in ihrem Ansuchen einen Zuschlag von 35 Prozent der Gesteigungskosten als angemessen. Der 35prozentige Zuschlag würde etwa 3 R. 60 S. per 100 Kilogramm betragen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Kleinkohlenhändler sich auch mit einem Zuschlag von 3 R. bis 3 R. 20 S. begnügen würden. Der bisherige Verdienst der Kleinkohlenhändler würde dadurch von 2 R. 10 S. um 90 S. bis 1 R. erhöht werden.

Der geltende Großhandelspreis für obersteirische Kohle ab Hüttlage beträgt 9 R. 62 S. Vom 1. September ab wird die

Tarifierhöhung in den Preisen zur Geltung kommen, so daß die Kohle dann 10 R. 42 S. im Großhandel kosten wird. Rechnet man den Zuschlag der Kleinkohlenhändler dazu, so würde man zu dem sehr hohen Preise von 13 R. 42 S. für die Abgabe durch die Kleinhändler an die Konsumenten gelangen.

Die Kleinkohlenhändler begründen ihr Ansuchen mit den geringen Umsätzen, den großen Löhnen, die sie an die Hilfsarbeiter zahlen müssen, und den hohen Lebensmittelpreisen. Sie behaupten, daß sich hiedurch ihr reiner Wochenverdienst auf 80 bis 100 R. vermindert habe.

Den zweiten Punkt der Verhandlungen in der Generalversammlung der Kleinkohlenhändler bildete die Frage der gleichmäßigen Verteilung der den Großhändlern zugewiesenen Kohle an den Kleinhandel. Es wurde darüber Klage geführt, daß die Kleinkohlenhändler keinen Lieferanten hätten, bei welchem ihr Bedarf sichergestellt sei. Es käme vor, daß der eine Kleinkohlenhändler ein genügend großes Quantum oder sogar ein größeres Quantum als erforderlich ist, bekomme, um seine Kunden zu befriedigen, während der andere Händler gar nicht beliefert werde.

Schon wieder eine Kohlenpreiserhöhung geplant.

Vor einigen Tagen waren wir in der Lage, eine Meldung der „Neuen Freien Presse“ von einer Erhöhung der Kohlenpreise als falsch oder wenigstens verfrüht zu bezeichnen. Heute nun bringt dasselbe Blatt die Nachricht, daß anlässlich der Steigerung des Preises der (preussisch-)schlesischen Kohle um 2 Mark 50 Pfennige für die Tonne der Wiener Großhandelspreis erhöht wird. Dies ist ebenso falsch wie die erste Meldung. Richtig ist nur das eine, daß die Wiener Kohlen-großhändler die deutsche Steigerung dazu benutzen wollen, um mit den Preisen gleichfalls in die Höhe zu gehen. Daß sie bei dieser Gelegenheit eine wesentlich größere Erhöhung planen, als es der deutschen entsprechen würde, und dafür gar mannigfache Gründe anführen, ist selbstverständlich. Aber wie gesagt, das ganze ist gegenwärtig noch ein Wunsch der Großhändler, der zu seiner Erfüllung erst der Genehmigung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, der für die Preisbestimmung der schlesischen Kohle im Großhandel zuständigen Behörde, bedarf. Aber das Ministerium hat noch gar keine Entscheidung getroffen. Wir wissen nicht, weshalb die „N. Fr. Pr.“ die Wünsche der Großhändler bereits als feststehende Tatsachen meldet, aber wenn auch das Blatt, das seit einer Zeit in seinen Zeitungsartikeln immer von den Interessen der Verbraucher spricht, mit der Bestimmtheit eines Bibelzuges schreibt: Die Kohle wird teurer, der Preis wird betragen usw., so könnte es sich doch vielleicht einmal darin täuschen. Mag auch das Blatt der Entscheidung der Behörden so vorgreifen, vielleicht wird die Regierung doch einmal auf den fürwahr nicht so fern liegenden Gedanken kommen, die Erhöhung nicht auf die leeren Taschen der Verbraucher zu überwälzen, sondern die Herren Guttman, Lariß, Wilczek, die „Berg- und Hütten-gesellschaft“ u. a. damit zu belasten, oder die Herren Berl, Königer usw., die es alle viel besser ertragen könnten, als die Verbraucher. Wie gesagt, wenn es auch leider nicht unmöglich ist, so ausgemacht ist es denn doch nicht, daß wieder die Verbraucher herangezogen werden. Warum aber die Kohle wieder teurer werden muß, warum die Preise aller Waren von Tag zu Tag bis ins Unermessliche steigen, geht aus dem gestrigen Börse-berichten hervor, aus dem wir nachstehend folgendes

bringen, ohne ein Wort daran zufügen. Jeder Leser wird wohl lodendes Herzens lesen:

Wien, 30. August.

Die stürmische Gasse, die gestern in Budapest zur Geltung kam, und die von den deutschen Märkten gemeldete weitere Kurssteigerung der Bergwerkspapiere, die mit der bevorstehenden Erhöhung der Eisen- und Kohlenpreise zusammenhing, haben an der heutigen Börse die Stimmung günstig beeinflusst. Ungarische Eisen- und Kohlenaktien sind um 8 bis 20 K gestiegen.

Die Wirtschaftsfragen.

Die städtischen Kohlenbahnhöfe vollendet.

Vor kurzem ist auf den neuen städtischen Kohlenplätzen die 85.000. Partei rayoniert worden und damit ist ein Großteil der Bevölkerung mit städtischer Kohle versorgt. Der Ausbau der städtischen Kohlenplätze ist damit, vorbehaltlich etwaiger in Zukunft erforderlichen Projekte, als vollendet zu betrachten.

Für die Abgabe der Kohle wurden auf den großen Kohlenplätzen Westbahnhof und Dittkring mechanische Abgabevorrichtungen erbaut, die drei Abgabestellen in den Stand setzen, täglich 2000 Parteien abzufertigen. Die Abfertigung einer Partei erfolgt in 13 bis 16 Sekunden. Gegenwärtig sind, wie erwähnt, bereits 85.000 Parteien auf städtischen Plätzen rayoniert, darunter am Westbahnhof allein 14.000. Die Parteien sind auf sämtlichen Plätzen nach den Anfangsbuchstaben verteilt, so daß zum Beispiel am Westbahnhof täglich 2350 Parteien abgefertigt werden können. Bisher gelang es, dank der neuen Anlagen, die Kohlenversorgung namentlich der minderbemittelten Bevölkerung in klagloser Weise durchzuführen. Im Bedarfsfalle wird die Ausgestaltung der städtischen Kohlenplätze, natürlich nach Möglichkeit, weiter durchgeführt werden.

Wiens Kohlenzentren.

85.000 Familien auf 16 städtischen Plätzen rationiert.

Bis jetzt sind auf den neuen städtischen Kohlenplätzen 85.000 Parteien rationiert worden, und damit ist ein Großteil der Bevölkerung mit städtischer Kohle versorgt. Der Ausbau der städtischen Kohlenplätze ist damit, vorbehaltlich etwaiger in Zukunft erforderlicher Projekte, derzeit als vollendet zu betrachten.

Schon im Jahre 1914 war mit der Anlage der Kohlenplätze Westbahnhof, Mableinsdorf, Engerthstraße, Vorgartenstraße und Nordwestbahnhof begonnen worden. Im Februar 1915 wurden die ersten fünf Plätze eröffnet. Im September 1915 folgte die Eröffnung des Kohlenplatzes Ottakring. Alle diese Plätze sind an Hauptbahnen gelegen und erhielten eigene Schlepplöcher. Als im Dezember 1916 die Situation der Kohlenversorgung kritisch wurde, erbaute die Gemeinde noch neue Kohlenplätze beim Spangbahnhof, in Michelbeuern, Floridsdorf und in der Nymmergasse. Ueberdies wurden an der Nordwestbahn nächst der Stromstraße eigene Kohlenrutschen erworben, die mit Straßenbahnanschluß hauptsächlich das Neubäumsvital, die Kriesspitäler und die Betriebsbahnhöfe mit Kohle versorgen.

Die starke Kälte des vergangenen Winters stellte außerordentliche Ansprüche an die Kohlenversorgung. Es wurden daher neue Plätze an Hauptbahnen gebaut, und zwar beim Ostbahnhof, in Altmannsdorf und Baumgarten. Da weitere an Hauptbahnen gelegene Plätze nicht zur Verfügung standen, wurden auch in Grinzing, Hernals und Erdbera Kohlenverkaufsplätze neuerrichtet, die, mehr dem Zentrum der Stadt an gelegen, eingebaute Straßenbahnhöfe erhielten. Die drei letztgenannten Plätze bedingten wieder die Anlage eines Kohlenumschlagplatzes, Umladung von Voll- auf Straßenbahnwagen, die in der Vorgartenstraße geschaffen wurde. Eine Ueberladung geschieht mittelst fahrbaren Drehfranes von den Vollbahnwagen in zwei Kohlenflößen, von denen aus auf maschinellem Wege die Beladung der Straßenbahnwagen erfolgt. Der Dampfcran kann bei zehnstündiger Arbeitszeit 300 Tonnen entladen. Die Abfertigung eines ganzen Straßenbahnzuges dauert nur zehn Minuten. Für die Anlage der im Jahre 1917 ausgeführten Bauten sind rund 650.000 Kronen aufgelaufen.

Für die Abgabe der Kohle wurden auf den großen Kohlenplätzen Westbahnhof und Ottakring mechanische Abgabevorrichtungen erbaut, die drei Abgabestellen instandsetzen, täglich 2000 Parteien abzufertigen. Die Abfertigung einer Partei erfolgt in 13 bis 16 Sekunden. Gegenwärtig sind bereits rund 85.000 Parteien auf städtischen Plätzen rationiert, darunter beim Westbahnhof allein 14.000. Die Konsumenten sind auf sämtlichen Plätzen nach den Anfangsbuchstaben verteilt, so daß zum Beispiel beim Westbahnhof täglich 2350 Parteien abgefertigt werden können. Bisher gelang es, dank den neuen Anlagen, die Kohlenversorgung namentlich der minderbemittelten Bevölkerung in fastloser Weise durchzuführen. Hoffentlich wird die Kohlenversorgung sich auch in den Wintermonaten halbwegs erträglich gestalten.

Die Kohlenfrage.

Wir haben bereits in einem Artikel über die Kohlennot darauf verwiesen, daß nicht nur die Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung dringlich sind, um die Anlieferung von Kohlen günstiger zu gestalten, sondern daß auch weitgehende Verbesserungen in den Transportverhältnissen eintreten müssen, wenn dieses Ziel erreicht werden soll. Wenn die Wagenbestellung im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier nach den aus Prag eingelangten Meldungen in der ersten Augusthälfte dieses Jahres 36.460 Wagen, das sind um 7150 Wagen weniger als in der gleichen Zeit im vorigen Jahre, betrug, so zeigt sich, daß die Bemühungen des Ministers Homann, Remedur zu schaffen, nicht den gewünschten Erfolg zeitigten. In dem Ausfall in der Wagenbestellung ist das Brüxer Revier mit 7002, das Falkenauer Revier mit 148 Wagen beteiligt. Es ist anzunehmen, daß auch andere Kohlenreviere Ausfälle in der Wagenbestellung zu erleiden hatten, wodurch naturgemäß die geregelte Anlieferung, die dem Kohlenversorgungsplan des Ministeriums für öffentliche Arbeiten zugrunde liegt, hinfällig gemacht wird. Welchen Schwankungen die Kohleanlieferung unterliegt, sei aus den Kohleanlieferungsdaten für den städtischen Kohlenverkauf der Gemeinde Wien im ersten Halbjahr 1917 und in der gleichen Periode 1918 aufgezeigt:

	Braunkohlen in Meterzentner		Steinkohlen in Meterzentner	
	1917	1918	1917	1918
Jänner	228.612	190.856	142.867	38.972
Februar	235.382	414.254	92.629	9.477
März	341.660	436.546	312.366	10.638
April	304.636	318.628	109.453	91.909
Mai	297.219	194.720	86.639	48.151
Juni	290.825	170.559	52.871	49.183

Im ersten Halbjahr 1917 wurden 1.698.334 Meterzentner Braun- und 796.816 Meterzentner Steinkohlen, zusammen 2.495.150 Meterzentner Kohlen für den städtischen Kohlenverkauf geliefert. Im ersten Halbjahr 1918 betragen die Zufuhren 1.725.563 Meterzentner Braunkohlen, das sind also um 27.229 Meterzentner mehr als im vorigen Jahre. Dagegen betragen die Lieferungen für den städtischen Kohlenverkauf an Steinkohlen um 549.086 Meterzentner weniger als im vorigen Jahre. Wird in Betracht gezogen, daß Braunkohlen weniger Wärmeeinheiten entwickeln als die Steinkohlen, so zeigt sich, daß durch den Rückgang der Steinkohlenlieferung die Kohlennot eine weitere Verschärfung erfährt. Die Kohleanlieferung für die städtischen Gaswerke stellte sich wie folgt: Einlauf vom 1. Jänner bis 18. Juli 1917 im ganzen 3.080.000 Meterzentner; in der gleichen Periode des Jahres 1918 betrug der Einlauf 3.520.000 Meterzentner, das ist um 440.000 Meterzentner mehr. Daran auf eine günstige Lage der städtischen Gaswerke in Bezug auf die Deckung des Kohlenbedarfs zu schließen wäre verfehlt, da die Kohlenvorräte durch den steten Ausfall in der Anlieferung überhaupt aufgezehrt sind. Das wurde auch von dem Arbeitsminister Homann konstatiert, welcher mitteilte, daß der Vorrat bei den städtischen Gaswerken am 11. Juli 1917 73.568 Tonnen, am 11. Juli 1918 37.035 Tonnen betrug. In den städtischen Elektrizitätswerken betrug der Kohleneinlauf im ersten Halbjahr 1917 2.198.820 Meterzentner, in der gleichen Periode des Jahres 1918 1.744.720 Meterzentner. Der Kohlenvorrat betrug am 11. Juli 1917 62.489 Tonnen, zur gleichen Zeit im Jahre 1918 42.640 Tonnen. Bei den Wiener Kohlenverkaufsplätzen war der Vorrat von 20.127 auf 7790 Tonnen herabgesunken, und wenn nicht eine Besserung in der Kohlenzufuhr eintritt, wird sich im Winter die Kohlenkatastrophe zu einer Katastrophe entwickeln. Steigerung der Förderung, Regelung des Kohlenverkehrs sind daher Maßnahmen, die von der allergrößten Bedeutung sind.

Zur Hausbrandversorgung

Wir haben vor einer Woche das Postulat des Basler Kongresses auf die Errichtung einer eigenen Kohleneinfuhr und Verteilungsstelle für die Arbeiterschaft bzw. für einzelne Gemeinden besprochen und an Hand einiger Zahlen festzustellen versucht, daß eine solcher Neuordnung die Kohlenpreise wahrscheinlich nur unwesentlich zu herabsetzen vermöchte. Wir sind dabei von einem Artikel der „Berner Tagwacht“ ausgegangen, der die Gewinne der Händler kritisierte; da hier die Händler in Frage standen, haben wir ihre Gewinne ziffernmäßig festgestellt und sind dabei dazu gelangt, daß die Verschleißspanne von Fr. 4 das von der Konsumentenossenschaft der Stadt Bern beantragte Minimum sei. Die „Tagwacht“ wirft uns nun vor, wir seien mit großer Gelentigkeit über eine andere „Verschleißspanne“ hinweggegangen, die Importeurgewinne, wir hätten die Importeure so warm in Schutz genommen, als ob wir selbst am Geschäft beteiligt wären. Wir können die „Tagwacht“ beruhigen; unsere Einwendungen stützen sich wein auf praktische Voraussetzungen und Erwägungen; die sind niemand zulieb und niemand zuleide gemacht; insbesondere stämmen unsere Angaben nicht aus der Nähe des Wiener Cafés, wie die „Tagwacht“ verdächtigt, sondern von einer amtlichen Stelle.

Nun zur Frage der „Tagwacht“: Wie verhält es sich mit den Importeurgewinnen? Nachdem man im Publikum von der Kommission von Fr. 80 auf den Wagen gehört, wird es nun angezeigt sein, zu untersuchen, wie hoch sich der reine Importeurgewinn eigentlich beziffert. Er gestaltet sich für den Kanton Bern folgendermaßen. Die untenstehenden Zahlen beziehen sich auf die Preise pro Wagen:

Ruhr-Großloz	
Preis ab Gruben	Fr. 2020. —
Kommission	„ 60. —
Höchstpreis franko Bede	Fr. 2080. —
Fracht bis nach Basel	„ 260. —
Höchstpreis franko Basel	Fr. 2340. —
Brechen in der Schweiz	„ 270. —
	Fr. 2610. —

Von dieser Kommission entfallen auf:

Gausbrandsentrale	Fr. 15. —
Kohlenzentrale	„ 2. —
Treuhandstelle	„ 2.50
Kanton	„ 5. —
Gemeinde	„ 10. —
	Fr. 34.50

Saarlohlen

Preis ab Gruben	Fr. 1900. —
Kommission	„ 80. —
Fracht	„ 115. —
Höchstpreis franko Basel	Fr. 2095. —

Von dieser Kommission entfallen auf:

Gausbrandsentrale	Fr. 15. —
Kohlenzentrale	„ 2. —
Treuhandstelle	„ 2.50
Kanton	„ 5. —
Gemeinde	„ 10. —
	Fr. 34.50

Dies die zahlenmäßigen Feststellungen. Der Importeurgewinn beträgt also auf 100 Kilogramm berechnet:

für Ruhrgroßloz	25,5 Rp.
„ Saarlohlen	45,5 „
„ Unionbrillets	20 „

Ob nun diese Gewinne eine völlige Neuordnung, die erst ihre Zweckmäßigkeit zu beweisen hat, rechtfertigt, mögen die Kommissanten des Basler Kongresses selbst entscheiden. Für uns gilt heute vor allem der Grundsat, möglichst viel Kohlen hereinzubringen; das ist den Importeuren bis heute gelungen. Wenn nun eine neue Einfuhrorganisation geschaffen wird, so werden diese von ihrem Kontingent abgeben müssen. Wohnt es sich, um eine Erniedrigung der Preise, die noch gar nicht sicher zu erwarten ist — man denke an den neuen Verwaltungapparat und die Unkosten für die Lagerung — zu versuchen, eine unsichere Bahn zu beschreiten?

Die Kohlenfrage.**Die Vorsorgen für den kommenden Winter.**

Die traurigen Erfahrungen, die man in der Kohlenversorgung im vergangenen Winter machte, gebieten dringend, daß für die bevorstehende Winterperiode entsprechende Maßnahmen betreffend die Brennstoffversorgung getroffen werden. Wie nun aus einem vom Magistrat ausgegebenen Bericht hervorgeht, hat die Gemeinde Wien tatsächlich sich rechtzeitig mit dieser wichtigen Frage beschäftigt.

Schon in den ersten Monaten fanden im Ministerium für öffentliche Arbeiten Beratungen statt, die sich mit der Frage der Feststellung und Sicherung des Kohlenbedarfes und der Vorsorge für eine angemessene Verteilung der zur Verfügung stehenden Kohle befaßten.

In den ersten drei Kriegsjahren hatte die von der Gemeinde Wien bereits mit Kriegsausbruch eingeleitete Aktion der Abgabe von Kohle auf den städtischen Lagerplätzen hingereicht. Auf den städtischen Kohlenlagerplätzen war allen jenen Kreisen, die weder beim Kohlengroßhändler noch beim Kohlenkleinhändler Kohle beziehen konnten, Gelegenheit zum Bezug von Kohle geboten. Der Andrang auf den städtischen Lagerplätzen hatte im vorigen Winter und heuer im Frühjahr jedoch einen derart bedenklichen Charakter angenommen, daß eine Abhilfe nötig erschien.

Da voranzusehen war, daß im kommenden Winter die Schwierigkeiten der Zufuhr noch größer sein werden, wurde eine weitere Vermehrung der städtischen Kohlenlagerplätze und eine Ausgestaltung des Frachtverkehrs der städtischen Straßenbahnen in Aussicht genommen. Auf Stadtratsbeschluss wurden zu den bereits bestehenden Kohlenlager- und Verkaufsplätzen fünf neue Lagerplätze errichtet. Der bestehende Umschlagplatz beim Nordwestbahnhof reichte für eine Steigerung der Kohlenzuführung durch die Straßenbahn nicht mehr hin, daher wurde der Kohlenlagerplatz in der Vorgartenstraße zum Teil in einen Umschlagplatz umgestaltet, auf dem nun die Kohlen von den Eisenbahnwagen mit einem Dampfkran direkt auf die Straßenbahn verladen werden. Um die Straßenbahn auch in erhöhtem Maße zum Kohletransport heranzuziehen, wurde auch eine Straßenbahnverbindung zum städtischen Gaswerk Leopoldsdau gebaut. Erwähnt sei endlich, daß die Zuweisung der für den Bedarf der Bewohner Wiens anverlangten Kohle nach dem Kontingenzsystem erfolgt. Die Zufuhren im bewilligten Ausmaß sind daher sichergestellt.

Offentlich erweisen sich die Vorsorgemaßnahmen der Gemeinde Wien in Ansehung der Kohlenversorgung als ausreichend, damit der Bevölkerung heuer ähnliche unangenehme Erfahrungen, wie man sie im vergangenen Winter vielfach machen mußte, erspart bleiben.

Das sächsische Kohlenregal.

O Dresden, 2. September.

Dieser Tage ist im Königreich Sachsen ein Gesetz in Kraft getreten, das dem Staate das ausschließliche Recht überträgt, Kohle aufzusuchen und, soweit der Abbau noch nicht begonnen hat, zu gewinnen. Die bedeutliche Entwicklung des sächsischen Kohlenbergbaues, die starke Kapitalzusammenballung und die durch eine wilde Spekulation verursachte Preistreiberei mit Kohlengerechtfamen, die für die Zukunft Kohlenpreise befürchten ließen, die der gesamten sächsischen Volkswirtschaft hätten verhängnisvoll werden müssen, hat den Anlaß zu diesem Eingriff des Staates gegeben. Namentlich gewisse ausländische Großhändler suchten sich durch Erwerb von Ruzen und Aktien der Kohlenwerke Einfluß auf die sächsische Kohlenproduktion zu sichern. Regierung und Zweite Kammer hielten es für ihre Pflicht, solchen Bestrebungen entgegenzutreten, und im Einverständnis mit der Regierung brachten am 18. Oktober 1916 sämtliche Fraktionen einen Antrag ein, dem Staat unter Wahrung der berechtigten Interessen der Grundeigentümer die ausschließliche Ausbeute aller noch nicht abgebauten Kohlenvorkommen zu übertragen.

Das war der Anfang des heutigen Kohlenregals. Die Regierung beillte sich, eine entsprechende Vorlage an den Landtag gelangen zu lassen. Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion zur Einführung des Kohlenmonopols lehnten die Regierung und die Mehrheit beider Kammern ab; über die Einzelheiten der Vorlage kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Es handelte sich dabei jedoch nicht um den Grundgedanken des Gesetzes, sondern um die Entschädigungspflicht des Staates an die Besitzer des Kohlenunterirdischen und um Sicherungen gegen etwaige spätere fiskalische Kohlenpreistreiberei. Von beiden Seiten zeigte man jedoch Entgegenkommen, und die Regierung gab die bündige Versicherung ab, daß sie sich nicht von finanziellen Interessen leiten lasse, sondern lediglich von dem Willen, eine Stetigkeit der Kohlenpreise und deren Schutz gegen unangemessene Steigerung durch Spekulantentreiberei zu erzielen. Hinzugefügt sei, daß der Staat durch das Elektrizitätsversorgungsgesetz ein großes Interesse daran hat, nicht selbst derartigen Preistreiberien ausgesetzt zu sein.

Das Gesetz kam schließlich auch zustande. Schon im Jahre 1916 war ein Sperrgesetz erlassen worden, das den Handel mit Kohlenunterirdischem verbot. Das nunmehr geltende Regal läßt deren bisherige Eigentümer im Besitz des Kohlenvorkommens, entzieht ihnen aber das Verfügungsrecht darüber, soweit das Gesetz nicht besondere Ausnahmen vorsieht. Das Recht, Kohlen aufzusuchen und zu gewinnen, steht von nun an lediglich dem Staat zu, soweit es sich nicht um Grubenfelder handelt, die bereits vor dem 18. Oktober 1916 in Abbau waren. Also sämtliche private Kohlenruben, die schon vor jenem Tage im Betrieb waren, können diesen weiterführen; auch hat der Staat die Befugnis, sein Abbaurecht auf einen anderen zu übertragen.

Die Entschädigung der Kohlenfeldbesitzer geschieht durch eine Förderabgabe oder durch die Vorentscheidung. Der Staat oder der Privatunternehmer, dem vom Staat das Abbaurecht übertragen ist, zahlt an den Kohlenfeldbesitzer von jeder gefördertem Tonne Braunkohle drei, von jeder Tonne Steinkohle sechs Pfennig; außerdem vom Wert der gefördertem Braunkohle noch 1,5, von dem der Steinkohle 0,75 Prozent. Man fürchtet, daß diese verhältnismäßig hohe Entschädigung den Preis der Kohlen verteuern wird. Besonders die Erste Kammer hat sich für sie eingesetzt. Zur Erleichterung der Entschädigungsgeschäfte sind in jedem Kohlenbezirk Flurverbände zu bilden, denen alle angehören müssen, die ein Recht auf Förderabgabe besitzen. Die Vorentscheidung ist in der Ersten Kammer in das Gesetz gekommen. Sie soll eine Erleichterung für Besitzer von Kohlenunterirdischem sein, deren Kohlenfelder erst nach geraumer Zeit zum Abbau gelangen; gewissermaßen eine Entschädigung für stillgelegtes Kapital. Wird dem Bergamt durch Bohrungen, die der Besitzer selbst zu bezahlen hat, der Umfang der anstehenden Kohle nachgewiesen, so wird, wenn der Abbau nicht alsbald erfolgt, dem Besitzer ein Fünftel des Kohlenwerts als Vorentscheidung bezahlt. Der Wert ist so festgesetzt, daß für hundert Tonnen Braunkohlen westlich der Elbe eine Mark, östlich der Elbe sechzig Pfennig und für die gleiche Menge Steinkohlen 2,40 Mk. als Vorentscheidung bezahlt wird. Sie fällt weg für Kohlenlager unter Wasserläufen und Eisenbahnen. Wird das Kohlenfeld stärker abgebaut, so ist die Förderabgabe gegen die Vorentscheidung nebst deren Verzinsung aufzurechnen und solange nicht zu zahlen, bis diese Entschädigung abgetragen ist.

Das sind die Grundgedanken des sächsischen Kohlenregals. Man bestreitet auch in der Zweiten Kammer nicht, daß es manche Mängel besitzt, aber man hofft, daß es seinen Zweck, der rücksichtslosen Preistreiberei vorzubeugen, erreichen wird.

Preiserhöhung für Briquets. Der Kohlenverband Groß-Berlin hat nunmehr durch Verordnung die Briquettpreise festgesetzt. Danach darf der Preis für Briquets bei Abgabe an den Verbraucher für Küchen- und Ofenbrand nicht übersteigen: bei Selbstabholung durch den Verbraucher von der Abgabestelle M. 2.60 für je 1 Ztr., bei Abwerfung auf dem Straßendam vor dem Grundstück des Verbrauchers M. 3.15 für je 1 Ztr., bei Abwerfen auf dem Hofe des Grundstücks M. 3.25 für je 1 Ztr., bei Lieferung frei Erdgeschoss oder frei Keller 3.35 für je 1 Ztr. Diese Neu festsetzung bedeutet gegenüber den bisherigen Preisen eine Erhöhung für den Zentner ab Lager um 20 Pfennig, frei Haus um 50 Pfennig. Die Erhöhung der Preise wurde durch die Aufschläge der Erzeugung, die erhöhte Umsatzsteuer und die weiter ansteigenden Betriebskosten der Kohlenhändler bedingt. Mit Rücksicht auf denjenigen Teil der Bevölkerung, der die Kohlen selbst abholt, wurde die Erhöhung des Preises ab

Lager so niedrig als möglich gehalten. Die stärkere Erhöhung des Freihauspreises soll diesen Preis mit den gestiegenen Fuhrkosten in Einklang bringen und den vielfachen Klagen abhelfen, daß die Kohlenhändler die Lieferung frei Haus ablehnten. Die Verordnung zwingt aber die Kohlenhändler, den Verbrauchern auf Verlangen die Ware ab Lager zur Selbstabholung zur Verfügung zu stellen.

Richtpreise für Kohlen.

Die Preisprüfungsstelle B in Wien ist bereit mit der Festsetzung von Richtpreisen für den Kleinhandel mit Kohlen in Wien befaßt. Es wird beabsichtigt, ziffernmäßig auszusprechen, welche Zuschläge zu dem Kohleneinkaufspreise der Kohlenhändler in Wien zulässig sind, beziehungsweise wenn dies irgendwie tunlich ist, landzurufen, zu welchem Preise die Kohlen für das Publikum in den einzelnen Wiener Bezirken im Kleinhandel erhältlich sein dürften. Am 5. d. Monats unter der Leitung des Vorsitzenden der Preisprüfungsstelle B Hofrates Kamillo Windt zu diesem Zwecke eine Zusammenkunft von Delegierten der Gemeinde Wien, der Niederösterreichischen Handels- und Gewerkschammer, der Konsumentenorganisationen, der Kohlenhändlergenossenschaft, der Fuhrwerksbesitzer und anderer Interessenten statt. Die Beratungen sind nicht zum Abschluß gelangt und werden am Montag fortgesetzt.

Baumaterialerzeugung und Kohlenbedarf.

Von Hauptmann Ingenieur D. Böhm.

Die gegenwärtigen Verhältnisse haben vielfach Probleme begründet, die zu den schwerigsten gehören, denen das Wirtschaftsleben bisher überhaupt begegnet ist. In erster Reihe stehen hier die Fragen, die durch die immer katastrophaler werdende Wohnungsnot hervorgerufen werden. Es ist gewiß, daß die Wiederbelebung der Bau Tätigkeit zu den wichtigsten Forderungen von heute zu zählen ist, deren Erfüllbarkeit aber nicht zuletzt davon abhängt, wie das nötige Baumaterial beschafft werden kann, ohne Rohgüter in Anspruch zu nehmen, die an anderer Stelle vielleicht noch dringlicher geworden sind, wie es vor allem für die Kohle zutrifft.

In diesem Sinne wird nun wohl raschestens eine Entscheidung zu treffen sein, ob der Tonziegel, der Baustein, der die Kulturmenschen seit den ältesten Zeiten Ägyptens bis in unsere Jahre begleitet, nicht durch ein anderes Baumaterial, wenn auch nur vorübergehend, verdrängt werden muß, und zwar zunächst durch den Betonstein, der an Festigkeit, Isolierfähigkeit allen Anforderungen der Bautechnik entspricht, der aber bedeutend weniger Kohle für Herstellung und Zufuhr beansprucht als der gebrannte Tonziegel. Eine von Ing. Wuczowski angestellte Studie, die sich verlässlicher statistischer Angaben von Architekt Schliephal und Ingenieur Pierus bedient, gelangt zu diesbezüglich interessanten Ergebnissen: Die Tonziegelindustrie verbraucht bei einer Jahreserzeugung von 2,5 Milliarden Ziegelwaren für Brand und Maschinenbetrieb 795.175 Tonnen Kohle, für Zutransport des Heizmaterials von den Kohlenzechen zu den Werken und für Abfuhr von dort zu den Baustellen 122.210, zusammen also 917.385 Tonnen Kohle. Die gleiche Menge Betonziegelwaren erfordert 529.000 Tonnen Kohle zur Erzeugung der nötigen Zementmengen und 56.820 Tonnen für Zufuhr der Heizkohle zu den Fabriken wie für das Zurollen von dort zu den Baustellen, zusammen also 585.820 Tonnen. (Es sind dabei als Durchschnittswerte angenommen 100 Kilometer Entfernung von der Kohlenzeche zur Ziegelei oder zur Zementfabrik, 50 Kilometer Abstand der Baustelle vom Ziegelwerk, dagegen 200 Kilometer von der Zementfabrik.)

Für die Ermittlung des Brennstoffbedarfes für die Eisenbahnzufuhr wurden für den Tonnenkilometer 0,2 Kilogramm Kohle in Rechnung gestellt. Der Vergleich ergibt, daß bei ausschließlicher Verwendung von Betonziegeln, und zwar ebenfalls im Umfange einer Jahresproduktion von 2,5 Milliarden Stück, 831.565 Tonnen Kohle gespart werden könnten. Die Kohlenaufwendungen für Tonziegel sind 1,7mal größer als die für Betonziegel. Die Kohlenersparnis bei Verwendung nur dieser würde 36,2 Prozent betragen. Diese Zahlen scheinen bestimmend dafür zu sein, daß der Betonstein berufen ist, an die Stelle des gebrannten Mauerziegels zu treten. Selbst Maßnahmen zur Streckung des Tonziegelmaterials, wie etwa die Einführung des deutschen oder eines kleinen metrischen Formats, dann die Anwendung von Hohlziegeln, wären nicht geeignet, Abhilfe zu schaffen, da naturgemäß selbst in diesem Falle der Betonziegel infolge der geringen Kohleninanspruchnahme dem Bausteine überlegen ist. Wozu noch kommt, daß gerade auf dem Gebiete des Betonhohlsteinbaues Oesterreich richtunggebend gewesen ist und hoffentlich auch bleiben wird.

Es ist nach allem auch erklärlich, daß schon jetzt in Ungarn, einem verhältnismäßig kohlenarmen Lande, die Tonziegelindustrie selbst darangeht, die Betonstein erzeugung aufzunehmen, um sich damit einen vielleicht gefährlichen Konkurrenten vom Halse zu schaffen, vor allem aber um einer technisch-wirtschaftlichen Forderung, der nach Deconomie des Rohgüterverbrauches, völlig und voraussehend zu entsprechen. Die Betonziegeleien, deren Einrichtungen nicht besonders kostspielig sind, können, leicht beweglich, zudem den Baustellen umschwer folgen, was einen unschätzbaren Vorteil für die im Entstehen begriffene Industrie bedeutet. Im übrigen gilt der nachgewiesene Erfolg natürlich ebenso für die Anwendung des Betons überhaupt, also nicht nur in der abgepackten Form des Ziegels, die nur des Vergleiches wegen herangezogen wurde. Das für die Volkswirtschaft so eminent wichtige Resultat ist einfach darin gelegen, daß für Betonmassen welcher Anordnung im Baumerke immer weniger Kohlen erforderlich sind als für die entsprechende Menge von gebrannten Ziegeln. Die Vorteile wären also etwa auch bei Gußbetonhäusern ebenso zu erreichen wie bei Betonziegelmauerwerk.

Die Kriegs- und Uebergangswirtschaft kann an Tatsachen solchen Gewichtes nicht vorübergehen, und es wäre folgerichtig zu erwarten, daß für die Häuser, die eine von den Behörden zielbewußt und sachkundig geförderte neue

Baufähigkeit schaffen mag, neue gebrannte Ziegel kaum mehr verwendet werden sollten, da wir die dadurch ersparten Kohlenmengen reichlich anderorts brauchen und dort nicht entbehren können.

N. IX. 1918

Die Kohlenbetrügereien.**Errichtung eines Polizeigerichtes.**

Oberstadthauptmann Dr. Ladislaus Sándor hat zur Verfolgung der Mißbräuche bei Kohlenlieferungen ein besonderes Polizeigericht organisiert, das sich mit Kohlenbetrügereien, Gewichtsbetrügereien der Händler und Antrieben der Justreifung befassen wird. Im Vorjahre waren die Polizeirichter der einzelnen Bezirke derart mit Amtssachen überbürdet, daß sie sich mit den Mißbräuchen bei der Kohlenversorgung nicht eingehend beschäftigen konnten. Mit der Leitung des neuen Polizeigerichtes wurde der Ober-Polizeirat Hugo Szeßler betraut, als Richter wird der Polizeikonzipist Dr. Koloman Lomel wirken. Das Polizeigericht wird auch eine Zentralkontrollstelle der Kohlenbetrügereien aufstellen.

Leistungsprämien und Kohlenförderung.

Der seit langer Zeit andauernd schlechte Stand unserer Kohlenproduktion hat vor einigen Monaten in einigen Kohlenrevieren dazu geführt, durch Einführung von sogenannten Leistungsprämien der Kohlenförderung zu Hilfe zu kommen. Der leitende Gedanke dazu wurde bereits von dem Arbeitsminister v. S o m a n n am letzten Industriellentag ausgesprochen, als er darauf hinwies, daß die den Bergarbeitern gewährten festen Zulagen zu den Löhnen keinen Anreiz zu Mehrleistungen geben, so daß man eigentlich nach einem Mittel suchen müsse, durch das eine Steigerung der Arbeitsfreudigkeit erreicht werden könne. Ein praktischer Versuch mit einem solchen Mittel ist nun seither sowohl im O s t r a u - K a r w i n e r Steinkohlenrevier wie im B r ü g e r Braunkohlenrevier gemacht worden, allerdings, wie gleich von vornherein konstatiert werden kann, ohne daß der davon erwartete Erfolg eingetreten wäre. Mit der Entscheidung der Beschwerdekommision in Mährisch-Osttau vom 26. März d. J. wurden nämlich Leistungsprämien für die Bergarbeiter durch die folgendermaßen formulierte Bestimmung festgesetzt:

Bei jedem Bergbaubetrieb ist für das zweite Halbjahr 1917 und für das erste Vierteljahr 1918 die auf einen Arbeiter der gesamten Grubenbelegschaft in einer Schicht entfallende Kohlenförderleistung, ausgedrückt in Meterzentnern, zu ermitteln, wobei die bei Aufschlußarbeiten verfahrenen Schichten unberücksichtigt zu bleiben haben. Als Aufschlußarbeiten gelten alle neuen Gesteinsarbeiten, somit das Schachteufen, der Querschlagsbetrieb, das Auffahren von tauben Gesenken, Premsbergen und Uebersichtsbergen, die Herstellung von Walzkammern und dergleichen. Nach den gleichen Grundätzen ist für jede Lohnperiode, von der dem Tage des Erkenntnisses folgenden angefangen, die Durchschnittsleistung eines Arbeiters der Grubenbelegschaft in der Schicht zu berechnen. Ergibt sich bei dieser Berechnung eine Er-

höhung der Durchschnittsleistung, in der Lohnperiode über die Durchschnitte des zweiten Halbjahres 1917 und des ersten Vierteljahres 1918, so erhöht sich der in der betreffenden Lohnperiode erzielte Verdienst aller Bergarbeiter des Betriebes einschließlich der Obertagsarbeiter um denselben Prozentsatz, in welchem die Leistung gestiegen ist, das heißt es wird der Anteil des Verdienstes, welcher dem aliquoten Teil der Mehrleistung an Kohlenförderung entspricht, mit 100 Prozent höher entlohnt. Diese Berechnungen der Leistungskoeffizienten und der Prozentsatz sind auf einer Dezimalstelle genau mit Korrektur der zweiten Dezimalstelle durchzuführen. Arbeiter, welche sich während der Lohnperiode an einem Ausstand beteiligt haben, verlieren für diese Lohnperiode den Anspruch auf die Leistungsprämie.

Die Leistungsprämie wird vorläufig bis einschließlich der letzten Lohnperiode des Monats September 1918 gewährt. In einem anderen Erkenntnis der Beschwerdekommision in Brüx wird der Grundsatz ausgesprochen, daß die fixen Zulagen in prozentuelle umgewandelt werden können, so daß an jeder zustande gebrachten Mehrleistung auch der Arbeiter mit einem entsprechenden Gewinnanteil teilnimmt. Natürlich ist der Gedanke, der einer solchen Einführung zugrunde liegt, nicht neu. Die Meinung, die Arbeiterklasse an dem Unternehmergewinn teilnehmen zu lassen, um dadurch ihre Berufsfreudigkeit und damit auch ihre Leistungen zu steigern, ist vielmehr schon recht alt. In dem vorliegenden Falle lohnt es sich aber immerhin, an den Tatsachen zu zeigen, wie gerade hier das alte kapitalistische Rezept verfaßt hat, wo die physische Leistung der Arbeiter durch den Mangel an Nahrungsmitteln immer mehr begrenzt wird. Die Kohlenförderung weist nämlich im heurigen Jahre gegenüber dem Ertrag im vorigen Jahre überall ganz bedeutende Rückgänge auf. Schon im ersten Quartal ergab die Steinkohlenproduktion heuer gegenüber der gleichen Zeit im vorigen Jahre einen Ausfall von 48 Millionen Meterzentner und am Ende Juli war dieser Ausfall schon auf 95 Millionen Meterzentner angewachsen. Gerade das O s t r a u - K a r w i n e r Steinkohlenrevier, wo also die Leistungsprämien eingeführt sind, hat einen Förderrückgang von Monat zu Monat aufzuweisen. Während nämlich hier die Fördermenge im Herbst noch 86 Millionen Meterzentner betrug, sank sie im April auf 82 Millionen Meterzentner, um im Juli bei 77 Millionen Meterzentner anzulangen. Das B r ü g e r Braunkohlenrevier, wo gleichfalls die Leistungsprämien für die Arbeiterschaft eingeführt sind, hat im Juli gleichfalls einen Förderrückgang von 05 Millionen Meterzentner gegenüber dem Monat Jänner aufzuweisen. Es zeigt sich also, daß die Prämien nicht den geringsten Einfluß auf das Leistungsvermögen der Arbeiter auszuüben vermochten. Der Zweck, stimulierend auf den Arbeitseifer zu wirken, kann eben nicht mit künstlichen Mitteln erreicht werden, wenn durch den Mangel an Nahrungsmitteln die körperliche Leistungsfähigkeit unausgesetzt vermindert wird. Leistungsprämien tun hier nicht einmal das, was sonst die Peitsche für ein müdes Pferd zu bewirken vermag. Die Steigerung der Kohlenproduktion, die wirklich zu den dringlichsten Forderungen gehört, wenn wir nicht diesen Winter eine Katastrophe erleiden wollen, hängt eben vor allem mit einer ausgiebigen Hilfe für den geschwächten Bergarbeiterstand zusammen.

13./IX. 1918

Kohlennot und Kohlenwirtschaft.

Schleichhandel mit ganzen Kohlenzügen.

Wir erinnern uns alle noch aus den schönen Kindertagen an das Lesebuch-Kapitel von der Wichtigkeit der Kohle. Als Erwachsene hat uns der Krieg die Tüchtigkeit am eigenen Leibe erproben lassen. Das Wirtschaftsleben des Friedens war auf billiger und reichlicher Kohle aufgebaut, und auch der Krieg lebt letzten Endes von der Kohle. Ohne Kohle gäbe es keine Gewehre, keine Kanonen, keine Granaten. Man sollte deshalb glauben, daß der Staat, der den Krieg für seine Erhaltung führt, Förderung und Verteilung der Kohle mit eiserner Strenge geordnet und sich gegen die großen und kleinen Durchstechereien der kleinen und großen Kriegsgauner gesichert hat. Das ist merkwürdigerweise nicht der Fall. Die Allmacht und der Verstand der Kriegswirtschaft verlegen auch hier bei dem Punkte, wo die Beutejagd derjenigen beginnt, die an der Krippe sitzen und sich mästen.

Unsere Kohlenversorgung ist in s Stocken geraten. Es wird u. a. berichtet, daß der österreichische Boden eine glänzende Rübenpernte geliefert hat, die Zuckerindustrie aber kaum in der Lage sein werde, die Rüben zu verarbeiten, weil ihr die Kohle fehlt. Dann hören wir, daß andere Industrien wegen Kohlenmangel feiern müssen — darunter sogar kriegswichtige Betriebe — und wenn wir nichts darüber hören, wie im kommenden Winter die Versorgung Wiens mit Hausbrandkohle beschaffen sein wird, so ist dieses Schweigen wahrscheinlich nicht nur darauf zurückzuführen, daß von unseren wichtigsten Bedürfnissen im Parlament und in den Wiener Zeitungen immer am wenigsten gesprochen wird. Alles zusammengekommen, ergibt sich ein recht bedrohliches Bild der Kohlennot. Es werden auch Erklärungen gegeben. Die Hauptursache ist der Rückgang der Kohlenförderung in den Gruben. Die Arbeiter sind nicht entsprechend ernährt, ihre Leistungsfähigkeit daher nicht auf der wünschenswerten Höhe. Es liegen darüber ganz bestimmte Ziffern vor und es scheint sogar, als ob die Verantwortlichen sich achselzuckend mit ihnen abfinden wollen. Dazu verspüren wir aber nicht die mindeste Lust. Wenn die Förderung zurückgeht, weil die Arbeiter nicht entsprechend ernährt werden, so fragen wir zunächst, wie denn Deutschland das Kunststück zutage bringt, seine viel größeren Kohlenbelegschaften zu versorgen. Die Antwort ist gegeben: man sorgt in Deutschland dafür, daß das Essen in den richtigen Wägen, man sorgt aber auch dafür, daß die Kohle in die richtigen Hände kommt. Denn der Rückgang der österreichischen Kohlenförderung ist nicht die einzige Ursache der Kohlennot. Fachleute, die die Verhältnisse kennen, berichten, daß die Kohlenwirtschaft und der Schleichhandel der Kohlengruben bereits einen ganz unwahrscheinlich großen Umfang erreicht haben und daß jedermann, der 20 bis 40 K (sage und schreibe: zwanzig bis vierzig Kronen) für den Meterzentner Kohle zahlen kann und will, Kohle in nahezu unbegrenztem Ausmaße erhalten könne. Man kennt Unternehmungen, die so gut verdienen, daß sie diese Preise bewilligen können und deshalb auch arbeiten, während kriegswichtige Betriebe in ihrer Nähe feiern müssen.

Diese Mitteilungen müssen das größte Befremden erregen, denn es leuchtet ohneweiters ein, daß die Kohlenverteilung doch verhältnismäßig leicht, jedenfalls aber viel leichter als etwa die Getreideaufbringung und -verteilung zu überwachen ist. Einige wenige Aufsichtsbeamte genügen, um bei jeder Kohlengrube Förderung und Abfuhr zu prüfen, und die Bindung jeder Kohlenfracht an eine Beförderungsbewilligung müßte doch genügen, um die Sicherheit zu geben, daß sie an den richtigen Empfänger kommt. Tatsächlich bestehen Überwachungsvorschriften genug, aber eine offenbar weitverzweigte Korruption macht es möglich, daß sie umgangen werden. Man erinnere sich an das von uns beschriebene Schicksal des Waggons Zucker, den kürzlich ein Bahnschreiber einfach verschwinden ließ.

Es wird von amtlicher Stelle auf diese Vorhaltungen gewöhnlich geantwortet, daß es sich um die sogenannte Sonntagskohle handle, die zu so hohen Preisen in den Schleichhandel komme. Darunter versteht man die Kohlenmenge, die am Sonntag gefördert wird und nach altem Brauche den Bergarbeitern gehört. Sie wird tatsächlich von den Grubenverwaltungen im Einverständnis mit den Arbeitern meist gegen Lebensmittel eingetauscht. So ausgedehnt dieser Handel bereits ist, Eingemeinte versichern, daß die Schleichhandelskohle die Sonntagsware ihrer Menge nach offenbar weit übertreffe, daß also der Anflug mit staatlich bewirtschafteter und staatlich erkaufter, aber privat verschleißter Kohle getrieben werde.

Es erübrigt, noch einmal auf den Ernst der Lage zu verweisen. Die Staatsverwaltung weiß sehr genau, daß es hier um die letzten Dinge geht, sie muß auch wissen, wie sie die Dinge meistert.

13./IX. 1917

82

Die Elektrifizierung Steiermarks. In der „Zeitschrift des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereines“ finden sich folgende interessante Angaben über den derzeitigen Stand in dem Ausbau der steirischen Großwasserkraftanlagen. Der Landesauschuss des Herzogtums Steiermark hat eine Vereinbarung mit der „Steiermärkischen Elektrizitätsgesellschaft“ in Graz und mit der „Oesterreichischen Paugeellschaft für Verkehrs- und Kraftanlagen“ in Wien getroffen, welche über die Grenzen Steiermarks von weittragender Bedeutung sein dürfte. Die „Steiermärkische Elektrizitätsgesellschaft“ arbeitet seit Jahren in Mittelsteiermark als Ueberlandzentrale mit zwei Wasserknapp vor Ausbruch des Krieges mit dem Bau einer großen Anlage an der Drau bei Faal von 30.000 kW begonnen. Die Eröffnung dieser gegenwärtig noch größten Niederdruckanlage in Oesterreich-Ungarn wird im Laufe des diesjährigen Herbstes erfolgen können. Ein Teil der Energie des Faaler Werkes kommt bei einer großen chemischen Industrie zur Verwendung, während die weiteren Kraftmengen in einer Fernleitung, welche das Faaler Werk mit den Murwerken verbinden wird, überführt werden wird. Dieses wichtige Glied einer rationellen Lösung des Elektrizitätsproblems in Steiermark und damit auch benachbarter Kronländer wird eine Spannung von 110.000 V bei 50 Per. aufweisen. In Faal erfolgt die Transformation der Generatorspannung von 10.000 V auf die erwähnte Spannung von 110.000 V und reicht diese Leitung projektsgemäß vorläufig bis zum Anschluß der Murwerke in der Nähe von Graz, wo eine Transformation auf 20.000 V erfolgt, d. i. jene Spannung, mit welcher die „Steiermärkische Elektrizitätsgesellschaft“ arbeitet, welche Spannung für die Mittelspannungsnebe Steiermarks beibehalten wird. Die Hochspannungsleitung von 110.000 V wird naturgemäß nicht in Graz aufhören, sondern weiter nach Norden bis Bruck und Murzausschlag erstreckt werden, um die Schwerindustrien jener Gegenden mit elektrischer Energie versehen zu können. So ansehnlich die Energieleistung des Faaler Werkes auch ist, so reicht sie jedoch bei weitem nicht hin, um diesen Bedürfnissen einigermaßen entsprechen zu können und um die großen Kosten einer derartigen langen Hochspannungsleitung zu rechtfertigen. Hier setzt nun, und dies zur rechten Zeit, die Tätigkeit des Landes Steiermark durch die oben erwähnte Vereinbarung ein. Nach diesem Uebereinkommen werden zwei weitere Kraftstufen an dem wasserreichen und gefällstarken Drauflusse in ähnlicher Art wie das Niederdruckwerk in Faal mit 15 Meter Gefälle und einer Leistung von je 30.000 bis 35.000 kW für jede Stufe zur Ausführung gelangen. Durch diese drei unmittelbar aufeinanderfolgenden Wasserwerke

werden somit 100.000 kW mittlere Jahresleistung erzielt. Vermöge der unmittelbaren Wasserentnahme am Staumwehr jedes Werkes können ganz gewaltige Spitzenleistungen — bei entsprechender Ausgestaltung der Zentralen — erzeugt werden, wodurch sich diese Werke für die Elektrifizierung der steirischen Bahnen ganz besonders eignen. Diese Werke werden eine gemeinsame Fernleitung besitzen, d. i. eben die Faaler Leitung von 110.000 V. Während nun das Faaler Werk ausschließ- lich dem Privatkapital gehört, dem es auch die Entstehung verdankt, wird sich bei den neu zu errichtenden Wasserwerken das Land mit der Hälfte des Erfordernisses beteiligen und damit maßgebenden Einfluß auf diesen gemischtwirtschaftlichen Betrieb besitzen. Das Privatkapital ist bereits sicher- gestellt, für die Beschaffung der Landesmittel ist die Genehmigung des Landtages erforderlich. Falls der Landtag aus politischen Gründen nicht einberufen werden könnte, wird eine pri- vate Behorschung erfolgen, mit dem Rechte des späteren Ein- trittes. Mit dem Bau soll so rasch, als es die Verhältnisse ge- statten, begonnen werden.

Vorübergehende Kohlenknappheit.

Die Rathauskorrespondenz schreibt:
Infolge des in letzter Zeit unzureichenden Einlaufes an Hausbrandkohle ist gegenwärtig die Belieferung der Haushalte durch die Kleinkohlenhändler mit Schwierigkeiten verbunden.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten ist auf diese Sachlage nachdrücklich aufmerksam gemacht worden. Es ist zu hoffen, daß durch seine Verfügungen, insbesondere bezüglich der Gebirg des Einlaufes von Inlandkohle die von der Bevölkerung schwer empfundene Kohlenknappheit bald vorübergehen wird.

Die Wünsche der Bergarbeiter. Neuorganisation der Lebensmittelversorgung.

Die in der letzten Zeit paradiesisch aufgetretenen Arbeiterbewegungen in einzelnen Bergbauregionen waren fast ausnahmslos auf Differenzen zurückzuführen, die sich aus der Frage der Lebensmittelversorgung ergeben hatten. Wie die Arbeiter-Presse heute hierzu berichtet, hat die Bergarbeiterchaft nun ihre diesbezüglichen Forderungen formuliert. Die Delegiertengeneralversammlungen der westböhmischen Bergbaugesellschaft in Brünn, die Delegiertenversammlungen der tschechischen Bergarbeiter und zum Schluß eine von sämtlichen Bergarbeitern Oesterreichs bestellte Abordnung haben dieser Tage an den Arbeitsminister folgende Forderungen gerichtet:

1. Die Bergarbeiter lehnen grundsätzlich die werkseitige Lebensmittelbelieferung ab.
2. Die Ausbringung und Verteilung sowohl aller staatlich bewirtschafteten wie nicht bewirtschafteten, aller im Kompensationsweg aufgebrauchten, und aller für Sonntagsschle eingetauschten Lebensmittel hat durch paritätisch zusammengesetzte Körperschaften nach dem Muster der Lebensmittelverbände zu geschehen.
3. Es muß allen Bergarbeitern vollständig freigestellt bleiben, ob sie ihre Lebensmittel, und zwar sämtliche Lebensmittel, sowohl die staatlich bewirtschafteten, als auch die anderweitig aufgebrauchten und eingetauschten, durch die bestehenden Konsumvereine oder durch die Verkaufsabgabestellen beziehen.

Um diese Forderungen ist, wie die Arbeiterzeitung hierzu bemerkt, ein lebhafter Kampf entbrannt. An ihm sind das Ernährungsamt und das Ministerium für öffentliche Arbeiten interessiert, und die ganze Arbeiterchaft nimmt an jenem Verlauf und Erlola den lebhaftesten Anteil.

21./IX. 1918

88

Anmeldung der Vorräte an Heizmaterialien.

Gelegentlich der Zusammenschreibung der Vorräte der Haushaltungen an Heizmaterialien (Kohle, Koks, Briketts, Brennholz) in Budapest haben viele Haushaltungen ihre Vorräte nicht angemeldet. Infolge der Unterlassung der Anmeldung würden die betreffenden Parteien beim Ansuchen um die Ausfolgung des zur Beschaffung von Heizmaterialien nötigen Einkaufszertifikats großen Schwierigkeiten begegnen; um nun solche Parteien vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, will der Magistrat ihnen Gelegenheit geben, das Versäumte nachzuholen und ihre Vorräte zwischen dem 29. d. und dem 6. Oktober nachträglich anzumelden. Die Anmeldeblätter sind bei den Bezirksvorstellungen erhältlich; das genau ausgefüllte Blankett muß bei der zuständigen Bezirksvorstellung abgegeben werden.

Ungleichmäßige Kohlenbelieferung. Daß die gegenwärtige Kohlenknappheit, die vor einigen Tagen von den Herren des Rathhauses als nur „vorübergehend“ bezeichnet wurde, nicht nur in den mangelnden Zufuhren, sondern vor allem auch in der ungleichmäßigen Aufteilung der zugeführten Kohlen ihren Grund hat, geht aus verschiedenen Beschwerden hervor, die uns in den letzten Tagen aus den Kreisen der Kohlenverbraucher zugekommen sind. Die Leute beschwerten sich darüber, daß die Kleinkohlenhändler keine Kohlen ausfolgen können, weil, wie von diesen behauptet wird, die ihnen zugewiesenen Mengen nicht hinreichen, alle die bei ihnen raponierten Kunden zu befriedigen. Die Kleinkohlenhändler selbst weisen darauf hin, daß sie zusehen müssen, wie von den Kohlengroßhändlern vor allem jene wohlhabenden Kreise mit Kohlen beliefert werden, die durch Bestellung großer Fuhren ihren Wintervorrat eindecken, während die Kleinkohlenhändler warten müssen, was für sie übrig bleibt, so daß sie natürlich sehr oft außerstande sind, ihre Kundschaften, die als ärmere Leute ihren Bedarf Kilogrammweise decken, befriedigen zu können. Nachdem die Kleinkohlenhändler in dieser Angelegenheit auch schon beim Magistrat Beschwerde geführt haben, die bisher leider erfolglos blieb, schreibt uns ein Kleinkohlenhändler: „Beachten Sie einmal in diese Schweinewirtschaft hinein, vielleicht wird es besser. Schon durch zehn Wochen werden alle Privatleute von den Großhändlern mit schönen preußischen Steinkohlen versorgt, überall werden die Keller damit angefüllt, nur wir Kohlenhändler bekommen einen so winzig kleinen Teil, daß wir nicht einmal die Hälfte unserer raponierten Kunden befriedigen können, auch wenn wir ihnen anstatt der vorgeschriebenen dreißig Kilogramm nur fünfzehn Kilogramm wöchentlich ausfolgen. Was die Kunden dazu sagen, was sich für Szenen in so einem Kohlegeschäft abspielen, können Sie sich denken. Ich habe mein Geschäft in nächster Nähe vom Sanatorium „Hera“; da sind unter zwei Monaten wenigstens dreißig Waggons Kohlen und Koks abgeladen worden und noch jetzt löst ein Fuhrmann den anderen ab. Muß das sein? Ist denn niemand da in unserem gesegneten Wien, der hier Ordnung macht?“ Es ist natürlich derselbe Vorgang, der sich alljährlich im Herbst wiederholt und bei dem die ärmere Bevölkerung, die auf die Kleinkohlenhändler angewiesen ist, zusehen muß, wie die Keller und Magazine der Reichen die Kohlen fuhrenweise aufnehmen, während der armselige Bedarf für die kleinen Leute nicht gedeckt werden kann. Es wäre natürlich Sache des Magistrats, hier Ordnung zu machen und auf eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Kohlen hinzuwirken, damit nicht auch noch unter dem Kohlenmangel gerade der Arme am meisten leidet. Aber die Herren haben eben andere Sorgen, als sich um die Leiden der Ärmsten zu kümmern.

Kohlentransport durch Schulkinder.

Der Magistrat Berlin hat eine Organisation ins Leben gerufen, um in den Nachmittagsstunden Kranken und Schwachen Personen die Kohlen vom Lager des Kohlenhändlers aus ins Haus zu schaffen. Die Kohlen werden durch Schüler auf städtischen Handwagen befördert. Die Beförderung endet mit dem Abwerfen der Kohlen auf dem Hofe des Bestellers. Da vorläufig nur eine beschränkte Anzahl von Wagen zur Verfügung steht, so darf dieser Schülerhilfsdienst nur in wirklich dringenden Fällen in Anspruch genommen werden. Eine Haftung für einen Fehlbetrag an Kohlen wird vom Magistrat oder der Schule nicht übernommen; es ist Sache der Antragsteller, selbst dafür zu sorgen, daß Kohlen während des Transports nicht abhanden kommen. Daher ist es dringend nötig, daß der Antragsteller oder ein Familienmitglied den Transport begleitet. Wer von der Einrichtung Gebrauch machen will, muß sich zunächst bei dem Kohlenhändler einen Ausweis darüber beschaffen, daß die Kohlen von einem bestimmten Tage ab in den Nachmittagsstunden zur Abholung bereit liegen. In der Protokommission ist das Verzeichnis derjenigen Gemeindschulen einzusehen, welche für den Transport in Betracht kommen. Bei dem Rektor der in der Nähe des Kohlenplatzes gelegenen Gemeindschule ist alsdann der Antrag zu stellen. An Gebühren sind an den Rektor der Gemeindschule, und zwar sofort bei Antragsstellung, 80 Pf. für jeden abzutransportierenden Zentner zu zahlen. Falls Antragsteller dem Rektor nachweisen, daß sie steuerfrei veranlagt sind, ermäßigt sich für sie der Preis auf 65 Pf. für den Zentner. Die Organisation tritt mit dem 28. September in Kraft.

Herabsetzung der Kohlenquote.

Die Wochenmenge für den Küchenbrand.

Wegen des bestehenden Kohlenmangels wird, wie die „Wiener Rathaus-Korrespondenz“ mitteilt, die Wochenmenge für Küchenbrand von der 46. Woche, das ist vom 22. d. angefangen bis auf weiteres, auf 25 Kilogramm Steinkohle oder 30 Kilogramm Braunkohle festgesetzt.

Die Ausgabe von Kohle für Betriebe und Anstalten hat wie bisher nach dem Buchstaben B zu erfolgen.

Die Herabsetzung der Kohlenquote kommt den Verbrauchern, die genötigt sind, ihren Bedarf beim Kleinkohlenhändler zu decken, nicht überraschend, da sie in der letzten Zeit nur ganz selten die volle Kohlenmenge erhielten. Auch aus den Kreisen der Kleinkohlenhändler wird mitgeteilt, daß ihre Belieferung schon seit geraumer Zeit eine völlig unzulängliche ist; da jedoch amtlich die Quote von 30 Kilo Schwarzkohle, beziehungsweise 40 Kilo Braunkohle immer noch zu recht bestand, glaubten sich die Käufer vom Kohlenhändler benachteiligt, dem sie vorwarfen, daß er die ihm zugewiesene Menge nur zum Teil seinen Kunden zuwende, während er mit dem Rest private Geschäfte macht.

Ein Kohlenhändler im 16. Bezirk gibt uns bekannt, daß er bei der letzten Belieferung statt der 132 Meterzentner, die er benötigen würde, nur 39 erhalten hat; er mußte, wollte er vermeiden, daß die Mehrzahl der Kunden ganz leer ausgeht, aus eigenem eine Kürzung der Quote von 30 auf 10 Kilo vornehmen. Anderen Kohlenhändlern ging es nicht besser. Die Kleinkohlenhändler sind daher froh, daß der Kohlenmangel endlich offiziell zugegeben und die Kürzung der Quote von Amts wegen vorgenommen wird. Sollten jedoch die Zuweisungen auch weiterhin so geringfügig bleiben wie in den letzten Wochen, dann werden die Händler — so erklären sie — auch die verringerte Quote nicht in vollem Ausmaß abgeben können.

Gehr schlechte Kohlenaussichten.

Gefürzter Küchenbrand. — Geringe Vorräte in den Gas- und Elektrizitätswerken.

Die Kürzung des Küchenbrandes auf 25 Kilogramm Stein- oder 30 Kilogramm Braunkohle ist mit dem bestehenden Kohlenmangel begründet worden. Mit der Rundmachung ist aber nur die schon seit einiger Zeit und viel früher als im Vorjahre sich dem Höhepunkte nähernde Kohlenkrise zum offenen Ausbruche gelangt.

Wir erfahren über die weitere Gestaltung der Kohlenversorgung: Die gekürzte Wochenmenge für Küchenbrand wird voraussichtlich ein „bleibendes Provisorium“ darstellen. Vom 15. Oktober angefangen ist auch die Ausgabe eines Zimmerbrandes, jedoch nur in gekürztem Ausmaße, zu erwarten. Doch wird angesichts der stetig sinkenden Kohlenzufuhren die Einhaltung dieses Versorgungsplanes, wie man sich nicht verheißt, nur dann möglich sein, wenn die größtmöglichen Anstrengungen gemacht werden, um die entsprechenden Kohlenmengen auch wirklich hereinzubekommen.

Der Stand der Kohlenlager an den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken ist bedenklich gesunken. Während im Vorjahre erst am 20. Oktober im Gaswerke der Höchststand des Kohlenlagers mit 139.000 Tonnen Vorrat erreicht worden war, hat dieser Höchststand heuer nur — 56.000 Tonnen betragen und ist bereits am 15. September erreicht worden. Seitdem geht es wieder abwärts mit den Vorräten, die augenblicklich nur mehr 54.000 Tonnen betragen. In den Städtischen Elektrizitätswerken beträgt der Gesamtvorrat, der voriges Jahr um die gleiche Zeit noch 72.000 Tonnen betrug, nur mehr 45.000 Tonnen. Dabei ist die Beschaffenheit der gelieferten Kohle teilweise e. l. e. n. d. Es wird für unmöglich gehalten, heuer noch an eine Lagerbildung zu schreiten, um so mehr, als der Sommer vorüber ist und die Aufzehrung der Vorräte naturgemäß fortgesetzt fortgeschritten muß.

Es ist daher auch mit neuen energischen Einschränkung- und Sparmaßnahmen in der Beleuchtung Wiens zu rechnen.

Es geht aus diesen Ziffern hervor, daß die Kohlenversorgung heuer bedeutend schlechter steht als im Vorjahre. Wenn nicht das Arbeitsministerium sehr sehr bald Rat schafft, dann stehen wir vor einem schlechten Winter.

24. IX. 1918

93

Herabsetzung der Kohlenquote.

Wir erhalten folgende amtliche Mitteilung: Wegen des bestehenden Kohlenmangels wird die Wochenmenge für Küchenbrand von der 46. Woche, d. i. vom 22. d. angefangen bis auf weiteres auf 25 Kilogramm Steinkohle oder 30 Kilogramm Braunkohle festgesetzt. Die Ausgabe von Kohle für Betriebe und Anstalten hat wie bisher nach dem Buchstaben B zu erfolgen.

Vielfache Störungen in Aussicht.

Das, was allgemein befürchtet und von Sachleuten längst vorausgesehen wurde, ist nun eingetreten: in der ganzen Monarchie beginnt sich allmählich eine immer schärfer auftretende Kohlenknappheit fühlbar zu machen, und schon hört man von Einstellungen ganzer Betriebe, von der Unmöglichkeit, unsere reiche Buderriibenernte so zu verwenden, wie es im Interesse unserer Bevölkerung wie unseres Exports dringend notwendig wäre. Die Warmwadenfabriken haben ihre enormen Aufkäufe unter Dach und sehen keine Möglichkeit, sie zu verarbeiten, in Wien stockt die Versorgung mit Küchenbränden, was eine empfindliche Kalamität für Tausende von Haushaltungen bedeutet — kurz, es scheint, als würden wir einer neuen Kohlenkalamität entgegensehen.

Die Ursachen der Kohlenknappheit.

Ueber die Ursachen der Kohlennot und ihr Ausmaß äußert sich ein erster Wiener Kohlen-großhändler einem Mitarbeiter der „Zeit“ gegenüber in folgender Weise:

Bis zum Sommerbeginn gingen die Kohlenlieferungen nach Wien verhältnismäßig

stark voran; selber verkleinerten sich aber die Zufuhren zusehends und unaufhörlich, so daß man heute schon, wo die Zimmerbrände noch nicht gebrandt werden, von einer empfindlichen Kohlennot für Wien sprechen muß. Wie man weiß, steht der Bevölkerung das Recht zu, für den ganzen Winter im Rahmen der Kohlenarten mit Kohle einzudecken. Wer das bis Ende Juli getan hat, ist gut daran, alle anderen gehen vorläufig leer aus und werden sich ihren Bedarf nur mit Schwierigkeiten sichern können.

Die Ursachen der Kohlennot sind mehrfacher Natur, und greifen ineinander ein, wie die Zähne der Uhräder. Die Ernährungs-schwierigkeiten, mit denen wir bis vor kurzem zu kämpfen hatten, brachten es mit sich, daß naturgemäß die individuelle Leistungsfähigkeit der Grubenarbeiter sich verminderte. Es konnte also nicht genug gefördert werden, und damit war wieder die beschränkte Leistungsfähigkeit der Bahnen, die die Gütertransporte nicht bewältigen konnten, besiegelt. Resultat für heute: Es wird zu wenig gefördert und zu wenig befördert, und das eine ist die Ursache des anderen. Die einfachste Erklärung aller Schwierigkeiten liegt aber in der nüchternen Konstatierung der nackten Tatsache: Wir gehen dem fünften Kriegswinter entgegen.

Ein besonderes Augenmerk sollten jedoch die kompetenten Faktoren der Tatsache zuwenden, daß, wie sich statistisch erweisen läßt, die Förderung in den Gruben mit tschechischer Belegschaft um ein Bedeutendes geringer ist als in den anderen Becken.

Die Bedrängnis der Eisfabriken.

Unmittelbar vor einer völligen Stilllegung ihrer Betriebe stehen, wie bereits von uns berichtet wird, die Vereinigten Eisfabriken der Wiener Proviant- und Speisewarenindustrie, die wegen Materialmangel nicht mehr arbeiten können. Die wachsenden Schwierigkeiten des maschinellen Betriebes, der Mangel an Salz und Kohle veranlassen sie, um die Einstellung der Erzeugung von Kunsteis herbeizuführen, falls nicht in letzter Stunde Hilfe wird. Ein absoluter Eis-mangel wäre für die privaten Haushaltungen zwar un bequem, aber erträglich, für die Kon-servierung von Lebensmitteln im Großen, den Fischhandel, die Fleischversorgung usw. aber recht verhängnisvoll.

Kohlenferien in Sicht!

Ein tschechisches Blatt meldet, daß in Prag die Schulen infolge gänzlichen Kohlen-mangels im Oktober und November werden schließen müssen. Ähnliche Zustände beklagens-wertester Art müßten, wie wir erfahren, auch in Wien eintreten, wenn nicht mit aller Energie die Kohlenversorgung der Schulen betrieben wird. Schon hat der Direktor eines Wiener Gymnasiums eine forcierte Durch-arbeitung des Lehrstoffes angeordnet, weil seine Schule absolut keine Kohle hat und er mit längeren Kohlenferien rechnet, und Erkundi-gungen, die wir an maßgebender Stelle ein-zogen, haben ergeben, daß auch die meisten anderen Wiener Schulen leere Kohlenkeller haben. Abhilfe tut dringend not, denn es geht absolut nicht an, daß die Schulen, die immer mehr zu Heimstätten der Kinder geworden sind, wochen- oder gar monatelang geschlossen bleiben.

Eine Kohlenkonferenz der Industriellen.

Wie dringend die Kohlenfrage gewor-den ist und welche Bedeutung ihr die Wien-Industrie beimißt, geht daraus hervor, daß der Reichsverband der Oesterreichischen Industrie für den kommenden Sonntag, 10 Uhr vormittags, im Industriehaus, Schwarzenbergras Nr. 4, eine Industriellentag einberufen hat, an dessen Tagesordnung als einziger Punkt die Kohlenfrage steht. In den Ein-ladungen wird auf die eminente Wichtigkeit der Beratungsgegenstandes nachdrücklich hingewiesen.

Urge Kalamitäten in Prag.

Aus Prag, 24. d., wird uns telegra-phiert:

Prag steht vor einer Kohlenkatastrophe, die die Kohlenkalamität des Vorjahres bei weitem übertreffen wird. Der Statthalterei ist es nicht gelungen, eine geregelte Zufuhr der Kohle durchzusetzen, und auch die Qualität der Kohle läßt sehr zu wünschen übrig. Aller Wahr-scheinlichkeit nach ist in Kürze eine Schließung der Theater, der Kinos und der übrigen Veranlagungslokale zu erwarten. Da die Statthalterei erklärt hat, daß sie die Elektrizitäts- und Gaswerke nicht beliefern könne und diese sich selbst versorgen müssen, droht auch eine Beleuchtungskalamität. Gestern konnte das Herikale Blatt Teas nicht er-scheinen. Ebenfalls infolge Kohlenmangels stehen bereits einige Drudereien. Auch die Schulen sind mit Kohle nicht versorgt, so daß an allen Schulen der Unterricht im November und Dezember wird ein-gestellt werden müssen.

Zunehmende Kohlennot.

Die Klagen über die von Tag zu Tag sich verschärfende Kohlenknappheit werden immer häufiger und bereits hört man von Betriebseinschränkungen großen Stils in der Industrie und selbst im Lebensmittelgewerbe. So ist es, um nur ein Beispiel zu erwähnen, den Zuckerraffinerien derzeit unmöglich, die außerordentlich reiche Zuckerrübenenernte zu verarbeiten. In ähnlicher Weise klagen die Marmeladefabriken. Wenn es nicht schließlich allen Schwierigkeiten zum Trotz gelingt, wenigstens die für die Lebensmittelversorgung wichtigsten Betriebe hinreichend mit Kohle zu versorgen, dann sind für den Winter und das kommende Frühjahr trotz der verhältnismäßig reichen Ernte unnötige Entbehrungen zu befürchten. Daß es unter solchen Umständen mit dem Hausbrand nicht besser bestellt sein wird, läßt sich leicht denken. Daß heuer im Winter sämtliche Theater und Kinos geschlossen werden, gilt schon jetzt so gut wie sicher. Schlimm ist, daß bereits vom Plan gesprochen wird, in den Schulen den Unterricht in den Monaten November und Dezember gänzlich einzustellen. In Prag will man mit der Schließung der Schulen angeblich sogar schon im Monat Oktober beginnen und auch hier in Wien trifft man bereits die nötigen Vorkehrungen, um den Lehrstoff rascher als gewöhnlich durchzuarbeiten. Das mag zur Not Ersatz für den normalen Unterricht bieten, erledigt aber nicht die Frage, wo denn die Kinder Schutz vor der Winterkälte finden sollen, wenn selbst die Schulen gesperrt bleiben. Theater, Kinos und die übrigen Versammlungsstätten mag man äußerstenfalls schließen, nicht aber die Schulen, die jetzt im Kriege mehr und mehr zu Wärmeanstalten und Heimstätten der Kinder geworden sind!

Die Kohlenfrage im Winter.

Eine Unterredung mit dem Arbeitsminister

Emil Ritter v. Homann.

Die Kohlenversorgung für den Winter bildet eine der vielen Tages Sorgen. Unter der Bevölkerung wird die Frage laut, welche Ausichten auf die Verteilung mit Haushaltungskohle bestehen, ob die städtischen Beleuchtungs- und Verkehrszentren, die Gasanstalt und das Elektrizitätswerk, die nötigen Mengen Brennstoff zur Verfügung haben werden. Wir haben uns deswegen an den Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann mit der Bitte um Auskunft über diese aktuellen Fragen gewendet. Sr. Erzellenz hatte die Freundlichkeit, sich wie folgt zu äußern:

„Was die gegenwärtigen Schwierigkeiten anbelangt, welche auf dem Gebiete der Kohlenversorgung eingetreten sind, so haben diese darin ihre Ursache, daß, wie der Öffentlichkeit bereits bekannt ist, infolge verschiedener Umstände die Kohlenproduktion gegenüber dem verfloffenen Jahre eine sehr beträchtliche Abnahme erfahren hat, welche bis Ende August dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre 17.700.000 Meterzentner Kohle beträgt. Die Schwierigkeiten haben sich dadurch gesteigert, daß ich bemüht war, zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung während der letzten Monate die Drußkohle in einer Menge von 263.000 Tonnen für Oesterreich, ferner 109.000 Tonnen für den gleichen Zweck nach Ungarn zu liefern. Ich werde weiterhin bemüht sein, die Dampferkohlens Kohle, und zwar in einer Menge von 294.000 Tonnen und insbesondere die zur Verarbeitung der Zuckerrübe notwendigen Kohlen mit 685.000 Tonnen sicherzustellen.“

Wie ich bereits gelegentlich der Verhandlungen Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses über die Funktion des Abgeordneten Mastalka dargelegt habe, ist die Sicherstellung aller dieser Erfordernisse mit einer empfindlichen Kürzung anderer Verbrauchsgruppen, vor allem der Industrien, soweit diese überhaupt in ihrem Kohlenbezuge herabgesetzt werden dürfen, dann auch des Kontingentes an Hausbrandkohle verbunden. Es muß eben von jedermann eingesehen werden, daß, wenn an den Kohlendienst Mehrerfordernisse rücksichtlich des Kohlenbezuges herantreten, andere Konsumenten es eben hinnehmen müssen, daß sie während der Zeit der Aufbringung der für derartige dringende Erfordernisse unbedingt notwendigen Kohlen sich in ihrem Bezuge einschränken müssen.

Weitere Erschwernisse sind durch die Eisenbahnverhältnisse bedingt. Es darf eben nicht außeracht gelassen werden, daß wir im fünften Kriegsjahr stehen und daß infolge der langen Dauer des Krieges derartige Transportschwierigkeiten bestehen, daß die vom Ministerium für öffentliche Arbeiten an einzelne Konsumentengruppen zugewiesenen Kohlen infolge von Stauungen auf den Eisenbahnlinien ihr Ziel sehr häufig nicht erreichen.“

Auf die Frage unseres Mitarbeiters, wie es mit der Kohlenversorgung Wiens bestellt ist, sagte Minister v. Homann:

„Insbesondere, was die Versorgung Wiens mit Kohlen betrifft, sind bei einer am 24. d. Mts. unter meinem Vorsitze abgehaltenen Beratung alle Maßnahmen eingehend erörtert worden, um einerseits die für die Bevölkerung Wiens und andererseits die zur Sicherstellung der Betriebe des Gaswerkes und des Elektrizitätswerkes notwendigen Kohlenmengen bereitzuhalten. Die Kohle ist für diese Zwecke zugewiesen. Da die Vorräte sowohl des Gas- und Elektrizitätswerkes, wie auch der auf den Nordbahntrassen befindlichen Sperr-Kohlen-Vorräte geringer sind, als die im gleichen Zeitpunkte des verfloffenen Jahres, wird besondere Vorsorge getroffen werden müssen, daß der kurrente Zuschub der Kohle keine Störung erfahre. Die noch vor Einbruch des Winters zur Verfügung stehende Zeit wird vornehmlich damit ausgenützt werden müssen, um die für Wien bestimmten Kohlen hereinzubringen.“

Zum Schluß sagte Erzellenz v. Homann:

„Jedenfalls ist mein ganzes Bestreben darauf gerichtet, um der Bevölkerung nicht noch größere Opfer aufzuerlegen und demnach dahin zu wirken, daß die Kohlenzuschüsse in solchen Mengen erfolgen, daß die Kohlenarten honoriert werden können. Ich setze dabei selbstverständlich voraus, daß den vorgesehenen Zuschüssen nicht etwa Hemmungen in Form von Transportschwierigkeiten entgegenstehen werden.“

b. r. 1

27./IX. 1918

*** (Die Kohlennot.)** Wie im vorigen Jahre bildet auch heuer die herrschende Kohlennot eine schwere wirtschaftliche Sorge, und mit begrifflicher Besorgnis denkt man an einen neuerlichen Winter mit ungenügendem Küchen- und Zimmerbrand. Schon jetzt, wo natürlich noch lange nicht die erhöhten Winterbedürfnisse an Kohle verzeichnet werden müssen, macht sich ein empfindlicher Mangel an Brennmaterial geltend. Wer von dem Rechte, sich nach Maßgabe der Kohlenarten Vorrat für die ganze kalte Jahreszeit einzulegen, noch nicht Gebrauch gemacht hat, wird sich die ihm zustehende Menge nur mit Schwierigkeit sichern können. Als Ursachen der Kohlennot müssen in erster Linie, wie uns ein Fachmann mitteilt, die schlechten Ernährungsverhältnisse, die sich vornehmlich in den böhmischen Braunkohlenrevieren geltend machen, bezeichnet werden. Die Kohlenförderung ist durch das Sinken der Leistungsfähigkeit der Arbeiter absolut ungenügend geworden. Auch der Abtransport der geförderten Kohle stößt auf harte Schwierigkeiten, weil die Bahnen im gegenwärtigen Zeitpunkt außer Stande sind, den an sie gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Die Kohlennot trägt auch mit Schuld an der Lahmlegung eines wichtigen Betriebes: der Eisfabrikation, die ja für die Konservierung von Lebensmitteln im großen sowie für die Fisch- und Fleischversorgung von absoluter Notwendigkeit ist. An der Katastrophe, vor der speziell die Vereinigten Eisfabriken der Wiener Approvisionierungsgewerbe stehen, die nur mehr sehr langsam und — was bei Eislieferungen überaus wichtig ist — nicht rechtzeitig ihre Bestellungen ausführen können, tragen, wie man uns mitteilt, noch andre Faktoren schuld als die Kohlennot; so der empfindlich fühlbare Arbeitermangel und das Verschwinden der Vorräte an Ammoniak, Gummi für Abdichtungen u. Wie tschechische Blätter melden, werden in Prag, wo sich die Kohlennot ebenfalls sehr fühlbar macht, im Oktober und November die Schulen geschlossen werden müssen. Auch bei uns soll die Versorgung der Schulgebäude mit Kohle eine so mangelhafte sein, daß mit Kohlenferien gerechnet werden müßte, wenn der Kohlenbedarf der Lehranstalten nicht rechtzeitig gedeckt wird. Es ist zu hoffen, daß man sich dieser Frage mit allem Nachdruck zuwenden wird, um einer Maßnahme zu entgehen, die dem Interesse der Jugendfürsorge zuwider läuft.

Die Kohlenversorgung Wiens.

Amlich wird mitgeteilt: Die Frage der Versorgung Wiens mit Kohlen bildet den Gegenstand einer am 23. und 24. d. im Ministerium für öffentliche Arbeiten unter dem Vorsitz des Ministers für öffentliche Arbeiten Ritter v. Komann abgehaltenen Beratung, bei welcher die beteiligten Zentralstellen, die niederösterreichische Statthalterei, die Nordbahndirektion, der Wiener Magistrat und die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke vertreten waren. Die Beratung war einberufen worden, um jene Maßnahmen zu besprechen, die angesichts der unbefriedigenden Kohlenlage und der im Herbst zu besorgenden Transport-schwierigkeiten die Versorgung der Wiener Bevölkerung sowie der Wiener Gas- und Elektrizitätswerke mindestens mit den unbedingt notwendigen Braunkohlemengen zu sichern geeignet wären. Die Erörterung aller einschlägigen Fragen ergab, daß die Kohlenmengen, die von den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken als unumgänglich notwendig bezeichnet werden, um den Betrieb ohne empfindliche Einschränkung dauernd aufrecht zu erhalten, dank den von Ministerium für öffentliche Arbeiten durchgeführten Maßnahmen selbst bei Anhalten der gegenwärtigen vermehrten Kohlenproduktion zur Deckung gelangen. Die von den Bahnenverwaltungungen zugewiesene bevorzugte Beistellung von Wagen für die Gaswerke, die bevorzugte Führung der für die Gas- und Elektrizitätswerke bestimmten Kohlen in geschlossenen Zügen, die Freihaltung der für Wien bestimmten Kohlensendungen von allfälligen Beschlagnahmen lassen erhoffen, daß sowohl die Gas- als auch die Elektrizitätswerke trotz aller Schwierigkeiten ihren Betrieb ohne Unterbrechung werden fortführen können. In Bezug auf die Hausbrandkohlen wurde die ungenügende Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohlen, insbesondere in den Außenbezirken, erörtert und als deren Hauptursache die unzureichende Kohlenabfuhr aus dem nordwestböhmischem Braunkohlenrevier festgestellt. Einmütig wurde anerkannt, daß die in den Sommermonaten durchgeführte Bevorrätigung, wenn sie auch hinter der des vorigen Jahres zurückstand, eine wesentliche Voraussetzung für eine halbwegs befriedigende Hausbrandversorgung in der kommenden Winterzeit bedeutet; trotzdem konnte auf die von einzelnen Seiten

gewünschte weitere Ausgabe von Kohleneinlagerungsscheinen nach Ablauf der für die Bevorrätigung festgesetzten Frist (12. Oktober) nicht eingegangen werden, weil im Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsschichten die kontinuierlichen Wochen zur Auffüllung der allgemeinen Vorräte benötigt werden müssen. Zur Versorgung der noch nicht bevorrätigten Anstalten und Unternehmungen sollen vorwiegend die in erheblicherem Maße vorhandenen Kohlemengen verwendet werden. Für die Hausbrandversorgung der Bevölkerung kommen, da die inländischen Steinkohlen zur Gänze für andere wichtige Zwecke benötigt werden, nur ausländische Steinkohlen und inländische Braunkohlen in Betracht. Durch eine bevorzugte Beschaffung der Braunkohlen soll eine möglichst gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden. Die tagelose Versorgung wird allerdings nur dann gewährleistet sein, wenn nicht die gesteigerten Ansprüche des Herbstverkehrs an die Eisenbahnen der Abgabe der Kohle Hemmnungen bereiten, wie denn überhaupt die zur Sicherung der Kohlenversorgung Wiens eingeleiteten Maßnahmen nur bei einer befriedigenden Gestaltung der Verkehrsverhältnisse völlig werden zur Wirkung kommen können.

Die gefährdete Kohlenversorgung.

Sonntag, den 29. d., findet ein Industriellentag statt, der sich mit der augenblicklich brennendsten Frage unseres Wirtschaftslebens, mit der Kohlenversorgung befassen wird. Noch sind es keine zwei Monate, daß der Arbeitsminister über die Lage in den böhmischen Kohlenrevieren, über unmittelbar bevorstehende Maßnahmen zur Hebung der Kohlenversorgung und ferner über den neuen Kohlenversorgungsplan gesprochen und auch eine Besserung in der Kohlenversorgung in sichere Aussicht gestellt hat und jetzt muß bereits von neuem wieder über die gleiche Angelegenheit beraten werden.

Die österreichische Kohlenzeugung stellte sich in Friedenszeiten auf durchschnittlich 42 Millionen Tonnen. Dazu kam dann auch ein Einfuhrüberschuß von zirka 4 Millionen Tonnen, so daß sich ein Gesamtquantum von 46 Millionen Tonnen ergab, d. i. eine Menge, mit der das Auslangen gefunden werden konnte. Heute kann dagegen nur mehr mit einer Eigenerzeugung von 32 bis 34 Millionen Tonnen gerechnet werden, wozu noch das bekanntlich sehr stark eingeschränkte Einfuhrkontingent aus Preußisch-Schlesien hinzukommt. Der unmittelbar in die Augen springende Ausfall stellt sich auf zirka 12 Mill. T. Das bedeutet nun einen Abgang, der schon in Friedenszeiten die schwerwiegendsten Folgen für das Wirtschaftsleben hätte nach sich ziehen müssen. Jetzt im Kriege stellt er uns aber vor die Gefahr einer schweren Krisis, denn man darf nicht übersehen, daß unser Kohlenbedarf heute infolge des riesigen Anwachsens der Kriegsindustrie und infolge des um rund 50% höheren Verbrauches der Bahnen ein weitaus größerer ist, als in Friedenszeiten. Dieser Mehrverbrauch läßt sich auch durch eine noch so weitgehende Einschränkung des für den Hausbrand bestimmten Kontingents nicht aufwiegen und schließlich gibt es eben auch bei der Stormierung dieses Kontingents eine Mindestgrenze, über die man unter keinen Umständen hinausgehen darf. Der Bedarf der Rüstungsindustrie muß aber unter allen Umständen gedeckt werden, wenn wir uns militärisch behaupten wollen. Zur Einschränkung und gänzlichen Einstellung von kriegswichtigen Betrieben ist es zwar auch im Vorjahre gekommen; doch mit dem, was heuer droht, läßt sich da gar kein Vergleich ziehen. Noch hat der Winter mit seinem stark verstärkten Bedarf nicht eingesetzt und doch stehen schon jetzt alle Lager leer. Ja, nicht bloß das. Eine Reihe von Fabriken arbeitet bereits jetzt mit halber Belegschaft und wenn nicht im letzten Augenblick noch eine Besserung eintritt, von der man freilich nicht weiß, woher sie kommen soll, so werden in absehbarer Zeit zwei Drittel aller Fabriken in Oesterreich ihren Betrieb einfach zusperrern müssen. Dies wäre natürlich gleichbedeutend mit einer Krisis, die unser ganzes Wirtschaftsleben bis in alle Fugen hinein erschüttern müßte, gar nicht zu reden von der Massenentlassung der Arbeiter und den damit im Zusammenhang stehenden innerpolitischen Folgen. Unter solchen Umständen ist es klar, daß die Regierung ihrerseits nichts unversucht läßt, um die drohende Gefahr zu bannen. Sie steht dabei zwar vor keiner neuen Aufgabe, denn schon gleich im ersten Kriegswinter stellten sich in der Kohlenversorgung allerlei Hemmnisse ein, die sich jedoch verhältnismäßig leicht beseitigen lassen konnten. Damals waren es zum Teil die überstärzten militärischen Einziehungen von gelehrten

Bergarbeitern, zum Teil auch Transportschwierigkeiten, die einer regelmäßigen Kohleneinfuhr im Wege standen. Heute liegen dagegen die Ursachen der Kohlennot viel tiefer. Die unbefriedigenden Ernährungsverhältnisse haben die physische Kraft der Bergarbeiter ganz bedeutend herabgemindert und die Folge davon ist wieder eine verminderte Arbeitsleistung und ein stetes Sinken der Produktionsziffern. Freilich, wenn man bedenkt, daß die Grubenarbeiter hinsichtlich der ihnen zugewiesenen Nahrungsmittel besser daran sind als die Arbeiter jedes anderen Industriezweiges, daß die Grubenunternehmungen ferner alles tun, um ihre Leute mit Extrazulagen zu beteilen, so drängt sich doch auch die Frage auf, ob nicht etwa bloß die physische Kraft des Arbeiters, sondern auch seine Arbeitswilligkeit im Krieg eine geringere geworden ist. Denn wie käme es sonst, daß die Arbeitsleistung des deutschen Kohlenarbeiters nur um 5%, jene des tschechischen dagegen um volle 30% zurückgegangen ist. Das ist um so auffällender, als die rückläufige Bewegung in der österreichischen Kohlenförderung trotz der mittlerweile etwas gebesserten Ernährungsverhältnisse nicht zum Stillstand kommen will und weiterhin im Kladnoer Revier innerhalb eines Monats um 50% weniger Kohle als in Friedenszeiten gefördert wurde. Die nationale Verheerungsarbeit beginnt jetzt anscheinend auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete ihre Folgen zu zeitigen.

Die Kohlenversorgung Wiens.

Der Wiener Gas- und Elektrizitätsbetrieb gesichert. — Keine weitere Ausgabe von Kohleneinlagerungsscheinen.

Amlich wird gemeldet: Die Frage der Versorgung Wiens mit Kohle bildete den Gegenstand einer am 23. und 24. d. im Ministerium für öffentliche Arbeiten unter dem Vorsitz des Ministers für öffentliche Arbeiten Ritter v. Soman abgehaltenen Beratung, bei welcher die beteiligten Zentralstellen, die niederösterreichische Stotthaltere, die Nordbayndirektion, der Wiener Magistrat und die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke vertreten waren. Die Beratung war einberufen worden, um jene Maßnahmen zu besprechen, welche angesichts der unbefriedigenden Kohlenlage und der im Herbst zu befürchtenden Transportschwierigkeiten die Versorgung der Wiener Bevölkerung sowie der Wiener Gas- und Elektrizitätswerke zum mindesten mit den unbedingt notwendigen Brennstoffmengen zu sichern geeignet wären.

Die eingehende Erörterung aller einschlägigen Fragen ergab, daß die Kohlenmengen, welche von den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken als unumgänglich notwendig bezeichnet werden, um den Betrieb ohne empfindliche Einschränkung dauernd aufrechtzuerhalten, dank den vom Ministerium für öffentliche Arbeiten durchgeführten Maßnahmen selbst beim Anhalten der gegenwärtigen verminderten Kohlenproduktion zur Verfügung stehen. Die seitens der Bahnverwaltungen zugelegte bevorzugte Beistellung von Wagon für die Gaswerke, die bevorzugte Führung der für die Gas- und Elektrizitätswerke bestimmten Kohle in ge-

schlossenen Bügen, die Freihaltung der für Wien bestimmten Kohlensendungen von allfälligen Beschlagnahmen lassen erhoffen, daß sowohl die Gas- als auch die Elektrizitätswerke trotz aller Schwierigkeiten ihren Betrieb ohne Unterbrechung werden fortführen können.

Anbelangend die Hausbrandkohle wurde die ungenügende Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohle, insbesondere in den Außenbezirken, erörtert und als deren Hauptursache die unzureichende Kohlenabfuhr aus dem nordwestböhmischen Braunkohlenrevier festgestellt.

Einmütig anerkannt wurde, daß die in den Sommermonaten durchgeführte Bevorrätigung, wenn sie auch hinter der des Vorjahres zurückstand, eine wesentliche Voraussetzung für eine halbwegs befriedigende Hausbrandversorgung in der kommenden Winterszeit bedeutet; trotzdem konnte auf die von einzelnen Seiten gewünschte weitere Ausgabe von Kohleneinlagerungsscheinen nach Ablauf der für die Bevorrätigung festgesetzten Frist (12. Oktober) nicht eingegangen werden, weil im Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsschichten die kommenden Wochen zur Auffüllung der allgemeinen Vorräte benutzt werden müssen.

Zur Versorgung der noch nicht bevorrätigten Anstalten und Unternehmungen sollen vorwiegend die in erheblichem Maße vorhandenen Holzmassen verwendet werden. Für die Hausbrandversorgung der Bevölkerung kommt, da die inländische Steinkohle zur Gänze für andere wichtige Zwecke benötigt wird, nur ausländische Steinkohle und inländische Braunkohle in Betracht. Durch eine bevorzugte Beförderung der letzteren soll eine möglichst gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden. Die taglose Versorgung wird allerdings nur dann gewährleistet sein, wenn nicht die gesteigerten Ansprüche des Herbstverkehrs an die Eisenbahnen der Abgabe der Kohle Hemmungen bereiten, wie denn überhaupt die zur Sicherung der Kohlenversorgung Wiens eingeleiteten Maßnahmen nur bei einer befriedigenden Gestaltung der Verkehrsverhältnisse völlig werden zur Wirkung kommen können.

Die Kohlennot eine gemachte Sache. Die Kohlennot wird trotz aller Versicherungen der Regierung immer drückender. Sie ist das Ergebnis einer langen Kette falscher Maßnahmen und ewiger Paterei mit widersprüchlichen Elementen. Die Militarisierung der Betriebe in ihrer bisherigen Form ist der reinste Hohn und vollkommen zwecklos. Wir haben überall das System der weichen Beschwichtigung, wo unerbittliche Strenge Notwendigkeit und Wohltat wäre. Wie ist es denn überhaupt möglich, daß Bergarbeiter heute streiken? Haben zwanzig einmal Hunger, dann fährt gleich die ganze Belegschaft nicht an und schert sich den Teufel um das Militär. Und jeder, auch der bestgenährte Selbstversorger, entschuldigt seine Mißerleistung mit Hunger und Mangelernährung. Einige Decker sind im-

stande, die ganze Belegschaft zu vergewaltigen. Daß die Sozialdemokratie hier auch ihre Rolle spielt, ist klar, und die Regierung betrachtet die sozialdemokratischen Parteigänger noch immer als die berufenen Vertreter der Bergarbeiterschaft. Diese Parteileute sollten jedesmal vor die Türe gesetzt werden, wenn sie sich als Vertreter der Arbeiterschaft aufspielen wollen. Das nützt mehr als verschiedene andere teure Maßnahmen. Aber unsere leitenden Stellen kränken hoffnungslos an Geistesfurcht und politischer Farbenblindheit. Uns ist scheinbar nicht zu helfen, denn die Träger und Stützen jenes Systems, das uns zugrunde richten soll und muß, stehen fest verankert da und jeder neue Minister ist nur eine neue Auflage des alten verderbbringenden Gebarens. Wenig mehr als hunderttausend Bergarbeiter, von Hintermännern geschickt geleitet, sollen die Macht haben, das ganze Wirtschaftsleben und damit den glücklichen Ausgang des Krieges zu gefährden. Für die Kohlennot gibt es gar keine Entschuldigung. Es ist Kohle genug da, es sind Arbeiter genug da, es ist auch Material genug da und sind Lebensmittel genug da. Aber damit daß man Soldaten auf die Bergbaue schiebt und Kohlenversorgungsinpektorate errichtet und Hunderte neuer Beamter ins Ministerium zieht, macht man noch lange keine Kohle. Alle gegenseitigen Behauptungen sind eitel Wahn; für das Notwendige gibt es immer Mittel! Und wer ein Gebäude bauen will, wird unter allen Umständen vorerst Werkzeuge und Arbeiter aufreiben, um das Fundament zu graben. Der heutige Rückgang in der Kohlenförderung läßt sich durch die Lebensmittelknappheit allein nicht erklären, da liegt Plan darin. Aber freilich, mit Hätscheln läßt sich da nichts machen. Erst dann, wenn einmal allerhöchste Strafen einsetzen, selbst auf die Gefahr hin, daß einmal ein Unschuldiger getroffen wird, wird es besser werden. Aber du lieber Himmel, bis dahin ist es noch weit, das Pateln mit der Sozialdemokratie geht weiter und nimmt immer gefährlichere Formen an. Auch die guten Elemente unter der Arbeiterschaft sind heute verdorben.

Gehr ernste Wiener Kohlenjorgen.

Die städtischen Kohlenvorräte sinken noch weiter. — Unklare Aussichten der Neueinteilung. — Angeblich keine privaten Ueberschüsse.

Die Lage jenes überwiegenden Teiles der Wiener Bevölkerung, der sich keine Kohlenvorräte anschaffen konnte, drängt zu den raschesten Entschlüssen. Wenn nicht schnell Hilfe kommt, so steht Wien vor der ernstesten Kohlennot, die seit Kriegsausbruch zu verzeichnen war.

Die Kohlenvorräte im städtischen Gaswerk, ebenso wie die des Elektrizitätswerkes und der städtischen Kohlenplätze sinken stetig. Sie betragen im Gaswerk nur noch 54.000 Tonnen, im Elektrizitätswerk 44.000 und auf den städtischen Kohlenplätzen 9500 Tonnen.

Die Versorgung der minder- und mindestbemittelten Bevölkerung, rund 75.000 Rayonierete, durch die städtischen Verkaufsplätze würde bei einem Bedarfe von nur 100 Waggons Braunkohle täglich, falls nicht genügende neue Zusätze eintreffen, nur für neun Tage gedeckt sein. Wie es aber mit den Zusätzen aussieht, beweisen die sinkenden Vorräte. Mit den größten Schwierigkeiten und nur auf Umwegen ist es möglich, Kriegsgefangene zur Arbeitsaufnahme beigelegt zu erhalten.

Die neuen Kohlenkarten werden wohl ausgegeben werden, aber ihre Einlösung macht schwere Sorgen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nur sehr geringe Zimmerbrandmengen zur Abgabe kommen. In diesem Falle soll aber wenigstens der volle Küchenbrand mit 30 Kilogramm wieder ausgegeben werden.

Die Kohleneinlagerungen der Haushalte und Unternehmungen Wiens sollen heute angeblich nur ein Sechstel der vorjährigen Ziffer betragen. Das sind jedoch nur die überwachten und vorgemerkten. Durch Schleichhandel ist ein großer Kohlenvorrat in private Hände gelangt und der Umfang der geheimen Einlagerungen ist sicher eine viel größere als angenommen wird.

Im Vorjahre haben 113.000 Haushalte Vorräte einbekannt. In einem Hause im Rathhausviertel bezog ein einziger Haushalt auf einmal zwei Waggons Kohle. Die Polizei schritt ein und bestrafte die Inhaber. Die Kohle blieb ihm aber überlassen, obwohl die Vormerkung erfolgte.

Die Frage des Nachschauhaltens und der Abnahme überschüssiger Kohlenvorräte begegnet großen „technischen“ Schwierigkeiten. 500.000 Haushalte er-

fordern bei nur je viertelstündiger Nachschau 125.000 Stunden der Durchsuchung. Hierzu ist das nötige Personal nicht vorhanden, ebensowenig das Fuhrwerk zur Abfuhr. Auch glaubt man behördlicherseits an kein nennenswertes Ergebnis.

Man wird sich doch entschließen müssen, den Vorschlag auszuführen, den wir vor Jahresfrist in ähnlicher, wenn auch lange noch nicht so verzweifelter Lage gemacht haben. Er zielt auf die einzig mögliche vollständige Erfassung der privaten Vorräte ab. Wir schlagen vor, die Hausbesitzer oder Hausverwalter und Hausbesorger, diese aber unter Mitwirkung des Hausbesitzers, mögen verpflichtet sein, an einem bestimmten Stichtage die Vorräte sämtlicher im Hause wohnender Personen bei der Behörde anzugeben. Kohlen, sagten wir damals, sind keine Waren, die man verstecken kann. Der Hausbesorger und durch ihn der Hausbesitzer müssen wissen, wieviel jeder einzelne im Keller liegen hat und so könnte man mit einem Salage fast lückenlos feststellen, wie groß die Vorräte und wie sie verteilt sind. Selbstverständlich müßte die Pflicht des Hausbesorgers auch in den Häusern gelten, die von hohen und reichen Leuten alleinbewohnt sind. Dort sogar — aus naheliegenden Gründen — ganz besonders.

Es wäre auch heuer noch nicht zu spät und man sollte einen so zweckmäßigen Vorschlag nicht nur deshalb unbeachtet lassen, weil er keinem Verwaltungsjuristen, sondern einem ganz schlichten, aber einigermaßen lebenserfahrenen Zeitungsblatt eingefallen ist.

5./X 1918

107

Die Kohlennot. Warum wir keine Kohle haben. Wir entnehmen dem „Arbeitgeber“: Die Buschtiehrader Bahn hat in Falkenau auf ihrem neuen Braunkohlenbeleg einen Tagbau mit modernen Maschinen eingerichtet, der täglich 100 Waggons Kohle zu liefern in der Lage ist. Die Bahn und der Aussiger Chemische Verein erhalten täglich 40 Waggons, so daß 60 Waggons für andere Zwecke zur Verfügung stehen. Das Bergwerk fragt beim Arbeitsministerium an, was mit den 60 Waggons zu geschehen hat. Keine Antwort. Daraufhin erklärt das Bergwerk, es werde die Kohle, die die Halben ungenützt bedeckt, freihändig verkaufen. Sofort ist eine Drahtung da: Freihändiger Verkauf verboten. Was tun? Das Arbeitsministerium hat keine Verwendung für die Kohle, aber an eine der tausend Hände, die sich nach der Kohle reden, darf sie nicht verkauft werden. Das Bergwerk entschließt sich, von da ob nur mehr 40 Waggons täglich zu fördern. Und so gehen dem Bedarf Tag für Tag 60 Waggons Kohle verloren, nur weil man sofort bei der Hand ist, wenn es sich um das Verbot handeln, die Sache aber ruhig zu den Akten legt, wenn es gilt, eine Disposition zu treffen. — Beruht diese Mitteilung auf Tatsachen, dann ist wieder ein Beweis erbracht, daß die Ursache der Kohlennot weniger auf unvermeidliche Schwierigkeiten, als auf bureaukratische — Ungeschicklichkeit zurückzuführen ist. Daß die Kohlenförderung in Oesterreich gesteigert werden kann, daß über die geförderte Kohle rationeller disponiert werden kann, als es bisher der Fall ist, steht wohl außer Zweifel. Es wird sich also darum handeln, einerseits alles nur Menschenmögliche vorzunehmen, die Erzeugung zu steigern, andererseits das Disponieren über die Kohle nur solchen Männern anzuvertrauen, die dieser schwierigen Aufgabe auch gewachsen sind. Insbesondere wird jeder überflüssige Transport — sei es von Kohle, sei es von anderem Gut — energisch abzustellen sein.

Kohlenmangel und Gasverbrauch.

Größte Beschränkung in der Gasheizung notwendig.

Das für die jetzige Jahreszeit außerordentlich kalte Wetter, das seit den letzten Tagen herrscht, hat bekanntlich dazu geführt, daß die Statthalterei die allgemeine Beheizung der Geschäfts-, Betriebsräume und der Privatwohnungen schon ab heute Sonntag bewilligte, während nach den bisherigen Bestimmungen vor dem 13. Oktober nicht geheizt werden durfte.

Hierdurch sind aber, wie jetzt bekannt wird, die technischen Berechnungen und der Betriebsplan der städtischen Gaswerke, die mit Rücksicht auf den Kohlenmangel äußerst rationell und sehr reduziert zu arbeiten gezwungen sind, in Mitleidenhaft gezogen worden. So erfordern unter anderem die Gaserzeugungsöfen ein mehrere Wochen andauerndes Anheizen. Durch die vorzeitige Aufhebung des Heizverbotes wird nun ein Mehrverbrauch an Gas bewirkt, der in den Berechnungen der städtischen Gaswerke nicht vorgesehen war und auf andere Weise wieder einbracht werden muß, andernfalls es, wie wir erfahren, zu äußerst unliebsamen Störungen in der Wiener Gasversorgung kommen könnte.

Eine Warnung aus dem Rathause.

Die Rathauskorrespondenz schreibt hierzu: „Falls durch die von der Statthalterei plötzlich verfügte Aufhebung des allgemeinen Heizverbotes ein stärkeres Anwachsen des Gasverbrauches eintreten würde, könnte in den nächsten Tagen dem Bedarf nicht entsprochen werden. Es müßte eine allgemeine Sperrung der Gasabgabe durch einige Stunden des Tages eintreten. Diese einschneidende, alle Gasverbraucher betreffende Maßnahme kann nur dann vermieden werden, wenn die Gasheizungen in der nächsten Woche nur in den allerdringendsten Fällen und auch dann nur mit der größten Beschränkung benützt werden.“

Mitteilungen von sachmännischer Seite.

Einer unserer Mitarbeiter sprach nun mit einem leitenden Funktionär des Wiener städtischen Gaswerkes über die in den heurigen Herbst- und Wintermonaten geltenden Gasverbrauchsbeschränkungen. Der Sachmann gab uns folgende bemerkenswerte Aufschlüsse:

Die bedrohliche Situation am Kohlenmarkt macht es notwendig, die Sparvorschriften im Kohlenverbrauch und im Gaskonsum heuer noch strenger zu handhaben, als dies voriges Jahr der Fall war, schon deshalb, weil nur durch äußerste Beschränkung eine Störung in der Gasbelieferung hintangehalten werden kann.

Was nun die einzelnen Beschränkungsverordnungen anlangt, muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß die Verwendung von Gas zur Beheizung von Wohnungen auch nach dem 6. Oktober verboten bleibt, wenn für die zur Beheizung zulässige Zahl von Wohnräumen Heizanlagen für andere Brennstoffe vorhanden sind; das gleiche gilt für den Fall, wenn derartige andere Heizanlagen bei Wohnungen mit zwei Wohnräumen in einem Raum, bei Wohnungen mit drei Räumen in zwei Räumen bestehen. Besteht beispielsweise in einer Wohnung mit drei Räumen nur ein Ofen für feste Brennstoffe, so darf höchstens noch ein Gasofen benützt werden.

Die Verwendung von Gas zur Beheizung von Arbeitsräumen jeder Art ist in allen jenen Fällen untersagt, in denen in diesen Räumen noch andere Heizeinrichtungen bestehen oder wenn diese Lokale durch in den benachbarten Räumlichkeiten befindliche Heizeinrichtungen anderer Art als Gas, wenn auch nur im beschränkten Maße, mitbeheizt werden können.

In Privathaushaltungen, in denen mehr als zwei Gasöfen vorhanden sind, darf nach den derzeit geltenden Bestimmungen nur ein Ofen, in Haushaltungen mit drei oder mehr Gasheizkörpern dürfen höchstens zwei Gasöfen benützt werden.

In Kanzleien, Werkstätten, Magazinen und Geschäften darf von den bestehenden Gasöfen höchstens die halbe Anzahl der vorhandenen Öfen benützt werden.

Das Ausmaß des Gasverbrauches.

Der zulässige tägliche Gasverbrauch eines jeden zur Benützung freigegebenen Gasheizofens darf im Sinne der Statthaltereiverordnung jenen Verbrauch nicht übersteigen, der einem dreistündigen Vollbrand des betreffenden Gasofens entspricht. Die Benützung von Gas für Warmwasseranlagen einzelner bleibt auch heuer für jeden Angehörigen des Haushaltes auf einen Gasverbrauch von wöchentlich 15 Kubikmeter beschränkt; für Koch- und Bügelzwecke werden pro Kopf und Tag 500 Liter Gas bewilligt.

Nach diesen Mitteilungen bleiben also die den Gasverbrauch einschränkende Bestimmungen auch heuer bis auf weiteres in Geltung. Es muß aber betont werden: bis auf weiteres, denn es ist, wie man uns von anderer informierter Seite mitteilt, und wie ja auch in der offiziellen Mitteilung aus dem Rathaus angedeutet wird, gar nicht ausgeschlossen, daß der heuer besonders arge Kohlenmangel in absehbarer Zeit noch eine weitere Einschränkung des Gasverbrauches notwendig machen wird.

Warum die Kohle immer teurer wird.

Wieder ein Beispiel für die Verderblichkeit des Buchers mit den Bodenschätzen, die für alle geschaffen, aber wenigen zur Ausbeutung überlassen sind, so daß die Ausbeutung des Bodens zugleich Ausbeutung des Volkes wird. Heute wird gemeldet, daß die Staats-eisenbahngesellschaft das Brandeis-Mladnoer Kohlenwerk verpachtet hat. Nach den mitgeteilten Bedingungen erhält die Gesellschaft während der ersten fünfzehn Jahre der Pachtdauer jährlich je zwei Millionen, die folgenden fünf Jahre einen nach und nach auf 740.000 Kronen herabgehenden Pachtzins. Den Pächtern ist sodann ein Vorkaufsrecht auf das Kohlenwerk zum Kaufpreise von 48 Millionen Kronen eingeräumt. Dieses Geschäft wird als sehr vorteilhaft für die Aktionäre bezeichnet. Das glauben wir gerne. Kann es etwas vorteilhafteres geben, als jährlich zwei Millionen einzustreichen, ohne auch nur den Finger rühren zu müssen? Erheblich anders steht die Sache für die, die nicht das Glück haben, Aktionäre zu sein. Leider ist das die Mehrheit. Diese werden in Zukunft die Kohle noch teurer als bisher bezahlen müssen, und zwar um was die Aktionäre als arbeitslosen Profit einstreichen, und um noch einiges dazu, denn kein vernünftiger Mensch wird daran zweifeln, daß die neuen Erwerber des Kohlenwerkes daran auch gewinnen wollen, daß sie nicht nur wegen der schönen Augen der Aktionäre, sondern auch der eigenen Tasche zuliebe arbeiten lassen. Wir sagen: arbeiten lassen, weil ja auch sie nicht Kohle fördern, sondern diesen mühevolleren und gefährlicheren Teil von anderen besorgen lassen. Sie beschränken sich auf das Gewinn einstreichen, als das nahrhaftere.

Wenig Aussicht ist natürlich vorhanden, daß das anders werden könnte, solange wir es dulden, daß die Bodenschätze von den Bevorrechteten ausgebeutet werden und wir mit ihnen. Es ist aber zu hoffen, daß die Erkenntnis von der aufreizenden Ungulässigkeit dieses Zustandes allgemein werden und daß an seine Stelle endlich eine Ordnung der Dinge treten werde, die nicht den einen alle Mühe, alle Lasten und alle Entbehrungen, den anderen alle Vorteile und alle Genüsse ohne jede Arbeit sichert. Auch unter den Boden wird das Licht der Erkenntnis dringen, daß nicht ewig die Vielen die Fronknechte der Wenigen bleiben können. O.

Die Lebensmittelversorgung.**Ernährung und Kohlenversorgung.**

Der Ministerpräsident empfing gestern im Beisein der Minister für Volksernährung und für öffentliche Arbeiten eine Deputation der deutschradikalen Vereinigung des Abgeordnetenhauses, die die Ernährungs- und Kohlenversorgungsverhältnisse besprach. Nachdem Abg. Wolf die Unhaltbarkeit der Verhältnisse geschildert hatte, wurden an der Hand einer von den Abgeordneten Dr. Gerold, Kraus, Rieger, Doktor Koller und Schreiter ausgearbeiteten Denkschrift in dreistündiger Besprechung die einzelnen Beschwerdepunkte und Abhilfsmahregeln sowie der ganze vom Ernährungsminister dargelegte Wirtschaftsplan erörtert. Der Minister sagte die fortlaufende Veröffentlichung der Ausführungsverhältnisse des Brotpreises in den einzelnen Bezirken zu. Der Minister für öffentliche Arbeiten setzte die großen Schwierigkeiten für eine ausreichende Kohlenversorgung auseinander und besprach die Möglichkeiten einer halbwegsigen Beschaffung der unumgänglich notwendigen Bäcker- und Hausbrandkohle. Gegenüber den Klagen der Abgeordneten über die Nichtdurchführung der papierenen Zuteilungen tat der Minister an der Hand schriftlicher Befehle dar, daß auf die zugewiesene Inlandskohle in der letzten Zeit ungefähr 60 Prozent wirklich geliefert wurden.

Ostpreussische - Rennschau

13. IX. 1918

M

Einlagerung von Brennstoffvorräten. Mit einer Statthaltereiverordnung wird die Frist für die Zufuhr und die Einlagerung von Wintervorräten jener Verbraucher, welche einen amtlichen Einlagerungsschein rechtzeitig, also spätestens am 12. Oktober 1918 erlangt haben, welche aber nicht in der Lage waren, die bewilligten Wintervorräte tatsächlich fristzeitig einzulagern, vorbehaltlich eines jederzeitigen Widerrufs bis einschließlich 15. November erstreckt. Diese Verfügung erscheint deshalb notwendig, weil in vielen Fällen die Zufuhr und tatsächliche Einlagerung der Wintervorräte infolge des Fuhrwerksmangels bis zum 12. d. M. nicht möglich war. Eine Ausstellung von Einlagerungsscheinen darf jedoch nach dem 12. d. M. nicht mehr erfolgen.

Sperrung der Wiener Theater, Konzertsäle, Kinos und Vergnügungsorte.

Von morgen Sonntag an auf unbestimmte Zeit.

Wien, 19. Oktober.

In der Statthalterei hat heute vormittag eine Beratung über den gestern vom Landesgesundheitsrat beschlossenen Antrag auf Sperrung der Theater, Konzertsäle, Kinos und Vergnügungsetablissemens aller Art stattgefunden. Mit Rücksicht auf den derzeitigen Stand und Umfang der Grippe wurde der Beschluß gefaßt, von morgen Sonntag an bis auf weiteres alle Theatervorstellungen, Konzerte, den Betrieb der Kinos und Singspielhallen, Vorträge aller Art sowie den Unterricht in Gesang- und Theaterschulen einzustellen.

Der Verlauf der Grippeepidemie machte es bei dem großen Umfang der durch die Schließung betroffenen Betriebe heute unmöglich, einen bestimmten Termin für die Wiederaufnahme der Vorstellungen festzusetzen. Heute ist also der letzte Tag, an dem in den vorstehend genannten Etablissemens Vorstellungen stattfinden. Am morgigen Sonntag ruht bereits der Betrieb vollständig und wird erst wieder aufgenommen werden, sobald der Umfang und die Intensität der Grippekrankung es zulässig erscheinen lassen.

Einschränkung der Kohlenlieferung.

Das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5, teilt mit: Die Schwierigkeiten im Bahnverkehr, welche teils durch Waggon- und Materialmangel, teils durch Wassenerkrankungen des Personals hervorgerufen wurden, führten wiederholt zur Beschlagnahme von Kohle, die im Interesse der Freimachung der Nordbahnstrecken erfolgen mußte. Aus den gleichen Gründen wurde vom Eisenbahnministerium die gänzliche Sperre der Güterannahme, darunter auch die Annahme von Kohle, Koks und Briketts, vorläufig für die Zeit vom 16., 17. und 18. Oktober verfügt. Diese Umstände haben naturgemäß auf die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohle einen nachteiligen Einfluß ausgeübt.

Die Heranziehung der Kohlenreserven (der sogenannten Speckkohle) erscheint in Anbetracht der verhältnismäßig günstigen Witterung um so weniger gerechtfertigt, als ihre spätere Ergänzung nicht mehr möglich wäre und ihr Mangel bei Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung während der strengen Wintermonate zu einer Katastrophe führen könnte. Der Magistrat hat sich daher nach Anhörung der städtischen Kohlenkommission dazu entschlossen, als provisorische Maßnahme die Ausgabe der Zimmerbrände auf die Dauer einer Woche ganz einzustellen. (20. bis 26. Oktober.) Gleichzeitig wurde bei der Statthalterei die gänzl. Einstellung der Bevorratung beantragt.

22./X. 1918

MS

Einstellung der Einlagerung von Winterbrennstoffvorräten.

Angesichts der durch die bekannten Transportschwierigkeiten verursachten plötzlichen Abnahme der Kohlenzufuhren wird die gegen jederzeitigen Widerruf erlassene Statthaltereiverordnung vom 11. d. mit 24. Oktober widerrufen. Es ist daher von diesem Tage an bis auf weiteres jede weitere Zufuhr und Einlagerung von Winterbrennstoffvorräten untersagt.

Einstellung der Kohlenzufuhr.

Unilich wird verlautbart: Angesichts der durch die bekannten Transportschwierigkeiten verursachten plötzlichen Abnahme der Kohlenzufuhren wird die Statthaltereiverordnung vom 11. d., Verordnungsblatt Nr. 208, mit 24. d. widerrufen. Es ist daher von diesem Tage an bis auf weiteres jede weitere Zufuhr und Einlagerung von Winterbrennstoffvorräten untersagt.

Strengere Maßnahmen gegen den Gas-Mehrverbrauch.

Da die Maßnahmen, den Gasverbrauch zugunsten der Kohlenersparung einzuschränken, nicht die Beachtung gefunden haben, die zur Erreichung des Zweckes notwendig ist, sieht sich die Kohlenstelle Groß-Berlin zu strengeren Maßnahmen gezwungen. Es soll der Mehrverbrauch gegen den als Maßstab dienenden Verbrauch vom Jahre 1916 nicht mehr durch Erhebung der „Gasstrafgelder“ allein gehandelt werden, sondern man will bei wiederholtem Ueberschreiten der Sparverordnung zu dem radikalsten Mittel greifen, den Gasverbrauch völlig abzuschneiden. Die Kohlenstelle Groß-Berlin äußert sich darüber folgendermaßen:

Die allgemeine Gasversorgung war erneut Gegenstand ernster Beratungen des Kohlenverbandes Groß-Berlin. Anstatt der vom Reichskohlenkommissar vorgeschriebenen Abnahme der Gasabgabe besteht bei allen Groß-Berliner Werken gegenwärtig eine Zunahme, die bei den verschiedenen Werken zwischen 8 und 20 p. H. liegt. Der Kohlenverbrauch bei den sechs bedeutendsten der Groß-Berliner Gaswerke hat im Monat September dieses Jahres insgesamt 200000 Zentner mehr betragen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Er ist in der ersten Hälfte des Monats Oktober weiter gestiegen, so daß gegenwärtig der Mehrverbrauch gegen das Vorjahr täglich nahezu 20000 Zentner beträgt.

Der Stand der allgemeinen Kohlenversorgung sowie die allgemeine Verteilungslage in Deutschland lassen es als völlig ausgeschlossen erscheinen, die hiernach für die Groß-Berliner Gaswerke erforderliche Mehrmenge von etwa 600000 Zentner im Monat aufzubringen und heranzuschaffen. Es bleibt sonach nichts anderes übrig, als die Durchführung der vorgeschriebenen Einschränkung des Gasverbrauchs mit immer schärferen Maßnahmen sicherzustellen.

Alle bisherigen Versuche des Kohlenverbandes, die Verbraucher durch wiederholte Aufklärung in der Presse zu einer Einschränkung des Gasverbrauchs zu bewegen, sind vergeblich geblieben. Der von der Einziehung der Aufgelder erwartete Erfolg ist nicht eingetreten. Die Bevölkerung hat vielmehr aus der in einer Reihe von Einzelfällen bewiesenen Mißbe bei der Durchführung der bisherigen Maßnahmen anscheinend den unzutreffenden Schluß gezogen, daß es dem Kohlenverband mit dieser Maßnahme nicht ernst sei. Sie hat sogar, in bedauerlicher Verkennung der Sach- und Rechtslage, zum Teil die Zahlung der Aufgelder verweigert.

All diese Gründe nötigen den Kohlenverband jetzt zu Maßnahmen von größerer Strenge, die er in Erwartung einer besseren Einsicht der Bevölkerung gern vermieden hätte und daher zunächst zurückgestellt hatte: zur Durchführung der Absperrung der Gaszuführung bei solchen Verbrauchern, die sich der Einschränkung widersetzen.

Die Direktion der Groß-Berliner Gaswerke sind infolgedessen beauftragt, denjenigen Verbrauchern, die über die zulässige Menge hinaus Gas verbraucht, die Zahlung der Aufgelder aber verweigert haben, die Rechnung erneut vorzulegen zur Zahlung binnen einer Frist von 5 Tagen. Werden binnen dieser Frist die Aufgelder nicht bezahlt, so werden sie nach nochmaliger Prüfung des Einzelfalles im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben und den Verbrauchern wegen der Ueberschreitung des zulässigen Gasverbrauchs die Gasleitung abgesperrt werden. Sollte sich später zeigen, daß bei einzelnen Verbrauchern wiederholt Aufgelder wegen Mehrverbrauch von Gas zur Einziehung gelangt sind, daß also bei ihnen der von der Erhebung des Aufgeldes erwartete Erfolg einer Einschränkung des Gasverbrauchs nicht erzielt ist, so wird nach Prüfung des Einzelfalles hier die dauernde Absperrung der Gaszuführung angeordnet werden müssen.

Diese an sich außerordentlich bedauerlichen Maßnahmen, die im Gebiet des Kohlenverbandes schätzungsweise etwa 10000 Haushaltungen treffen, sind notwendig, um die Gesamtheit der etwa 1100000 gasverbrauchenden Haushaltungen und Betriebe sowie das gesamte öffentliche Leben Berlins — man denke nur an die Bahnhofs- und Straßenbeleuchtung — vor den verhängnisvollen Folgen zu bewahren, die mit einem Versagen der allgemeinen Gasversorgung Groß-Berlins verbunden sind.

Ausgeschlossen von diesen einschneidenden Eingriffen bleiben zunächst mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Schwäche etwa 450000 Haushaltungen mit Männgasmessern. Aber auch an diese Verbraucher geht die dringende Mahnung, im Verbrauch mit Gas die äußerste Sparsamkeit zu beobachten, denn gerade bei diesen Haushaltungen ist eine Zunahme des Gasverbrauchs von durchschnittlich 50 % des früheren Verbrauchs festgestellt worden. Sollte diese Steigerung sich etwa fortsetzen, so würde der Kohlenverband durch die Not der Zeit sich bedauerlicher Weise gezwungen sehen, auch hier zwangswise die Einschränkung durchzuführen.

In einer Besprechung dieser Maßnahme, die heute vormittag in der Kohlenstelle Groß-Berlin stattfand, wurde die Notwendigkeit eines schärferen Vorgehens gegen die unentwegten Mehrverbraucher von Gas eingehend begründet. Es wurde jedoch ausdrücklich versichert, daß die Entscheidung über die Verhängung des radikalsten Zwangsmittels zur Gasersparung nicht untergeordneten Organen überlassen wird, sondern daß die Ausschließung vom Gasverbrauch nur in sorgfältig geprüften Fällen verfügt werden wird.

* Die Gasstrafgelder. Man schreibt uns: Die Berechtigung der Gemeinden zur Erhebung von Strafgeldern für eine Ueberschreitung des begrenzten Gasverbrauchs ist bekanntlich von juristischer Seite mehrfach bestritten worden. Wie die Zeitschrift für „Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik“ mitteilt, ist kürzlich in Dessau der erste Gasstrafgeldprozeß entschieden worden. Ein Bürger hatte dort gegen die Erhebung der Strafgelde Einspruch erhoben. Das Amtsgericht erklärte die Erhebung von Aufgeldern für unberechtigt, und zwar durch Versäumnisurteil, da von dem Reichskohlenkommissar trotz wiederholter Anfrage keine Mitteilung zu erhalten war. Inzwischen ist bis auf weiteres in Dessau die Einziehung der Strafgelde und die Drohung mit der Absperrung der Leitung aufgegeben worden. Der Ausgang dieses Prozesses bestätigt jedenfalls, daß die Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Gasstrafgelde nicht unberechtigt sind. Der Reichskohlenkommissar dürfte gute Gründe gehabt haben, warum er auf die wiederholten Anfragen keine Antwort erteilt hat. Wie es aber auch mit der Rechtsgültigkeit der Strafgelde bestellt sein mag, ihre sofortige Abschaffung muß mit allem Nachdruck gefordert werden. Zuschriften in außerordentlicher Zahl haben bewiesen, welche Erbitterung die Erhebung der Gasstrafgelde besonders in den Kreisen des Mittelstandes erregt hat. Aus Erklärungen von zuständiger Stelle geht bereits hervor, daß auch im bevorstehenden Winter die Kohlenversorgung wieder mit den größten Schwierigkeiten zu rechnen haben wird. Die Hausfrau wird also bestrebt sein, den Kohlenverbrauch in der Küche soweit wie irgend möglich einzuschränken, um für Heizungszwecke den unentbehrlichsten Bedarf zu erübrigen. Sie wird daher zum Kochen Gas verwenden, wofür sich zahllose Haushaltungen erst während des Krieges unter der Einwirkung des Kohlenmangels Einrichtungen geschaffen haben. Die schwere wirtschaftliche Lage, der der Mittelstand entgegengeht, wird von selbst dafür sorgen, daß keine Verschwendung im Gasverbrauch eintritt. Straf-gelder dafür zu erheben, daß keine Ersparnisse im Gasverbrauch gemacht wurden, ist heute so unzeitgemäß wie möglich.

* Aus der Gesellschaft. Der Hausminister Graf August zu Eulenburg feiert heute seinen 80. Geburtstag. Der Hofprediger a. D. Bernhard Nagge, ein Ehrenbürger Potsdams, begeht heute seinen 87. Geburtstag.

Der hohe Gasverbrauch.

Verjüngste Strafmaßnahmen bevorstehend.

Im heutigen Morgenblatt der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichten wir eine Mitteilung des Berliner Magistrats über die unerwünschte Zunahme des Gasverbrauchs in Groß-Berlin. Auch der Kohlenverband Groß-Berlin hat sich mit der gleichen Frage befaßt und sendet uns die folgenden Ausführungen: „Anstatt der vom Reichskohlenkommissar vorgeschriebenen Abnahme der Gasabgabe besteht bei allen Groß-Berliner Werken gegenwärtig eine Zunahme, die bei den verschiedenen Werken zwischen 8 und 25 v. H. liegt. Der Kohlenverbrauch bei den sechs bedeutendsten der Groß-Berliner Gaswerke hat im Monat September dieses Jahres insgesamt 200 000 Zentner mehr betragen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Er ist in der ersten Hälfte des Monats Oktober weiter gestiegen, so daß gegenwärtig der Mehrverbrauch gegen das Vorjahr täglich nahezu 20 000 Zentner beträgt. Der Stand der allgemeinen Kohlenversorgung sowie die allgemeine Verkehrslage in Deutschland lassen es als völlig ausgeschlossen erscheinen, die hiernach für die Groß-Berliner Gaswerke erforderliche Mehrmenge von etwa 600 000 Zentner im Monat aufzubringen und heranzuschaffen. Es bleibt sonach nichts anderes übrig, als die Durchführung der vorgeschriebenen Einschränkung des Gasverbrauchs mit immer schärferen Maßnahmen sicherzustellen. Der von der Einziehung der Aufgelde erwartete Erfolg ist nicht eingetreten. Deshalb sieht sich der Kohlenverband zu Maßnahmen von größerer Strenge genötigt, zur Durchführung der Absperrung der Gaszuführung bei solchen Verbrauchern, die sich der Einschränkung widersetzen.“

Die Groß-Berliner Gaswerke sind infolgedessen beauftragt worden, den Verbrauchern, die über die zulässige Menge hinaus Gas verbrauchen, die Zahlung der Aufgelde aber verweigert haben, die Rechnung erneut vorzulegen zur Zahlung binnen einer Frist von fünf Tagen. Werden binnen dieser Frist die Aufgelde nicht bezahlt, so werden sie nach nochmaliger Prüfung des Einzelfalles im Verwaltungszwangsv erfahren beigetrieben, und den Verbrauchern wird wegen der Ueberschreitung des zulässigen Gasverbrauchs die Gaszuführung abgesperrt werden. Sollte sich später zeigen, daß bei einzelnen Verbrauchern wiederholt Aufgelde wegen Mehrverbrauch von Gas zur Einziehung gelangt sind, daß also bei ihnen der von der Erhebung des Aufgeldes erwartete Erfolg einer Einschränkung des Gasverbrauchs nicht erzielt ist, so wird nach Prüfung des Einzelfalles hier die dauernde Absperrung der Gaszuführung angeordnet werden müssen. Diese Maßnahmen, die im Gebiet des Kohlenverbandes schätzungsweise etwa 10 000 Haushaltungen treffen, sind notwendig, um die Gesamtheit der etwa 1 100 000 gasverbrauchenden Haushaltungen und Betriebe sowie das gesamte öffentliche Leben Berlins — Bahnhof- und Straßenbeleuchtung — vor den verhängnisvollen Folgen zu bewahren, die mit einem Versagen der allgemeinen Gasversorgung Groß-Berlins verbunden sind. Ausgeschlossen von diesen einschneidenden Eingriffen bleiben zunächst mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Schwäche etwa 450 000 Haushaltungen mit Müllgasmessern. Aber auch an diese Verbraucher geht die dringende Mahnung, im Verbrauch mit Gas die äußerste Sparsamkeit zu beobachten, denn gerade bei diesen

Haushaltungen ist eine Zunahme des Gasverbrauchs von durchschnittlich 50 Prozent des früheren Verbrauchs festgestellt worden.“

In diesen Ausführungen des Kohlenverbandes Groß-Berlin werden Zwangsmaßnahmen angekündigt, die tief in das tägliche Leben der Verbraucher einschneiden. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß alles getan werden muß, um einer Störung der Groß-Berliner Gaserzeugung vorzubeugen. Aber man muß sich fragen, ob die vom Kohlenverband angekündigten scharfen Maßnahmen richtig gewählt sind. Vor allem aber muß entschieden gefordert werden, daß die Abschneidung vom Gasverbrauch nur in solchen Fällen erfolgt, in denen eine genaue Prüfung durch Personen, die auch als Vertrauensleute der Verbraucher gelten können, erfolgt ist. Diese haben vor allem zu prüfen, ob Böswilligkeit, Fahrlässigkeit oder Rot den Gasverbraucher zu Uebertretungen veranlaßt haben. Niemals darf die Entscheidung in die Hand unserer Beamten gelegt werden, und ebenso muß sie frei sein von einer engherzigen Auslegung der Bestimmungen. Nach den Zusicherungen des Kohlenverbandes Groß-Berlin dürften diese Forderungen erfüllt werden. Daneben aber sollte unseres Erachtens der Reichskohlenkommissar auch weiterhin nichts unversucht lassen, um die Kohlenzufuhr nach Berlin mindestens auf der bisherigen Höhe zu erhalten.

P. E.

Wien ohne Kohle.

Die dieser Tage abgehaltene Konferenz der Landeskohlenkommission hat, wie berichtet, eine Reihe recht unerfreulicher Perspektiven eröffnet: Wenn sich nicht sofort in letzter Stunde die Kohlenzufuhren bessern, wird die Abgabe von Heizmaterial in Wien und Niederösterreich eine weitere empfindliche Einschränkung erfahren, durch die diesmal allerdings nicht die einzelnen Privathäushalte, sondern öffentliche Anstalten, gewerbliche Betriebe, Theater und Vergnügungslokale betroffen werden sollen. Wie wir schon im gestrigen Abendblatt meldeten, sind nämlich die Wiener Kohlenvorräte derart zusammengeschmolzen, daß die bisherigen Zuweisungen an die vorhin erwähnten Großabnehmer eben unmöglich weiter aufrechterhalten werden können. Begreiflicherweise hat aber schon die erste Nachricht von dem Ergebnis der Beratungen der Landeskohlenkommission in weiten Kreisen, insbesondere unter den bedrohten gewerblichen Interessenten, die lebhafteste Besorgnis hervorgerufen, und man setzt nun insbesondere auf die Handels- und Gewerbekammer die Hoffnung, daß sie ihren ganzen Einfluß beim Arbeitsministerium ausbieten werde, damit von den in Erwägung gezogenen und von der Landeskohlenkommission auch in Vorschlag gebrachten Drosselungsmaßnahmen Abstand genommen werde. Es ist ja traurig genug, daß das gewerbliche Leben in Wien unter den wirtschaftlichen Verhältnissen ohnehin schon so schwer zu leiden hat; nun aber durch allerhand Scherenschnitten und künstliche Einschränkungen im Wege der Kohlenentziehung viele wichtige Gewerbszweige vollends an den Ruin zu bringen, wäre ein Schritt, der nicht ohne die übelsten Rückwirkungen bleiben könnte.

Mitteilungen aus gewerblichen Kreisen.

Von einem Vertreter gewerblicher Kreise, der an der Kohlenkonferenz der Landeskohlenkommission teilgenommen hat, erhalten wir folgende ergänzende Mitteilungen:

„Die ziemlich heftig verlaufene Konferenz der Landeskohlenkommission hat, wie gegenüber manigfachen alarmierenden Gerüchten festgestellt werden muß, zu keinerlei konkreten Beschlüssen geführt, für die ja diese Kommission, die lediglich eine orientierende Aufgabe hat, gar nicht einmal die Kompetenz besitzt. Es ist daher auch nicht zutreffend, daß, wie gleichfalls verlautet und sogar von einzelnen Blättern berichtet wurde, die Statthalterei die Schließung der Theater und Vergnügungslokale verfügen wird. Sine qua non ist es Tatsache, daß die Landeskohlenkommission die Einstellung der Kohlenzuweisung an alle Luxusbetriebe und somit auch an sämtliche Luxusrestaurants in Frage zog. Es wird eben dann an die Luxusgaststätten die Frage herantreten, ob sie sich in Kriegsküchen mit einem Einheitstarif umwandeln wollen, in welchem Falle allerdings ihre Kohlenversorgung gewährleistet erscheint. Auch eine Reihe von Luxus- und Erholungsanstalten wird auf weitere Kohlenzuweisungen verzichten müssen, wobei es sich aber nicht um jene Heilstätten handelt, in denen Operationen vorgenommen oder ausgesprochen Kranke behandelt werden. Es kann auch nicht davon gesprochen werden, daß die von der Kohlenperre bedrohten Betriebe behördlich geschlossen werden. Dazu liegt kein Anlaß vor. Wenn die Theater und Kinos, ohne Kohle zu beziehen, weiter ihren Betrieb aufrechterhalten wollen, bleibt ihnen dies natürlich unbenommen. Ob sie jedoch ohne Kohle den Betrieb aufrechterhalten können, ist eine andere Frage.

Die Unterbrechung in der weiteren Kohlenabgabe an eine große Anzahl öffentlicher Unternehmungen ist tatsächlich zu gewärtigen. Es handelt sich hier um eine Maßnahme, die von der Not diktiert wird und die sich nur dann vermeiden lassen kann, wenn sich die Bahnzufuhren sofort ausgiebig steigern lassen. Es besteht aber leider wenig Aussicht, daß das geschehen wird. So wird man also, um wenigstens die Küchenbrandausgabe und die Versorgung der dem öffentlichen Wohle dienenden gemeinnützigen Anstalten sicherzustellen, wahrscheinlich sehr bald zu Notmaßnahmen greifen müssen. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, hieße es, Vogel-Straub-Politik betreiben, wenn man weiter darüber hinwegtäuschen wollte, daß unsere Kohlenversorgung auf das schwerste gefährdet ist. Die Landeskohlenkommission hat ihre Pflicht in dieser Hinsicht erfüllt, alles weitere liegt nun am Arbeitsministerium.“

Der Standpunkt der Handels- und Gewerbekammer.

Von einer Seite, die über die Anschauung in den Kreisen der Handels- und Gewerbekammer wohlunterrichtet ist, erhalten wir auf Befragen folgende Mitteilungen:

„Der Handels- und Gewerbekammer liegt bisher eine offizielle Nachricht über die Wirkung der von der Landeskohlenkommission erfolgten Rundgebung und über das Schicksal ihres an das Arbeitsministerium erstatteten Berichtes nicht vor. Wohl ist aber mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Kammer es an sehr nachdrücklichen Vorstellungen nicht fehlen lassen und aus eigener Initiative eindringlich davor warnen wird, durch Drosselung der Kohlenabgabe eine ganze Anzahl gewerblicher Betriebe einfach lahmzulegen. Freilich sollen von der Kohlenperre nur die Luxusunternehmungen betroffen werden. Es läßt sich aber schwer entscheiden, welche Gewerbebetriebe den Vorzug des öffentlichen Interesses, und welche den Makel einer überflüssigen Luxusexistenz zuerkannt erhalten sollen. Um nur ein Beispiel anzuführen: Die Badeanstalten, die

ja verhältnismäßig viel Kohle oder Koks konsumieren, sind heutzutage gewiß keine Institution, die nur dem Luxus dient. Und wie steht es mit den Bäckereien der Zuckerbäcker? Auch sie haben in unserer Zeit mangelhaftester Lebensmittelversorgung ihre Existenzberechtigung. Wie könnte man weiter die Kohlenperre gegenüber den sogenannten Luxusrestaurants rechtfertigen? Dienen sie nicht auch der Verpflegung weicher Kreise? Daß man in erster Linie an eine Stillstellung der Theater und Vergnügungslokale denkt, mag begreiflich erscheinen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß mit ihrer Sperre tausende Personen um ihre wirtschaftliche Existenz gebracht werden. Besser wäre es daher zweifellos, wenn man trachten würde, unter jeder Bedingung die Kohlenzufuhren zu heben, statt, wie es nur einmal schon üblich ist, unter jeder Bedingung zu drosseln und immer wieder alles, was mit dem Wirtschaftsleben zusammenhängt, einzuschränken und zu unterbinden.“

Die Bedrohung der Theater.

Herr Direktor Karczag äußerte sich gegenüber einem unserer Mitarbeiter in folgender Weise:

„Die Theaterunternehmungen sind durch die Sperrverfügung infolge der Grippeepidemie bereits schwer betroffen worden, so daß nun die neue Gefahr eines Entzuges der Heizmittel sehr ernste wirtschaftliche Besorgnisse hervorrufen muß. Es ist nämlich zu bedenken, daß ein Theaterbetrieb ohne Heizmöglichkeit nicht gut zu betreiben ist. Die Theaterbetriebe sind durch die Sperrverfügung infolge der Grippeepidemie bereits schwer betroffen worden, so daß nun die neue Gefahr eines Entzuges der Heizmittel sehr ernste wirtschaftliche Besorgnisse hervorrufen muß. Es ist nämlich zu bedenken, daß ein Theaterbetrieb ohne Heizmöglichkeit nicht gut zu betreiben ist.“

Demgegenüber wird von maßgebender Seite abgelehnt. Die Theaterbetriebe sind durch die Sperrverfügung infolge der Grippeepidemie bereits schwer betroffen worden, so daß nun die neue Gefahr eines Entzuges der Heizmittel sehr ernste wirtschaftliche Besorgnisse hervorrufen muß. Es ist nämlich zu bedenken, daß ein Theaterbetrieb ohne Heizmöglichkeit nicht gut zu betreiben ist.

Der Kohlenmangel. Die Kohlenvorräte, über die Wien zurzeit verfügt, sind derart zusammengeschrumpft, daß sich die Versorgung mit Brennmaterial immer schwieriger gestaltet. Wenn daher in den Zufuhren keine Besserung eintritt, so werden weitere Einschränkungen in der Kohlenausgabe unvermeidlich sein, die zunächst durch eine gänzliche Einstellung der Zuweisung an die Theater, Kinos und Vergnügungslokale in Aussicht genommen sind. Mit Rücksicht auf den erfolgten Kälteeinbruch muß aber wohl von allen Seiten unbedingt getrachtet werden, die Zimmerbrände, deren Einstellung man bereits die zweite Woche verfügt hat, so rasch wie möglich wieder auszufolgen. In der Zeit der Grippe-Epidemie darf man es auf keinen Fall dazu kommen lassen, daß die Bevölkerung in den ungeheizten Wohnungen frieren und sich neuen Erkrankungen aussetzen muß.

Anhaltung aller Kohlenwagen in Böhmen.

Prag, 30. Oktober. Das Tschecho-slowakische Pressbureau meldet: Nach den Weisungen des Nationalrates werden alle Kohlenwaggons in Böhmen angehalten, über deren Verwendung die auf Befehl des Landwirtschaftsrates gebildete Verwaltungskommission für Kohlenangelegenheiten Böhmen disponieren wird. Die Verteilung der für den Export bestimmten Kohle wird mit besonderer Rücksicht auf die dringendsten Anforderungen der Wasserwerke, Gasanstalten und anderer öffentlichen Anstalten, hauptsächlich der Zuckerindustrie, getroffen werden. Es wird ausdrücklich betont, daß der Kohlenstelle, respektive der Kohlenverwaltungskommission der gesamte Kohlendienst in Böhmen unterstellt ist, wie auch jener, der bisher dem Ministerium für öffentliche Arbeiten in Wien unterstellt war. Für die bisher vom Ministerium für öffentliche Arbeiten in Wien erledigten Agenden wurde bei der Landeskohlenstelle eine besondere Abteilung errichtet.

Berliner Kohlenversorgung.

Ein bemerkenswerter Briefwechsel.

Einen bemerkenswerten Beitrag zu der in den letzten Tagen auch von uns wiederholt behandelten Gasversorgung Berlins liefert ein Schriftwechsel zwischen Oberbürgermeister Bermuth als Vorsitzender des Kohlenverbandes und dem Reichskohlenkommissar.

Oberbürgermeister Bermuth führt in einem Schreiben an den Reichskohlenkommissar aus: „Angesichts der Notlage, in der sich die Kohlenversorgung der Groß-Berliner Gaswerke befindet, hat der Kohlenverband stetig zu immer schärferen Maßnahmen zur Verminderung des Gasverbrauches greifen müssen. Diese Einschränkungen sind jedoch für die großstädtischen Haushaltungen nur dann erträglich, und ihre Erzwingung ist für den Kohlenverband nur dann zu verantworten, wenn sie durch unabwiesbare Rücksichten auf die Kriegführung geboten sind. Ad nicht ausgeschlossen erscheint, daß in absehbarer Zeit die Rücksichten auf die Kriegsnotwendigkeit zurücktreten werden, darf schon heute Euer Hochwohlgeboren Aufmerksamkeit darauf hingelenkt werden, daß es dann unabwiesbare Pflicht sein wird, die dem großstädtischen Bedarf dienenden Gas- und Elektrizitätswerke in erster Reihe ausreichend mit guter Kohle zu versorgen. Es würde dankbar begrüßt werden, wenn der Kohlenverband Gewißheit darüber erlangen könnte, ob er sich in diesen Bestrebungen mit Euer Hochwohlgeboren einig wissen darf und ob und in welcher Weise diese Aufgaben einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden kann.“

Die Antwort des Reichskohlenkommissars lautet u. a.: „Mit Eurer Eggelung bin ich durchaus der Ansicht, daß die starke Einschränkung im Kohlen- und Gasverbrauch der großstädtischen Bevölkerung gegenüber nur durch die unabwiesbaren Rücksichten auf die Kriegführung gerechtfertigt werden können. Sobald diese Rücksichten zurücktreten, erachte ich es für meine dringendste Aufgabe, dem Hausbrand einschließlich der Gasanstalten und Elektrizitätswerke so große Mengen Kohlen zuzuführen zu lassen, daß die Entbehrungen auf diesem Gebiete baldigst verschwinden. Vorbereitende Maßnahmen werden schon jetzt getroffen, so daß in dem Augenblick, in dem die Rüstungsindustrie in Wegfall kommt, sofort eine Umstellung für die Zufuhr von Kohle an andere Verbrauchergruppen vorgenommen werden kann.“

Ich benutze diese Gelegenheit, auf der nderen Seite auf die Verhältnisse des Gasverbrauches in Groß-Berlin aufmerksam zu machen. Der Kohlenverbrauch gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres steigt in einem Umfang, der zu den allergrößten Besorgnissen Anlaß gibt. Im September sind rund 10 000 Tonnen Gas-kohle mehr verbraucht worden, als im Vorjahre. Im Oktober wird dieser Mehrverbrauch nach vorläufiger Schätzung etwa 25 000 T. betragen. Nach Lage dieser Verhältnisse sehe ich nicht die geringste Möglichkeit, den Gasanstalten von Groß-Berlin in nächster Zeit mehr Kohle zuzuführen, als jetzt, muß vielmehr, wie in allen Jahren, mit Ausfällen in den Wintermonaten rechnen, für welche dann die Bestände zur Aushilfe herangezogen werden sollten. Wenn mir immer bald von dieser, bald von jener Stelle gesagt wird, man könne die Verantwortung für Einschränkungsmaßnahmen nicht tragen, so müssen sich diese Stellen bewusst werden, daß

sie dann die Verantwortung dafür übernehmen müssen, wenn im Winter plötzlich vielleicht auf Tage — Berlin ohne Gas steht.“

Die Kohlenversorgung Deutschösterreichs.

Ämtlich wird gemeldet: Bekanntlich ist seitens des Tschechoslovakischen Staates die Ausfuhr von Kohle über die Grenzen von Böhmen, Mähren und Schlesien eingestellt worden. Da sich infolge dieses Verbotes in den deutschösterreichischen Gebieten und vor allem in den Städten der Mangel an Kohle bald empfindlich fühlbar machen würde, war der Minister für öffentliche Arbeiten bemüht, den Eintritt einer Stockung in der Kohlenbelieferung hintanzuhalten. Die Verhandlungen mit dem Vertreter des tschechoslovakischen Staates T u s a r lassen erhoffen, daß für Deutschösterreich der Transport von Gas- und Hausbrandkohle und die Durchfuhr ober-schlesischer Kohle binnen kurzem freigegeben werden wird. Wegen der ungesicherten Fortsetzung der Kohlenlieferungen aus den Revieren des Deutschen Reiches wurde ein Beamter des Arbeitsministeriums nach Berlin entsendet. Weiter wurden Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen wegen Lieferung von Kohle aus Polen und Sicherstellung ihrer Durchfuhr angeknüpft. Zur möglichsten Deckung des unmittelbaren Bedarfes sind in jüngster Zeit im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung die im Rollen befindlichen Kohlenmengen, die für die Kriegsmarine bestimmt waren, sowie 92 Waggon Kohle, die zwischen Lundenburg und Wien standen, für die Bevölkerung beschlagnahmt worden. Auch sind bereits Aufträge erteilt worden, daß die bei der Kriegindustrie zur Ersparung gelangenden Kohlenmengen gleichfalls der Bevölkerung zugute kommen.

Bessere Kohlenversorgung in Sicht.

Beschlagnahme von Lieferungen für die Kriegsmarine.

Aus einer amtlichen Mitteilung über den Stand der Kohlenversorgung geht hervor, daß eine Besserung in Bälde zu erwarten ist. Die Verhandlungen mit dem Vertreter des tschechoslowakischen Staates, Vizepräsidenten Tufar, lassen erhoffen, daß für Deutschösterreich der Transport von Gas- und Hausbrandkohle und die Durchfuhr oberchleisscher Kohle binnen kurzem freigegeben werden wird. Wegen der unge störten Fortsetzung der Kohlenlieferungen aus den Revieren des Deutschen Reiches hat der Minister für öffentliche Arbeiten einen Beamten seines Ressorts nach Berlin entsendet. Weiter wurden Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen wegen Lieferung von Kohle aus Polen und Sicherstellung ihrer Durchfuhr angeknüpft.

Für möglichsten Deckung des unmittelbaren Bedarfes sind in jüngster Zeit im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung die im Kollen befindlichen Kohlenmengen, die für die Kriegsmarine bestimmt waren, sowie 92 Waggons Kohle, die zwischen Lundenburg und Wien standen, für die Bevölkerung beschlagnahmt worden. Auch sind bereits Aufträge erteilt worden, daß bei der Kriegsindustrie zur Ersparung gelangenden Kohlenmengen gleichfalls der Bevölkerung zugute kommen.

In Wien sind aus den verschiedenen in- und ausländischen Kohlenrevieren seit dem 29. Oktober bis einschließlich 2. d. von den auf den Eisenbahnstrecken befindlichen Kohlenmengen im ganzen 10.440 Tonnen Steinkohle und 1472 Tonnen Braunkohle eingelangt.

Kein Zimmerbrand in dieser Woche.

Die „Wiener Rath.-Korr.“ meldet: Infolge der Sperre der Ausfuhr aus Böhmen, die den Kohleneinlauf nach Wien nahezu gänzlich unterbunden hat, kam auch in der Woche vom 3. bis 9. d. kein Zimmerbrand ausgegeben werden.

Auf den städtischen Lagerplätzen wird wie in der Vorwoche ein ganzer Küchenbrand mit 20 Kg. Steinkohle eingelöst. Heizkohle auf Grund von Bezugsscheinen, beziehungsweise Bezugskarten für Gewerbe wird überhaupt nicht ausgegeben.

Bekanntlich werden schon seit zwei Wochen in Wien Zimmerbrände nicht ausgegeben.

Kohlenversorgung.

Bekanntlich ist seitens des tschecho-slowakischen Staates die Ausfuhr von Kohle über die Grenzen von Böhmen, Mähren und Schlesien eingestellt worden. Da sich infolge dieses Verbotes in den deutschösterreichischen Gebieten und vor allem in den Städten der Mangel an Kohle bald empfindlich fühlbar machen würde, war der Minister für öffentliche Arbeiten — um bis zur Uebergabe der Geschäfte an die deutschösterreichische Regierung die Kohlenversorgung zu sichern — unablässig bemüht, den Eintritt einer Stockung in der Kohlenbelieferung dieser Gebiete hintanzuhalten. Unausgesetzt geführte Verhandlungen mit dem Vertreter des tschecho-slowakischen Staates, Vizepräsidenten Tuzar, lassen erhoffen, daß für Deutschösterreich der Transport von Gas- und Hausbrandkohle binnen kurzem freigegeben werden wird. Wegen der ungestörten Fortsetzung der Kohlenlieferungen aus den Revieren des Deutschen Reiches hat der Minister für öffentliche Arbeiten einen Beamten seines Ressorts nach Berlin entsendet. Weiter wurden Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen wegen Lieferung von Kohle aus Polen und Sicherstellung ihrer Durchfuhr angeknüpft.

Zur möglichsten Deckung des unmittelbaren Bedarfes sind in jüngster Zeit im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung die im Rollen befindlichen Kohlenmengen, die für die Kriegsmarine bestimmt waren, sowie 92 Waggon Kohle, die zwischen Lundenburg und Wien standen, für die Bevölkerung beschlagnahmt worden. Auch sind bereits Aufträge erteilt worden, daß die bei der Kriegsindustrie zur Ersparung gelangenden Kohlenmengen gleichfalls der Bevölkerung zugute kommen.

In Wien sind aus den verschiedenen in- und ausländischen Kohlenrevieren seit dem 29. Oktober bis einschließlich 2. November von den auf den Eisenbahnstrecken befindlichen Kohlenmengen im ganzen 10.440 Tonnen Steinkohle und 1472 Tonnen Braunkohle eingelangt.

Infolge der Sperre der Ausfuhr aus Böhmen, welche den Kohleneinlaß nach Wien nahezu gänzlich unterbunden hat, kann auch in der 53. Woche, d. i. vom 3. bis 9. d. M., kein Zimmerbrand ausgegeben werden. Auf den städtischen Lagerplätzen wird wie in der Vorwoche ein ganzer Küchenbrand mit 20 Kilo Steinkohle eingelöst. Heizkohle auf Grund von Bezugsscheinen, beziehungsweise Bezugskarten für Gewerbe wird überhaupt nicht ausgeben.

Die Kohlenkrise.

Das Chaos auf den Bahnen hat es mit sich gebracht, daß seit den letzten Tagen auch die spärlichen Zufuhren an Kohle, die Wien in jüngster Zeit erhalten hatte, nun ganz aufgehört haben. Hierdurch werden natürlich nicht nur die Wiener Kohlenstände im allgemeinen, sondern insbesondere die beiden Großabnehmer für Kohle, das städtische Elektrizitätswerk und das städtische Gaswerk in eine bedrängte Lage.

Trotz aller Voraussicht und ungeachtet aller rechtzeitig unternommenen Bemühungen war es nämlich, wie wir erfahren, den Direktoren der genannten zwei städtischen Unternehmungen nicht gelungen, größere Kohlenreserven anzulegen. Die Folge ist nun, daß zum Beispiel die gesamten Kohlenvorräte des Elektrizitätswerkes auf 38.000 Tonnen zusammengeschrumpft sind, eine Menge, die angesichts des durchschnittlichen Tagesbedarfes von mehr als 1200 Tonnen als äußerst gering zu bezeichnen ist. Soll es nicht zu einer Katastrophe kommen, dann müssen also Mittel und Wege gefunden werden, um sozusagen in letzter Stunde die Kohlenzufuhren wieder zu heben oder es müssen radikale Sparmaßnahmen ergriffen werden.

Was zu geschehen hätte für den Fall weiterer Störungen in den Kohlenzufuhren von auswärts, hat nun der Leiter des Elektrizitätswerkes Direktor Karel in einer eingehenden Denkschrift dem Magistrat zur Kenntnis gebracht, und mit dieser Denkschrift hat sich eine gestern nachmittags einberufene gemeinderätliche Deputation konföderiert. In dem Bericht wird auch darauf verwiesen, daß die beiden städtischen Kohlenbergwerke Pillingdorf und Eberfurth infolge vollständigen Arbeitermangels so gut wie stillgelegt sind. Was das bedeutet, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Ebenfurth Ueberlandzentrale bereits zu einem Häufel den gesamten Wiener Strombedarf gedeckt hatte und bei vollem Betrieb sogar ein volles Drittel des Wiener Strombedarfes decken könnte. Die Arbeiter, darunter Kriegsgefangene, haben aber in den letzten Tagen ihre dortigen Arbeitsstätten verlassen und die Verbeischaffung neuer Arbeitskräfte ist bisher nicht gelungen. Wie dringend die Arbeiterfrage sich gestaltet, erhellt auch aus dem Umstand, daß in Pillingdorf im aufgeschlossenen Zustand zirka 35.000 Waggons Kohle zur Verfügung stehen, vorausgesetzt natürlich, daß ausreichende Kräfte vorhanden wären, um diese Mengen für den Abtransport bereitzustellen.

Andauernde Einstellung des Zimmerbrandes.

Im Hinblick auf den Kohlenmangel kann auch in der kommenden Woche kein Zimmerbrand ausgegeben werden. Da der Kohleneinlauf nach Wien seit längerer Zeit gänzlich eingestellt und es noch unbekannt ist, wann die Sperre behoben sein wird, sieht sich der Magistrat genötigt, für die 54. Woche, das ist vom 10. bis 16. d. M., den Küchenbrand mit 20 Kilogramm Steinkohle, beziehungsweise 25 Kilogramm Braunkohle festzusetzen, um die vorhandenen Sperrkohlenvorräte nicht vorzeitig zu erschöpfen. Auf den städtischen Lagerplätzen kann wie in der Vorwoche auf Grund von Bezugsscheinen, beziehungsweise Bezugskarten, für Gewerbe keine Heizkohle ausgefolgt werden.

Die Kohlenversorgung gesichert!

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung tritt in einer amtlichen Bekanntmachung der irrigen Auffassung entgegen, daß mit dem Friedensschluß infolge des Abbaues der Rüstungsindustrie sofort reichlich Kohlen zur Verfügung stehen werden und eine behördliche Regelung der Kohlenverteilung entbehrlich sein wird. In nächster Zeit werden durch die Demobilisationsbeförderung und durch die uns im Waffenstillstandsvertrag auferlegten Bedingungen Kohlenförderung und -Versorgung auf das äußerste erschwert. Nur bei größter Sparsamkeit im Verbrauch von Kohle, Gas und Elektrizität, und durch genaue Einhaltung der Bezugs- und Verbrauchsvorschriften kann eine geordnete Kohlenwirtschaft gewährleistet werden. Die neue Regierung hat daher den Reichskohlenkommissar und seine sämtliche nachgeordneten Stellen beschäftigt.

Die Kohlenversorgung von Berlin ist zurzeit ziemlich gut. Es wird alles daran gesetzt, in erster Linie den Hausbrand zu versorgen. Sodann gilt es, der Eisenbahn, den Gasanstalten und Elektrizitätswerken die notwendigen Kohlenmengen zur Verfügung zu stellen. Des weiteren wird die Industrie bevorzugt werden, die viel Arbeiter beschäftigt und wenig Kohle verbraucht. Der Berliner Elektrizitätsversorgung kommt es besonders zu-
 statten, daß in diesen Tagen die Fernkraftwerke in Golpa, Jessenitz und das Griesheim-Elektron-Werk in Dittersfeld die Stromversorgung Berlins aufgenommen haben. Diese beiden Werke liefern ein Drittel der gesamten Strombedürfnisse Groß-Berlins. Die Kohlenförderung in Oberschlesien ist bisher kaum beeinträchtigt worden und wird wohl auch in Zukunft ihren Lieferungsverpflichtungen in dem bisherigen Umfang nachkommen. Alles in allem erscheint also die Kohlenversorgung Groß-Berlins für die nächste Zeit ziemlich gesichert, vorausgesetzt, daß die Zwangsparsamnisse namentlich hinsichtlich des Wasserbrauches auch weiterhin streng durchgeführt werden.

Die Kohlenversorgung.

Die Sparmaßregeln bleiben bestehen.

Beim Reichskohlenkommissar Geheimrat Stutz fand heute eine Besprechung mit Vertretern der Presse statt, in der die Aussichten der Kohlenversorgung eingehend besprochen wurden. Ueber den Stand der Dinge gab Geheimrat Stutz folgende Erklärung ab:

Die Meinung, daß mit dem Friedensschluß infolge Abbaues der Rüstungsindustrie sogleich reichlich Kohlen zur Verfügung stehen und eine behördliche Regelung der Kohlenverteilung entbehrlich sein werde, ist irrig. In nächster Zeit werden durch die Demobilmachungstransporte und durch die im Waffenstillstandsvertrage ausbedungene Abgabe von Eisenbahnmaterial die Kohlenbeförderung und Kohlenversorgung auf das äußerste erschwert. Nur bei größter Sparsamkeit im Verbrauch von Kohlen, Gas und Elektrizität und genauer Innehaltung der Bezugs- und Verbrauchsvorschriften kann eine geordnete Kohlenwirtschaft gewährleistet werden. Die neue Regierung hat daher den Reichskohlenkommissar und seine Organisation bestätigt. Die Organe des Reichskohlenkommissars sind, wie bisher, die für die einzelnen Kohlenenerzeugungsgebiete eingerichteten amtlichen Verteilungsstellen, ferner für die Kohlenabteilungen bei den Kriegswirtschaftsstellen, die Kriegsamtsstellen, für die Unterverteilung des Hausbrandes die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und im übrigen die Kommunalverbände. Anderen Stellen ist ein Eingreifen in die Kohlenverteilung untersagt.

Was insbesondere die Kohlenversorgung Groß-Berlins anlangt, so ist diese nach den Mitteilungen des Reichskohlenkommissars zurzeit ziemlich gut. Es ist alles getan worden, um in erster Linie den Hausbrand zu versorgen. Die Einwirkung der Waffenstillstandsbedingungen auf die Kohlenversorgung lassen sich zurzeit noch nicht übersehen; sie werden mittelbar auch Groß-Berlin berühren.

Da viele Leute unter der „Neuordnung der Dinge“ auch eine Aufhebung der bestehenden Rationierungsbestimmungen verstanden haben, so muß nachdrücklich darauf hingewiesen

werden, daß auch die vom Kohlenverbande Groß-Berlin erlassenen Bestimmungen im vollen Umfange bestehen bleiben. Es dürfen also außerhalb der Kundenlisten keine Kohlen verbesohlt werden. Kohlen gibt es nur auf die freigegebenen Abschnitte der Kohlenkarte. Eine bessere Kontingentierung der Kohlenlager wird dafür sorgen, daß die Kleinhändler nicht mehr zugunsten der Großhändler benachteiligt werden.

Auch der Sparzwang für Gas bleibt bestehen, denn es muß alles getan werden, um mit der nach Berlin heranzuschaffenden Kohlenmenge auszukommen.

Die Kohlenversorgung Wiens.

Wie wir vernehmen, hat sich die Situation Wiens in der Kohlenfrage bedeutend gebessert. Durch ein Telegramm des „Narodni Sbor“ wurde zugestanden, daß täglich vier Kohlenzüge, das sind 200 Waggons, nach Wien abgehen, so daß die Kohlenversorgung Wiens in bescheidenem Ausmaße gewährleistet ist.

(Wien ohne Kohle.) Ueber den gegenwärtigen Stand der Wiener Kohlenversorgung wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Die Kohlen-situation ist äußerst ernst und es muß bis zum Einsetzen der Einfuhr aus Westdeutschland und der normalen Zufuhr aus dem Ostrauer, oberschlesischen und nordwestböhmischem Revier mit den weitestgehenden Einschränkungen beim Verbrauch von Brennstoffen gerechnet werden. Selbstverständlich wird sich die Kohlennot auch bei der Bevölkerung und der Industrie sehr fühlbar machen, und es werden hierdurch die Bestrebungen des Staatsamtes für soziale Fürsorge den Arbeitslosen und insbesondere den Heimkehrenden aus dem Felde Arbeits-gelegenheit zu verschaffen, wesentlich erschwert werden, da ja die Industrie durch den Kohlenmangel zu Betriebseinschränkungen und Betriebseinstellungen gezwungen sein wird. Auch kann bei dem heutigen Stande eine Gewähr dafür nicht übernommen werden, ob und wann der Industrie Kohle wieder in ausreichendem Maße wird zur Verfügung gestellt werden können. Es muß daher dem gesunden Sinn der Bevölkerung überlassen bleiben, der drohenden Gefahr mit Ruhe ins Auge zu blicken und sich mit äußerster Sparsamkeit den gegebenen Verhältnissen anzupassen.

Die Kohlennot.**Ein Telegramm an die Ententeregierungen.**

In vorgerückter Abendstunde geht uns der Wortlaut eines Telegramms zu, welches das Staatssekretariat für öffentliche Arbeiten gestern im Wege des Staatsamtes des Außenamtes an die Regierungen von Amerika, England und Frankreich gerichtet hat und welches in ernstester und ergreifender Weise die katastrophale Kohlennot schildert, in die weite Gebiete Deutschösterreichs und namentlich auch Wien durch die von der tschecho-slowakischen Regierung verfügte Grenzsperrung geraten ist. Die Depesche lautet:

„Die Kohlenversorgung der deutschösterreichischen Alpenländer einschließlich Niederösterreichs und insbesondere Wiens ist durch die vom Nationalrat des tschecho-slowakischen Staates verfügte Einstellung der Durchfuhr deutscher Kohle aus Oberschlesien und der Braunkohle aus Nordwestböhmen, ferner der Zufuhr von Gas Kohle und Koks aus dem Ostrau-Karwiner Revier in eine außerordentlich kritische Lage geraten. Kohle für Wohnungsbeheizung steht überhaupt nicht mehr zur Verfügung. Die zur Bereitung der Speisen erforderlichen Kohlen- und Holzvorräte reichen höchstens für eine Woche. Den Mühlen und Bäckereien droht in wenigen Tagen Betriebseinstellung. Vorräte für Bahnbetrieb sind keine vorhanden. Die Gas- und Elektrizitätswerke in Wien können bei einschneidendsten Sparmaßnahmen noch zwei bis drei Wochen in Betrieb erhalten werden. In andern Städten sind die Gaswerke bereits stillgelegt.

Mit der Einstellung der Wiener Gas- und Elektrizitätswerke ist nicht nur der Wegfall jeglicher Beleuchtung, sondern auch die Stilllegung hunderter Approvisionierungs- und gewerblicher Betriebe verbunden, wodurch hunderttausende Arbeiter zum Müßiggang verurteilt werden und die Bevölkerung dem Elend und der Hungernot verfallen müßte, selbst wenn die in Aussicht gestellten Lebensmittelaushilfen rechtzeitig einlangten. Die verzweifelte Lage der Bevölkerung müßte dazu führen, daß umstürzlerische Elemente im Staate die Oberhand gewinnen.

Der deutschösterreichische Staatsrat, mit allen Mitteln bestrebt, im Sinne des Wunsches dortiger Regierungen Ruhe und Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten und den Eintritt katastrophaler Zustände zu verhindern, stellt im Interesse der Menschlichkeit die inständigste und dringendste Bitte, auf den Nationalrat des tschecho-slowakischen Staates Einfluß zu üben, daß die Ausfuhr der Ostrauer Kohle unter Beistellung der erforderlichen Transportmittel gestattet und die Durchfuhr anderer Kohle unbeschränkt zugelassen werde. Besonderer Wert wird auf die Lieferung von Ostrauer Kohlen gelegt, da die Einrichtung der Wiener Gaswerke die Verwendung anderer Kohlen ausschließt und überdies große Lagerbestände an Gas Kohlen bei den Ostrauer Gruben die sofortige ausreichende Versorgung ermöglichen. Gleichzeitig bittet der deutschösterreichische Staatsrat um die Unterstützung hinsichtlich des Transports, da der eigene Lokomotiv- und Wagenpark durchaus unzulänglich ist. Dringendster Monatsbedarf ist 25.000 Waggons Ostrauer Kohle für die Gaswerke und Bahnen und 8000 Waggons Koks für die Bahnreparaturanstalten. Dringend notwendig ist weiter die Durchfuhrbewilligung für 75.000 Waggons Braun- und Steinkohlen für Küchen- und Beheizungszwecke, Approvisionierungsbetriebe, Elektrizitätswerke und den dringendsten Industriebedarf.“

10./XII. 1918

* Die Kohlenversorgung der Schulen. Der Magistrat hat rechtzeitig für die Vernehmung der hauptstädtischen Schulen mit Heizmaterialien gesorgt, so daß viele Schulen über ansehnliche Vorräte verfügen. Die Vorräte bestehen zumeist aus Koks und Kohle, dagegen vermochten nur wenig Schulen die entsprechende Menge zu beschaffen. Angesichts der allgemeinen Kohlenknappheit ist es nicht unmöglich, daß die Schulen zum Zwecke der Streckung der Vorräte auch heuer für einige Zeit geschlossen werden. Magistratsrat Dr. Julius Vá r o s h hat in dieser Angelegenheit an den Regierungskommissär für die Kohlenversorgung eine Anfrage gerichtet.

20. VII. 1918

137

Die Kohlennot.

Der Bevollmächtigte des tschecho-slowakischen Staates in Wien Herr Lujar äußerte gestern in einem Gespräch mit einem Redakteur unseres Blattes über die Kohlennot, seiner Meinung nach werde die Situation sich bald erleichtern. Allerdings müßte Deutschösterreich für die Vushilfe an Kohlen wirtschaftliche Konzessionen machen.

Die Kohlennot.

Einer unserer Redakteure hatte gestern Gelegenheit, mit dem Bevollmächtigten des tschecho-slowakischen Staates in Wien Herrn Tuzar über die Kohlennot und die Möglichkeiten ihrer baldigen Behebung zu sprechen.

Herr Tuzar zeigte sich ziemlich verstimmt sowohl über die amtlichen als auch die aus privaten Quellen stammenden Nachrichten betreffend die Grenzsperrung gegenüber Deutschösterreich und erklärte im Verlaufe des Gesprächs: „Woher stammt denn die Kohle, die Wien jetzt verbrennt? Aus unsern Gebieten oder sie hat zumindest unsere Gebiete passiert. Es kommt nicht viel Kohle nach Wien, das will ich nicht bestreiten, aber immerhin sind vorgestern 260 Waggons angelangt; da kann man doch von einer Grenzsperrung nicht sprechen!“

Auf die Bemerkung, daß die Kohlennot so katastrophal sei, daß schleunigst die volle Belieferung der Stadt gesichert werden müßte, um das Verhängnis hinauszuhalten, erwiderte Herr Tuzar: „Ich glaube,

daß die Situation sich bald erleichtern wird. Allerdings ist es klar, daß Konzessionen unsererseits durch ein Entgegenkommen seitens Deutschösterreich wettgemacht werden müßten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß ich die politische Frage des Anschlusses Deutschböhmens an unsere Republik nicht in Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten bringen will, die so schwer auf der Bevölkerung lasten. Es gibt auch wirtschaftliche Konzessionen, und ich verweise diesbezüglich nur auf die Möglichkeit einer raschen Liquidation der Militärgüter und die freie Durchfuhr der Bevölkerung und der Güter aus dem Süden der ehemaligen Monarchie in unsere Gebiete.“

Nach gestern verbreiteten Gerüchten soll die Freigabe der Kohlentransporte aus dem Mährisch-Osttrauer Revier nach Deutschösterreich, beziehungsweise Wien, seitens der tschecho-slowakischen Regierung erfolgt sein. Von authentischer Seite erfahren wir, daß von einer solchen Verfügung bis gestern abend nichts bekannt gewesen ist.

Daß die Durchfuhr der obereschlesischen Kohlenbezüge für Deutschösterreich Gegenstand der Verhandlungen war und ein günstiges Ergebnis in Aussicht stand, haben wir kürzlich gemeldet. Bei dieser Gelegenheit wurde vereinbart, die Durchfuhr der ausländischen Kohle durch Böhmen in der Weise einzuleiten, daß an den Waggons in tschechischer Sprache Zettel des Inhalts angebracht werden: „Ausländische Kohle. Ausfuhr mit Zustimmung des Narodni Wybor gestattet.“ Diese Zettel sollen den Grubenbesitzern in Oberschlesien übermittelt werden. Die einschlägigen Verhandlungen werden von einem Vertreter des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten und je einem Vertreter der Magistrate von Wien und Prag geführt und liefern ein günstiges Ergebnis auch hinsichtlich beschränkter Mengen von Braunkohle erwarten.

Die Kohlennot.**Keine Aenderung der Lage.**

In Wien waren gestern Nachrichten verbreitet, wonach die Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung bezüglich der Ausfuhr und Durchfuhr von Kohlen bereits abgeschlossen und zu einem befriedigenden Ergebnis gelangt seien. Im Staatsamt für öffentliche Arbeiten wurde uns jedoch mitgeteilt, diese Nachrichten seien zumindest vorrühlich. Die Kohlenfrage, die heute infolge ihrer überragenden Wichtigkeit im Vordergrund aller Wirtschaftsangelegenheiten steht, bildete gestern den ganzen Tag über den Gegenstand vielfacher Beratungen, doch sind sie bisher nicht abgeschlossen.

Von Seite der tschecho-slowakischen Regierung liegen vorberhand nur mündliche Zusicherungen vor, und auch diese erstrecken sich nur auf die Durchfuhr ober-schlesischer Kohle; bezüglich der Kohle aus dem Ostrau-Karwiner Bezirk stehen die Verhandlungen nach wie vor ungünstig. Die tschecho-slowakische Regierung läßt an Ostrauer Kohle nur die für den Bahnbetrieb nötigen Sendungen passieren, und auch diese in unzulänglichem Ausmaß. Als Hausbrand- und Industrie-Kohle kommt nur das hiesige, was aus dem nordböhmischen Nejerbock abgelassen wird; es ist dies so wenig, daß es ausgeschlossen erscheint, damit das Auslangen zu finden.

Heute begaben sich Vertreter der Nationalregierung nach Prag, wo Beratungen mit den Vertretern der tschecho-slowakischen Regierung stattfinden. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, wie sich für Wien und Deutschösterreich die Kohlenversorgung in Zukunft gestalten wird.

Die Wirkung der Sparmaßregeln.

Die Bilanz des ersten Tages der Sparmaßnahmen war, wie bekannt, nicht günstig; die Ersparnisse, die durch die Beschränkung des Gases und der elektrischen Kraft erzielt werden, waren gering im Vergleich zu den empfindlichen Schädigungen, die der Allgemeinheit und insbesondere der Geschäftswelt zugefügt werden. Es hat den Anschein, daß die Bevölkerung bei der Verwendung von Gas und Elektrizität nicht jene freiwilligen Beschränkungen sich auferlegt, die unerlässlich sind. Da daran auch die Androhung von Strafen nichts ändern dürfte, wird die Gemeinde Wien im Notfall zu schärferen Absperrungsmaßnahmen schreiten müssen.

Die Geschäftsleute äußern sich über die Wirkung des frühen Schlusses im allgemeinen pessimistisch. Die durchlaufende Arbeitszeit mit Wegfall der Mittagspause würde eine große Erleichterung bedeuten, allerdings ist bei der heute so schwierigen Beschaffung von Lebensmitteln und der Unmöglichkeit, um 4 Uhr etwas zu essen zu bekommen, die Durchführung dieser Aenderung sehr erschwert.

Die Kohlennot.

Die Stadt Wien und das niederösterreichische Industriegebiet stehen vor einer der größten Katastrophen dieses unseligen Krieges, wenn nicht in zwölfster Stunde Hilfe kommt. Hilfe, die schon jetzt nur noch das Nergste abwenden kann. Denn trotz aller Sparmassnahmen ist die Stadt Wien in zwei bis drei Wochen mit ihren Kohlenvorräten zu Ende, selbst die unverweilt einsehenden Nachschübe könnten die zusammengeschnitzten Lagerbestände nicht so weit verbessern, um dem Bedarf halbwegs zu entsprechen. Diese Tatsache ist uns ebenso bekannt wie den leitenden Behörden. Und in dieser Erkenntnis muß auch der Staatsrat, der zu einer Zeit, da die Erfolglosigkeit aller Bittgänge offenkundig war, noch immer daran festhielt, nun zu anderen Mitteln greifen. Bisher geschah nichts oder wenig, unsere eigenen, zu Kompensationszwecken geeigneten Industrieerzeugnisse und Vorräte einheitlich zu erfassen. Deshalb konnten wir auch nicht, besonders den Tschechen gegenüber, aus der Rolle der Bittenden heraustreten. Das eiserne Muß zwingt uns zur Selbsthilfe. Gelingt es nicht mit Güte, den tschecho-slowakischen Staat zur Vernunft zu bringen, dann müssen wir eben Repressalien üben. Auch wir können uns erfolgreich von einem Gebiet absperren, das noch heute in altgewohnter Weise von uns nimmt, ohne uns etwas zu geben. Es wäre gewiß ein Verzweiflungsschritt, aber schon so mancher Verzweiflungsschritt hat den gewünschten Erfolg gehabt.

Inzwischen muß die Stadt Wien alles vorlehren, der Bevölkerung wenigstens eine warme Mahlzeit am Tage zu sichern. Zu diesem Zwecke müßten die heute in großer Zahl vorhandenen Fahrklüchen herangezogen werden, die in den Straßen das Essen portionenweise an das Volk verteilen könnten. Außerdem wäre schon jetzt die ganze vorhandene Gaslokale dem Gaswerk zuzuwenden und die Erzeugung der Elektrizität selbst auf die Gefahr hin, daß die Beleuchtung noch wesentlich herabgemindert und der Straßenbahnverkehr bedeutend eingeschränkt wird, durch minderwertige, beispielsweise Zillingdorfer Kohle bewirkt werden. Alle zu erfassenden Holzvorräte, selbst hochwertige Ware, müßte verfügbar gehalten werden. Weiter wären Kohle und Koks, wo immer sie in größeren Mengen lagern, unnahezu ausschließlich zu beschlagnahmen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen, etwa durch eine Vorratsaufnahme mit Abgabezwang. Das alles erfordert eine Organisation, die schon jetzt einsetzen muß. Wir können vom Staatsrat angesichts der bedrohlichen Lage, die geeignet ist, auch Stärkere auf die Knie zu zwingen, als wir sind, heute energische Maßregeln erwarten. Wir wissen, daß uns niemand sobald helfen wird, und müssen uns deshalb, koste es, was es wolle, auf uns selbst stellen. Die Zeit des Bittens und Bettelns ist vorüber.

Die Verhandlungen mit den Tschechen.

Von tschechischer Seite wird die Sperre mit der schwierigen Verkehrsfrage — Mangel an Lokomotiven usw. — mit der augenblicklichen Zudertampagne in Tschechien, für die Kohle bereitgehalten werden muß, endlich mit der Einstellung der Zuschübe preussischer und westfälischer Kohle nach Böhmen begründet und erklärt, es handle sich keineswegs um eine Absperrung aus politischen Gründen, es könne aber Kohle nicht abgegeben werden, da man sie zur Inbetriebsetzung der Fabriken Böhmens im Lande selbst benötige. Die Verhandlungen sind noch nicht zu Ende. Ende dieser Woche erwartet man aus Prag die Entscheidung. Inzwischen kommen täglich etwa 270 Waggons aus Mähren, überdies steht die Ankunft von etwa 1000 Waggons polnischer Kohle bevor. Ferner sind gestern über 100 Waggons Braunkohle eingetroffen, so daß für die nächste Zeit die Ausgabe von Hausbrand gesichert sei. Endlich haben gestern zwischen der

tschechischen und preussischen Regierung Verhandlungen eingeleitet, damit die Ein- und Durchfuhr preussischer Kohle in und durch Böhmen wieder einsehe. Im Falle eines Erfolges dieser Verhandlungen werde auch der Zuschub Ostrauer Kohlen nach Wien durchgeführt werden können.

Verkehrseinschränkungen.

Wegen Kohlenmangels unterbleiben ab heute den 21. d. im Bereiche der Staatsbahndirektion Wien folgende bisher täglich geführte Personenzüge: 1. Auf der Westbahn: Zug Nr. 117 ab Wien-Westbahnhof 5 Uhr vorm., Zug Nr. 217 ab Wien-Westbahnhof 10 Uhr 20 Min. abends, Zug Nr. 118 ab Wien-Westbahnhof 10 Uhr 50 Min. vorm., Zug Nr. 218 ab Wien-Westbahnhof 6 Uhr 10 Min. vorm. Ferner die Nahverkehrszüge ab Wien-Westbahnhof Zug Nr. 23 um 7 Uhr 20 Min. vorm., Zug Nr. 27a um 1 Uhr 35 Min. nachm., Nr. 29 um 3 Uhr 20 Min. nachm., Nr. 35 um 6 Uhr 15 Min. abends; an Wien-Westbahnhof Nr. 32 um 11 Uhr 30 Min. vorm., Nr. 34a um 3 Uhr 30 Min. nachm., Nr. 40 um 7 Uhr abends, Nr. 42 um 8 Uhr abends. — 2. Auf der Franz-Joseph-Bahn nach und von Gmünd: Zug Nr. 17 ab Wien-Franz-Joseph-Bahnhof 12 Uhr 20 Min. nachm., Zug Nr. 54 an Wien-Franz-Joseph-Bahnhof 3 Uhr 30 Min. früh. Ferner Nahverkehrszüge ab Wien-Franz-Joseph-Bahnhof: Nr. 25 um 7 Uhr 15 Min. nachm., Nr. 31 um 2 Uhr 40 Min. nachm., Nr. 43 um 10 Uhr 30 Min. abends. An Wien-Franz-Joseph-Bahnhof: Nr. 32 um 10 Uhr vorm., Nr. 38 um 6 Uhr 10 Min. nachm. Außerdem unterbleibt der Sonntagsszug Nr. 304 Prem — Wien-Franz-Joseph-Bahnhof (an 9 Uhr 28 Min. abends), schließlich entfällt auf der Strecke Tulln — Mösdiernbaum (S) die Personenbeförderung bei den Zügen Nr. 3361 ab Tulln 9 Uhr 29 Min. vorm. und Nr. 3362 an Tulln 1 Uhr 04 Min. nachm.

Drosselung des Bahnverkehrs in der Schweiz.

Bern, 19. November. Von den zuständigen amtlichen Stellen wird mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung die Einstellung des Zugverkehrs an den Sonntagen und die Ausschaltung des Schnellzugverkehrs in Erwägung gezogen.

Die Abhilfe. Der Kohlenmangel hält noch immer mit unverminderter Schärfe an und bedroht insbesondere den Betrieb der städtischen Gaswerke, die auf die Ostrauer Kohle angewiesen sind. Heute Donnerstag sollen in Prag zwischen den Vertretern der deutsch-österreichischen Regierung und dem Narodni Bybor Verhandlungen zu dem Zwecke stattfinden, die Kohlenlieferungen aus Mährisch-Ostau und aus dem böhmischen Braunkohlenggebiet für Wien sicherzustellen. Aus dem nordwestböhmischen Braunkohlenrevier sind in den letzten zwei Tagen im ganzen 106 Waggons Kohlen in Wien eingetroffen, und es besteht für den Fall, als in diesen Sendungen keine weitere Störung eintritt, die Aussicht, daß wenigstens die Küchenbrände weiter ausgegeben werden können. An eine Ausgabe der Zimmerbrände wird aber auch für die nächste Zeit noch nicht gedacht werden können, was jetzt in der kalten Jahreszeit sicherlich ein wenig trostreicher Ausblick ist. Oberschlesische Kohle, die auf dem Wege zu uns durch tschechisches Gebiet rollen muß, ist bisher von der tschechischen Regierung aufgehalten worden. Die Zusage, daß das nicht weiter geschehen soll, ist vom Narodni Bybor bereits gegeben worden, und es besteht sonach die Aussicht, daß sich wenigstens in einigen Tagen unsere Kohlenversorgung etwas besser gestalten werde.

Die Folgen der Kohlennot in Wien.

Mitteilungen des Direktors Karel der städtischen Elektrizitätswerke. — Die Verhältnisse in den Gaswerken und drohende Verkehrseinschränkung der Straßenbahn.

Das Staatsamt für öffentliche Arbeiten hat vor wenigen Tagen einschneidende Verbote im Gas- und Stromverbrauch für Niederösterreich erlassen, um der herrschenden Kohlennot zu steuern. Die Vorschriften treffen vor allem Geschäfte und Fabriken mit motorischem Antrieb. Welchen praktischen Erfolg dieser Erlass zeitigt, läßt sich heute, nach so kurzer Zeit des Inkrafttretens, noch nicht feststellen. Daß aber, was Wien betrifft, das Ergebnis weit hinter den Erwartungen zurückbleibt, ist eine erschreckende Tatsache, die uns nach Informationen an zuständiger Stelle, bei den städtischen Unternehmungen, die neben den Haushalten von der Kohlenknappheit in erster Linie getroffen werden, bestätigt wird.

Herr Direktor Karel der städtischen Elektrizitätswerke äußerte sich einem unserer Redakteure gegenüber über die diesbezüglichen Verhältnisse in dem ihm unterstellten Unternehmen:

Seit Wochen ist kein Waggon Kohle eingelangt. Wir leben bis heute ausschließlich von den Vorräten und diese sind derart erschöpft, daß wir selbst bei Aufrechterhaltung der erlassenen Sparmaßnahmen höchstens drei Wochen auskommen können, wenn nicht vorher größere und regelmäßige Zufuhren erfolgen. Die jüngst verlautbarten Verbote im Stromverbrauche sind zwar sehr tiefgreifend, aber voraussichtlich von wenig Erfolg begleitet, da es an dem nötigen Gemeinssinn unserer Bevölkerung zu fehlen scheint. Jeder trachtet, sich über die Sparmaßnahmen hinwegzusetzen, jeder will eine Ausnahme. Die Ueberwachung ist natürlich sehr schwer, ist aber eingeleitet worden, und wir werden strengstens vorgehen, weil es nicht angeht, daß einzelne Leute auf Kosten der anderen leben. Man muß doch bedenken, daß die Elektrizitätswerke in der Versorgung mit Kohle heute nahezu ganz und gar auf die Regierung angewiesen ist, und wenn deren Bemühungen nicht bald ein Resultat ergeben, eine Katastrophe unvermeidlich wird. Diese zu verhindern oder doch wenigstens möglichst weit hinauszuschieben, liegt auch an der Bevölkerung, an deren Sparinn nicht genug appelliert werden kann.

Die Werke beziehen die Kohle aus drei Revieren: dem Ostrauer, nordwestböhmisches und ober-schlesisches. Bis jetzt hat die Regierung durchgesehen, daß die Tschechen die Durchführung von deutscher Kohle gestatten. Es bestehen aber noch immer Schwierigkeiten, da es z. B. an den nötigen Lokomotiven und Waggon Kohle aus Deutschland abgerollt ist. Bezüglich der Lieferungen aus Nordwestböhmen und Ostrau sind die Verhandlungen im Gange, bisher ist aber nur der Bezug von Hausbrandkohle, nicht aber für das Werk gestattet worden. Auch für diesen Zweck ist bis gestern aus dem nordwestböhmisches Revier keine Kohle abgegangen.

Hier ist die Kohlennot dadurch verschärft worden, daß der Tagbau in Neufeld, der die Kohle für die Ueberlandzentrale in Ebenfurt liefert, zum Stillstand gekommen ist, weil die dort beschäftigten Kriegsgefangenen weggegangen sind. Von Ebenfurt aus sind früher ungefähr zwanzig Prozent des Strombedarfes von Wien gedeckt worden. Allmählich ist es uns

nun gelungen, das Werk wieder in Betrieb zu setzen und wir erhalten von dorthier heute doch schon zehn Prozent des Bedarfes. Wir setzen alles daran, die Produktion in Ebenfurt, beziehungsweise im Neufelder Tagbau zu fördern. Tatsächlich sind dort gegenwärtig ungefähr 25.000 Waggon Kohle abgedeckt, die bloß mit Krampen und Schaufel abgegraben werden mußten, um für die Verwendung reif zu sein. Um allen Anforderungen zu genügen, wurde auch das Kraftwerk während des Krieges mit großen Kosten und Mühe ausgebaut und mit allen Anlagen und Transporteinrichtungen ausgestattet. Es könnte heute, wenn der Tagbau mehr Kohle liefern würde, ganz gut 25 bis 30 Prozent des Bedarfes übernehmen. Leider haben wir Rot an Erdarbeitern, da wir schon im Frieden für die niederen Arbeiten Slaven und Italiener verwendet haben. Unsere einheimischen Arbeiter sind höher qualifizierte Leute und die wenigen, die sich zur schweren Erdarbeit eignen, gehen gegenwärtig lieber zur Landwirtschaft, weil sie dort besser verpflegt werden. Es müht deshalb nur wenig, wenn die Gemeinde den Arbeitern im Werke sehr hohe Löhne zahlt. Hierzu kommt, daß der Winter vor der Tür steht, der Betrieb im Tagbau bei schlechterem Wetter unmöglich ist, die Produktion im Winter also an und für sich sinkt.

Unter diesen Verhältnissen halte ich es für notwendig, darauf zu verweisen, daß selbst in dem Falle, wenn die rastlosen Verhandlungen der Regierung mit allen beteiligten Staaten durchaus ein gutes Ergebnis haben sollten, nicht mit einer baldigen Aufhebung der getroffenen Sparmaßnahmen zu rechnen ist, da die Zufuhr der Kohle im Winter schon in Friedenszeiten immer nur einen Bruchteil des Bedarfes bestritten hat und in drei Wochen der Vorrat des Werkes aufgezehrt sein wird. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß noch eine Verschärfung eintritt, die sich auch auf den Straßenbahnbetrieb erstrecken würde, bezüglich dessen Einschränkung von der neuen Regierung bereits Schritte eingeleitet worden sind. Wir werden froh sein müssen, wenn diese heute schon fast unvermeidlichen Verschärfungen bald wieder verschwinden werden.

Jeder sollte im eigenen Wirkungskreise so viel als möglich sparen, bei den 140.000 Abonnenten macht das kleinste Ersparnis des Einzelnen zusammen eine große Summe aus. Unsere Hoffnung ist heute auf die Billingsdorfer Gewerkschaft gerichtet. Die Situation wäre noch weit schlimmer, wenn wir nicht unser eigenes Kohlenbergwerk in Billingsdorf und Neufeld hätten, das bezufen ist, in der Zukunft eine sehr große Rolle zu spielen. Ohne diese Werke wären wir schon zwei Monate früher mit unseren Kohlenvorräten fertig gewesen.

Eine Besserung ist erst im März zu erwarten, zumal im ober-schlesischen Revier 15.000 polnische Arbeiter entlassen wurden und die Leistung ebenso wie in Nordwestböhmen stark zurückgegangen ist.

Bei den Gaswerken sind, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, die augenblicklichen Verhältnisse nicht besser, die Aussichten aber noch düsterer wie bei den Elektrizitätswerken, da für das Gaswerk als Bezugsquelle von Gas Kohle nur das Ostrau-Karwiner Revier in Betracht kommt. Bisher zeigt sich keine Hoffnung, daß die Gaswerke ausreichend mit Kohle versorgt werden und es ist zu besorgen, wenn in den allernächsten Tagen nicht größerer Zuschübe von Gas Kohle regelmäßig eintreffen, daß mindestens nicht die seit wenigen Tagen in Geltung stehende Gasverbrauch-Sparordnung in absehbarer Zeit aufgehoben wird. Von den Polen wurde dem Unternehmen — noch mit Gegenleistungen — eine lächerliche Menge Kohle zugesichert, aber selbst diese ist noch lange nicht in Wien, da verschiedene Schwierigkeiten, nicht zuletzt von Seite der Tschechoslowaken, die Zufuhr verhindern.

a
 23
 143

Die Kohlenversorgung.

Wien, 23. November.

In den letzten Tagen sind 4000 Tonnen böhmischer Braunkohle in Wien eingetroffen, und man erwartet, daß demnächst weitere 4000 Tonnen zur Einfuhr gelangen werden. Für die Kohlenversorgung Wiens wird der Ausgang der Verhandlungen, die gegenwärtig mit der polnischen Regierung geführt werden, von größtem Einflusse sein. In Oderberg sind 765 Waggons Steinkohle, die beschlagnahmt worden waren, wieder freigegeben worden. Die im Gange befindlichen Verhandlungen zu Ostrau bezwecken die Sicherung einer größeren Menge Gaskohle, die hauptsächlich für die Versorgung der hiesigen Gaswerke bestimmt ist. Auch mit den Czechen laufen noch Verhandlungen, welche die Durchfuhr deutscher Kohle durch Böhmen bezwecken. Der Erfolg dieser Verhandlungen wechselt oft von Tag zu Tag. An einem Tage langen Waggons mit Kohle ein, am nächsten Tage ergeben sich wieder größere Störungen. Man befürchtet, daß die Einfuhr ober-schlesischer Kohle dadurch eine Störung erfahren könnte, weil gegenwärtig in Oberschlesien ein Streik ausgebrochen ist, der noch nicht beigelegt wurde. Durch die Inanspruchnahme des deutschen Fahrparkes durch den Abtransport der Truppen hat die allerdings geringe Zufuhr weisfälliger Kohle nach Oesterreich eine neuerliche Unterbrechung erfahren.

Außerungen des Staatsrates Dr. v. Langenhan über seine Berliner Verhandlungen.

Staatsrat Dr. v. Langenhan äußerte sich einigen Pressevertretern gegenüber nach seiner Rückkehr aus Berlin über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen, welche dort über die Frage der Ernährung, Kohlenversorgung und Beschaffung deutscher Valuta für den deutschösterreichischen Staat gepflogen wurden, folgendermaßen:

Die Verhandlungen über Aushilfe mit Lebensmitteln gestalteten sich deshalb schwierig, weil das Deutsche Reich sich bekanntlich selbst in äußerst prekären Ernährungsverhältnissen befindet und weil infolge der letzten Ereignisse auch eine teilweise Desorganisation eingetreten ist. Für Deutschösterreich wurde per November die Auslieferung des Restes der feineren in Aussicht gestellten 10.000 Tonnen Wehl konzidiert und es ist zu hoffen, daß bis Ende des Monats November diese Mengen nach Deutschösterreich gelangen werden. Für den Monat Dezember hat Deutschösterreich eine Aushilfe in der Höhe von 33.000 Tonnen Wehl anfordern müssen, um auch nur die verminderte Brotquote an die Bevölkerung verteilen zu können. Das Deutsche Reich hat sich grundsätzlich bereit erklärt, die geforderte Hilfe zu leisten. Die volle Abgabe der angeforderten Menge aber hat die deutsche

Reichsregierung noch von der Ueberprüfung der eigenen Bestände und von der Ueberprüfung des deutschösterreichischen Bedarfes abhängig gemacht. Die Regierung des Deutschen Reiches hat sich im Verlaufe der ganzen Verhandlungen auf den Standpunkt gestellt, daß es Deutschösterreich, welches sich zum Anschluß an Deutschland bekennt hat, in der Ernährungsfrage unbedingt beizupringen müsse und daß diese Unterstützung bis an die Grenze der eigenen Möglichkeiten gewährt werde. Leider haben destruktive Elemente in Deutschland einmal mit Erfolg versucht, Verhandlungen für Deutschösterreich zu hintertreiben. Doch waren dies nur einzelne Fälle, welche sich hoffentlich nicht mehr wiederholen werden.

Bezüglich des Bedarfes an deutscher Kohle haben wir beim Reichskohlenkommissar auch diesmal größtes Entgegenkommen gefunden. Die Schwierigkeiten des Transportes von Kohle nach Deutschösterreich legen vor allem in dem großen Waggonmangel, der es Deutschland unmöglich macht, deutsche Waggons beizustellen. Dieser Waggonmangel wird natürlich durch die überaus scharfen Waffenstillstandsbedingungen der Entente an Deutschland geradezu bis zu einer Katastrophe verzögert. Es müssen daher aus Deutschösterreich die Waggons erst nach Deutschland gebracht werden, was selbstverständlich einen großen Zeitverlust mit sich bringt. Daß Schwierigkeiten bezüglich der Durchfuhr durch nicht-deutsches Gebiet durch Verhandlungen mit den nicht-deutschen Staaten zu beheben waren, ist bekannt. Eine Gefahr für die Belieferung Deutschösterreichs mit ober-schlesischer Kohle liegt in den letzten Tagen auch in dem Verhalten polnischer Banden, welche das ober-schlesische Kohlengebiet bedrohen und dieses Gebiet scheinbar ebenso besetzen wollen wie Polen. Diese Gefahr wird aller Voraussetzung nach in den nächsten Tagen gebannt werden.

Weitere Verhandlungen waren in Berlin zu führen wegen Beschaffung von deutscher Valuta, welche Deutschösterreich zur Bezahlung der in Deutschland gekauften Lebensmittel und Kohle, weiter für die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge und anderer Verpflichtungen an im Deutschen Reich wohnende deutschösterreichische Staatsbürger benötigt. Auch diese Verhandlungen haben dank dem Entgegenkommen der deutschen Reichsregierung, insbesondere des Reichsschatzamtes, ein günstiges Ergebnis gezeitigt. Die Ziffer der Deutschösterreich monatlich zur Verfügung zu stellenden Markvaluta ist noch nicht ganz festgesetzt, doch wurde von seiten der deutschen Reichsregierung ein sofortiger Markvorschuß gewährt, der die augenblicklichen dringenden Bedürfnisse zu decken gestattet.

Die Kohlenfrage.

Im Stande der Verhandlungen, die mit der tschecho-slowakischen Regierung über die Kohlenfrage, über die Behandlung der Ostrauer Kohle geführt werden, hat sich nichts geändert. Die Annahme, daß in dieser Richtung von Böhmen aus neue, größere Hindernisse bereitet werden, trifft also nicht zu. Hinsichtlich der für die Wiener Gaswerke bestimmten ostschlesischen Karwiner Kohle ist sogar eine gewisse Besserung der Versorgung wahrzunehmen, da auf Grund einer mit der polnischen Regierung geschlossenen provisorischen Vereinbarung Kohle nach Wien für das Gaswerk verfrachtet worden ist. Die Sendung, die etwa morgen hier eintreffen dürfte, ist allerdings nicht sehr groß, immerhin wird sie aber ausreichen, um den Bedarf des Gaswerkes doch wenigstens wieder für einige Tage aufzufüllen. Die Kohlensendungen aus Deutschland, speziell aus Oberschlesien, sind jetzt wieder mehr in Gang gekommen. In den letzten Tagen sind täglich etwa 250 Wagen Kohlen verladen worden. Aus den nordwestböhmischen Revieren ist von den seinerzeitigen Sendungen noch ein Vorrat von etwa 4200 Tonnen, und die Ankünfte der letzten Tage schwankten zwischen 200 und 900 Tonnen pro Tag. All diese Lieferungen reichen indes auch nicht entfernt zur vollständigen Deckung des Bedarfes an Regie- (Bahn-) Kohle, ferner an Industrie- und Hausbrandkohle hin, und für den Wohnbetrieb muß begreiflicherweise in erster Linie vorgesorgt werden, wenn er nicht empfindlich eingeschränkt werden soll. Im Hinblick darauf haben die staatlichen Kohlenverorgungsinspektorate in Aussig und Karlsbad das Nötige vorgelehrt, um einlaufende Kohlensendungen vor allem für den Regiekohlebedarf der Eisenbahnen zu sichern.

Kohlennot und Leuchtnot.

Der Bürgermeister kündigt eine weitere Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauches an.

Wir erfahren, daß die Verhandlungen mit Deutschland über die Zuschüsse an westfälischer und oberschlesischer Kohle günstig stehen und eine baldige Linderung der Wiener Kohlennot erwarten lassen. Linderung, doch keineswegs Beseitigung der Krise selbst, da die Lagerbestände derart gelichtet sind, daß neue Zuschüsse nur über den schlimmsten Mangel hinweghelfen können. Bleiben auch diese Zuschüsse aus, dann droht Wien eine wahrhaftige Kohlentatastrophe.

Den Ernst der Lage hat gestern Bürgermeister Doktor Weiskirchner in offener Gemeinderatsitzung unumwunden kundgetan. Auf die Aufforderung, beim Staatsrate für die Geschäftsleute die Sechszehrsperre bis Weihnachten zu erwirken, erklärte der Bürgermeister: Das sei nicht nur nicht möglich, er müsse vielmehr darauf aufmerksam machen, daß „in den nächsten Tagen eine weitere gehende Maßnahme betreffend die Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauches getroffen werden wird.“ Welcher Art diese geplante weitere Einschränkung ist, hat der Bürgermeister nicht gesagt. Wenn sie aber in aller Form angekündigt wird, muß sie zweifellos unerläßlich sein. Sie beweist auch, daß die Kohlennot eine neuerliche Verschärfung erfahren hat und daß es allerdringendstes Gebot ist, die Verhandlungen wegen der auswärtigen Hilfe schleunigst zum Abschlusse zu bringen. Wir hören, daß eine starke Betriebseneinschränkung der Straßenbahnen bevorsteht.

24./XI. 1918

177

Die Kohlenversorgung.

Von einem Fachmann.

Wien, 23. November.

Der Wiener Nordbahnhof, der die größten und fast ausschließlich in Betracht kommenden Kohlenlager hat, weist in normalen Zeiten im Herbst Vorräte von 10.000 Waggons Kohle auf. Jetzt sind die Kutschen fast leer, weil seit mehreren Wochen jede Zufuhr infolge der politischen Ereignisse und der damit verbundenen Absperrungsmaßnahmen fehlt. Früher sind sogar aus den böhmischen Braunkohlenevieren zirka 20.000 Waggons monatlich noch nach Deutschland gegangen. Diese Exporte haben die Tschechen eingestellt. Die Tschechen haben schon jetzt einen großen Uberschuß an Kohle in Ostrau, weil sie nichts nach Wien schicken. Darunter leiden besonders die Wiener Gasanstalten und Elektrizitätswerke, die fast ausschließlich Ostrauer Kohle verwenden. In mehreren Stationen Mährens, so zum Beispiel in Brünn, sind in der vorigen Woche hunderte Waggons Kohle gestanden, die nicht ausgeladen werden konnten, weil hierfür am Bahnhof kein Platz war. Die Deutschen haben die Abienung der ober-schlesischen Kohle nach Wien eingestellt, weil man ihre Waggons nicht mehr an den Ursprungsort zurückgestellt, sondern in Böhmen beschlagnahmt hat. Nach langen Verhandlungen haben die Tschechen endlich eingewilligt, daß täglich 250 Waggons aus Oberschlesien nach Wien abgelassen werden dürfen. Bei der jetzigen Witterung brauchen wir aber täglich für Wien 350 bis 400 Waggons Hausbrandkohle aus Oberschlesien. Die Situation in Oberschlesien hat sich inzwischen noch dadurch verschlechtert, daß in den dortigen Revieren ein Streik ausgebrochen ist. Die Belieferung der Privatpersonen mit Kohle, die während der Sommermonate bis 12. Oktober gestattet war, ist sehr schwach ausgefallen, weil die Kohlenzufuhren infolge der Truppentransporte, der Truppenverschiebungen und namentlich wegen des Lokomotiven- und Waggonmangels spärlich waren. Die Kohlentransporte aus Westfalen sind in Bayern vom dortigen Arbeiter- und Soldatenrat erst beschlagnahmt worden, dann erfolgte durch mehrere Tage eine Grenzsperrung und jetzt sind nur geringe Quantitäten aus Westfalen angekommen. Abhilfe wäre nur möglich, wenn die Tschechen von den reichen Vorräten aus Ostrau nach Wien abgeben und überdies die Durchfuhr aus Oberschlesien und Polen gestatten würden.

Was wir von der Entente wollen.

Vor der Reise.

Von Dr. Rudolf Ritter v. Schwarz-Diller.

Wien, 23. November.

Die Versuche, mit der Entente direkt und persönlich in Verbindung zu treten, in mündlicher Zwiesprache unsere dringendsten Notwendigkeiten schildern zu dürfen, die Hoffnung haben, daß das lebendige Wort wirken, rasch wirken wird, weil doch auch die anderen Menschen sind, und weil Herz und Verstand die Wichtigkeit der Erfüllung unserer Wünsche und Bitten nahelegt — all dies soll sich jetzt in aller nächster Zeit vollziehen, falls nicht allerlei dunkle Einflüsse und Bestrebungen weitere Verzögerungen und Verschiebungen verursachen und das Einfachste, Natürlichste und Selbstverständlichste verzögert, aufgeschoben oder gar ganz unmöglich gemacht wird. Es wäre mehr als ein Verbrechen, es wäre ein schwerer Fehler.

Eisige Winde brausten heute nacht über Wien und das Land, und nicht nur die Kälte, sondern auch der Gedanke macht einen schauern, daß es so kalt und häßlich sein, und daß dann vielleicht kein Material mehr vorhanden sein wird, unsere Räume zu erwärmen und erleuchten. Tief erschüttert war ich heute, als ich die Nachricht erhielt, daß im Flüchtlingskinderlager Nikolsburg 600 jüdische Kinder, vom 14. Lebensjahre abwärts bis zum zartesten Alter, hungern und frieren. Ich darf allerdings nicht helfen, und die anderen wollen nicht. Und doch wird tagtäglich in so vielen Gotteshäusern Gott angerufen, und tausend Lippen

erbitten seine Barmherzigkeit, die Barmherzigkeit, die sie anderen nicht gewähren wollen. Und wenn die Zeit vorrückt und die Hilfe nicht bald erscheint, dann werden die Dinge in Wien gar bald an das Flüchtlingskinderlager in Nikolsburg erinnern; nur können die 600 armen jüdischen Flüchtlingskinder in Nikolsburg keine Revolution machen, die werden still zugrunde gehen und sterben, wie ich im Kriege so manches Flüchtlingskind schon sterben sah — aber das Volk in Wien wird nicht in staatlichen Verordnungen erfrieren und verhungern wollen wie die englischen Matrosen auf dem berühmten Schlachtschiff, die in Reich und Glib stehen bleiben, anständig lauschend den Melodien des schottischen Dudelsackbläfers, als das Meerwasser über die Planken einbrach und das Schiff in den Grund zog.

Ruhe und Ordnung und Sicherheit suchen aber nicht wir allein, die des Krieges Qual doppelt und dreifach empfinden mußten; die Entente muß dasselbe Bestreben haben wie wir. Vielleicht sind die Nachrichten über bolschewistische Umtriebe in England falsch; aber Frankreich hat schon einmal eine Kommune gehabt, und der letzte Dockarbeiterstreik in London hat ahnen lassen, was sich einmal dort zutragen könnte. Des Sieges Uebermut könnte gar leicht durch Siegesorgen abgelöst werden; und ist einmal in den immer schwankenden Bau der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ein einziger Quaderstein ausgebrochen, dann

fällt auch das ganze Gebäude ein, unerblicklich, unerwartet; möge Kiel nicht nur Deutschlands Kiel bedeuten.

Wir wenden uns an das Herz, aber auch an den Verstand unserer ehemaligen Feinde. Die Stimmung ist für uns Oesterreicher, für uns Wiener gut; der Appell an das Herz wird seine Wirkung nicht verfehlen. Aber auch das Anrufen des Verstandes wird nicht vergeblich bleiben. Frankreich und England haben ihre Erfahrungen über das, was man jetzt gemeiniglich als inneren, sozialen Krieg bezeichnet. Ein englischer Philosoph, Hobbes, hat einmal die Zeit der unbeschränkten Menschenfreiheit geschildert, er hat sie treffend charakterisiert mit den Worten: Homo homini lupus (der Mensch des Menschen Wolf). Ich fürchte daher weniger, daß die anderen ihr Menschtum vergessen oder ihre Vernunft verlieren dürften, ich fürchte mehr, daß man bei uns das rechtzeitige Ermöglichen dieser wichtigen Reise vergessen wird. Tempora mutantur, doch wir hierzulande ändern uns nicht in ihnen.

Die Kohlenversorgung der Stadt Wien.**Bewilligung der Durchfuhr oberösterreichischer Kohle durch Wien.**

Heute liegt eine Meldung vor, die den Ausgangspunkt für eine Besserung der Lage, insbesondere soweit die Gaswerke in Betracht kommen, bedeuten könnte. Das deutschösterreichische Staatsamt für Verkehrsweisen hat den Bürgermeister Dr. Weiskirchner verständigt, daß an die Direktion Kattowitz nachstehende telegraphische Weisung ergangen ist: Generaldirektion der czecho-slowakischen Staatsbahnen berichtet, daß der Durchführung der oberösterreichischen Kohle über Oberberg und Mähren für die Gemeinde Wien zugestimmt wird. Er suchen daher dringend, Kohlenverladung aufzunehmen und um Abfertigung in ganzen Lagen."

Die Lage der Gaswerke.

Mit dem Eintreffen dieser Kohle bleibt aber die Situation der Gaswerke andauernd ernst. Aus dem Rathause wird durch nachfolgenden Aufruf neuerlich zur größten Sparbarkeit gemahnt: Den städtischen Gaswerken droht infolge Unterbindung der Kohlenanlieferung die Gefahr der Betriebseinstellung in aller nächster Zeit. Alle Gasverbraucher wissen dies. Trotzdem werden die den Gasverbrauch beschränkenden Regierungsverordnungen nicht beachtet. Daran sind gewerbliche und industrielle Betriebe verhältnismäßig weniger beteiligt. Dagegen wird in zahlreichen Wohnungen und Bureau unbedürftig um die behördlich festgesetzten Mengen, Gas zur Raumheizung und Warmwasserbereitung verwendet. Die Betreffenden werden schon in den nächsten Tagen erfahren, daß die in den Regierungsverordnungen angeordneten hohen Geldstrafen und die Abspernung der Gaslieferung nicht bloß auf dem Papier stehen. Wahrscheinlich wird es sich auch empfehlen, die Klagen der sich oft in geradezu aufreizender Weise über die Intressen der Allgemeinheit hinwegsetzenden der Bevölkerung mitzuteilen."

Im Rathause finden unablässig Konferenzen wegen der durch das Ausbleiben der Kohlenlieferungen geschaffenen Lage statt. Beschlüsse sind noch nicht gefaßt, sie werden aber zunächst eine Verschärfung der Bestimmungen über die Gasheizung bringen sowohl in den Wohnräumen als für Kochzwecke. Dann erst würde, wenn es not täte, auch die Beleuchtung noch gedrosselt werden. In allererster Linie würden sich die Sparmaßnahmen selbstredend auf die Straßenbeleuchtung erstrecken.

Die Versorgung der Elektrizitätswerke.

Die Elektrizitätswerke sind in noch schwierigerer Lage als die Gaswerke. Die Entscheidung über die eventuell zu verfügenden Einschränkungen im Betriebe der Straßenbahnen soll morgen getroffen werden. Der Betriebsstillstand würde mindestens wieder auf die Stunde zurückverlegt werden, die seit August bis zum 11. d. Geltung hatte, allenfalls würde schon um 8 Uhr geschlossen werden. In den verkehrschwächeren Stunden am späteren Vormittag und am frühen Nachmittag würden die Intervalle bedeutend verlängert werden.

Die 4-Uhr-Sperre.

Die Vollzugsanweisung vom 15. d. hat bei den Verbrauchern von Gas und elektrischem Strom manche Zweifel über ihre Anwendbarkeit ausgelöst. Von der Polizeidirektion, in deren Wirkungskreis die Handhabung dieser Vollzugsanweisung fällt, wird daher im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen zur Kenntnis gebracht, daß folgende Betriebsstätten von der Vollzugsanweisung nicht berührt werden: Notariats- und Advokaturkanzleien, zahnärztliche und zahn technische Ateliers, Bäder, Krankenkassen, öffentliche Büchereien, Kohlen- und Brennholzhandlungen sowie Holzwerkleimerungsanstalten, Vereine. Dagegen haben die Bestimmungen der Vollzugsanweisung auf Branntweinschenken, Weinhandlungen, Lottokollekturen, Geschäftsstellen der Klassenlotterie, Tanzschulen, private Turnschulen und private Lehrkurse, Auktionen, Frisuren, Imperatornbureau, Theaterkortenbureau und photographische Ateliers Anwendung zu finden. Die Bestimmungen der Vollzugsanweisung sind durchaus zwingend. Die Bemühung von Personenaufzügen oder die Verlängerung der Betriebszeit für Gas und elektrischen Strom kann auf keiner Fall bewilligt werden. Die Zusammenlegung der vorgeschriebenen Arbeitsstunden auf mehrere Tage in der Woche sowie die Anerkennung eines Betriebes als Dauerbetrieb sind ausschließlich im Wege eines schriftlichen, an die Polizeidirektion gerichteten, mit einem 2-Kronenstempel versehenen Ansuchens anzusprechen. Diese Gesuche werden nach Anhörung der beteiligten Stellen ohne Verzug erledigt. Gegen Personen, welche sich gegen die angeordneten Sperrmaßnahmen bei der Verwendung von Gas und elektrischem Strom vergehen, muß ausnahmslos strengstens vorgegangen werden.

Mf

Drohende Kohlennot.

Schwere Einschränkungen im Gas- und Stromverbrauch

Infolge der bekannten Schwierigkeiten im Ober-schlesischen Kohlenrevier und infolge der geringen Lieferungen aus Rheinland und Westfalen sind die Kohlenzufuhren nach Berlin, soweit sie Steinkohlen betreffen, hinter den Erwartungen erheblich zurückgeblieben. Die Kohlenstelle Groß-Berlin rechnet auch damit, daß die nächsten Tage hierin keine nennenswerten Änderungen eintreten werden. Die Zufuhren werden also auch weiterhin hinter dem tatsächlichen Bedarf zurückbleiben. Der Reichskohlenkommissar hat alle Maßnahmen getroffen, um Berlin vor der drohenden Kohlennot zu schützen. Sämtliche rollenden Waggons mit Kohlen sind auf der Strecke angehalten und nach Berlin geleitet worden. Das Gleiche gilt von den Kohlen, die sich auf dem Wasserwege befinden. In Merseburg werden an der Schleuse sämtliche Oederkähne, die Kohlen vorfrachtet haben, angehalten und nach Berlin geschickt.

Zur Aufrechterhaltung der Berliner Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung und für den Bedarf der Abwässerung und Industrie werden insgesamt monatlich 300 000 Tonnen oder 6 Millionen Zentner Steinkohle gebraucht. Alle Vorräte zusammengerechnet, sind gegenwärtig in Berlin 145 000 Tonnen Steinkohlen vorhanden. Werden die Zufuhren nicht besser, so reicht die Steinkohlenversorgung nur noch für vierzehn Tage, wenn man rechnet, daß wir einen täglichen Bedarf von etwa 10 000 Tonnen haben. Es muß also darauf ankommen, den Bestand zu strecken. Durchgreifende Maßnahmen sind um so notwendiger, als sich die Verkehrsverhältnisse um die Weihnachtszeit auch in geordneten Zeiten zu verschlechtern pflegen.

Die Einschränkungsmaßnahmen erstrecken sich sowohl auf Gas als auch auf Elektrizität, und da die Industrie beides verbraucht, wird sie durch die Einschränkung am meisten betroffen. Die Kohlenstelle hat für heute nachmittag sämtliche Behörden, Industrievertreter usw. zu einer gemeinschaftlichen Besprechung eingeladen, um die Einschränkungen endgültig festzusetzen. Es ist beabsichtigt, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, den Gemeinden und den Polizeipräsidenten Gasperrstunden einzuführen. Gegen die Einführung von Sperrstunden bestehen allerdings wichtige Bedenken, wie die Aufrechterhaltung der Massenspeisung, des Betriebes der Krankenhäuser und der Zeitungsbetriebe. Sodann wird die Straßenbeleuchtung weiter erheblich eingeschränkt. Für die Industrie wird voraussichtlich der Fünfstunden-Arbeitstag vorgeschrieben werden. Die Polizeistunde dürfte für Groß-Berlin auf 11 Uhr festgesetzt werden. Hierdurch wird erreicht, daß der Straßenbahnverkehr eine Stunde früher aufhören kann. Im übrigen soll an dem Straßenbahn- und Hochbahnverkehr nach Möglichkeit nichts geändert werden. Ebenso will man tunlichst die Theater und Kinos vor weiteren Einschränkungen schützen. Allerdings dürften die Theater angehalten werden, etwas früher zu beginnen.

Den Privathaushaltungen dürfte vorgeschrieben werden, daß in jedem Zimmer nicht mehr als eine elektrische Flamme gestattet werden darf. Der Ladenschluß wird wahrscheinlich allgemein auf 5 Uhr nachmittag festgesetzt werden. Von dieser Bestimmung werden die Lebensmittel- und Kohlergeschäfte ausgenommen werden. Eine Einschränkung der Beleuchtung in den Gast- und Speisewirtschaften wird ebenfalls angestrebt. Die endgültigen Beschlüsse werden voraussichtlich spätestens am Mittwoch, 27. Nov., in Kraft treten.

Besser steht es erfreulicherweise um unsere Hausbrandversorgung mit Braunkohlen aus. Die Hauptbezugsquelle Berlins, das Niederlausitzer Kohlenrevier, kommt ihren Verpflichtungen durchaus ordnungsgemäß nach, und auch die Zufuhren an Britteits sind bis jetzt regelmäßig und befriedigend.

Die Kohlenförderung im Ruhrrevier hat in der letzten Zeit einen starken Rückgang erfahren, der in erster Linie auf den Arbeitermangel, hervorgerufen durch die frühzeitige Entlassung der über 20 000 auf den Fechen beschäftigten Kriegesgefangenen, zurückzuführen ist. Dann ist aber die Kohlenförderung auch stark beeinträchtigt worden durch die Streiks auf vielen Fechen. Obwohl zwischen dem Fechenverband und den Bergarbeiterorganisationen eine Einigung über die Arbeiterforderungen (Achtstundentag usw.) erzielt worden ist, kommt es infolge weitergehender Forderungen der Fechengesellschaften immer wieder zu Teilausständen. Eine einigermaßen normale Aufrechterhaltung der Kohlenförderung ist aber nur möglich, wenn die Arbeit nunmehr ohne Störung fortgeführt wird. Augenblicklich ist die tägliche Kohlenförderung der Ruhrzechen auf unter 200 000 T. gegenüber 300 000 T. vor der Revolution gesunken. Auch die vom Reichskohlenkommissar verfügte zehnprozentige Einschränkung der Kokszeugung kann hier keinen genügenden Ausgleich bringen. Uebrigens werden die Fechen bald gezwungen sein, die Koksherstellung noch weiter einzuschränken. Denn der Koksabfall hat infolge der durch die Störung der Erzzufuhr verursachten starken Erzeugungseinschränkung der Hochofenwerke eine außerordentliche Verminderung erfahren.

Die Kohlenversorgung.

Wien, 25. November.

Die Kohlenversorgung Wiens wird in allernächster Zeit davon abhängen, ob es gelingt, größere Mengen Kohle aus Böhmen und den von den Polen besetzten Gebieten zu erhalten. Wie verlautet, sind Vertreter der ungarischen Regierung gestern nach Böhmen abgereist, um die Durchführung deutscher Kohle sicherzustellen und eine gewisse Menge böhmischer Braunkohle zu erhalten. Die Kohlenknappheit ist in Budapest gleichfalls bedeutend, doch liegen dort die Verhältnisse wesentlich besser als in Wien. Von ungarischer Seite ist man nämlich geneigt, gegen die Ueberlassung von Kohle Lebensmittel auszufolgen, ein Weg, der bei der Knappheit an allen Lebensmitteln in Deutschösterreich nicht beschritten werden kann. Infolgedessen dürfte auch der Eisenbahnverkehr eine weitere Einschränkung erfahren und zur neuerlichen Auflassung von Zügen und zur Verminderung des Schnellzugsverkehrs führen.

Einer der größten Wiener Kohlenindustriellen gibt uns über den gegenwärtigen Kohlenmangel die folgende Darstellung:

Seit Oktober vorigen Jahres ist die Kohlenwirtschaft staatlich organisiert. Die Kohlenkarte wurde eingeführt, die staatlichen Maßnahmen haben sich, wie das abgelaufene Jahr gezeigt hat, gut bewährt, denn es war für eine entsprechende Deckung des Bedarfes gesorgt. Für den Hausbrand kommen hauptsächlich ober-schlesische und böhmische Kohle in Betracht, für die Industrie Kohle aus dem Ostrau-Karwiner Revier. Die staatliche

Bewirtschaftung hatte Speerrörräte vorgeschrieben, die gleichsam als eiserner Bestand für die Zeit der Not gelten sollten. Diese beträchtlichen, in den Lagern bestehenden Kohlenvorräte wurden tatsächlich bis Mitte Oktober nicht angegriffen. Dann trat die große Störung in den weiteren Zufuhren ein, welche eine Folge der politischen Umwälzungen war. Die Transporte ober-schlesischer, böhmischer und Ostrauer Kohle sind ausgeblieben. Es kamen keine Kohlenzüge mehr nach Wien, man war also gezwungen, zu den Speerrörräten zu greifen. Dem sind auch diese aufgezehrt und die Kohlenrutschen an den Bahnhöfen fast leer. Die Wiener städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, die mit Ostrauer Kohle gespeist werden, sind nur noch für kurze Zeit gedeckt. Durch das Ausbleiben der ober-schlesischen Kohle konnten Zimmerbrände für die Hauswirtschaft nicht mehr ausgegeben werden. Freilich war es in den Sommermonaten bis zum 12. Oktober möglich gewesen, sich mit Hauskohle einzudecken, das war nur für höchstens 10 Prozent der Kohlenkartenbesitzer möglich.

Die Kohlenkrise.**Vorläufig keine Besserung der Situation.**

Die Kohlenkrise hat auch gestern keine Besserung erfahren. Nach wie vor droht der Stadt Wien und deren Betrieben eine ernsthafte Gefährdung. Insbesondere wird bereits eine neuerliche Einschränkung des Straßenbahnbetriebes in Erwägung gezogen. Es liegen uns hierzu folgende Berichte vor:

Gestern sind auf dem Wiener Nordbahnhof nur 80 Wagen Kohle angelangt, und zwar 40 Wagen Regiekohle für die Staatsbahnen und 40 Wagen Regiekohle für die Südbahn, welche Bahn mit Rücksicht darauf, daß sie südslawisches Gebiet durchzieht, von den Tschechen besonders berücksichtigt wird. Somit ist für die Wiener Bevölkerung und für die Wiener Industrien gar keine Kohle angekommen. Insbesondere ist weder aus dem Ruhrgebiet, noch aus Oberschlesien Kohle eingetroffen. Dies ist einerseits auf Streikbewegungen in Schlesien zurückzuführen, andererseits aber auch darauf, daß Kohlentendungen nach wie vor nicht durchgelassen werden. Die Macht der Zentralregierung ist auch in Deutschland immer mehr im Wane begriffen, und Arbeiter- und Soldatenräte handeln in verschiedenen Teilen des Reiches in vielfacher Beziehung ganz eigenmächtig.

Es wird also fortgesetzt aus den sehr schmalen Vorräten gezehrt, ein Zustand, der begreiflicherweise nicht mehr lange andauern kann. Es ist daher höchste Zeit, daß die Regierung nicht mehr rat- und hilflos und insbesondere nicht tatenlos den weiteren Ereignissen entgegengeht. Es werden energische Sparmaßnahmen zu treffen sein, insbesondere dort, wo große Kohlenmengen verbraucht werden, wie beispielsweise bei Zentralheizungen, Metalls usw. Außerdem ist es aber dringend geboten, rechtzeitig für die Herbeischaffung eines Ersatzenergemittels zu sorgen. Als solches kann für uns nur Holz in Betracht kommen. Das Fällen des Holzes wird, da wir gegenwärtig über genügende Arbeitskräfte verfügen, keine Schwierigkeiten bereiten. Wohl aber wird es keine leichte Aufgabe sein, die erforderliche Holzmenge herbeizuschaffen, da wir nicht über genügend Fuhrwerke und nicht über allzu reichliche Mengen von Futtermitteln verfügen. Jedenfalls ist es aber notwendig, die vorbereitenden Maßnahmen rechtzeitig zu treffen. Sollten doch Kohlenzufuhren kommen, so schadet es nicht, wenn auch entsprechende Mengen von Brennholz vorhanden sind. Immer müssen wir aber darauf Bedacht nehmen, daß für die nächste Zeit nach sachmännischer Beurteilung aus Deutschland keine Kohle zu erhoffen ist.

Gefährdung des Straßenbahnbetriebes.

Die Rathhauskorrespondenz meldet: Dem Bürgermeister kam ein Erlaß des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten zu, in dem im Hinblick auf den noch immer andauernden Kohlenmangel Einschränkungen des Straßenbahnverkehrs gefordert werden. Der Bürgermeister hat eine kommissionelle Beratung dieses Gegenstandes für gestern im Magistrat mit den Direktoren der städtischen Unternehmungen angeordnet. Eine Obmännerkonferenz wird sich in den nächsten Tagen mit dem Gegenstand befassen.

Wie uns hierzu vom Direktor der Städtischen Straßenbahnen, Ingenieur Svängler, mitgeteilt wird, ist eine Entscheidung in der Frage der drohenden Einschränkungen des Tramwaybetriebes derzeit noch nicht gefallen. Es handelt sich zunächst um die Frage, ob eine weitere Ausdehnung der Intervalle oder eine Auflaffung, beziehungsweise Kürzung einzelner Linien als das kleinere Uebel zu betrachten ist. Diese Entscheidung wird morgen oder übermorgen, sobald die Situation sich klar überblicken läßt, getroffen werden. Vorläufig kann nur gesagt werden, daß Sparmaßnahmen auch im Straßenbahnbetrieb, so schwer das wirtschaftliche Leben durch sie auch betroffen werden mag, nach dem gegenwärtigen Stand der Situation kaum zu umgehen sein werden.

20./XI. 1918

Zur Kohlenfrage.

Heute nachmittag werden in der Kohlenstelle Groß-Berlin die Vertreter der Regierung, des Vollzugsausschusses, des Reichskohlenkommissars und sämtlicher Gemeinden Groß-Berlins zusammentreten, um über die sofort zu ergreifenden Maßnahmen zur Steuerung der immer drohender werdenden Kohlenfrage Stellung zu nehmen. Die Kohlenstelle Groß-Berlin sieht die gegenwärtige Lage recht pessimistisch an. Auf unsere Anfrage wurde uns heute folgendes mitgeteilt: Trotz der günstig lautenden Drahtnachrichten über Wiederaufnahme der Arbeit im ober-schlesischen Kohlenrevier darf man sich in Berlin durchaus keinen Illusionen hingeben, vielmehr muß man damit rechnen, daß, wenn nicht unerwartet günstige Umstände eintreten, in etwa 9 bis 10 Tagen die Stadt ohne Gasbeleuchtung und Elektrizität dastehen wird. Die Kohlenlieferung aus Oberschlesien wird weniger durch die Lohnbewegung als vielmehr durch die politische Haltung der dortigen Arbeiter gehemmt. Die Kohlenarbeiter, die zum sehr großen Teil polnischer Nationalität sind, haben sich durch polnische Agitatoren dahin bringen lassen, uns nach Möglichkeit die für das Wiederaufleben von Industrie und Handel unentbehrliche Kohle vorzuenthalten. Bis jetzt hat auch die Vermittlung der Regierung daran nichts ändern können. Vielmehr ist Herr Haase, der vor acht Tagen die ober-schlesischen Kohlenreviere bereiste, bei seinen Einigungsversuchen überall auf schroffsten Widerstand gestoßen. Es wird sich kaum verhindern lassen, daß die Regierung, um unsere Versorgung mit Brennmaterial zu sichern, zu energischen Maßnahmen greift, um die gegenwärtig von den Kohlenarbeitern nach der offiziellen Aufnahme der Arbeit geübte passive Resistenz zu brechen. Es wird sich auch vielleicht empfehlen, Arbeitskräfte nach Schlesien zu schicken, da durch die Entlassung der englischen und französischen sowie durch den Streik der russischen Gefangenen die Erzeugung auf die Hälfte gegenüber den Vormonaten zurückgegangen ist.

Für Berlin liegen die Verhältnisse sehr schwierig, weil man die Straßenbeleuchtung kaum wird verringern können und weil der Vorschlag von Gasparstunden am Tage fast undurchführbar ist. Gerade diese Maßnahme würde so tief in das Wirtschaftsleben einschneiden, daß man wohl oder übel davon wird Abstand nehmen müssen. Es bliebe nur noch ein Appell an die Bevölkerung, den Verbrauch nach Möglichkeit einzuschränken, doch ist ein Erfolg in dieser Hinsicht wohl mehr als zweifelhaft. Die Verkehrsanstalten, wie Hochbahn und Straßenbahn, müssen ohne Frage die erforderliche Menge Kohle weiter erhalten, denn eine Einschränkung des Verkehrs in noch größerem Maße als bisher ist unmöglich.

*

Wie wir erfahren, trifft die Meldung, daß die Bergarbeiterstreiks bereits beigelegt seien, leider nicht zu. Es ist richtig, daß in Oberschlesien die Belegschaften verschiedener Gruben wieder eingefahren sind, so z. B. bei Giesches Erben und bei der königlichen Bergwerksdirektion. Dafür sind aber die Belegschaften anderer Gruben wieder ausständig geworden, so daß der Kohlenverhand sich nur auf der Höhe von Sonnabend und Montag hält. Auch aus dem Rheinland wird berichtet, daß der Streik in gleicher Stärke fortbauert.

Die Sorgen des Tages.

Noch immer keine Kohle.

Für die aus dem Ostrau-Karwiner Gebiet zugeführte Steinkohlemenge für Wien ist wohl die freie Durchfuhr durch den tschecho-slowakischen Staat zugesichert, ebenso stellt Deutschland eine tägliche Menge von 1000 Tonnen in Aussicht, allein auch diese Quantitäten genügen durchaus nicht, um den gegenwärtigen Bedarf der Gas- und Elektrizitätswerke auch nur annähernd zu decken.

Daher werden die von uns bereits angekündigten Einschränkungsmaßnahmen angenommen werden müssen. Bezüglich des Verkehrs der Straßenbahnen ist die Entscheidung über den Umfang der Betriebseinschränkungen den Beschlüssen der Obmännerkonferenz vorbehalten, die heute abend zusammentritt. Die Direktion der Straßenbahnen wird der Konferenz Vorschläge erstatten, die die Unterlage für die Beratungen bilden werden. Der Betriebsluß soll auf 9 Uhr verlegt und die Zugintervalle während der Tagesstunden verlängert werden. Von einer Drosselung des Verkehrs durch Verkürzung der Linien dürfte mit Rücksicht auf den ohnehin kaum in Betracht kommenden verringerten Stadtbahnverkehr Abstand genommen werden.

Auch die Gasabgabe muß eingeschränkt werden, um Verlegenheiten im Falle des Ausbleibens genügender Kohlenzufuhr vorzubeugen. Die Sparmaßnahmen werden sich fast ausschließlich auf die Verwendung von Gas zu Heiz- und Beleuchtungswecken in den privaten Haushalten beziehen. Bekanntlich war schon im Vorjahre die Benutzung von Gas in Haushalten an bestimmte Stunden gebunden und die Badesen teilweise gesperrt. Sollte die Notwendigkeit sich ergeben, so wird schon in den nächsten Tagen eine ähnliche Anordnung aus Gründen der Sparsamkeit erfolgen.

Bezüglich der Straßenbeleuchtung ist eine weitere Einschränkung, als sie der jetzige Zustand bietet, nicht mehr möglich. In den Hauptstraßen ist ein Teil der Gaslampen durch elektrische Nagenlampen ersetzt, die bei entsprechender Leuchtkraft immerhin ersparend wirken.

Kohlen- und Ernährungsschwierigkeiten im tschechischen Staat.

Prag, 26. November.

Die Nationalversammlung setzte heute die Debatte über dringliche Anfragen, betreffend Ernährungsangelegenheiten fort.

Minister für öffentliche Arbeiten Staneš befaßt sich mit der Kohlenfrage und führt aus: Das tschechische Land ist von den österreichischen Regierungen rücksichtslos ausgeplündert worden. Die Steinkohlenförderung sank im heurigen Jahr um 178.000 Tonnen per Monat, die Braunkohlenförderung um 104.000 Tonnen monatlich. Schuld daran war der Arbeitermangel und die Unterernährung der Bergarbeiter. Jetzt haben sich die Verhältnisse noch verschlimmert, da zum Bergbau Kriegsgefangene und Flüchtlinge verwendet wurden, die jetzt die Bergwerke verlassen haben. Die Regierung hat alle Bergleute aus dem Militärdienst entlassen und will auch für ihre Ernährung sorgen. Am ungünstigsten wirkt der Umstand, daß der tschechische Staat nicht über alle seine Reviere verfügen kann. Im Karwiner Gebiet haben sich die Polen festgesetzt, im nordböhmischen Braunkohlengebiet die Deutschen, Berlin hat die Einfuhr deutscher Kohle in unsere Republik als Bergeltungsmahnahme verboten. Am meisten leiden unter dem Kohlenmangel die Zuckerfabriken, denen vor allem geholfen werden muß. Der Minister fordert die Öffentlichkeit auf, zur Regierung Vertrauen zu haben. Wenn Kohle ausgeführt wird, so erhalten wir dafür als Kompensation notwendige Materialien. Der Minister schließt mit der Aufforderung an die Öffentlichkeit, die Ruhe zu bewahren. In einem halben Jahre würden geordnete Verhältnisse eintreten.

Dr. Biskovský bespricht die Ernährungsfrage. Mit Getreide sind wir bis Ende Mai selbst bei den erhöhten Quoten gedeckt, allerdings bei größter Anspannung aller Kräfte. Unsere Preispolitik muß eine vernünftige Kompensationspolitik sein. Das beste Kompensationsobjekt ist der Zucker, weshalb die Zuckerkampagne unbedingt gesichert werden muß.

Ernährungsminister Dr. Urbenský führt aus: Wir haben die freie Republik geschaffen, aber das alte Wirtschaftssystem ist geblieben. Dieses System muß beseitigt werden. Das bestehende System kann aber nicht sofort durchbrochen, alle Zentralen können nicht sofort beseitigt werden. Bezüglich der Bekleidung teilt er mit, daß durch die beschlagnahmten Militär- und Flüchtlingslager so viel Stoffe gewonnen wurden, daß eine Herabsetzung der Preise um 40 bis 70 Prozent möglich sein wird.

29. / 11. 1918.

29/11

155

Kohlenabgabe für den Hausbrand.

Vom 1. Dezember 1918 ab sind weitere Kohlenartenabschnitte der Koch- und Ofenart zum Bezuge von Kohlen freigegeben, und zwar dürfen zur Entnahme und Abgabe von Kohlen von dem genannten Zeitpunkt ab bis auf weiteres nur die folgenden Abschnitte verwendet werden:

- 1) Abschnitt 1-5 der sämtlichen Koch- und Sonderarten,
- 2) " 1-10 der 5-Zentner-Ofenart,

" 1-6	}	" 10	"	"
		" 20	"	"
		" 30	"	"
		" 40	"	"
		" 50	"	"
		" 60	"	"

Bevorzugt zu beliefern sind: die bereits früher freigegebenen

- 1) Abschnitt 1-4 der sämtlichen Koch- und Sonderarten,
- 2) " 1-8 der 5-Zentner-Ofenart,

" 1-4	}	" 10	"	"
		" 20	"	"
		" 30	"	"
		" 40	"	"
		" 50	"	"
		" 60	"	"

Diese Mengen müssen äußerst sparsam verwendet werden, da sie den Bedarf bis zum 15. Februar 1919 decken sollen!

Gleichzeitig werden von der neu eingeführten Koksart die Abschnitte 1-2 zum Bezuge von Koks freigegeben. Die Koksart wird vom 1. Dezember ab auf besonderen Antrag den Verbrauchern der Ofenartengruppe 1 (5-Zentnerart) und denjenigen Verbrauchern der Ofenartengruppe 2 (10-Zentnerart), die zur Kochartengruppe 1 (12-Zentnerart) gehören, bewilligt. Die diesbezüglichen Anträge sind an die zuständige Gemeinde oder den Kommunalverband zu richten, welche nach Prüfung die Koksart den Verbrauchern unmittelbar zustellen.

Die Kohlennot Deutschösterreichs.

Von einem Fachmann des Kohlenhandels wird uns geschrieben: In einem hiesigen Morgenblatte war die Nachricht enthalten, daß nunmehr die Zufuhr von täglich 250 Waggons oberschlesischer Steinkohle gesichert sei und daß der Durchfuhr dieser Kohlenmengen durch das tschechische Gebiet keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden. Derartige Meldungen haben jedesmal zur Folge, daß die Kohlenhändler von ihren Kunden förmlich überlaufen werden. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse derart, daß wir weder für die Gegenwart noch für die unmittelbare Zukunft auf eine nennenswerte Zufuhr aus Oberschlesien rechnen können. In dieser Tatsache ändert es so gut wie nichts, wenn ab und zu ein paar Waggons in Wien einlangen, die irgendwo in einer Nordbahnstation auf einem Seitengeleise gestanden haben. Die Schwierigkeiten, die die tschecho-slovakische Regierung der Kohlendurchfuhr in den Weg legt, bilden übrigens nicht die einzigen Hindernisse, mit denen die Wiener Kohlenhändler beim Kohlenbezug aus Oberschlesien zu rechnen haben. Die dortigen Grubenunternehmungen, die derzeit nicht einmal den deutschen Kohlenbedarf befriedigen können, stellen seit kurzem ihre Fakturen nur noch in Mark aus. Dazu verlangen sie noch entgegen dem bisherigen Gebrauch eine recht beträchtliche Anzahlung, die noch vor Abgang des Kohlentransportes zu leisten ist. Der hiesige Kohlenhändler muß sich also, wenn er überhaupt Kohle bekommen will, einen entsprechenden Markbetrag bei der Devisenzentrale beschaffen. Dort wird ihm dann der Bescheid, daß sein Wunsch aus dem einfachen Grunde nicht erfüllt werden kann, weil die Devisenzentrale selbst so ziemlich auf dem Trockenen sitzt. Die Kohlenbeschaffung aus Oberschlesien ist aber mit dem Nahrungsproblem viel enger verknüpft, als in der Öffentlichkeit bekannt sein dürfte. Das österreichische Markguthaben in Berlin ist schon längst erschöpft und schon im Interesse unserer Kohlenversorgung wäre es dringend erwünscht, wenn die Verhandlungen, die derzeit mit Deutschland wegen Aufnahme eines Markdarlehens geführt werden, rascher voranschreiten würden. Im anderen Falle würde uns auch die Durchfuhrbewilligung durch das tschechische Gebiet nichts nützen. Am schwersten leiden unter diesem Mangel an oberschlesischer Kohle die privaten Haushaltungen, da die Wiener Hausbrandkohle fast ausnahmslos schlesischer Herkunft ist. Die Gas- und Elektrizitätswerke sowie die meisten Industriebetriebe arbeiten dagegen mit der Ostrauer Kohle, die auf tschechischem Gebiete gewonnen wird und die derzeit noch für den Wiener Verbrauch gesperrt ist. Da die Arbeitsleistung der im Revier von Ostrau-Karwin beschäftigten Bergarbeiter immer mehr zurückgeht und selbst im tschecho-slovakischen Staatsgebiet ernstliche Kohlenknappheit besteht, so ist kaum zu erwarten, daß man sich in Prag zu großen Zugeständnissen herbeilassen wird. Bleibt also nur noch das nordwestböhmische Braunkohlenrevier, das gegenwärtig so ziemlich die einzige Kohlenbezugsquelle für Wien darstellt. Die täglichen Zuschübe aus jenem Gebiet belaufen sich auf durchschnittlich 200 Waggons. Davon beanspruchen jedoch

die Eisenbahnverwaltungen oft bis zu 50% für den eigenen Bedarf und mit dem Rest muß sich dann die Stadt zufrieden geben. Ab und zu kommen dann auch noch einige Dutzend Waggons mit westfälischer Kohle, d. h. nur ein Bruchteil von dem, was uns vom rheinisch-westfälischen Kohlenjunditat zugesagt ist. Viele Waggons, die sich auf dem Wege quer durch Deutschland befinden, werden auf den großen Stationen in Bayern kurzzerhand beschlagnahmt und was dann noch nach Wien kommt, ist kaum des Namens wert.

Unsere künftige Kohlenwirtschaft.

Deutschlands wirtschaftliche Lage nach diesem Kriege macht unbedingt auch eine Neuregelung unserer künftigen Brennstoffwirtschaft nötig. Das begründete gestern abend vor einer großen Versammlung von Ingenieuren im Verein deutscher Ingenieure (Bezirk Berlin) Professor Dr. Brabbée, der schon früher ähnliche Vorschläge gemacht hatte. Die Schonung unserer Kohlenvorräte ist so nötig, daß in Zukunft nicht mehr jeder Person und jedem Betriebe die beliebige Verwendung und Verschwendung freigegeben werden darf. Grundsatz muß künftig sein: Es dürfen nur die unbedingt notwendigen Mengen verfeuert und diese Mengen müssen auf das sorgfältigste ausgenutzt werden. Will man das durchführen, so wird man allerdings erhebliche Verbesserungen mit unseren Heiz- und Kochapparaten jeder Art vornehmen müssen, ja, Prof. Dr. Brabbée befürwortete sogar die Einführung möglichster Einheitsformen, die aufs gründlichste ausgeprobt sind. Trotz mancher modernen Verbesserungen wird in unseren üblichen Öfen und Herden doch noch eine ungeheuerliche Wärmeverschwendung getrieben, ebenso bei Zentralheizungen, Lüftungs- und Warmwasseranlagen, weiter insofern falscher Schornsteinanlagen, wärmetechnisch falscher Einrichtung der Gebäude. Bei gründlichen Verbesserungen könnten 25 v. H. des Brennstoffes, nämlich etwa 8 Mill. T. für etwa 175 Mill. M. jährlich allein beim Hausbrand erspart werden.

Ganz im argen liegt auch noch die Abwärme-Verwertung. Es ist überraschend, welche Ersparnisse sich auch hier machen lassen. Die Eisenbahnen (sie nützen jetzt nur 5 v. H. des Brennstoffes wirklich aus), sollen durchweg elektrischen Betrieb erhalten. Heranziehung der Wasserkräfte ist ebenfalls nötig. Im Bauwesen muß jetzt darauf gesehen werden, daß man nicht nur aus billigen Stoffen baut, sondern vielmehr, daß diese Stoffe auch bautechnisch gut sind und sparsames Heizen ermöglichen. Sonst werden solche „sparsamen Bauten“ auf die Dauer sehr teuer. Mehr wie bisher müssen die Kohlen durch andere Brennstoffe wie Torf usw. gestreckt werden. Dem Vorschlage, alle Kohlen zu vergasen, ist zu widersprechen, jedoch muß der Vergasung künftig allerdings ein weit größeres Feld eingeräumt werden. Unsere Kenntnisse auf diesem Gebiete stehen allerdings noch am Anfange. Was die Gasverwertung betrifft, so sollte man noch viel mehr zum Gaskochen übergehen. Die Gasheizung hat sich beschränkter bewährt. Die Ausfuhr von Kohle sollte so niedrig wie möglich gehalten werden und dann nur in Form von Halb- oder Fertigerzeugnissen erfolgen. Zum Studium aller dieser Fragen würde sich ein Forschungsinstitut (Kohlenwirtschaftsamt) für das Nationalvermögen glänzend bezahlt machen.

Zur Bergesellschaftung sind die Kohlenbetriebe vielleicht schon reif. Dringend wäre aber vor Ueberstürzung zu warnen. Ohne die Mitwirkung von Ingenieuren darf sie nicht geschehen. Ueberhaupt soll man beim deutschen Wiederaufbau ja nach dem Worte der Ingenieure fragen. Das Unglück Deutschlands ist zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß man technische Hilfsmittel falsch eingeschätzt hat. Wenn man jetzt die Ingenieure anderen Gewalten unterordnet, so wird der Zusammenbruch des Reiches sicher sein. Ingenieure müssen in die Volksvertretungen, in die Verwaltung und Regierung! Der jetzigen Regierung rief Prof. Dr. Brabbée zu: Ohne die hemmungslose Mitwirkung der Ingenieure ist der Wiederaufbau Deutschlands unmöglich! (Stürmischer Beifall.)

Kälte und Kohlennot.

Gratiskohle für die Armen.

Der Wiener Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, auch heuer ebenso wie im Vorjahre die arme Bevölkerung mit Brennkohle gratis zu betheilen. Die notwendigen Vorarbeiten sind unverzüglich einzuleiten.

Keine Holzzuschübe.

Von der Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler in Wien wird uns geschrieben: „Mit Rücksicht auf die herrschende Kohlennot sowie mit Rücksicht auf die Tatsache, daß auch die Holzzuschübe fast ganz aufgehört haben, halten wir es für dringend geboten, daß das Staatssekretariat für Verkehrswesen die Stationsvorstände beauftragt, in erster Linie Waggonen für Brennholztransporte bereitzustellen.“

Die drohende Kohlenkatastrophe

Von informierter Seite.

Die Kohlenkrise wird immer bedenklicher. Montag und gestern ist in Wien für Eisenbahnzwecke überhaupt keine Kohle angelangt. Die Nordbahn war infolgedessen gezwungen, neuerlich ein Zugspaar einzustellen; sie läßt jetzt von Wien nur mehr einen (verlangsamten) Personenzug am Vormittag und einen Personenzug am Nachmittag abgehen. Doch auch der Verkehr des letzterwähnten Zuges wird, wenn morgen keine Kohle kommt, eingestellt werden müssen. Es verkehren zwar noch einige Güterzüge, aber sie setzen sich bloß aus etwa 5 bis 6 Wagen zusammen, während ein normaler Güterzug auf der Nordbahnstrecke aus 50 bis 70 Wagen bestand. Auch die anderen Bahnen leiden empfindlich unter dem Kohlenmangel. So ist beispielsweise die Südbahn nicht in der Lage, fünf tschecho-slowakische Truppenzüge, die sich seit mehreren Tagen in Leoben befinden, weiter zu befördern. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Kohlenvorräte der Bahnen noch für höchstens sechs Tage ausreichen. Der Kohlenbedarf der Zivilbevölkerung und der Industrie dürfte, da die jüngsten Kohlenzuschübe für diesen Zweck ganz unzulänglich sind und sich nur auf einige Wagen täglich beziffern, nach Durchführung der neuen Sparmaßnahmen bestenfalls bis Ende Dezember gedeckt werden können. Der Abfuhr von Braunkohle nach Deutschösterreich widersetzen sich sehr häufig die tschecho-slowakischen Bergarbeiter. Im Osterrubier nimmt die Förderung immer mehr ab; der Abgang der Kriegsgefangenen macht sich da sehr spürbar. Und die kleinen Mengen der Essener und der westfälischen Kohle, die hier und da anlangen, fallen gar nicht ins Gewicht.

Um so erstaunlicher ist es, daß die berufenen Stellen sich mit langwierigen Beratungen und Verhandlungen begnügen und nicht daran denken, energische Vorkehrungen zu ergreifen. Auf diese Weise steuern wir unaufhaltsam einer Kohlenkatastrophe zu, deren Folgen unausdenkbar sind. Worauf warten denn die Herren eigentlich? Auf das große Wunder? Von den Nationalstaaten Österreichs ist, zumal an dem guten Willen der Tschechen, gezweifelt werden kann, eine wirksame Unterstützung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Und ob uns die Entente in Kürze einige Schiffsladungen englischer oder amerikanischer Kohle zur Verfügung stellen wird, ist noch sehr fraglich. Wir müssen daher trachten, uns wenigstens teilweise auf eigene Füße zu stellen, und das wäre möglich, wenn wir in gewissem Maße zur Kohlenförderung übergehen. Die Ukraine hat durch zwei Jahre für die Lokomotivförderung Brennholz verwendet und war nur dadurch in der Lage, den Bahnverkehr aufrechtzuerhalten. Wir haben Wälder genug, um die dringend erforderlichen Brennholzmengen zu gewinnen, aber die Sache muß in großzügiger Weise organisiert und energisch betrieben werden. Die österreichischen Methoden des gründlichen Studierens und bedächtigen Ermägens sind jetzt nicht am Platze. Die Unterlassungssünden der Verwaltung können nicht dadurch ausgeglichen werden, daß man den Bedarf der Bevölkerung in einer ganz unerträglichen Weise einschränkt. Die fortwährende Drosselung muß schließlich zur wirtschaftlichen Erdrückung führen.

Die Kohlennot.

Außerungen des Regierungskommissärs Vássonhi.
 — Die neue Sperrstunde. — Einschränkung der Beleuchtung in den Gast-, Kaffeehäusern, Theatern und Unterhaltungslokalen. — Verhandlungen mit dem französischen Obersten Vig und der Entente.

Die Kohlennot macht sich in der Hauptstadt immer mehr fühlbar. Schon seit Tagen herrscht in den Straßen in den Abendstunden infolge der äußerst mangelhaften Beleuchtung Dunkelheit, die täglich noch zunimmt. Angesichts dieser bedauerlichen Zustände hat sich der Direktionspräsident der ungarischen Staatsbahnen und Regierungskommissär für das Kohlenwesen Staatssekretär Vássonhi veranlaßt gesehen, Maßnahmen ins Leben zu rufen, die geeignet sind, der Budapester Bevölkerung über den Kohlenmangel einigermaßen hinwegzuhelfen. Wie wir erfahren, wird die neue Verordnung in der übermorgigen Nummer des Amtsblattes veröffentlicht und sofort in Kraft treten. Die Verordnung enthält eine Reihe von Verfügungen, die getroffen werden mußten, um dem Mangel an Kohlen zu begegnen.

Staatssekretär Vássonhi empfing in den Nachmittagsstunden einen Mitarbeiter unseres Blattes und hatte die Liebeshwürdigkeit, ihm die folgenden Mitteilungen über die Kohlennot und über die herauszugebende Verordnung zu machen: Von einer Schließung der Theater, Kinos und Unterhaltungslokale habe ich deshalb Abstand genommen, weil das Land durch eine derartige Verfügung in Trauer versetzt würde. Zum Trauern aber haben

wir gerade genug Ursache. Es werden aber gewisse Einschränkungen in der Beleuchtung dieser Lokale vorgenommen werden. In Ziffern ausgedrückt wird die Reduktion ungefähr 30 Prozent betragen. Was speziell die Kaffee- und Gasthäuser anbelangt, wurde die Verfügung getroffen, daß nach je sechs Gästen in diesen Lokalen nur eine Flamme brennen darf. Das Publikum wird gut daran tun, selbst darauf zu achten, daß dieser Teil der Verordnung eingehalten wird. Der nächste Schritt, den ich unternehmen werde, wird die Verkürzung der Sperrstunde sein. Die 11 Uhr-Sperrstunde wird wahrscheinlich schon in der allernächsten Zeit um eine Stunde verkürzt. Wann, ist noch nicht entschieden. Der Ministerrat wird sich zuerst mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Ohne Grund will ich eine solche Verfügung nicht erlassen. Vorher muß genau berechnet werden, wie groß die Ersparnis ist, die durch die einstündige Verkürzung der Sperrstunde erzielt werden kann. Ist die Ersparnis an Kohle keine sehr bedeutende, dann bleibt die jetzige 11 Uhr-Sperrstunde aufrecht. Wie gesagt, es liegt nicht in den Intentionen der Regierung, das Land durch derlei Maßnahmen, wenn sie nicht unbedingt getroffen werden müssen, in Betrübnis zu versetzen. Die Regierung will, daß die Bevölkerung die Ursachen zur Trauer vergesse, will ihr Gelegenheit geben, sich auch in diesen schweren Zeiten zu amüsieren.

— Ist für die nächste Zeit eine Zunahme der Kohleneinfuhr zu erwarten?

— Das ist eine Frage, die ich nicht beantworten kann. Durch die Beschlagnahme unserer Bergwerke in Siebenbürgen und in Südungarn sind wir in eine wahrhaft katastrophale Lage geraten. Der Zustand, in dem wir uns befinden, ist furchtbar. Kommt nicht ehestens Hilfe, dann sind die Ereignisse unabsehbar. In den Straßen wird nicht nur völlige Finsternis herrschen, auch die Eisenbahnen werden nicht verkehren können und die Privatbetriebe werden die Arbeit einstellen müssen. Auch das Erscheinen der Tageszeitungen ist dann in Frage gestellt. Die Folgen sind, wie gesagt, unabsehbar. Die ungarische

Volkregierung bietet seit Wochen alles Menschenmögliche auf, um zu Kohle zu gelangen. Wir haben mit dem größten Nachdruck bei den Entente-regierungen auf die zu gewärtigenden Folgen des Kohlenmangels hingewiesen und haben in den letzten Tagen nicht nur mit dem Kommandanten der französischen Besetzungstruppen, Herrn Obersten Vig, sondern auch mit den verantwortlichen Stellen in Prag verhandelt. Leider haben diese Verhandlungen noch nicht das erhoffte Resultat gezeitigt.

Am empfindlichsten ist der Kohlenmangel bei den kommunalen Gas- und Elektrizitätswerken. Ueber welches Quantum diese beiden Anstalten verfügen, kann ich nicht verraten. Das gehört auch nicht vor die Öffentlichkeit. Mit der ungarischen Kohle ist uns übrigens wenig geholfen, denn diese Kohle ist zur Erzeugung von Gas nicht geeignet. Was wir brauchen, ist Karwiner und preussische Kohle. Es sind zwar solche Kohlensendungen unterwegs, aber was bedeutet dieses Quantum angesichts unseres Bedarfs? Selbst wenn diese Sendungen in Budapest eintreffen, was noch sehr fraglich ist, ist uns wenig geholfen. Wir benötigen das Fünftel dieses Quantums.

— Was sagen die Kaufleute dazu, daß im Sinne der neuen Verordnung die Geschäfte (mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, die bis 7 Uhr abends geöffnet halten dürfen) um 4 Uhr nachmittag schließen müssen?

— Meinen Informationen zufolge würde ein großer Teil der Budapester Kaufleute die Geschäfte schon längst geschlossen haben, da der Handel ohnedies daniederliegt. Daß die Geschäfte bisher nicht geschlossen worden sind, ist auf Gründe der Konkurrenz zurückzuführen. Nun sind die Kaufleute froh, daß sie um 4 Uhr nachmittag sperren können. Zu der Verordnung wird außerdem die einheitliche Arbeitszeit eingeführt. Mit Ausnahme der öffentlichen Ämter und der Zeitungsredaktionen darf in den Bureau nur von 7 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittag gearbeitet werden. Von dieser Maßnahme erhoffe ich eine erhebliche Ersparnis.

— Wann treffen die Kohlensendungen aus Deutschland ein?

— Das ist ganz unbestimmt. Ich will aber darauf hinweisen, daß Generalkonsul Graf Fürstenberg-Stammheim im Laufe der zwischen der ungarischen und der deutschen Regierung gepflogenen Verhandlungen alles aufgeboten hat, um den

Transport deutscher Kohle nach Ungarn zu beschleunigen. Daß aus Deutschland Kohle nicht in genügender Menge hier angelangt ist, ist nicht seine Schuld.

Wucher mit Holz.

Die Kohlenknappheit hat, wie bei den Praktiken einzelner Kreise der Wiener Händler-schaft allerdings wenig überraschen kann, ein rasches Emporschnellen der Preise für Brennholz zur Folge gehabt, das übrigens in den nächsten Tagen seine Fortsetzung finden dürfte. Brennholz, das noch vor wenigen Tagen für 32 Heller pro Kilogramm erhältlich war, wird heute bereits zu 48 bis 54 Heller pro Kilogramm verkauft. Wie in informierten Kreisen verlautet, sind die Weistreiber eben am Werke, um die ihnen zur Verfügung stehenden Vorräte zurück zu halten, hierdurch künstlich eine Knappheit auch an Brennholz zu erzeugen und sodann die Detailhandelspreise noch weiter hinauf zu schrauben.

Angeichts dieser gewissenlosen wucherischen Umtriebe erscheint es dringend geboten, daß die Regierung wenigstens auf diesem Gebiet rechtzeitig mit eiserner Hand zugreift, um die Bevölkerung vor Ausbeutungen zu schützen. Nach der Ansicht von Sachleuten wäre eine Stabilisierung der Brennholzpreise wohl möglich, wenn sofort eine umfassende und energische

Bestandaufnahme durchgeführt würde. Ferner scheint es unerlässlich, daß das Staatsamt für Landwirtschaft im Verein mit dem Staatsamt für Heereswesen eine großzügige Holzaufbringungsaktion durchführt. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, militärische Arbeitskräfte aufzubringen sowie militärische Autolastwagen zu Transportzwecken zur Verfügung zu stellen.

Nicht minder notwendig erscheint, daß genügende Mengen Benzin und Benzol bereit gestellt werden, auch auf die Gefahr hin, daß die Verwendung von Luxusautomobilen bis auf Weiteres überhaupt verboten werden müßte. Endlich wäre dafür zu sorgen, daß die Holzkleinhändler regelmäßig und ausreichend mit Brennholz versorgt werden. Seit gestern sind infolge der oben gekennzeichneten Umtriebe bereits viele Kleinhändler außerstande, von den Zwischenhändlern und Großlieferanten ihren Tagesbedarf zur Befriedigung der Kundschaft sich zu verschaffen.

Daß wucherische Elemente und Zwischenhändler auf dem Gebiet des Handels mit Feuerungsmaterial die Zeit für gekommen erachten, um neuerdings einen Raubzug auf die Taschen des Volkes zu unternehmen, ergibt sich aus der Tatsache, daß zum Beispiel für Kohle seit gestern im Zwischenhandel ein Preis von 40 bis 50 Kronen pro Meterzentner gefordert wird.

(Holz aus dem Lainzer Tiergarten.)
Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sich vor kurzem an den Staatsnotar Dr. Schibester mit der Bitte gewendet, unter den noch näher festzusetzenden Bedingungen das Einsammeln von Plaubholz im Lainzer Tiergarten durch die arme Bevölkerung zu gestatten und weiter eine entsprechende Durchforstung der Waldbestände des Tiergartens zur Holzgewinnung in die Wege zu leiten; ferner hat der Bürgermeister auf die Notwendigkeit eines stärkeren Wildschusses im Tiergarten im Interesse der Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Fleisch aufmerksam gemacht. Dr. Schibester hat das arbeitsmäßige Entgegenkommen gegenüber diesen Wünschen in Aussicht gestellt.

Bevorstehende Besserung in der Kohlenversorgung?

Nach Mitteilungen, die heute eingelaufen sind, erscheint die Kohlenfrage in einem etwas günstigeren Lichte; man erwartet auf Grund dieser Nachrichten für die nächste Zeit ein entgegenkommenderes Verhalten der tschecho-slowakischen Behörden.

Unterredung mit dem tschechischen Gesandten Tuzar.

Der tschechische Gesandte Tuzar machte einem unserer Mitarbeiter über die Kohlenversorgung folgende Mitteilungen:

„Ich habe gestern in den Blättern mitgeteilt, daß ich mich wegen der Kohlenfrage mit dem polnischen Gesandten Dr. Sahicht in Verbindung zu setzen gedachte, konnte aber ebenso wie der polnische Gesandte wegen Ueberbürdung das Haus nicht verlassen. Ich werde also erst heute auf der nachmittags stattfindenden Gesandtenkonferenz Gelegenheit haben, mit den Polen wegen der Frage der Ausfuhr der ober-schlesischen Kohle zu verhandeln. Nun sind augenblicklich wegen der Streiks die Förderungsbestände auf den Dombrowaer und Karwiner Lagern nicht so große. Nichtsdestoweniger erkläre ich, daß ich bezüglich der Kohlenversorgung Wiens noch immer Optimist bin. Nur bitte ich, die Nachrichten zu dementieren, daß trotz strikter Weisungen der tschechischen Regierung untergeordnete Organe den Transport der Kohlenzüge aufgehalten hätten. Es wurden überhaupt nur in zwei Fällen die Weisungen der tschechischen Landesregierung ignoriert, davon das eine Mal in Lundenburg, als ein oder zwei Waggons Kohle aufgehalten wurden. Wegen dieser Fälle ist auch eine Untersuchung im Gange. Ich werde wegen der Kohlenversorgung Wiens alles, was in meinen menschlichen Kräften steht, veranlassen. Ich habe gestern und werde heute mit allen in Betracht kommenden Ministerien in Prag telephonisch sprechen. Auch fährt heute oder morgen ein Vertreter der hiesigen deutsch-österreichischen Regierung nach Prag, um direkt mit der Landesregierung in Verhandlungen zu treten.

Auch stimmt es absolut nicht, daß politische Ziele uns zu einer Herabminderung der Kohlenzufuhr bewegen hätten. Wir haben gegenwärtig nur ein politisches Ziel: Ruhe zu bewahren. Dagegen haben wir zwei wichtige wirtschaftliche Gründe, uns selbst vor allem notdürftig mit Kohle zu versorgen. Zunächst wollen wir unsere Zuderkampagne erfolgreich zu Ende führen, und das zweite, was damit zusammenhängt, ist, daß dies für unsere Valuta von größter Wichtigkeit ist. Dies sind unsere einzigen Gründe, uns selbst zuerst mit Kohlen zu versorgen — politische Gründe haben wir keine, und wir brauchen sie auch nicht zu verfolgen, da ja beispielsweise die deutsch-böhmischen Gebiete sicher uns zugewiesen werden.

Ich habe auch gestern mit Dr. Kramarz telephonisch gesprochen, und er hat meine Wahrnehmung, daß es in Prag keinem Menschen einfallt, politischer Pressionen halber Wien die Kohle abzusperrn, vollinhaltlich bestätigt. Im Gegenteil werden wir die Wiener trotz des offenkundig feindseligen Aktes der Auktionen arabischen Kriegsgutes nicht im Stich lassen. Gegen diese Auktionen arabischen Gutes habe ich ausdrücklich in der vorwöchigen Gesandtenkonferenz protestiert, denn die Militärgüter wurden doch aus den gemeinsamen Mitteln aller Völker angeschafft, und wir wollten sogar alles in bar bezahlen, um Verschleuderungen bei der Versteigerung zu verhindern. Aber Sektionschef Niedel hat unsern Einspruch ignoriert. Infolgedessen wurden die Militärgüter an Spekulanten verschleudert, die dann nach Prag, wo wir keine Autos haben,

führen und sie dort um das Doppelte bis Dreifache wieder verkauften. Wir mußten jeden Preis zahlen, da wir keine Autos für die Krankenhäuser und Behörden besaßen. Ebenso wurden auf den Auktionen Papiersäcke um 1 K. das Stück verkauft, die dann in Prag zu 5 bis 6 K. gehandelt wurden. Ueber diese unnötigen Reizungen herrscht in Prag große Aufregung. Und da wir bei der Sachdemobilisierung so schlecht behandelt wurden, besteht die Gefahr, daß wir uns von der finanziellen Demobilisierung zurückziehen werden.

Aber vorläufig handelt es sich ja um die Not Wiens, und da kann ich Ihnen versichern, daß ich, der ich jetzt schon viele Jahre ununterbrochen in Wien lebe, dieselbe voll zu würdigen weiß. Wir haben schon im Interesse der 400.000 Tschechen Wiens, die täglich zu mir kommen, um mir ihre Leiden zu klagen, nicht die mindeste Absicht, die Stadt zu schädigen. Öffentlich werden die Prager Verhandlungen des Wiener Vertreters zu einem günstigen Ergebnis gelangen. Die Nordbahn ist für Transportzwecke vollkommen frei, und der Verkehr zwischen dem von uns besetzten Lundenburg und dem deutsch-österreichischen Grenzort vollzieht sich in vollkommener Freundschaft. Vielleicht wird auch die heutige Gesandtenkonferenz, die sich sonst mit Fragen der Demobilisierung und finanziellen Angelegenheiten befaßt, darauf zurückkommen. Wir werden jedenfalls die Sünden der früheren Regierung nicht die Wiener entgelten lassen.“

Ein Kohlenlager bei Inzersdorf.

Es gibt, besonders in dieser Zeit wohl kaum Spaziergänger, die der Weg über Inzersdorf oder durch den 10. Bezirk zu den städtischen Kohlenwerken hinausführt. Ein Herr, der einen Geschäftsgang in diese entlegene Gegend machte, hatte ein für unsere Kohlen-situation sehr bezeichnendes Erlebnis, dem wir hier im allgemeinen Interesse Raum geben. Die Zuschrift lautet: „Vor einigen Tagen kam ich bei den städtischen Ziegelwerken, deren Betrieb seit Jahren brachliegt, vorbei. Als ich mit meinem Begleiter zum Dreier-Werk gelangte, sahen wir uns gegenüber einem hohen schwarzen Damm. Dieser hat eine Höhe von heiläufig 5 Metern und eine Breite von 12 bis 15 Metern. Er erstreckt sich entlang eines Bahngleises. Wir gingen eine gute Viertelstunde lang, bis wir das Ende des Dammes erreichten. Zu unserem größten Staunen und wohl auch zum Staunen der Wiener Bevölkerung machten wir die erfreuliche Entdeckung, daß dieser ungeheure Riesendamm aus — Kohle besteht! Aus Kohle, ja, aus Kohle, die schon mindestens seit dem vorigen Winter dort im Freien lagert, wie der dicke und lange Graswuchs auf ihm beweist, aus Kohle, die von Organen der Volkswehr, auch berittenen, bewacht wird, zwar bloß Grieskohle, aber doch Kohle, deren Quantum auf nicht unter 10.000 Waggons, vielleicht aber auf 15.000 oder mehr geschätzt werden kann! In anderen Zeitaltern denkt man über solche Kohlenvorräte wohl kaum weiter nach. Heutzutage aber muß man doch fragen und wissen, wem die Kohle gehört, welchen Zwecken sie dient und weshalb sie nur als Bewachungsobjekt dient? Aufklärung, sofortige Aufklärung tut dringend not! Denn wenn die Kohle irgend einem anderen Zweck dient als dem der Aufrechterhaltung des Lebens, dessen Zusammenbruch alle

Kohlenpropheten heute ansagen, dann ist es vor dem menschlichen Gewissen unverantwortlich. Soll man etwa denken, daß diese Kohlenmasse, die Wiens Situation über den Winter und das nächste Frühjahr retten würde, ein Rühr-mich-nicht-an sein soll? Diesem Zweck muß alles untergeordnet werden, denn mit der Ankündigung, daß man zugrundegehen werde, kann man sich unmöglich bescheiden. Ein Urteil will ich heute noch nicht fällen, weil die Öffentlichkeit erwarten darf, in allerfrühesten Zeit darüber aufgeklärt zu werden, ob diese Kohle zur Ziegelbrennerei verwendet werden soll, weil ein verhungern-des Volk selbstverständlich in Neubauten verhungern will, oder zur Aufrechterhaltung des Lebens?“

Die Kohlennot.

Oberschlesische Kohle trifft ein.

In den Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung ist nun endlich doch wenigstens hinsichtlich der Durchfuhr der oberchlesischen, für Deutschösterreich bestimmten Kohle ein Erfolg, allerdings noch immer kein großer Erfolg erzielt worden. Die tschecho-slowakische Regierung hat das Staatsamt für Verkehrsweisen verständigt, daß sie der Durchfuhr der oberchlesischen Kohle kein Hindernis in den Weg legen wird. Damit ist aber an der Verlegenheit des Gas- und Elektrizitätswerkes gar nichts geändert. Denn diese Werke sind auf die Ostrauer Kohle angewiesen, und bezüglich dieser letzteren Kohle ist die Lage noch immer ganz so unverändert wie früher geblieben. Die tschecho-slowakische Regierung läßt eben nur die fremde, die oberchlesische Kohle zu uns gelangen, während sie die in Ostrau geförderte Kohle, die Kohle, die für das Wiener Gas- und Elektrizitätswerk von entscheidender Wichtigkeit ist, für den Eigenbedarf behält.

Die tschecho-slowakische Regierung hat die Zusicherung der freien Durchfuhr der oberchlesischen Kohle übrigens auch noch an eine Bedingung geknüpft, an die Ueberlassung von Lokomotiven! Diese Forderung muß allerdings einigermaßen befremden, denn kaum eine andere Bahn der bisher österreichischen Bahnen ist so reichlich — vollends im Verhältnis zu dem durch die jetzige Verkehrseinschränkung so tief herabgeminderten wirklichen Bedarf! — mit Maschinen, Heizhäusern etc. versehen, wie gerade die Nordbahn, auf deren Strecken der Verkehr von und nach Oberschlesien abgewickelt wird. Daß also die Ueberlassung von Lokomotiven seitens Deutschösterreichs an die tschecho-slowakische Bahnverwaltung aus Anlaß der Durchfuhr der oberchlesischen Kohle erfolgen müßte, wird man unter diesen Umständen gewiß nicht behaupten können. Trotzdem ist die Erfüllung dieser Forderung als Bedingung für die Gewährung der Durchfuhr gestellt worden.

Das Staatsamt für Verkehrsweisen hat im Zuge dieser Verhandlungen in Oberschlesien eine Tageslieferung von 150 Waggons Kohle erbeten. Dieses Ersuchen ist aber nicht vollständig, nur bis zu 120 Wagen erfüllt worden. Von diesen nun täglich zu verladenden 120 Wagen Kohle werden 80 Wagen für Partei-, also vor allem Hausbrand-Zwecke und die restlichen 40 Wagen als Dienst-, also als Regiekohle für Lokomotivfeuerung versendet werden. Mit diesen 40 Wagen Kohle Tagesverladung ist der Bedarf der Staatsbahnen indes nur zum geringsten Antheile gedeckt, nur soweit, wie der Beförderung der Betriebsmittelverbindungen und der Aufrechterhaltung des jetzt aufs äußerste eingeschränkten Personenverkehrs halbwegs entspricht! Ein Mehr als dieses Minimum ist mit diesen 40 Wagen Tageslieferung nicht zu erreichen!

Wie wir hören, sind diese 1200 Tonnen Kohle in Oberschlesien gestern bereits eingeladen worden. Die Sendung wird, falls die tschecho-slowakische Regierung ihre Zusage der Gewährung der freien Durchfuhr tatsächlich erfüllen sollte, binnen drei bis vier Tagen hier eintreffen.

Zunahme der Produktion in Brüg.

Brüg, 6. Dezember. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Wie „České Slovo“ meldet, haben die ävarischen Gruben in Brüg gefördert: Montag 200, Dienstag 280 und Mittwoch über 300 Waggons Braunkohle.

Die Kohlennot.

Die Situation in der Kohlenversorgung hat sich auch gestern nicht wesentlich verändert. Zwar sind gestern 152 Waggons Kohlen eingelangt, wovon 54 Waggons für den Betrieb der Eisenbahnen und 98 Waggons für den Bedarf der Stadt Wien zugewiesen wurden. Nachdem jedoch die Vorräte sowohl für den Wiener Bedarf wie für die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes auf einen kläglichen Rest zusammengeschnitten sind, vermag diese bescheidene Anlieferung eine wesentliche Aenderung in der Kohlenversorgung nicht herbeizuführen. Sollen die Wiener Industriebetriebe und die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke ihren Betrieb ungeschmälert aufrecht erhalten können, so werden dafür allein täglich 250 Waggons Kohlen gebraucht, wovon auf die Elektrizitätswerke allein 80 bis 100 Waggons entfallen. Es müßten also, um die zusammengeschnittenen Vorräte wieder auf jene Höhe zu bringen, die eine drohende Gefahr ausschließen, die Zufuhren ganz bedeutend verstärkt werden. Eine Hoffnung auf eine Besserung besteht allerdings darin, daß gestern, wie uns aus dem deutlichen österreichischen Staatsamt für Verkehrsweisen mitgeteilt wird, eine telegraphische Meldung der tschechischen Regierung eingelangt ist, wonach gegen die Durchführung von oberschlesischen Kohlen durch das tschechische Gebiet keine Einwendungen erhoben werden. Das Staatsamt hat daraufhin telegraphisch als tägliche Mindestlieferung fünfzehnhundert Tonnen oberschlesische Kohlen verlangt, von welcher Menge die Eisenbahnverwaltung siebenhundert Tonnen täglich beanspruchen würde, während der Rest für den Wiener Bedarf zur Verfügung stehen würde. Gleichzeitig werden die Verhandlungen mit der tschechischen Regierung in Prag weitergeführt, von deren Ergebnissen die Gestaltung in der Kohlenversorgung abhängen wird.

Die Kohlenabteilung in der Statthalterei hat an den Magistrat die Anregung ergehen lassen, ob nicht fortlaufend über den Stand der Kohlenversorgung Mitteilungen hinausgegeben werden könnten, um auf diese Weise die Bevölkerung über die täglichen Anlieferungen zu unterrichten. Wie der Magistrat mitgeteilt habe, bestehen aber für eine solche tägliche Uebersicht gewisse Schwierigkeiten, nachdem die über die verschiedenen Stationen einlangenden Kohlensendungen, für die einzelnen Bedarfszwecke verteilt, eine auf Genauigkeit Anspruch erhebende tägliche Aufstellung sehr schwer erundglichen. Eine verlässliche Uebersicht, die über den Stand der Versorgung Aufschluß geben könnte, ließe sich daher, nach der Auffassung des Magistrats, höchstens wöchentlich verlautbaren.

Holz einsammeln?

Aus unserem Leserkreis kommen uns täglich viele Vorschläge zu, die zumeist verlangen, daß die Regierung nicht so lange warten soll, bis der letzte Vorrat an Kohle verbraucht ist, sondern rechtzeitig für Ersatz durch Holz vorsorgen müßte. So schreibt uns ein Leser, daß man einfach durch Verordnung das Sammeln von Klaubholz allgemein freigegeben und es den Arbeitslosen ermöglichen soll, es zu sammeln. Solches Klaubholz soll unter Festsetzung von Höchstpreisen in den Handel kommen, die hoch genug sein müssen, um das Vereingbringen möglich zu machen, aber nicht so hoch, um den armen Mitbürgern den Ankauf zu erschweren. Man müßte vorlehren, daß sich nicht Spekulanten dieses Holzhandels bemächtigen und damit Bucher

treiben. Ein anderer meint: Die Gemeinde könnte, wenn nötig, Leute aufnehmen, die im Lohn Holz sammeln und es an bestimmten Stellen abliefern. Von dort müßte es durch die Gemeinde an die Verbraucher abgegeben werden. Es gehe so viel Klaubholz in den Wäldern und Auen um Wien zugrunde, ohne daß es ausgenützt werde, insbesondere im Dainzer Tiergarten. Wieder ein anderer Einsender schlägt vor, daß die Regierung einen Beschluß durchsetzen solle, daß jeder dritte oder vierte Baum im Walde oder in Auen abgeholzt werde. Man müßte dazu technische Beihilfe des Militärs beistellen und sich der amerikanischen Methoden der Holzfällerei bedienen, die nur teilweise Sägen benötigen und die Hauptarbeit des Fällens durch Patronen besorgen lassen. Arbeiter wären gegen gute Bezahlung dafür gewiß zu haben. meint der Anreger, und man sollte sofort darangehen, dies durchzuführen, damit man nicht erst damit komme, bis die Kohle aufgebraucht ist. Da das Holz nah ist, muß es ja einige Zeit trodnen. Das könnte wieder durch Trockenanlagen in Ziegelöfen oder Brauhäusern beschleunigt werden. Man dürfe nicht bis in den tiefen Winter warten, wenn der Schnee vieles hemmt. Der Schreiber meint auch, daß die Lastautos für das Schleppen der Bäume oder für den Holztransport herangezogen werden sollen, vorausgesetzt, daß wir die Not an Benzin überwinden.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, daß man durch massenhaftes Einbringen von Holz aus dem Wienerwald den Leuten für den Hausbrand genügend Holz zur Verfügung stellen könne. Dadurch werde die Kohle der Haushalte frei, um sie den Fabriken und den Gas- und Elektrowerken zuzuwenden. Da in manchen Häusern große Kohlenmengen aufgespeichert seien, wäre damit eine Reserve geschaffen, um die Einstellung vieler wichtiger Betriebe zu verhindern. Die Leute könnten zu Hause dann mit Holz heizen.

Alle diese Vorschläge sind zweifellos gut gemeint, aber fast ebenso schwer durchzuführen. Der mit den Lastautos ist undurchführbar. Das Benzinland ist Galizien und wir bekommen von dort ebensowenig Benzin wie vorläufig aus der Tschecho-Slowakei Kohlen. Was sich die Menschen selbst an Holz heimtschaffen können, das werden wir haben. Viel auf technische Hilfsmittel zu rechnen halten wir für falsch. Der Staatsrat hat sich schon mit dem Tiergarten beschäftigt. Dort das Holzklauben freizugeben und überständiges Holz forstmännisch zu fällen wäre gewiß gut. Dazu könnte auch eine weit größere Zahl gezahlter Arbeiter verwendet werden. Man würde zwar nur grünes Holz gewinnen, aber in zwei, drei Monaten wäre es zur Not auch schon zu verwenden. Das „Requirieren“ von Kohlen in Einzelhaushalten würde nur zu Unrecht führen. Diese so zerstückelt eingelagerten Kohlen können nicht ersetzt werden. Es fehlt uns dazu vor allem an Fuhrwerk, an Pferden und Pferdefutter.

Die Frage der Kohlenzufuhren.

Verfrühter Optimismus.

Ueber die Aussichten der Wiener Kohlenversorgung erfahren wir von kompetenter amtlicher Stelle:

Die seit gestern abends laut gewordenen Stimmen, daß sich die Situation infolge einer Zusicherung der tschecho-slowakischen Regierung, preussisch-schlesische Kohle für Wien durchzulassen, gebessert habe, werden leider nicht gerechtfertigt, wenn man die näheren Umstände dieser Zusage in Betracht zieht.

Daß die tschecho-slowakische Regierung — freilich nicht zum ersten Male — sich mit der Kohlendurchfuhr aus Preußen nach Wien einverstanden erklärte, ist richtig, leider ist aber die Kohle noch nicht hier und auch aus Schlesien zur Stunde noch nicht einmal abgegangen.

Vorausgesetzt, daß die Transporte noch heute ins Rollen kommen sollten, können sie günstigstenfalls in drei bis vier Tagen hier eintreffen. Wir wollen hoffen, daß sie nicht wieder, wie bisher, unterwegs angehalten werden.

bleibt nur die Frage, wie viel Kohle wir erhalten sollen. Der preussische Kohlenkommissär gab den Auftrag, täglich 1200 Tonnen nach Wien abgehen zu lassen. Davon werden hier 400 Tonnen den Bahnen, 800 Tonnen dem Zivilkonsum zugewiesen werden.

Unsere Bahnen benötigen aber allein, wenn ihr Bedarf gedeckt werden soll, täglich 1500 Tonnen. Daß der Privatkonsum mit 800 Tonnen gleichfalls nicht annähernd befriedigt werden kann, braucht nicht gesagt zu werden.

Mit einer Zufuhr von 1200 Tonnen täglich ist uns also kein ausreichender Dienst erwiesen. Schließlich wissen wir aber heute noch gar nicht, ob die oberschlesischen Betriebe im Stande sein werden, selbst nur dieses Mindestquantum regelmäßig zu liefern. Die Förderung ist dort derzeit auf die Hälfte des Normalen gesunken. Optimistische Stimmungsberichte sind demnach nichts weniaer als angebracht.

Was wir am nötigsten brauchen, um uns vor der Katastrophe zu schützen, ist eine regelmäßige und ansehnliche Zufuhr von Ostrauer Kohle. Diese aber ist uns bis heute noch nicht zugesichert.

7. XII. 1918

172

Kohlentriese in Deutschösterreich.

Von Ingenieur A. S. Goldreich.

Die Kohlenlager der Erde sind nach geologischen Prozessen und nicht nach nationalen Grundsätzen eingelagert, und deshalb müssen die kohlenarmen Staaten ein besonderes Interesse an diesen Bodenschätzen besitzen, die in einzelnen Ländern in überreichem Maße vorhanden sind. Die Kohlenbeden der Erde weisen und zwingen die Völker zur Gemeinschaftsarbeit. Die wenigen Nationen, in deren Heimstätten die Kohlen-schätze in reichlichem Maße abgelagert sind, haben es in ihrer Macht, die kohlenarmen Staaten in ihre politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Deutschösterreich ist in der Kohlenfrage in eine ähnliche Situation geraten wie Italien, das gänzlich auf englische Kohlenlieferungen angewiesen ist. England hat es in seiner Macht, Italien einfrieren zu lassen, und Deutschösterreich ist derzeit auf die Kohlen-lieferungen seiner benachbarten Nationalstaaten an-gewiesen, die in den Besitz der ehemals gemeinsamen Kohlenlager gelangt sind. Wohl hat Deutschösterreich reiche Wasserkräfte, und es können durch deren er-höhte Ausnützung die notwendigen Einfuhrmengen im Laufe der Jahre etwas gemindert werden. Die Möglichkeit der Verwertung dieser Wasserkräfte macht jedoch Deutschösterreich keineswegs derzeit von der Sorge frei, seine Kohlenbelieferung sicherzustellen. Aber auch in der ferneren Zukunft wird Deutschösterreich reichliche Mengen von Kohle einführen müssen. Diese Abhängigkeit von der Kohleneinfuhr wird wachsen, wenn Deutschösterreich eine fortschreitende Industriali-sierung erfahren sollte, wie dies insbesondere die Ver-hältnisse in der Schweiz beweisen, wo trotz der enormen Wasserkraftverwertung eine wesentliche Zu-nahme des Kohlenverbrauches in den letzten Jahren

Ausblüte aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenbecken ist derzeit angesichts der drückenden Transportnot kaum zu denken. Die augen-blickliche Situation ist dahin zu kennzeichnen, daß trotz der herabgeminderten Förderungen in den benachbarten Nationalstaaten zumindest noch so große Kohlenmengen zur Verfügung stehen, daß Deutsch-österreichs jetzige Kohlennot sofort ge-mildert werden könnte. Mag auch die Situation in der Kohlenversorgung für Deutsch-österreich derzeit eine verhängnisvolle Zwangslage bilden, in der kommenden Friedenszeit wird es für die Kohlenproduzenten ein gelüchtes Absatzgebiet bedeuten. Das sollte eine Verständigung zwischen Deutschösterreich und jenen Staaten, die als Herren der Kohlengruben auftreten, erleichtern.

Die Kohlenverlegenheiten ziehen übrigens nicht Deutschösterreich allein in Mitleidenschaft, selbst Ententesstaaten, so namentlich Italien, spüren den Mangel. Diese Wahrnehmung begründet gewiß die Unregung, die für die Lebensfrage der Völker so wichtige Kohlenversorgung durch die Schaffung eines europäischen Kohlen-verteilsungsplanes auf der Friedens-konferenz zu regeln. Die Frage der Kohlen-versorgung sollte einen Programmpunkt des kommenden Friedenskongresses bilden, genau so wie die Frage der Freiheit der Meere sollte die Freiheit von Bahnen und Flüssen zum Zwecke der Kohlenver-sorgung sichergestellt sein.

Nicht jedes Volk ist in gleicher Weise geeignet, Kohlenwirtschaft zu betreiben, und deshalb würde es auch notwendig sein, die Kohlenverwertung einer internationalen Kontrolle zu unterstellen, damit den Lebensinteressen der schwer-geprüften Völker auch Rechnung getragen werde. Die ausreichende Versorgung der Völker mit Kohle wird in der kommenden Friedenszeit mit Rücksicht auf die wesentlich veränderten Arbeitsbedingungen eine der schwersten Sorgen der Staaten Europas bilden. Und auch aus diesem Grunde erscheint die internationale Regelung des Kohlenproblems im Interesse der gesamten Menschheit gelegen.

keine Erfolge damit.
 in welchem Sinne um, hatte aber noch
 sah sich im Stillen bereits nach einer anderen
 arbeitete er nicht mehr, fortlaufend.
 sich Gattner noch nicht einig. Mit der
 was zum Frühjahre gelangt, darüber war
 bezogen ihre Gehälter weiter.
 schätzte, ebenso Albert Dörflinger, der
 Gorbach, den Gattner als sehr tüchtig
 war.
 Commerzialrat an Stellen auszufüllen
 wurde und mit der Überproduktion des
 Bureau und Leiter zum Mittel eingezogen
 um so leichter, als eine Reihe Angehöriger in
 unter die Maßnahmen auszuheben ließ. Das war
 Entscheidung trat, indem er für den ganzen
 zurückzuführen, daß sie nicht mehr tüchtig in
 hatte zu entfernen. Aber er mußte es ein-
 liche Gorbach, die wirtlich von ihm De-
 Es gab selbst für Gattner keine gelöst
 wann?
 wie die "Sta", oder besser — Mittel
 würde ihr die selben für die selben
 Stimm aufgenommen zu werden. Und wer
 konnte, mit offenen Stimm von anderen
 ihr zu oft verhöhnt wurde, als daß sie hoffen
 so sehr man sie als Darstellerin schätzte, von

Vor dem Ende der Kohlenblockade.**Die Verhandlungen in Prag. — Uebergabe von Lokomotiven. — Polnische Angebote.**

Die Verhandlungen mit der Prager Regierung haben, wie bereits berichtet, zu dem Ergebnis geführt, daß die Tschecho-Slowaken die Durchfuhr oberschlesischer Kohle nach Wien gestatten. In diese Verhandlungen wurde die Ueberstellung von einer größeren Anzahl Lokomotiven an den tschechischen Staat einbezogen. Das tschechische Gebiet hatte zuletzt wie alle inneren Länder wenig Lokomotiven, da diese größtenteils in den Grenzgebieten an den Grenzen in Verwendung standen. Nach Beendigung des Krieges blieben deshalb viele auf deutschösterreichischem Boden zurück. Die Tschechen begehren nun seit einiger Zeit die Auslieferung der ihnen nach dem Schlüssel der Aufteilung zustehenden Verkehrsmittel. Die deutschösterreichische Regierung verhielt sich aber in demselben Grade gegen diese Forderung ablehnend, als die tschecho-slowakische Regierung sich der Kohlenversorgung Deutschösterreichs widersetzte. Jetzt ist man endlich zu einem Ausgleich gekommen.

Am 6. d. M. wurde im westschlesischen Revier bereits mit der Verladung der Kohle, die für Deutschösterreich und vornehmlich für Wien bestimmt ist, begonnen. Das Verladen dürfte etwa drei Tage in Anspruch nehmen, um größere vollende Transporte voll zu befördern, da es auch dort infolge des Kohlenarbeiterstreiks an Arbeitskräften mangelt. Es ist heute jedenfalls sicher, daß wir in den nächsten Tagen schon größere Kohlenzufuhren in Wien sehen werden.

Wie wir im Staatsamt für Verkehrsweisen erfahren, sind auf Grund dieser Aussichten keine weiteren Einschränkungen im Fernverkehrsverkehr in Aussicht genommen. Es hängt lediglich von der Menge der zu liefernden Kohle ab, ob es bei den heutigen Verkehrsverhältnissen der Bahnen bleibt. „Wir erhoffen jedenfalls eine Besserung,“ bemerkte unser Gewährsmann.

Wie uns heute abend gemeldet wird, werden die Verhandlungen in Prag weitergeführt und schreiten nicht ungünstig weiter. Die deutschösterreichischen Unterhändler bleiben voraussichtlich noch einige Tage in Prag, da sich die Verhandlungen nicht nur auf den Durchlaß und die Lieferung von Kohle, sondern auch auf den Lebensmittel- und Industrieverkehr beziehen.

Wir erfahren, daß auch mit der polnischen Regierung Verhandlungen im Zuge sind, in denen die Einfuhr von polnischer Kohle als Kompensation für die Einleitung, bezw. Ueberlassung eines Schnellzugpaares auf der Strecke Krakau—Lemberg gedacht ist. Die Garnituren stehen gegenwärtig auf deutschösterreichischem Boden. Von der Menge der von den Polen zugestandenen Kohle hängt das Ergebnis dieser Verhandlungen ab.

Die Bedeutung des Billingdorfer Werkes.

Das Kohlenbergwerk der Gemeinde Wien in Neufeld in Verbindung mit dem Kraftwerk Gbenfurt hat heute große Bedeutung erlangt. Schon heute hängt ein guter Teil des Stromverbrauches der Stadt an diesem Kraftwerk und wir wären schon längst von einer Katastrophe ereilt worden, wenn nicht dieses Unternehmen als einziges Reservoir ausgehalten hätte. Es liegt heute alles daran, das Werk auf die Dauer der Kohlennot auszubehalten, soweit es geht. Nicht weniger als 25.000 Waggons Kohle liegen dort, wie wir bereits berichtet haben, abgedeckt, die verhältnismäßig geringer Arbeit bedürfen, um sie dem Kraftwerk dienlich zu machen. Das Kraftwerk ist derart ausgebaut, daß es den Wiener Strombedarf zu einem Drittel decken könnte, wenn es nicht an Arbeitern fehlen würde. Noch tausend Arbeiter und die Stadt Wien hat in der Kohlenversorgung an Neufeld ein Rückgrat, das sie vor völligen Verkehrs- und Lichteinschränkungen bewahrt. Es handelt sich also nur, die fehlenden tausend Arbeiter aufzutreiben, unter den 30.000 Arbeitlosen, die heute bereits in Wien sind, werden die notwendigen Kräfte gewiß zu finden sein. Dafür werden sich vielleicht vorübergehend Lohnmaßnahmen als nötig erweisen, die sich aber reichlich auszahlen werden, mit Rücksicht auf die verhinderte Betriebseinschränkung, als auch in sozialer Beziehung. Die Gemeinde kann auf diese Weise überaus wirksam zugunsten der ganzen Bevölkerung eingreifen.

Die heutigen Kohlensendungen.

Heute sind in Wien 28 Waggons Eisenbahnbetriebskohle eingelangt, deren Eintreffen mit dem Ergebnis der Verhandlungen nichts zu tun hat. Es sind dies fast durchwegs verkaufene Waggons, die entweder in Stationen stehen geblieben sind oder falsch dirigiert wurden. Als erfreuliches Ergebnis kann es bezeichnet werden, daß böhmische Braunkohle, mit der besonders die Betriebe in Linz, Zamsbrunn und Triesch betieft werden, heute in weitaus größerer Menge im Rollen nach den Bestimmungsstationen war.

Ein Kohlenlager in der Kofauer Kaserne.

Aus Beseferkreisen wird uns geschrieben: Im Laufe des Sommers sind in der Kofauer Kaserne als Kohlenreserve des Wiener Militärkommandos 150 Waggons Kohle zur Reserve eingelagert worden. Es ist dies das größte Kohlenlager, das noch keine unmittelbare Verbrauchsbestimmung hat. In einer Zeit, wo die Einstellung sämtlicher Fabriksbetriebe und Verkehrsmittel infolge des Kohlenmangels droht und auch die jetzt von der Prager Regierung zugesprochenen Kohlenzufuhren bei weitem nicht ausreichen, ergibt sich die Frage, ob nicht etwas geschehen könne, um diese bedeutende Kohlenmenge als wertvollen Zuschuß für die Erhaltung der notwendigsten Betriebe zugunsten der ganzen Bevölkerung zu verwenden.

Die Theatersperre.

Die Beratungen, die, wie wir bereits kurz berichteten, heute vormittag im Parlament unter Vorsitz des Staatsrates Licht begannen, brachten im Verlaufe der Verhandlungen eine Er-

klärung der Direktoren der großen Theater, ein Drittel der Gagen und Gehalte auszubehalten. Nach längerer Debatte erklärten sich die Direktoren schließlich bereit, den Mitgliedern und Angestellten die Gagen bis zu 1000 Kronen vollständig durch 14 Tage zu bezahlen. Gagen von 1000 bis 3000 Kronen werden ohne Teuerungbeitrag ausbezahlt, Gagen über 3000 Kronen auf 3000 Kronen herabgesetzt werden. Es wurde die Bildung eines großen Volkszugsausschusses beschlossen, der Montag zu einer Sitzung zusammentreten wird.

Änderungen im Schulbetrieb.

Einstweilen scheint man zur Sperre der Schule noch nicht zu schreiten. Wenigstens verlaublich die „Rath. Korr.“, daß mit Rücksicht auf die herrschende Not an Brennstoffen und die hierdurch unvermeidlich gewordene Einschränkung der Beheizung und Beleuchtung verfügt wird, daß von Montag, 9. d. an bis auf weiteres der tägliche Unterricht an den Volk- und Bürgerschulen erst um 9 Uhr vormittags zu beginnen hat. Die Änderungen im Lehrplan sind vom zuständigen Bezirkschulinspektor zu treffen.

Die Kohlenquote.

Die Rath. Korr. meldet: Da sich der Kohleneinkauf nicht gebessert hat, kann wie in der Vorwoche bis auf weiteres an Küchenbrand nur 20 Kilogramm Steinkohle, bezw. 25 Kilogramm Braunkohle ausgegeben werden.

Gastloze aus den städtischen Gastwerken.

Die Rath. Korr. meldet: Die Betriebseinschränkung der städtischen Gaswerke führt naturgemäß zu einer sprunghaften Verringerung der Erzeugung von Gastloze. Die von der Oesterr. Länderbank, Kofz. Sektion, an die bei ihr rayonierten Kunden und an Kleinkohlenhändler ausgegebenen Anweisungen, die auf bestimmte Bezugsstage lauten, können daher ab 9. d. M. nicht mehr eingelöst werden und werden außer Kraft gesetzt. Neue Anweisungen, die sich nur auf im besonderen öffentlichen Interesse gelegene Lieferungen beschränken müssen, sind von den bezugsberechtigten Parteien neu zu beheben. Es wird aber aufmerksam gemacht, daß auch für die Einlösung dieser Ausfolgsscheine keine Gewähr übernommen werden kann.

Die Kohlennot.

Das Geständnis des Direktors Karel.

Unter Bezugnahme auf einen unter diesem Titel in unserer Morgenausgabe vom 6. Dezember enthaltenen Artikel erhalten wir von dem Direktor der städtischen Elektrizitätswerke, Herrn Eugen Karel, folgende Zuschrift:

„Geehrte Redaktion! Es ist nicht richtig, daß ich gesagt habe: Das Elektrizitätswerk in Zillingdorf liefert täglich 40.000 Kilowatt. Es könnte 200.000 Kilowatt liefern, aber wir arbeiten mit ungeschulten Kräften und allen möglichen Erschwerungen und eine Steigerung der Leistungsfähigkeit ist vollkommen ausgeschlossen.“

Wichtig ist, daß ich des längeren ausgeführt habe: Das Elektrizitätswerk in Ebenfurth, welches nach dem großen Zusammenbruche wegen des Abzuges der Kriegsgefangenen zum Stillstand gelangte, liefert heute schon wieder mehr als 40.000 Kilowattstunden. Es könnte, normalen Stromkonsum in Wien vorausgesetzt, 200.000 Kilowattstunden, also 20 bis 25 Prozent des normalen Strombedarfes von Wien, liefern, wenn nicht Winter wäre, wo Schneeberuhungen und starker Frost den Betrieb des Tagbaues oft tagelang unmöglich machen, beziehungsweise erschweren, daß die Leistung selbst eines geschulten Kohlenhüters oft auf den zehnten Teil herabgeht. Ueberdies haben wir zu wenig Arbeitskräfte, weil es an deutschen Erbarbeitern in Oesterreich immer gefehlt hat und wir vorwiegend mit Slowenen, Ungarn und Italienern gearbeitet haben, die heute nicht zu haben sind. Einen Stock von Bergarbeitern wie sie nötig wären, hat Deutschösterreich, Steiermark ausgenommen, überhaupt nicht. Die wenigen, zur Erdarbeit taugenden, hier noch in Betracht kommenden Leute gehen lieber zur Landwirtschaft, die auch Deutenot hat, und wir müssen uns mit Arbeitern behelfen, die allen möglichen Professionen angehören und Arbeit im Freien überhaupt nie gewohnt waren. Wenn Kohlenvorräte im Ueberlandkraftwerke vorhanden wären, könnte man über die Schwierigkeiten hinwegkommen, aber infolge des während des letzten Kriegshalbjahres bestandenen Mangels an Arbeitskräften konnten nur geringe Mengen von Kohle aufgestapelt werden, die heute schon zusehrt sind.

Die Erzeugung des Neufelder Tagbaues und des Ueberlandkraftwerkes steigt täglich, aber doch nicht so schnell, als es wünschenswert wäre. Nach dem Zusammenbruche wollte überhaupt niemand arbeiten und es dauerte vierzehn Tage, bis trotz aller Bemühungen der Direktion die ersten Arbeiter sich meldeten, und die wenigen Stammarbeiter des Bergbaues, der ja kaum zwei Jahre im Betriebe ist, beschäftigten sich lieber mit dem einträglicheren Lebensmittel-smuggel. Da die Löhne exorbitant hoch sind, strömen nunmehr genug Arbeiter zu, aber sie verlassen die ungewohnte Arbeit rasch wieder. Wenn nicht Winter wäre, würde trotzdem die Höchstleistung rascher erreicht werden, da ohne Ansehung der Kosten alles dazu getan wird. Den Mangel an Qualität der Arbeitskräfte kann man in diesem Falle auch nicht durch eine größere Menge von Arbeitern ersetzen, denn auf der Abbaufont der Kohle, deren Länge

durch die Dimension des Flözes gegeben ist, läßt sich nur eine bestimmte Zahl anstellen und die Leistung bleibt gering, wenn der einzelne Arbeiter mangels Uebung nichts leistet. Auch das Kohlenhauerhandwerk will gelernt sein, wie es denn auch beim Bergbau in normalen Zeiten anderthalb bis zwei Jahre dauert, bis ein Arbeiter Häuer wird. Aber auch im Falle der Erreichung der Höchstleistung könnte das Ebenfurther Kraftwerk nicht mehr als ein Fünftel des normalen, beziehungsweise nicht einmal ein Drittel des eingeschränkten Strombedarfes von Wien decken und die neu eingeführten Sparmassnahmen sonach nicht entbehrlich machen. Wenn binnen acht Tagen nicht Kohle kommt, muß, wie ich schon vor Wochen ankündigte, der Betrieb der Straßenbahn, die Kraftlieferung und die private Beleuchtung sukzessive ganz eingestellt werden, und, wenn es dann möglich sein wird, die notwendigste öffentliche Beleuchtung, die Beleuchtung der Stiegenhäuser, der Bahnhöfe, der Post- und Telegraphenämter, der Krankenhäuser sowie der notwendigsten Aemter und Anstalten sowie den Betrieb der Gaswerke, der städtischen Feuerwehrautomobile, der Mühlen, Bäckereien, Sechereien und sonstigen nötigsten Approvisionierungsbetriebe und die Lebensmittelverkaufslöale innerhalb gewisser Grenzen aufrechtzuerhalten, wird dies nur mit Zuhilfenahme des Ueberlandkraftwerkes möglich sein, dessen Leistung zu heben alle verantwortlichen Faktoren bei Tag und Nacht bemüht sind.

Hochachtungsvoll

Direktor Eugen Karel.

Die Brennholzfeuerung.

Mitteilungen aus dem Staatsamt für Landwirtschaft.

Vor einigen Tagen wurde an dieser Stelle von einem Fachmann angeregt, die Lokomotiven auf den Lokalbahnen für die Holzfeuerung einzurichten und mit Brennholz zu heizen, wie dies seit Jahren in Rußland, in der Ukraine und in der Bukowina geschieht. Auf die Frage, wie er über die Durchführbarkeit dieses Vorschlages zur Linderung der katastrophalen Kohlennot denke, äußerte sich ein Funktionär des Staatsamtes für Landwirtschaft, der dem Permanenzkomitee zur Versorgung Wiens mit Brennholz angehört, zu einem unserer Mitarbeiter folgendermaßen:

„Mit Interesse habe ich den Artikel über die Brennholzfeuerung für Lokomotiven in Ihrem Blatte gelesen. So wertvoll der darin enthaltene Vorschlag auch sein mag, sagt er uns doch nichts Neues, da diese Frage in den Sitzungen des seit Juli 1917 bestehenden Permanenzkomitees wiederholt beraten wurde. Der Verwirklichung des Projektes stellen sich so manche Schwierigkeiten entgegen. Ich will nur in Kürze darlegen, was eine radikale Lösung im Sinne der in der Zeit gegebenen Anregung ausschließt.

Bedenken Sie, daß es in Wien rund 600.000 Haushalte gibt, die mit Brennholz zu versorgen wären, um alle Kohle für die Feuerung der schweren Lokomotiven verwenden zu können. Will man in diesen Haushalten ausschließlich mit Brennholz heizen, so benötigt man dafür allein mehrere Millionen Raummeter. Der Heizwert des Holzes liegt tief unter jenem der Kohle, weshalb es ja auch bisher zumeist nur als Ergänzung, selten als Ersatz der Kohle betrachtet kam. Es bedarf ungefähr einer dreifachen Menge trockenen, einer sechsfachen Menge nassen Holzes, um die Kohle als Brennmaterial zu ersetzen. Wo und wie derartige Holzmassen gewinnen, wie sie hertransportieren?

Was in Wien selbst derzeit an Holz greifbar vorhanden ist, wird als Unterholz für die Haushalte und als Brennmaterial für die Bäckereien verwendet; die Produktion muß unbedingt aufrechterhalten werden. Die für die Holzfeuerung der Lokal- und Kleinbahnen und für die volle Beheizung der Wohn- und Küchenräume erforderlichen Holzmassen müssen anderswo beschafft und größtenteils erst gefällt werden. In der Nähe der Stadt ständen die Waldungen des Wienerwaldes, dessen reizvoller landschaftlicher Szenerie allerdings die Ausrodung Abbruch täte, als Staatsforste für Holzschlägereien zur Verfügung. Da die Hauptbahnen während des Krieges und noch in jüngster Zeit durch die Truppentransporte stark belastet waren, wählte man für die Schlägerung vor allem die an Nebenlinien gelegenen Forste, so Waldungen an der vom Militär nicht übermäßig frequentierten Franz Josef-Bahn; auch die Wälder der Donau-Nuen kamen und kommen für diesen Zweck wegen ihrer Nähe in Betracht. Der Wasserweg ist leider unbenutzbar geworden. Der Bahnverkehr hingegen ist eben durch den Mangel an Brennmaterial so eingeschränkt, daß er derartige Niedertransporte schwerlich bewältigen könnte, für die zahllose lange Lastzüge vonnöten wären. Da ein Waggon ungefähr 20 Raummeter aufnimmt, so erfordert der Transport der für die Haushalte Wiens benötigten Holzvorräte allein Hunderttausende von Waggons, Tausende von Kilgen.

Nicht ganz so groß wie die Transportmühsere, aber immerhin beträchtlich, sind ferner die Schwierigkeiten, die der Mangel an qualifizierten und körperlich geübten Arbeitskräften einer radikalen Lösung dieser Frage entgegenstellt. Dieser Mangel bestand bereits im Sommer dieses Jahres. Damals wurden uns zwar von der Heeresverwaltung einzelne Arbeiterkompanien als Holzschlägerdetachements in Aussicht gestellt, aber diese Leute mußten

ins Feld abgehen, ehe die Arbeit in Angriff genommen war; so blieben denn nur die Entbehrlichen für die Schlägerung übrig, minderkräftige, teilweise unterernährte Mannschaft. Unter den zahllosen arbeitslosen Heimkehrern finden sich gleichfalls nicht wenige geschulte und physisch tüchtige Holzarbeiter. Sofern sie überhaupt verwendbar sind, müßten die meisten noch mit Sägen und Meißeln betraut, dann aber mit besonderen Ernährungszubußen bedacht werden.

Die dritte, gleichfalls nicht geringe Skalanzität liegt in der Beschaffenheit des Brennholzes selbst. Frisch gefälltes Holz ist infolge seiner Masse so gut wie unbrauchbar. Wintersüber kann es im Freien nicht trocknen. Große Trockenanstalten wie im Deutschen Reich existieren hierzulande nicht; doch gibt es Holzverarbeitende Fabriken mit Trockenräumen. Man könnte das nasse Holz bis zu einer gewissen Menge in einzelnen Eisenbahnwerkstätten einlagern oder aber in gedeckten Waggons aufspeichern, wo es durch den stetigen Luftzug getrocknet werden könnte. Dies alles braucht aber Zeit; auch die Lokomotiven lassen sich nicht im Handumdrehen für die Holzfeuerung adaptieren, und rasche Hilfe wäre doch so nötig!

Trotz alledem wird, wenn auch nicht im erwünschten Ausmaß, vielfach das Holz die Kohle ersetzen müssen. Es liegt nahe, daß sich die Wiener Zentralstellen mit der Frage der Brennholzfeuerung intensiv beschäftigen.“

So weit die Äußerung aus Kreisen des Staatsamtes für Ackerbau.

Diese Darstellung kann freilich nicht die Tatsache widerlegen, daß wir jetzt unter früheren Verhältnissen auf das schwerste zu leiden haben. Nun freilich, wo jeder Verkehr stockt, mag es nicht gerade leicht sein, große Holzaufrufe zu bewerkstelligen. Im Frühommer aber, als oft gemäß den Erfahrungen des letzten kostengünstigen Winters auf die Gefahren des kommenden Winters hingewiesen wurde, wären wohl Mittel und Wege zu finden gewesen, um Holzvorräte in der Großstadt anzulegen. Wenn nun der Fachmann darauf verweist, daß es nicht möglich sei, 600.000 Wiener Haushaltungen alsbald mit Brennholz zu versorgen, so müßte es doch wohl gehen, wenigstens die Armen und Ärmsten mit kleineren Mengen zu versorgen. Es gilt jetzt nicht, nur an die Hindernisse der Massenversorgung zu denken, sondern es gilt, eben diese Hindernisse nach Kräften zu überwinden und durch Hilfsaktionen wenigstens teilweise gutzumachen, was bisher verjäumt wurde. Vor allem aber ist es notwendig, daß wenigstens ein praktischer Anfang gemacht wird. Masses Holz ist besser als gar kein Holz, und wenn man in den Arbeitsvermittlungsstellen, vor deren Worten sich jetzt tausende Arbeitslose drängen, Nachbau halten würde, dann ließen sich wohl auch viele hundert Männer auffindig machen, die, natürlich gegen entsprechende Bezahlung, sehr gern als Holzfäller sich verdingen würden. Aber so war es ja immer in unseren Antistuben: Vor lauter Studieren kam man nicht zum Probieren. Nun sind wir so weit, daß wir bald den letzten Zentner Kohle verbraucht haben und demnächst auch nicht ein Scheit Holz im Keller besitzen werden, während Wien und seine nächste Umgebung meilenweit von unausgeföreteten Wäldern umgeben ist.

9. XII. 1918

M

Die Kohlenkrise.

Wien, 9. Dezember.

Nach den Berichten über die Verhandlungen in Prag ist eine leise Entspannung in der Kohlenkrise zu erkennen. Wir sprechen von einer leisen Entspannung, weil die Ergebnisse der Verhandlungen sich nach den Umständen mit Sicherheit kaum beurteilen lassen. Gestern sind aus den Braunkohlenrevieren von Böhmen etwas mehr Waggons eingelassen als an den früheren Tagen. Auch aus Preussisch-Schlesien konnte die Durchfuhr von Kohle sich ohne Schwierigkeit vollziehen. Diese Mengen sind jedoch bisher ungenügend und ein vorsichtiges Urteil mußte sich darauf beschränken, von einer leisen Entspannung zu sprechen.

Man hofft auf Besserung der Kohlenzufuhr.

Eine Wendung in der Kohlenfrage wird noch immer nur erhofft. Die Kohlenversorgung ist vorläufig unverändert schlecht. Die Zufuhren sind sogar noch etwas geringer als vorgestern und reichen eben hin, den gegenwärtigen außerordentlich eingeschränkten Betrieb fortzuführen. Gestern sind insgesamt 44 Waggon Eisenbahnkohle und 71 Waggon „Parteienkohle“ für Wien angekommen, davon 22 Waggon aus Oberschlesien. Dies genügt, den Bahnbetrieb in den gegenwärtigen Verhältnissen zur Not aufrechtzuerhalten und die Gemeinde ein bisschen zu versorgen. Von einer Betriebserweiterung kann unter solchen Umständen keine Rede sein.

Die Verhandlungen in Prag haben zur Stunde leider noch kein bestimmtes Ergebnis gezeitigt. Telegraphisch und telephonisch wird die Verbindung der Unterhändler mit Wien aufrechterhalten. Vom Arbeitsamte hat sich Oberberggraf Aloß nach Prag begeben, wo auch über die Freigabe der Brügger Kohle verhandelt werden wird. Man erhofft, wie erwähnt, diesmal ein besseres Ergebnis. Telegraphisch ist bereits der freie Durchzug der ober-schlesischen Kohle zugestanden worden, aber die Förderung ist dort sehr eingeschränkt und man unterläßt aus Furcht vor tschechischer Beschlagnahme größere Sendungen. Von Ostrian ist noch nichts gekommen.

Die Beratungen der Eisenbahndirektionen Wien und Kattowitz mit der großslowakischen General-eisenbahndirektion beginnen am 12. d. M. in Oderberg.

Der eingeschränkte Wiener Bedarf würde immer noch täglich 2000 Tonnen für das Gaswerk und 120 bis 150 Tonnen für die Elektrizitätswerke umfassen.

Günstiger Verlauf der Prager Kohlenverhandlungen.

An amtlicher Stelle hören wir, daß die Verhandlungen in Prag günstig verlaufen. Die Tschechen sind bereit, uns Kohle zu geben, aber jetzt ruft wieder die Waggonfrage Schwierigkeiten hervor. Die Tschechen sind nicht geneigt, eigene Waggon zu senden, andererseits haben wir zu wenig Waggon, um diese hinauszuschicken, wobei allerdings die Unsicherheit über das Schicksal solcher Waggon mitspielt, die erfahrungsgemäß nicht selten zurückgehalten wurden. So weit die von amtlichen Stellen herrührenden Mitteilungen, die die Frage offen lassen, wie den Kohle nach Deutschösterreich kommen kann, wenn man schon für die Waggon fürchten muß. Man erwägt jetzt die Möglichkeit, die Kohle an den Landesgrenzen auf unsere Waggon zu überladen.

Kohlenverhandlungen mit Polen.

Wie wir weiter erfahren, sind auch Verhandlungen mit Polen über die Überlassung von Kohle an Deutschösterreich angeknüpft worden und günstig verlaufen. Die polnische Regierung verlangt die Überlassung von Kleidern und Industrieerzeugnissen gegen Kohle. Alles weitere wird noch bestimmt werden.

Kohle für Private.

Man schreibt uns: Der Pension Wessler, 9. Bezirk, Eisengasse 28, genügen die reichen Kohlenvorräte durchaus nicht, die sie während des Sommers in ihren Kellern einlagern ließ, auch jetzt noch nicht, und gerade heute vormittags sind zwei mächtige Fuhrn mit Kohlen dort abgeladen und in die bis an die Grenze der Fassungskraft gefüllten Keller eingelagert worden. Nichts zeigt die Ungerechtigkeit solcher Zustände mehr, als daß in der Nähe dieses Gehms für verdöhlte Alteszähler sich eine Näherei befindet, in der die Arbeiterinnen mit ihren kalten, steifen Fingern nicht einmal ihre Nähmaschinen recht bedienen können und um 4 Uhr wegen der Kohlenverordnung nach Hause geschickt werden müssen. — Wie ist es denn möglich, daß jetzt noch für Private Kohle zugeführt wird?

Die Kohlenkrise.

Wien, 9. Dezember.

Die Verhandlungen der deutschösterreichischen Regierung mit der czecho-slowakischen Regierung in der Kohlenfrage sind durch Entsendung von Delegierten nach Prag wieder aufgenommen worden. Unter den gestern nach Prag gereisten Vertretern des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten befindet sich auch Oberbergirat Klotz, der schon früher im Verein mit Vertretern der Gemeinde Wien die Verhandlungen in Prag geführt hat. Bis heute haben die neuerlichen Konferenzen in Prag kein positives Ergebnis gehabt, wodurch die Situation für Wien und Deutschösterreich nichts an ihrer Schärfe verloren hat. Eine gewisse Erleichterung könnte nach den Berichten der nach Prag entsendeten Regierungsvertreter nur darin erblickt werden, daß die Tschechen offenbar bestrebt sind, alle augenblicklich erreichbare Kohle in den Dienst der Zuckerkampagne in Böhmen zu stellen, um die heuer ungewöhnlich groß gewesene Ernte an Zuckerrüben voll für die Erzeugung von Rohzucker auszunützen zu können. Ende Dezember schließt diese Kampagne. Möglicherweise wird sich von da ab die czecho-slowakische Regierung in der Kohlenfrage nachgiebiger zeigen.

Aus den nordwestböhmischen Braunkohlenrevieren sind gestern und heute zwischen 30 und 40 Waggons Braunkohle mehr als an den vorangegangenen Tagen eingelaufen.

Der gestrige Tag brachte nach langer Pause wieder die ersten Zufuhren aus Preussisch-Schlesien. Es wird sich zeigen müssen, ob der von den czecho-slowakischen Eisenbahnorganen in Schlesien und Mähren bisher der Durchfuhr dieser Kohle nach Deutschösterreich entgegengelegte Widerstand aufgegeben worden ist oder ob es sich um ein zufälliges Ereignis handelt. Immerhin ist festzustellen, daß gestern 11 und heute 15 Waggons ober-schlesischer Kohle hier eingetroffen sind und sich ebensolche Tagesquanten weiter im Anrollen befinden.

Kleine Ankünfte von Kohle sind auch aus dem Ostrauer Revier zu verzeichnen, die in erster Linie dem Wiener Gaswerk zugewiesen werden.

Die allgemeine Situation hat durch die im vorstehenden gekennzeichneten kleinen Erleichterungen aber nichts an ihrer Schärfe verloren und selbst wenn die Zufuhren aus Ostrau, Ober-schlesien und an nordwestböhmischer Braunkohle in demselben Maße anhalten sollten, als es gestern und heute der Fall war, kann noch für lange hinaus von einer Milderung der Verbrauchseinschränkung an Gas und elektrischem Strom und von der Drosselung des Eisenbahnverkehrs keine Rede sein, da unsere Vorräte an Kohle fast auf ein Nichts zusammengeschrunken sind, die täglichen Ankünfte sofort zur Gänze verbraucht werden und nichts für die Anlegung von Reserven verwendet werden kann. Erst wenn einmal Reserven in entsprechender Höhe geschaffen werden, welche die Gewähr bieten, daß vorübergehende Störungen in der Zufuhr nicht neuerlich katastrophale Folgen nach sich ziehen könnten, würden die gegenwärtig erlassenen Sperr- und Sparmaßnahmen eine Milderung erfahren können.

Eriste Lage der Wiener Gaswerke.

Nach Mitteilungen, die uns heute an zuständiger Stelle gemacht worden sind, haben die Wiener Gaswerke seit der am 4. d. erfolgten Erlassung der Sparverordnung überhaupt keine Kohle mehr überwiesen erhalten. Jedenfalls hat die Sparverordnung einen Erfolg erzielt, wenngleich sich derselbe ziffermäßig genau noch nicht feststellen läßt. Trotzdem gehen die Kohlenvorräte der Gaswerke zu Ende.

Um die Straßenbeleuchtung, die Beleuchtung in den Krankenhäusern und die Versorgung der Nahrungsmittelbetriebe mit den notdürftigsten Gasmengen sicherzustellen, dürften sich weitere Beschränkungen in der Gasbelieferung der privaten Haushaltungen als notwendig erweisen. Diesbezügliche Entschlüsse stehen un-mittelbar bevor.

Vor dem Ende der Kohlen- blockade.

Die erste oberschlesische Kohle in Wien angekommen.

Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen mit der Prager Regierung bezüglich der Durchfuhr oberschlesischer Kohle durch tschechisches Gebiet bereits ein praktisches Ergebnis gezeitigt. Die ersten oberschlesischen Kohlen sind in Wien eingetroffen. Wenn es sich auch gegenüber dem täglichen Bedarf Wiens und der Eisenbahnen nur um eine geringfügige Menge von 20 bis 22 Waggon handelt, so ist das immerhin ein Fortschritt gegenüber der letzten Zeit, wo nicht nur nichts aus Oberschlesien eingelangt ist, sondern nicht einmal die Aussicht auf Zufuhren vorhanden war.

Für das Zugeständnis von seiten der tschechischen Regierung waren von vornherein weniger politische Gründe, als vielmehr die eigenen wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse maßgebend. Die Zuckerkampagne verlangt täglich in den eigenen Gebieten eine Million Meterzentner Kohle, eine Menge, die die eigenen Reviere aufzubringen nicht imstande waren. Infolgedessen wurden auch die für Deutschösterreich bestimmten Kohlen in Beschlag genommen. Die Zuckerkampagne wird aber in nächster Zeit abflauen, so daß mit einem schwächeren Bedarf auf tschechischer Seite zu rechnen ist. Dieses Moment war jedenfalls für die Entscheidung der tschechischen Regierung in der Durchfuhrbewilligung maßgebend. Außerdem rollten bereits von deutschösterreichischer Seite Samstag 25 Lokomotiven von hier ab, die man drüben dringend benötigt.

Von der täglich zu erwartenden Menge von 2200 Tonnen oberschlesischer Kohle sollen auf die Gemeinde Wien 1500 Tonnen, der Rest auf die Eisenbahnen entfallen. Diese Ziffern variieren selbstverständlich, da an einem Tage mit einer größeren, an einem andern mit einer kleineren Zufuhr zu rechnen ist.

Die Ausfuhr von Kohle aus dem tschechischen Gebiet. — Eine Besserung des Bahnverkehrs in Aussicht.

Gegenwärtig laufen in Prag die Verhandlungen bezüglich der Ausfuhr von Kohle aus dem tschechischen Gebiet nach Deutschösterreich und Wien. Diese haben schon mehr politischen Charakter. Ob sie zu einem Ergebnisse führen werden, bleibt noch abzuwarten.

Bei den Eisenbahnen ist vorläufig keine weitere Einschränkung in Aussicht genommen. Man rechnet im Gegenteil an zuständiger Stelle für Ende Dezember mit einer Besserung des Verkehrs.

Die Kohlenfrage.

Öffentlicher Stand in Prag.

Unsere heutigen Erklärungen ergaben kein Bild einer mäßig gebesserten Kohlenlage, die keinen Anlaß zu übertriebenen Befürchtungen für die nächste Zeit bietet.

Aus Prag liegt zur Stunde des Berichtes noch kein Ergebnis vor. Die lärmende Aufmachung von Sensationsergebnissen hat sich als voreilig erwiesen. Es kann jedoch gesagt werden, daß die Verhandlungen ziemlich günstig stehen. Die Tschechen verlangen als Kompensation für ihre Kohle Eisenerz, das bekanntlich der steirische Erzberg liefert und Sachdemobilisierungsgüter.

Heute sind aus Oberschlesien 50 Waggons durch Lundenburg gekommen, aus Westfalen sind wieder 20 Waggons eingelangt und von Gmünd ist die Durchfahrt von 85 Waggons Braunkohle, davon 60 für die Bahnen und 25 für die Gemeinde Wien gemeldet. Mit anderen noch aufgetriebenen Kohlenmengen zusammen ergibt dies so viel, daß eine weitere Bahnbeschränkung nicht mehr droht und man damit rechnen kann, daß — immer vorbehaltlich weiterer Zuschübe — vielleicht gegen Ende Dezember die so schwer entbehrten zweiten Zugspare auf einigen Hauptlinien wieder eingeführt werden könnten.

Die zu Ende gehende tschecho-slowakische Zuckerkampagne und die gleichfalls bald durchgeführten Militärtransporte verringern den Kohlenbedarf der Tschechen und eröffnen die Möglichkeit einer Kohlenabgabe an Deutschösterreich. Das günstigere Ergebnis der Prager Verhandlungen ergibt sich in erster Linie aus diesem Umstande.

In Oberschlesien wird bereits für Wien verladen, doch noch nicht infolge der Prager Verhandlungen. Der eingeschränkte Wiener Bahnbedarf ist mit 3000 bis 4000 Tonnen täglich bemessen.

Nachmittags wird uns gemeldet: Eine Entscheidung über die Prager Verhandlungen liegt zur Stunde nicht vor. Auch wenn Kohlenlieferungen einträfen, wären dieselben zu verspätet, um eine wenigstens vorübergehende Einschränkung des Straßenbahnbetriebes zu verhindern. Diese Einschränkung würde aber nicht Donnerstag erfolgen, sondern erst einige Tage später.

Von einer Aufhebung der Theater Sperre kann, wenn die Straßenbahn und die Fabriksbetriebe weiter eingeschränkt werden müssen, keine Rede sein.

Die Kohlennot.

Immer wieder werden Gerüchte und Meldungen über eine angeblich günstige Lösung der Kohlennot verbreitet, aber leider müssen sie auch im besten Falle als verfrüht bezeichnet werden. Denn in Wirklichkeit ist an maßgebender Stelle bis gestern abends noch keine Meldung über die in Prag mit der tschecho-slowakischen Regierung wieder aufgenommenen Verhandlungen eingelaufen. Unter diesen Umständen ist es doch wohl nicht anzunehmen, daß irgend eine dieser vielen, so optimistischen Meldungen auf irgend etwas anderem als auf bloßer Kombination beruht. Daß sie sich bewahrheiten mögen, wäre gewiß zu wünschen, aber ein Anhalt zur Annahme einer günstigen Entscheidung liegt jetzt noch nicht vor.

Zu den Verhandlungen in Prag ist Oberbergat Doktor Klotz namens des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten eingetroffen, weiters ein Vertreter des Staatsamtes für Gewerbe, Handel und Industrie, sowie Magistratsrat Fastenbauer, ferner Dr. Kranz und die Direktoren Spler und Hugo Schwarz.

Die immer erneuerten Meldungen, die Lage der Kohlenversorgung Wiens und der Staatsbahnen habe sich gebessert, müssen bei ihrer vorläufigen Grundlosigkeit als um so bedenklicher bezeichnet werden, als sie zunächst noch ganz fragliche Hoffnungen erwecken und die Bevölkerung wohl noch gar verleiten können, das so dringende Gebot der Sparbarkeit in der Heizung und Beleuchtung außer acht zu lassen. Was an Kohle einläuft, ist noch immer sehr gering. Aus Oberschlesien sind gestern nur 9 Wagenladungen angekommen und aus Böhmen (Braunkohlen und Bilsner Steinkohle) etwa 35 Wagen via Gmünd und beiläufig 55 Wagen via Gaisbach, insgesamt also nur rund 90 Wagen aus Böhmen. Die ober-schlesischen Transporte, deren Durchfuhr die tschecho-slowakische Regierung bereits bewilligt hat und die 120 Wagen betragen würden, können auch bei ganz glatter Beförderung erst heute eintreffen, da ihre Verladung erst am 6. d. begonnen hat. Mit den hievon speziell für den Bahnbedarf bestimmten 400 Wagen ist im übrigen noch lange nicht der ganze Bedarf selbst beim eingeschränkten Verkehr gedeckt. Eine Verringerung der jetzigen Einschränkungen wird also durch diese Zufuhren noch immer nicht ermöglicht, sondern nur der Verzicht auf noch größere Einschränkungen. Ganz abgesehen davon, daß die Staatsbahnen ja doch auch wieder für Bildung einer Kohlenreserve zu sorgen haben werden, um nicht etwa bei der ersten Störung der Zufuhren, wie sie sich vollends im Winter so leicht ergeben kann, abermals zur Verkehrsdrofflung schreiten zu müssen.

Waggonsfragen kommen bei den Prager, vor allem der Ostrauer Kohle geltenden Beratungen, wie hier in Nichtigstellung anderer Meldungen festgestellt sei, in keiner Weise in Betracht, für den Ausgleich in der Verteilung des rollenden Materials zwischen den einzelnen Nationalstaaten besteht hier das an Stelle der früheren Zentral-Transportleitung geschaffene Verkehrs-komitee, das sich mit der Wagen- und Lokomotivenaus-hilfe befaßt. Diesem Verkehrs-komitee gehören Vertreter der einzelnen Nationalstaaten an. Speziell zwischen der tschecho-slowakischen und deutsch-österreichischen Bahnverwaltung widelt sich nun, wie hier betont sei, der Wagenverkehr in durchaus befriedigender Weise ab, ein Verhältnis, das sich, nebenbei gesagt, von den auf diesem Gebiete zwischen den anderen Nationalstaaten herrschenden Beziehungen sehr wohl-tuend abhebt. Im wechselseitigen Verkehr dieser anderen Nationalstaaten hat man deshalb zur Vorsicht der Umladung in den Grenzstationen gegriffen, was umso unwirtschaftlicher erscheinen muß, als es bei ihm zu etwa doppelt so viel Leerlaufen wie beim Durchgangssystem kommt. Speziell die tschecho-slowakischen Bahnen sind übrigens reichlich, mindestens so gut wie Deutsch-österreich, mit Waggons versehen, ja sie verfügen wohl noch über einen Ueberschuß! So war beispielsweise am 7. d. M. die Wagengestellung im Ostrauer und im nordwest-böhmischen Revier wieder sehr gut. An Wagen fehlt es für die genügende Kohlenbelieferung Wiens also gewiß nicht.

Ebenso wenig sind von der Lokomotivenfrage Schwierigkeiten zu besorgen! Die endgiltige Verteilung der Lokomotiven zwischen den Nationalstaaten ist allerdings noch nicht erfolgt, aber Deutsch-österreich hat an die tschecho-slowakischen Staatsbahnen schon früher 20 Lokomotiven abgegeben und weitere 15 Lokomotiven sollen dem-nächst folgen.

Wenn die Prager Beratungen hinsichtlich der Zufuhr der Ostrauer und böhmischen Kohle ein günstiges Ergebnis zeitigen sollten, wäre das warm zu begrüßen. Für die Behebung des unmittelbar drückenden Kohlenmangels ist das Staatsamt für öffentliche Arbeiten in umsichtiger Weise und emsigst bemüht. Unter anderem hat es in den letzten Tagen dort, wo größere Kohlenvorräte als entbehrlich erkannt worden sind, die nötigen Maßnahmen für die Abdisponierung zu den Stellen dringlicher Bedarfs getroffen. Dies ist u. a. bei einzelnen Industrie-unternehmungen, die über große, im Augenblicke entbehrliche Kohlenvorräte verfügen, und hinsichtlich des Kohlen-vorrates im Kriegsgefangenenlager von Sigmundsherberg geschehen. Daß sich gegen die Beschlagnahme solcher entbehrlicher Kohlenlager sofort örtlicher Widerstand ganz besonders von den Arbeiter- und Soldatenräten gezeigt hat, ist vom Standpunkte der staatlichen Verkehrspolitik und der Bevölkerung gewiß lebhaft zu bedauern. Die Beschlagnahmen sind ja doch nur dort durchgeführt worden, wo der augenblickliche Bedarf im Mißverhältnis zum Kohlen-vorrat gestanden ist.

Die Kohlenvorräte in Inzersdorf.

In einer Zuschrift aus Beseerkreisen sind wir aufmerksam gemacht worden, daß nächst den Ziegelwerken bei Inzersdorf beträchtliche Kohlenvorräte lagern. Wir haben hierüber Erkundigungen eingezogen, die ergaben, daß diese

Brennvorräte Eigentum der Wienerberger Ziegelwerke sind, die sie zum Betriebe ihrer Ziegelöfen brauchen. Es ist nicht Steinkohle, sondern Koks-gries, die Menge wohl ansehnlich, aber für den Riesenbedarf der Zweimillionenstadt an sich unbedeutend. Ein Ingenieur des Wiener städtischen Elektrizitätswerkes, damit betraut, an Ort und Stelle Erhebungen zu pflegen, hat der Direktion folgenden Bericht erstattet: „Längs des im Bereiche des Fabriksgebietes der Wienerberger Ziegelwerke befindlichen Anschlußgleises ist Koks-gries feinsten Qualität abgelagert, und zwar bürsten ungefähr 60-80 Waggons vorhanden sein. Dieses Material dient zum Brennen der Ziegel in den Ring-öfen der Ziegelwerke und kann mit Rücksicht auf seinen geringen Heizwert und seine Feinkörnigkeit auf den Kosten unserer Dampfessel nicht verfeuert werden. Eine Nachfrag im Gemeindevorstande Inzersdorf ergab, daß sich im Orts-bereiche sonst keine größeren Kohlenvorräte befinden.“

10./XII. 1918

186

**Die Kohlenverhandlungen in Prag.
Nicht ungünstiger Verlauf.**

(Fortsetzung der Neuen Freien Presse.)

Prag, 10. Dezember.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern Deutschösterreichs und der czecho-slowakischen Republik über die wirtschaftlichen Fragen und insbesondere über die Kohlenfrage werden heute fortgesetzt und voraussichtlich nachmittags beendet werden. Die Verhandlungen nehmen einen nicht ungünstigen Verlauf. Ihr Ergebnis hängt davon ab, in welchem Umfang Deutschösterreich die Kompensationsforderungen der czecho-slowakischen Republik wird befriedigen können. Die Entscheidung wird zwischen heute und morgen fallen.

Die Lage am heutigen Tage.

Wien, 10. Dezember.

In Prag haben gestern nachmittag die Verhandlungen wegen eines Zuschubes böhmischer und namentlich Ostrauer Kohle begonnen. Die großen Schwierigkeiten in der Versorgung der Wiener Gas- und Elektrizitätswerke rühren daher, daß der Bedarf an Ostrauer Kohle nicht gedeckt werden kann und diejenigen Vorräte, die sich noch hier befinden, infanter mehr zur Neige gehen. Von dem Ausfalle der Beratungen in Prag wird es abhängen, ob sich die Notwendigkeit weiterer Drofflungen bei der Licht- und Kraftabgabe ergeben wird. Vorläufig sind die Aussichten keineswegs günstige und es muß mit der Möglichkeit weiterer Einschränkungen gerechnet werden. Der Grund ist darin gelegen, daß Zuschüsse an Ostrauer Kohle bisher nicht erfolgt sind, und die geringen Mengen ober-schlesischer Kohle, die hier einlangen, keinen Ersatz für die Ostrauer Kohle bieten, da sich die ober-schlesische Kohle zur Vergahung nicht eignet.

Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages sind geringe Mengen ober-schlesischer Kohle eingelangt. Ein Zug mit 500 Tonnen ober-schlesischer Kohle ist gestern von Lundenburg abgegangen und befindet sich derzeit schon auf österreichischem Gebiet. Auch 20 Waggon westfälischer Kohle sind eingetroffen. Ueber Gmünd sind ferner 20 Waggon Braun-Kohle aus Böhmen für die Zwecke der Lokomptivfeuerung und 25 Waggon, die für die Verwendung der Gemeinde Wien bestimmt sind, abgelassen worden.

Am 12. d. beginnen in Oberberg Konferenzen von Vertretern der beteiligten Nationalstaaten, in denen verschiedene Verkehrsfragen der Lösung zugeführt werden sollen.

Eingreifen des neutralen Diplomatenkorps in der Kohlenfrage.

Der hiesige schwedische und der Schweizer Gesandte beabsichtigen, in Vertretung des Wiener diplomatischen Korps der neutralen Staaten nach Prag zu reisen, um dort in der Kohlen- und Lebensmittelfrage einzugreifen. Das neutrale diplomatische Korps hat bereits vor einigen Wochen in der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschösterreichs und Wiens bei der Entente interveniert. Nun soll diese Aktion auf den czecho-slowakischen Staat ausgedehnt werden. Der päpstliche Nuntius hat den Ministerpräsidenten Dr. Kramarz telegraphisch von der bevorstehenden Ankunft der beiden Diplomaten in Kenntnis gesetzt, welche die Bitte des diplomatischen Korps vortragen werden, angeht die Notlage Wiens rasche Hilfe zu gewähren.

Die Gemeinde Wien verbraucht derzeit für ihre eigenen Zwecke rund 1.090.000 Tonnen Kohle im Jahre. Davon entfallen ungefähr 750.000 Tonnen (rund 69 v. H.) auf die Gaswerke, 300.000 Tonnen (rund 27 v. H.) auf die Elektrizitätswerke und 40.000 Tonnen (rund 4 v. H.) auf die Heizung von Amtsgebäuden, Bädern, Schulen usw. Für den mehr als zwei Drittel des Gesamtbedarfes betragenden Gebrauch der Gaswerke kommt nur Gas Kohle, also eine Steinkohle von bestimmter Beschaffenheit und begrenztem Vorkommen in Betracht, während der Bedarf der Elektrizitätswerke und der übrige Verbrauch der Gemeinde mit gewöhnlichen Kessel- und Hausbrandsorten verschiedener Herkunft, zum Teile auch durch Koks, Braunkohle und Lignit gedeckt werden kann und tatsächlich auch gedeckt wird. Obwohl also die Gemeinde bei der Beschaffung der nicht zur Gaserzeugung bestimmten Kohle eine gewisse Freizügigkeit besitzt, die im Laufe der Jahre durch die Vergrößerung des Bergbaues in Zillingdorf, die geplante Heranziehung von Wasserkraften zur Stromerzeugung und die Verwendung von Gas koks im engeren Gemeindehaushalte erweitert werden soll, wachsen die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Gemeinde mit Industrie- und Hausbrandkohle von Jahr zu Jahr. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse für die Beschaffung der Gas Kohle. Von dem jetzigen Jahresbedarfe an Gas Kohle werden gegenwärtig 88 v. H. aus dem Draisau-Karwiner und 12 v. H. aus dem ober-schlesischen Kohlengebiete gedeckt. Die überragende Stellung, die der mährisch-schlesische Kohlenbergbau gegenüber dem unmittelbar an ihn angrenzenden ober-schlesischen einnimmt, kommt in diesem Verhältnisse deutlich zum Ausdruck. Da lange Zufuhrwege und daher hohe Frachtkosten den Bezug von Gas Kohle aus den anderen, übrigens ganz unbedeutenden Gas Kohlengebieten Oesterreichs und selbstverständlich gar aus dem sächsischen, dem Ruhr- und Saargebiete vollkommen ausschließen, besitzen die Draisau-Karwiner Gaswerke seit jeher geradezu ein Monopol für die Versorgung der Wiener Gaswerke. Der Krieg hat diese Lage der Gaswerke Wiens noch bedeutend verschlechtert. Vor dem Kriege wurden nach Deutschland neun Millionen Tonnen Kohle aus England eingeführt. Zu den ständigen Abnehmern englischer Kohle gehörten zahlreiche deutsche Gaswerke, weit nach Mitteldeutschland hinein. Die Werke Magdeburg, Heidelberg, Halle a. S., Stuttgart u. a. m. bezogen englische Kohle. Die in der Nähe der Küste liegenden Gasanstalten deckten ihren Bedarf fast ausschließlich in England, selbst Berlin vergaste 80 v. H. englische Kohle.

mit der Gemeinde in Fühlung getreten. Damals wurde mit der Bank auf der Grundlage verhandelt, daß die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft verwandelt wird und die Gemeinde die Mehrheit der Aktien erwerben soll, so daß sie auf die Geschäftsführung einen ausschlaggebenden Einfluß nehmen kann. Diese Art der Beteiligung an einem industriellen Unternehmen wurde bereits bei der Erwerbung der Bonwiller-Mühle gewählt und hat sich dort außerordentlich gut bewährt. Sie hat den Vorteil, daß die Gemeinde nicht zu große Summen in dem Unternehmen investieren muß und die Führung des Betriebes auf rein kaufmännischer Basis vollständig gewahrt bleibt.

Der Kohlenbedarf der Gemeindeverwaltung und der städtischen Unternehmungen beträgt rund 1.100.000 Tonnen jährlich, wovon der größte Teil auf den Verbrauch der städtischen Gaswerke entfällt, weshalb es bei dem Erwerbe eines Kohlenbergwerkes von Wichtigkeit ist, daß in dem Betriebe auch Gas Kohle gefördert werden kann.

In dem Kohlenterrain der Dziedzicher Montan-gewerkschaft wurde das Vorkommen von Gas Kohle durch Bohrungen bereits festgestellt und nach den übereinstimmenden Gutachten aller Sachverständigen, die in dieser Angelegenheit gehört wurden, ist dort auch die Möglichkeit der Förderung geeigneter Gas Kohle mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Das in Oesterreichisch-Schlesien gelegene Kohlenbergwerk kann als Fortsetzung des ober-schlesischen Kohlenbergwerkes bezeichnet werden, das geförderte Material wird also allen Anforderungen entsprechen, die an eine gute Kohle gestellt werden. Schon in den oberen Schichten ist die Kohle preußisch-schlesischen Mittelmarken gleichwertig, in den tieferen Schichten wird sich die Qualität der Kohle jedoch wesentlich bessern. Das Kohlenterrain der Gewerkschaft liegt in der unmittelbaren Nachbarschaft von Brzeszce, wo der Staat seit einigen Jahren mit großem Erfolge Kohlenbergbau betreibt. Nach dem Gutachten der Fachleute können die Anlagen derart ausgebaut werden, daß die Förderung 1.500.000 bis 2 Millionen Tonnen jährlich betragen wird, wodurch neben der Deckung des eigenen Bedarfes auch ein ganz bedeutender Teil des Kohlenbedarfes der Bevölkerung sichergestellt wäre. Die Gemeinde Wien wird auf diese Weise in der Lage sein, einen großen Einfluß auf die Verhältnisse am Kohlenmarkt des Wiener Platzes auszuüben, und es wird nach Ausgestaltung der Anlagen und nach der Erschließung der tiefer gelegenen Schichten, welche Arbeiten allerdings einige Jahre in Anspruch nehmen werden, bei der von den Fachmännern konstatierten Mächtigkeit der Kohlenlager gefördert werden können, daß der Bedarf der Gemeinde auf Jahrhunderte hinaus als gesichert bezeichnet werden kann.

Die Kosten des Erwerbes der Dziedzicher Montan-gewerkschaft stellen sich auf 19,5 Millionen Kronen, woran die Gemeinde mit 60 Prozent beteiligt ist. In den nächsten Jahren werden wohl noch größere Beträge investiert werden müssen, um jene Förderung zu erreichen, welche im Interesse der Wiener Bevölkerung wünschenswert und notwendig erscheinen. Wenn die Gemeinde trotz des Risikos, welches jeder Bergwerksbetrieb in sich trägt, bedeutende Beträge in diesem Unternehmen anlegen will, so zeigt dies wieder von der großzügigen Tätigkeit der Gemeindeverwaltung, welche keine Mittel scheut, um für die Gegenwart und auch für die weitere Zukunft einen der wichtigsten Bedarfsartikel in einer der Größe der Stadt entsprechenden Menge zu sichern. Die Bevölkerung wird es gewiß mit Anerkennung begrüßen, daß mitten in der Kriegszeit, trotz der Mühen und Sorgen, die zur Befriedigung der Tagesbedürfnisse der Bevölkerung aufgewendet werden müssen und die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung voll auf in Anspruch nehmen, eine so bedeutende Aktion in Angriff genommen wird.

Die Deckung der erforderlichen Kosten wird in dem Anlehen vom Jahre 1908 gefunden werden, in dessen Investitionsprogramm schon ein namhafter Betrag für die Erwerbung eines Kohlenbergbaues eingesetzt war.

Zur Vorbereitung und Ueberprüfung der ganzen Angelegenheit hat der Stadtrat im November des Vorjahres ein Komitee eingesetzt, bestehend aus den Herren: Vizebürgermeister Hierhammer, den Stadträten Schmid und Schneider, den Gemeinderäten Dr. v. Dorn und Reumann, dem Direktor der städtischen Gaswerke Mengel und dem Direktor des städtischen Wirtschafts-amtes Dr. Förster. Dieses Komitee hat in einer Reihe von Sitzungen sich mit allen einschlägigen Fragen beschäftigt und durch wiederholte Verhandlungen nicht nur den Uebereinstimmungspreis der Gewerkschaft um mehrere Millionen Kronen ermäßigt, sondern auch jene Sicherungen geschaffen, durch welche die Interessen der Gemeinde in jeder Beziehung gewahrt werden. Dem wiederholten persönlichen Eingreifen des Bürgermeisters ist es zu danken, daß die Verhandlungen einen verhältnismäßig raschen Lauf nahmen und die Gemeinde das größtmögliche Entgegenkommen gefunden hat.

Ueber diese Angelegenheit erstattete Stadtrat Schmid in der nun unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung ein eingehendes Referat. An der Debatte beteiligten sich die Stadträte v. Steiner, Dr. Hein, Remeh, Grünbed, Angermayer und Hözel sowie Vizebürgermeister Rain. Das Uebereinkommen wurde vom Stadtrate einstimmig genehmigt.

Der Besitz der Dziedzicher Montan-gewerkschaft besteht aus 5263 Hektar und vier Grubenfeldern, die rund 146 Hektar umfassen. Die Gas Kohle führenden Schichten befinden sich auf Grund der vorhandenen Bohrerergebnisse in der Tiefe von 800 bis 1200 Meter, in der nach dem heutigen Stande der Technik Bergbau ohne wesentliche Schwierigkeiten wirtschaftlich betrieben werden kann.

Kron

Die Gemeinde Wien und das Dziedzicher Kohlenbergwerk.

Seit Jahren ist von der Wiener Gemeindevertretung bei verschiedenen Anlässen, vor allem bei der Beratung von Approvisionierungsangelegenheiten der Anschaffung Ausdruck gegeben worden, es sei unbedingt erforderlich, den Kohlenbedarf der Gemeinde Wien sicherzustellen, und auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, einen Kohlenbergbau in den Besitz der Gemeinde zu bringen.

Die dahin zielenden Anträge blieben der Öffentlichkeit begreiflicherweise nicht verborgen und sie haben verschiedene Bergwerks- und Freischurfbesitzer, insbesondere aber Vermittler veranlaßt, alle möglichen Kohlenvorkommen Oesterreichs der Gemeinde anzubieten. Diese Angebote konnten aber keine Berücksichtigung finden, weil die angebotenen Objekte einerseits für die Zwecke der Gemeinde Wien nicht geeignet waren und andererseits die Forderungen so hoch gestellt wurden, daß die Verhandlungen voraussichtlich zu keinem befriedigendem Ergebnisse führen konnten. Die Gemeindeverwaltung hat diese Frage aber nicht außer Acht gelassen und insbesondere seit sie eigene Gas- und Elektrizitätswerke besitzt, besonderen Wert darauf gelegt, ihren Kohlenbedarf sicherzustellen, was nur in der Weise möglich ist, daß ein Bergwerksbetrieb von der Gemeinde erworben wird oder daß sie sich an einem solchen in einer Weise beteiligt, die ihre Unabhängigkeit von dem Kohlenproduzenten und vom Kohlenhandel sichert. Nunmehr hat sich die Gelegenheit ergeben, dieses seit langem beabsichtigte Projekt zu verwirklichen.

Aus dem Rathause wird hiezu mitgeteilt: Im Jahre 1916 ist die Allgemeine Depositenbank, nachdem sie den größten Teil der Auxe der Dziedzicher Montan-gewerkschaft in ihren Besitz gebracht hatte, wegen einer eventuellen Beteiligung an dieser Gewerkschaft

Die Gemeinde Wien und das Dzieditzer Kohlenbergwerk.

Die Förderung der Ueberführung der Bodenschätze in den Besitz der Allgemeinheit gehörte von jeher zu den Grundsätzen der christlichsozialen Partei. Der Staat hat es nun leider veräußert, seine Hand auf die nationalen Bodenschätze, vornehmlich auf die Kohlenbergwerke zu legen, und um so mehr ist es Sache der christlichsozialen Verwaltung der Großgemeinde Wien, in ihrem Kreise nachzuholen, was der Staat im großen veräußert hat. Es hat deshalb auch grundsätzliche Bedeutung, wenn jetzt die Gemeinde Wien als Sachwalterin der Allgemeinheit und als Inhaberin der großen städtischen Gas- und Elektrizitätswerke daran geht, ihren Kohlenbedarf für Jahrhunderte zu sichern. Sie befindet sich dabei im stärksten Wettbewerb mit der privaten Industrie, die schon seit geraumer Zeit einen wahren Wettlauf um den Erwerb von Kohlenvorkommen angetreten hat. Unsere neuzeitliche Unternehmerpolitik ist ja gekennzeichnet durch das Bestreben, sich vornehmlich in dem Bezuge von Rohmaterialien unabhängig zu machen und womöglich den ganzen Verarbeitungsprozeß vom Rohprodukt angefangen bis zum Fertigfabrikat in einem einzigen Betriebe zu vereinigen. Daher die Angliederung von Kohlenbergwerken an industrielle Unternehmungen, wie wir sie in letzter Zeit bei den Skoda-Werken, bei den Stahlwerken von Ternitz, bei der Goldhütte und noch bei vielen anderen Betrieben erlebt haben. Da mußte auch die Gemeinde Wien vorsorgen, um nicht ihre Unabhängigkeit in der Versorgung ihrer Gas- und Elektrizitätswerke einzubüßen. Unser nationaler Vorrat an verkohlbaren Kohlen — und nur diese kommen hier in Frage — ist ohnehin nicht groß; er beschränkt sich nur auf gewisse Kohlenvorkommen nahe der preußisch-schlesischen Grenze, die schon zum größten Teil in festen Händen sind. Um so mehr ist daher die rasche Entschlossenheit zu begrüßen, mit der die Gemeinde die nächste Gelegenheit ergriff, die sich ihr bot.

Die Allgemeine Depositenbank hatte seinerzeit den größten Teil der Ruze der Dzieditzer Montangewerkschaft in ihren Besitz gebracht und im Jahre 1916 trat sie wegen einer Beteiligung an dieser Gewerkschaft mit der Gemeinde Wien in Fühlung. Die Bank verhandelte dabei auf der Grundlage, daß die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft verwandelt werden sollte und daß ferner die Mehrheit der Aktien in den Besitz der Gemeinde übergehen sollte. Diese Art der Beteiligung an einem industriellen Unternehmen war schon vor rund zwei Jahren bei der Erwerbung der Bonwiller-Mühle praktisch durchgeführt worden und hatte sich dort auch vollkommen bewährt. Sie hatte den Vorteil, daß die Gemeinde nicht allzu große Summen in einem einzelnen Unternehmen anlegen mußte und daß trotzdem die Führung auf rein kaufmännischem Gebiete in Händen der Gemeinde blieb.

In dem vorliegenden Falle handelte es sich nun in erster Linie um die Deckung des Kohlenbedarfes der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, der mit rund 1.100.000 Tonnen pro Jahr veranschlagt werden darf. Der größte Prozentsatz dieser Menge entfällt auf die städtischen Gaswerke, die natürlich nur Gasohle verarbeiten können. In dem Kohlengebiet der Dzieditzer Montangewerkschaft wurde nun das Vorkommen solcher Kohle durch Bohrungen festgestellt und nach dem übereinstimmenden Urteil aller Sachverständigen, die in dieser Angelegenheit gehört wurden, ist dort mit Sicherheit auf die Förderung geeigneter Gasohle zu rechnen.

Die Dzieditzer Montangesellschaft bildet ihrem geologischen Charakter nach eine Fortsetzung des ober-

Der Ökonomist.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Kohlenversorgung. Künftige Arbeitsmethoden der Industrie.

Wien, 11. Mai.

Eine leichte Entspannung in der bitteren Not der Brennstoffversorgung ist doch zu bemerken. Den ganzen Winter hindurch hatte die Industrie mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Zuweisung von Kohle für den Hausbrand wurde auf das Maß des Allernotwendigsten eingeschränkt, bis tief in den Mittelstand hinein mußte die Bevölkerung namentlich in den großen Städten unter Frost und Kälte leiden, in den meisten Wohnungen konnten nur ein, höchstens zwei Zimmer geheizt werden, und doch blieben viele Tausende von Wagen Kohle durch den Hausbrand dem industriellen Verbräuche entzogen. Dieser eine wichtige Faktor der Kohlenaufzehrung ist seit mehr als einem Monat weggefallen. Der Bedarf der Bahnen hat durch die starken Einschränkungen des Zivilverkehrs vorübergehend eine Verringerung erfahren, die auf etwa acht Prozent des normalen Verbrauches an Lokomotivkohle veranschlagt werden kann. Diese Verminderung der Brennstoffverzehrerung ist aber seither wieder zum größten Teile ausgeglichen worden. Die Lokomotiven, die dem normalen Personen- und Güterverkehr entzogen wurden, werden so gut wie alle für militärische Zwecke benötigt und stehen an den Fronten wie im Hinterlande ständig unter Feuer, zumal durch die Vorschichtung der kriegerischen Operationen nach dem Osten die durchmessenen Bahnstrecken sowie die Fahrtdauer eine außerordentliche Erweiterung erfahren haben. Die neuen Lokomotiven werden, so wie sie eingeliefert werden, sofort in den Dienst gestellt und so wieder zu Kohlenverzellern. Endlich sind die Bahnen aus vielfachen Gründen bestrebt, ihre stark verminderten Kohlenlager zu ergänzen und sich Vorräte für mehrere Wochen hinzulegen, um für alle im Kriege möglichen Zwischenfälle gerüstet zu sein. Wenngleich so der eigene Kohlenverbrauch der Bahnen nicht geringer geworden ist, so hatten doch die inneren Verhältnisse der Transportunternehmungen erleichternd auf die Kohlenversorgung gewirkt. Der Waggonmangel ist geschwunden, die Kohle wird rascher weggeschafft und zuegeschoben, und so können die Kohlenmengen, die uns Oberösterreich verträglich überläßt, jetzt vollständig abgenommen werden, so daß die Zufuhr aus diesen wichtigsten ausländischen Versorgungsgebieten eine namhafte Besserung aufweist. Die Kohlegewinnung ist allerdings noch im Rückgange, weil die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter zum Teil als Folge der schlechten Ernährungsverhältnisse geringer geworden ist und auch der Mangel an Grubenholz sich empfindlich fühlbar macht. Im Jahre 1917 betrug die Kohlenförderung der heimischen Schächte nur 104,2 Millionen Meterzentner, um fünf Millionen weniger als im Vorjahre; im ersten Viertel des heurigen Jahres sank sie auf 22,9 Millionen Meterzentner, was einen weiteren Ausfall von 3,4 Millionen Meterzentner bedeutet. Diese bedauerlichen Erscheinungen werden sich wohl erst mit dem Spätherbst wieder zum Besseren wenden können, wenn mit der neuen Ernte eine Hebung der Ernährungsverhältnisse möglich geworden sein wird.

Die Produktion ist noch nicht erweitert, aber für den Hausbrand wird weniger benötigt, die Zufuhr der Kohle ist erleichtert, die Verteilung ist rationeller geworden. Das spätere am meisten die Eisenwerke, die unter günstigeren Betriebsverhältnissen arbeiten und ihre Erzeugung allmählich etwas erweitern können. Der Tiefpunkt war im heurigen Winter; es ist noch in allgemeiner Erinnerung, wie die meisten Erzeugungstätten am steirischen Erzberg um die Jahreswende durch mehrere Wochen fast vollkommen feiern mußten. Seither sind die stillgelegten Streden wieder eine nach der anderen dem Betriebe übergeben worden, weil der Alpinen Montangesellschaft erheblich größere Kohlenmengen zugeführt wurden. Die Erzeugung ist zwar vom früheren Normalstande noch weit entfernt, aber doch in sichtbarem, anhaltendem Aufstiege. Am Beginn des nächsten Monats werden die Vierteljahrsabschlüsse der großen Eisenwerksgesellschaften vorgelegt werden. Das erste Quartal stand bei der Alpinen Montangesellschaft noch im Zeichen des Rückganges, die Ansätze der Besserung traten erst in den letzten Märzwochen hervor und haben sich dann im April etwas kräftiger entfaltet. Die Ergebnisse der Prager Eisenindustrie werden heuer dadurch günstig beeinflusst, daß die alten Schmelze zu den niedrigen Preisen seit dem Ende des letzten Jahres so gut wie vollständig abgelassen sind und jetzt nur auf Grund der gegenwärtigen Marktlage verkauft wird. So hat die Gesellschaft die Hoffnung, daß der Ausfall von 11 Millionen Kronen, der sich am Ende des ersten Semesters ergab, bis zum Schlusse des Geschäftsjahres zu einem erheblichen Teile, wenn auch bei weitem nicht in der vollen Höhe, hereingebracht werden dürfte. Für eine gleichmäßige Beschäftigung wird es entscheidend ins Gewicht fallen, ob die Kohlenversorgung dauernd gesichert bleiben wird. Obwohl es noch nicht möglich war, die Erzeugung zu heben, hat doch die rationellere Verteilung der verfügbaren Kohlenvorräte wesentliche Fortschritte gemacht. Manche für die Gesamtheit gleichfalls wichtige Betriebe sind mit Kohle gar nicht beteiligt und vorübergehend ganz zum Stillstande gebracht worden, andere Unternehmungen feiern wegen Mangels an überseeischen Rohstoffen; dagegen wurden jene Industrien, die für den Export, insbesondere nach der Ukraine arbeiten, mit größeren Kohlenmengen beteiligt. In neuerer Zeit stehen die Bestrebungen im Vordergrund, die verfügbaren Kohlenvorräte den industriellen Verbänden zuzuweisen, die ihrerseits die Aufteilung auf die einzelnen in ihnen vertretenen Fabriken vornehmen sollen. Auf diese Weise soll jede Verschwendung verhütet, die planmäßige Ausnützung der vorhandenen Kohlenmengen angebahnt und die unter den gegenwärtigen Verhältnissen mögliche höchste Leistungsfähigkeit der Industrie durch eine sorgsame vernünftige Kohlenwirtschaft verbürgt werden.

Eparfamkeit und möglichst rationelle Erzeugung muß die Devise der künftigen Friedenswirtschaft sein, wenn die Industrie überhaupt unter den gänzlich veränderten Verhältnissen die Konkurrenz der übrigen um so vieles weiter

vorgeschrittenen Länder bestehen soll. Die Erkenntnis, daß manche Zweige der Fabrikation sich weitgehend spezialisieren und eine serienweise Massenproduktion werden entfalten müssen, hat im Kriege um sich gegriffen. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Investitionen waren nämlich derart kostspielig, daß eine Verzinsung des Kapitals nur durch eine serienweise Erzeugung möglich erscheint, die auch infolge der Verbilligung der Herstellungskosten allein eine ausgiebige Herabsetzung der Fabrikatenpreise für die Ausfuhr zuläßt. Die meisten österreichischen Maschinenfabriken waren in den früheren Zeiten so ziemlich auf alle Artikel zu gleicher Zeit eingerichtet, jede einzelne erzeugte viele Duzende, ja Hunderte der verschiedensten Typen von Maschinen, Motoren und Apparate. Die Stärke der deutschen, englischen und amerikanischen Maschinenindustrie liegt in der Spezialisierung; jede Fabrik produziert nur einen oder ganz wenige Artikel in großen Mengen und mit der höchsten erreichbaren Vollkommenheit. Schon aus den vorliegenden Plänen für die Wiederaufnahme der Friedensstätigkeit ist zu ersehen, daß bei den bereits geschaffenen oder in Aussicht genommenen Neuanlagen dieser Grundsatz Geltung erlangt hat, der die ganze industrielle Arbeit auf eine veränderte Grundlage stellt. Das gilt in erster Reihe von der Automobilindustrie. Die neue Erzeugungstätte der Waffenfabrik in Steyr will bloß eine einzige Type, diese aber in großen Serien herstellen. Die im Baue befindliche Lokomotivfabrik der Skoda-Werke in Pilsen soll nicht wie die anderen Fabriken auch andere Maschinen und Apparate, sondern ausschließlich Lokomotiven erzeugen, diese aber in größeren Mengen nach wenigen einheitlichen Modellen. Die gleichfalls im Kriege gegründete Waggonfabrik der Anglobank und der Freistädter Eisenwerksgesellschaft wird nur Eisenbahnwaggons bauen, während die älteren Fabriken daneben auch den allgemeinen Maschinenbau, namentlich die Herstellung von Spezialmaschinen und Motoren pflegen. In landwirtschaftlichen Maschinen werden sich die in Böhmen geplanten neuen Fabriken ausschließlich auf dieses Einzelgebiet beschränken und nicht auf die anderen Erzeugnisse übergreifen. Auch die Herstellung von Motorpflügen, die von einigen Fabriken neu aufgenommen werden soll, ist als Spezialfabrikation gedacht und wird sich nach dem Seriensystem entwickeln.

Bei neuen Betrieben ist eine solche Vereinheitlichung und Umgestaltung eher möglich als bei älteren Unternehmungen, wo die bestehenden Anlagen nicht so leicht und jedenfalls nur mit schweren Kosten in moderne Massenbetriebe überführt werden können. Der Krieg hat auch diesen Prozeß beschleunigt; er hat durch die großen Gewinne den meisten Unternehmungen reichendes Kapital geliefert, andererseits wurden die bestehenden Einrichtungen derart intensiv abgenutzt, daß sie mit dem Frieden ohnedies zum alten Eisen geworfen und durch neue moderne Maschinen werden ersetzt werden müssen. Auch hier ist die Automobilindustrie ein charakteristisches Beispiel. Im Kriege haben die großen und die kleinen Etablissements, mit Ausnahme einzelner Spezialfahrzeuge, fast nur Kraftwagen für Lastentransporte hergestellt. Diese Tätigkeit wird im Frieden zwar fortbestehen, weil der intensive Pferdemanuel die Verbreitung der mechanischen Beförderung gebieterisch fordern wird; in noch stärkerem Umfange wird aber die Erzeugung von Personwagen aufgenommen werden müssen. Das Automobil wird nicht mehr ein Luxusfahrzeug der oberen Zehntausend, sondern ein Massenvehikel werden, das für den Ueberland- in gleicher Weise wie für den städtischen Verkehr immer größere Bedeutung gewinnen muß. Die bestehenden Postautomobilien werden durchgehends mit neuen Fahrzeugen ausgerüstet, andere Verbindungen dieser Art eingerichtet werden; in den Städten wird das im Kriege so stark zusammengeschrunppte Straßenfahrwerk, vom eleganten Mietwagen bis zu den Lastwagen der großen Unternehmungen, künftig mit mechanischem Antrieb bedient werden. Unter den Automobilfabriken wird jedenfalls eine Teilung des Arbeitsfeldes angestrebt werden, die einen werden sich vorwiegend auf Luxusautomobile, die anderen auf einfachere Typen der Personenbeförderung, Einzeldroschken oder Omnibusse, wieder andere auf Lastwagen verlegen. Auch in der Maschinenindustrie dürften die alten Unternehmungen dem Beispiel der neuentstandenen bald nachfolgen und die möglichste Ausdehnung und Vereinfachung der Erzeugung nach bestimmten, gangbaren Typen anstreben. Die Folge solcher Bemühungen werden weitere Zusammenschließungen und Interessengemeinschaften bilden, wie sie sich schon vor dem Kriege in der böhmischen Maschinenindustrie, dann auch bei den Wiener und den mährischen Firmen herausgebildet haben. Das Ziel ist die Steigerung der Erzeugung, die Beschränkung auf einzelne allgangbarste Sorten, die Verbilligung der Selbstkosten und damit die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit als Gegengewicht gegen die großen Lasten und verteuerten Arbeitsbedingungen, die als Niederschlag der größten Kapitalzerstörung aller Zeiten zurückbleiben müssen.

Nr. 41. — 21. Mai 1918. — Gemeinderats-Sitzung vom 14. Mai 1918.

Braunkohlenwerk zu erwerben, so ist es bisher leider bis in die allerjüngste Zeit nicht gelungen, ein Projekt, beziehungsweise ein Offert bezüglich eines Steinkohlenwerkes zu erhalten. Die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung mehrten sich dadurch ungeheuer, daß die Elektrizitäts- und Gaswerke sich so mächtig entwickelt haben. Die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung sind insbesondere in den letzten Jahren zu einer solchen Höhe gestiegen, daß sie mitunter schon katastrophal geworden sind, und wir nahezu vor der Betriebseinstellung unserer städtischen Unternehmungen infolge Kohlenmangels standen. Wir mußten die Kohle zum Teile zu sehr hohen Preisen beziehen. Man muß sich vor Augen halten, daß der Bedarf an Kohle für die Gemeinde Wien im Jahr 1.100.000 t beträgt, daß die Gaswerke allein 750.000 t, die Elektrizitätswerke 300.000 t konsumieren und für den übrigen Bedarf der Stadt, für die Beheizung der Spitäler, der Schulen, der Amtshäuser u. s. w. 40.000 t notwendig sind. Wie die Herren sehen, entfallen zwei Drittel des ganzen Kohlenbedarfes auf die Gaswerke. Die Elektrizitätswerke haben es bezüglich der Kohlenversorgung leichter als die Gaswerke, denn jene können jede beliebige Kohle verwenden, während die Gaswerke an bestimmte Kohle gebunden sind. Die Elektrizitätswerke können Braunkohle verwenden und wir haben gesehen, mit welchem Vorteil dies in Zillingdorf geschieht und wir werden in Zukunft auch Wasserkräfte in den Dienst der Elektrizitätswerke und der Gewinnung elektrischer Energie ziehen. Die Gaswerke sind speziell auf Steinkohle angewiesen, und zwar auf eine besondere Art, auf eine sogenannte lofsbare Kohle. Diese Kohle hat ein beschränktes Vorkommen, in Österreich ist sie in Mähren und in Schlesien zu finden, in Preußisch-Schlesien kommt sie ebenfalls vor. Die preußisch-schlesische Kohle kommt teuer zu stehen und umso mehr können wir uns nicht auf noch weiter entfernte Kohlen verlassen, so zum Beispiel auf die sächsischen Stein-

Diese Verhältnisse gebieten uns, halten. Wir müssen uns auf andere Weise zu versorgen. Es sind nun drei Alternativen, die die Gemeinde Wien als Erwerblerin eines ausgebauten Kohlenbergwerkes austritt. Eine solche ganz und vollständig im Betriebe befindliche Kohlenbergwerke unverkäuflich sind, denn es gibt ja kein Kohlenbergwerk her, außer zu ungeheurer Überzahl. Ein Kohlenbergwerk heute eine Goldgrube ist.

Die zweite Alternative wäre die Erwerblichkeit der aufgeschlossenen Kohlengebieten. Es ist eine gewagte Sache und ein Weg, den die Gemeinde Wien nicht gehen kann, weil es ein zu großes Risiko wäre, wenn wir durch ungenommene Bohrungen würde auch ein solches Risiko mit diesen Kohlen nicht gehen. Insbesondere wenn wir dabei ein solches Risiko wäre auch überhaupt ein solches Kohlenland zu erwerben, höchstens in Westgalizien, und dies zugeben, sind die politischen Verhältnisse man nicht wissen kann, wohin Galizien geht, ist es der Gemeinde Wien als Reichshauptstadt Wien nicht möglich, diese zweite Alternative bleibt nur noch die Beteiligung an einem Kohlenbergwerk, das zwar aufgeschlossen ist, aber noch nicht den Raum für den weiteren Ausbau gegeben

Diese dritte Alternative, und zwar eine Aktiengesellschaft erscheint uns am vorzuziehen, weswegen, weil bei der Beteiligung an einer Aktiengesellschaft, wo man einen zweiten Teilnehmer hat, ist das Risiko nicht allein auf den ersten Teilnehmer zu Lasten des zweiten Teilnehmers, sondern auch auf dem Grunde, weil eine solche Aktiengesellschaft herein verbürgt, daß der Betrieb kaufmännisch geföhrt wird, endlich auch, weil es für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Gemeinde Wien, weil weniger für die Gemeinde Wien, weil weniger für die Gemeinde Wien.

Kürzlich ist nun der Gemeinde Wien ein Kohlenbergwerk angetragen worden, und zwar ein Kohlenbergwerk, welches gegenwärtig in einem Bergbaubetriebe ist, und von dieser künftlich erworben werden soll. Herr Bürgermeister hat sofort die Wichtigkeit und Bedeutung dieses Kohlenbergwerkes der Gemeinde Wien erkannt und hat die Gemeinde Wien durch eine Kommission der gewohnten Tatkraft eingeleitet, hat die prinzipielle Genehmigung erhalten, daß die Verhandlungen mit der Depositenbank eine Kommission gehören unter anderen an der Gemeinde Wien, Herr St.-Rat Schneringer, Herr St.-Rat Dr. v. Dorsner. Dieses Komitee hat in vielen Sitzungen mit der Depositenbank verhandelt und hat in den Sitzungen das Übereinkommen festgesetzt, das gedruckt vorliegt.

Demnach soll die Gemeinde Wien durch eine Aktiengesellschaft 60 Prozent der Aktienkapitals zeichnen, so daß die Gemeinde Wien in den Umständen die Majorität im Verwaltungsrat hat.

23. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 4657, Post 16.
Die Herren! Der Antrag, über den ich heute referieren werde, bedeutet einen mächtigen Fortschritt auf der Bahn der kommunalen Industriepolitik. Dr. Lueger, welcher diese Industriepolitik in der Gemeinde inaugurirt hat, war sich zweifellos bewußt, daß die städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke einen großen Bedarf an Kohle haben werden. Infolgedessen hat er wiederholt mit dem Projekte der Erwerbung eines Kohlenwerkes für die Gemeinde befaßt. Ebenso haben der Approvisierungsausschuß und der Kohlen-Ausschuß diese Frage in Erwägung gezogen und es wurde schließlich als Verwendungszweck eines Teil des Investitions-Anlehens vom Jahre 1908 die Erwerbung eines Kohlenbergwerkes festgesetzt.

Die zu jener Zeit der Gemeinde gemachten Offerte waren nicht geeignet zu ersten Verhandlungen, entweder waren sie zu unsicher oder die Preise zu teuer. Die Verhandlungen über haben niemals zu einem Resultat geführt. Wohl ist es dem Bürgermeister Dr. Neumayer gelungen, ein Braunkohlenwerk, und zwar das in Zillingdorf, zu erwerben. Dieses Kohlenwerk hat damals im Gemeinderate eine ziemlich starke Opposition gefunden, aber ich bin überzeugt, daß viele der Herren, welche damals gegen dieses Unternehmen gestimmt haben, heute anderer Meinung sind. Sie brauchen zum Beispiel nur zu denken, daß heute die Kohlenförderung in Zillingdorf, beziehungsweise in Neufeld 70 bis 100 Waggon täglich beträgt, die Leistung der Überlandzentrale, welche durch dieses Kohlenwerk gespeist wird, bereits ein Viertel des ganzen Strombedarfes in Wien deckt. Wenn es gelungen ist, ein solches

22. IV. 1918
16

21. IV.
1918

Beilage zum Amtsblatte der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
Nr. 41 ex 1918.

Wirtschaftsamt der Stadt Wien, Z. 3073—18.

Bericht

betreffend die

Beteiligung der Gemeinde Wien an der zur Übernahme der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft zu gründenden Aktiengesellschaft.

An den Stadt- und Gemeinderat.

Seit Jahren wird bei verschiedenen Anlässen immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, wegen Sicherstellung des Kohlenbezuges für den Bedarf der Gemeinde Wien und der städtischen Unternehmungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß es für die Gemeinde zweckmäßig wäre, einen Steinkohlenbergbau zu erwerben.

Es wurde auch in mehreren Investitionsprogrammen auf die Erwerbung eines Grubenbesitzes Rücksicht genommen und in das Programm für das Anlehen vom Jahre 1908 für diesen Zweck ein Betrag von 15 Millionen Kronen eingestellt.

Solche Anträge blieben natürlich der Öffentlichkeit nicht verborgen und haben immer zahlreiche Bergbau- und Freischurfbesitzer, insbesondere aber Vermittler veranlaßt, die verschiedensten Kohlenvorkommen der Gemeinde zum Kaufe anzubieten. Alle diese Angebote konnten aber kein Interesse finden, da einerseits die offerierten Objekte dem Bedarfe der Gemeinde nicht entsprachen, andererseits die gestellten Forderungen so hoch waren, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebnisse führen konnten.

Im Jahre 1916 wurde nun die Aufmerksamkeit der Gemeinde abermals auf die Dziedzicer Montan-Gewerkschaft gelenkt, einen Bergbau, dessen Erwerbung bereits vor zehn Jahren in Erwägung gezogen war, aber damals nicht beschlossen wurde, da die Ergebnisse der Bohrungen zu dieser Zeit den Ankauf nicht gerechtfertigt hätten, dessen Kohlenvermögen aber nunmehr so weit aufgeschlossen wurde, daß nach dem Gutachten von Fachleuten die Gewähr gegeben zu sein scheint, bei Erwerbung dieser Gewerkschaft den Kohlenbedarf der Gemeinde wenigstens zum größten Teile für eine lange Reihe von Jahren aus der eigenen Förderung decken zu können.

Die im Jahre 1916 gemachten Versuche, den Erwerb der Kuxe dieser Gewerkschaft für die Gemeinde zu sichern, scheiterten jedoch, weil in der Zwischenzeit die Mehrheit der Kuxe von der Allgemeinen Depositen-Bank in Wien erworben wurde.

*Prüfung und Verwertung deutscher Kohle
in der Schweiz.*

Staaten, die mit ihm im Kriege stehen, ausgeführt werden und damit zu seinem eigenen Nachteil Verwendung finden.

Andererseits liegt nun aber auf der Hand, daß, sobald in einem Betriebe Brennstoffe verschiedener Art und verschiedener Provenienzen zur Verwendung gelangen, eine Kontrolle darüber, welche Sorten speziell zur Herstellung einer bestimmten Ware verwendet worden sind, in zuverlässiger Weise nicht geführt werden kann. Dagegen ist feststellbar, welche Brennstoffe ein Betrieb erhält und welche Mengen zur Herstellung einer bestimmten Menge von Waren aufgewendet werden müssen und welche Brennstoffsorten dafür Verwendung finden können. Mit andern Worten: Es ist global feststellbar, ob in einem Betriebe so viel geeignete Brennstoffe nichtdeutscher Provenienz zur Verwendung gelangt sind, als zur Herstellung einer bestimmten Menge von Waren, für die die Ausfuhrbewilligung nach den Ländern der Entente nachgesucht wird, nötig waren. Von diesen Erwägungen aus, und da abgesehen von der Ausfuhr nach den Ententestaaten die Verwendung deutscher Kohle seitens Deutschland natürlich keinen Beschränkungen unterworfen werden will, wurde durch das eingangs erwähnte Abkommen festgestellt, daß die Verwendung deutscher Kohle in der Schweiz grundsätzlich frei ist, daß aber für gewisse Waren, die nach der Entente ausgeführt werden wollen, der Kohlenverwendungsnachweis im Sinne der nachfolgenden Ausführungen geleistet werden muß. Die Waren, für die der Kohlenverwendungsnachweis vor der Ausfuhr nach den Ententestaaten zu leisten ist, werden in der sogenannten Kohlenverwendungsliste (K-Liste), die amtlich publiziert wird und die im Laufe der Zeit Änderungen und Ergänzungen erfahren kann, zusammengestellt. Die in dieser K-Liste eingetragenen Waren können (vorbehaltlich Sonderbewilligungen von Fall zu Fall) über die schweizerisch-französische und schweizerisch-italienische Grenze nur ausgeführt werden, wenn von der gesuchstellenden Firma der globale Nachweis erbracht wird, daß eine entsprechende Menge geeigneten, nichtdeutschen Brennstoffes in dem betreffenden Betriebe verwendet und daß diese Menge der Firma von dem seitens der S. T. S. bzw. der R. A. G. zu führenden Konto abgeschrieben worden ist, und wenn ferner die gesuchstellende Firma durch Kaution Garantie geleistet hat, daß die an die Ausfuhr solcher Waren geknüpften Bedingungen erfüllt sind (Ausführungsbestimmungen Art. 7 und 13).

Zu diesem Zwecke wird die R. A. G. über alle Firmen, die Waren der K-Liste herstellen, besondere Konti führen, durch die die Bestände sowie die Eingänge und der Verbrauch an Brennstoffen der verschiedenen Provenienzen und Sorten jederzeit festgestellt werden können, und die an Hand der Bücher, Fakturen, Korrespondenzen, Frachtbriefe usw. sowie auf Grund der andern Kontrollmaßnahmen der R. A. G. einer regelmäßigen Prüfung nach ihrer Richtigkeit unterzogen werden. Die zuverlässige Durchführung dieser Kontrolle bedingt auch eine Kontrolle der Kohleneinfuhr und des Kohlenverkehrs, wie sie bereits bisher von R. A. G. im Interesse einer richtigen Verteilung der Kohle durchgeführt worden ist.

Die Einfuhr deutscher Kohle vollzieht sich nach dem bisherigen Verfahren unter Kontrolle der R. A. G. Die direkten Beziehungen zwischen den deutschen Kohlenlieferanten und den schweizerischen Importeuren bleiben wie bisher bestehen und die Lieferungen können wie bisher direkt an die schweizerischen Importeure bzw. an die in den Versandaufgaben genannten Empfänger ausgeführt werden, vorbehaltlich ihrer Bezugsberechtigung und soweit sie die Bedingungen der S. T. S. erfüllt haben, oder nicht durch die S. T. S. bzw. die R. A. G. dauernd oder vorübergehend vom Kohlenbezug ausgeschlossen sind.

Für die Einfuhr ist in jedem Falle eine vorgängige schriftliche Bewilligung der R. A. G. erforderlich. Einfuhrbewilligungen werden nur erteilt an Firmen und Verbände, die bereits bisher Kohle direkt eingeführt haben, nämlich an die konzessionierten Händler-Importeure und an Selbstverbraucher, und unter der Voraussetzung, daß sie bzw. die von den Händler-Importeuren allfällig bezeichneten Empfänger bezugsberechtigt sind, die von der S. T. S. gestellten Bedingungen erfüllt haben und nicht aus irgend einem Grunde von der S. T. S. oder R. A. G. vom Kohlenbezuge ausgeschlossen sind.

Einfuhrbewilligungen an andere Firmen und Personen können nur ausnahmsweise und nur mit Zustimmung der S. T. S., sowie unter den gleichen Bedingungen und Auflagen, wie sie

den regelmäßigen Importeuren gestellt werden, erteilt werden.

Ueber den Verkehr mit Kohle gelten die Vorschriften des Bundesrates, wonach die Abgabe von Kohle nur durch konzessionierte Firmen erfolgen kann; die konzessionierten Händler-Importeure haben Kaution zu leisten.

Händlerfirmen, die ohne das vorgeschriebene Visum Kohlen an Dritte abgeben, haben daher eine wesentlich schärfere Ahndung derartiger Verfehlungen zu gewärtigen wie bisher.

Wer Kohle deutscher Herkunft an einen Dritten abgibt, hat den Empfänger schriftlich auf die Provenienz der Kohle, sowie darauf aufmerksam zu machen, daß sich der Empfänger allen Bedingungen, die seitens der S. T. S. oder der R. A. G. an die Verwendung der Kohle oder an den Verkehr mit Kohle geknüpft sind, sowie allen Kontrollmaßnahmen vorbehaltslos unterzieht.

Die Ausfuhr von Kohle ist verboten. Ausnahmen können nur im Einverständnis mit der S. T. S. und mit der zuständigen deutschen Kommission und unter den von diesen Stellen für jeden Fall aufzustellenden Bedingungen vom Schweiz. Volkswirtschaftsdepartement bewilligt werden.

Die Inhaber industrieller und gewerblicher Betriebe, in denen Ware der Kohlenverwendungsliste hergestellt werden, sind für die genaue Einhaltung der S. T. S.-Bedingungen, wie sie für die Einfuhr und Verwendung der Kohle, sowie für den Verkehr mit Kohle einschließlich Kontrollmaßnahmen aufgestellt worden sind, haftbar; soweit sie Kohle mit oder ohne Einwilligung der R. A. G. an Dritte abgeben, sind sie auch für die Einhaltung dieser Bedingungen durch diese Drittpersonen und allfällige weitere Nachmänner haftbar. Sämtliche Importeure, soweit sie die Kohle in eigenen Betrieben verwenden, haften für die Erfüllung der ihnen obliegenden Verpflichtungen; soweit sie Kohle an Dritte abgeben, sind sie auch für Verfehlungen dieser und aller andern Personen, an die die Kohle in der Folge gelangt, haftbar.

Die S. T. S. sowie die R. A. G. sind befugt, über die Einhaltung der ihnen gegenüber bestehenden Verpflichtungen jede ihnen zuzustehende Kontrolle auszuüben, sowohl beim Importeur selbst, als auch bei jedem Dritten, an den die Kohle weitergegeben wurde. Die Kontrolle wird durch die von der S. T. S. beziehungsweise R. A. G. beauftragten Beamten ausgeübt. Diese Stellen sind ebenfalls berechtigt, andere Personen mit der Kontrolle zu beauftragen, jedoch müssen die Kontrollierenden Personen Schweizerbürger sein und es darf die Kontrolle nicht von Personen ausgeübt werden, die einem Konkurrenzgeschäft angehören, sofern der zu Kontrollierende nicht sein Einverständnis gegeben hat.

Die Kontroll-Organen haben freien Zutritt zu allen Fabrikräumen, Magazinen und Bureauz. Ebenso ist ihnen freier Einblick in alle Bücher und Belege zu gewähren, die über die Verwendung der Kohle Auskunft geben.

Die Kosten dieser Kontrolle trägt die ausführende Stelle, ausgenommen in denjenigen Fällen, in denen der Kontrollierte seiner Verpflichtung zuwiderhandelt oder die Kontrolle verlangt oder verschuldet hat.

Zur Deckung der Betriebskosten ist die S. T. S. berechtigt, auf allen Kohleneinfuhren eine Provision von 1/2 Prozent auf deren Fakturwert zuzüglich Fracht und Zoll bis Bestimmungsstation zu beziehen. Eine Provision von 1 Promille, mindestens aber Fr. 1.— pro Ausfuhrgebot bei einem Verkaufswerte von 50 Franken an und Fr. 0.50 bei einem Verkaufswert unter Fr. 50 wird erhoben für die Prüfung von Ausfuhrgeboten, die Bezug haben auf Waren, die auf der Freiliste stehen und unter Verwendung von deutschen Rohstoffen oder Halbfabrikaten hergestellt worden sind.

Kohlensteuer und Kohlenpreise.

Von Ingenieur A. S. Goldreich.

Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses, dessen Einberufung, wie gemeldet, für den 10. September in Aussicht genommen ist, wird die Steuergesetzentwürfe, darunter auch die Kohlensteuervorlage, zu erledigen haben. Im Weltkriege mit seinen fortwährenden zerrüttenden Wirkungen wendet sich die Aufmerksamkeit in stets größerem Maße der Kohlenindustrie zu, und es sind die verschiedensten Fragen auf den zahlreichen Gebieten des Kohlenbergbaues, welche ständig das Interesse für sich in Anspruch nehmen. Tritt man der Frage über die Bedeutung des Bergbaues für die Allgemeinheit etwas näher, so kommt man zu der Erkenntnis, daß erstens eine möglichst vollständige und möglichst billige Gewinnung der Bodenschätze und zweitens möglichst günstige soziale Verhältnisse für die Bergarbeiter gefordert werden müssen. Billige Gewinnung, das heißt niedrige Selbstkosten, sind die Vorbedingung niedriger Preise des Produktes, also — um die Ausführungen auf den Kohlenbergbau zu beschränken — die Vorbedingung niedriger Kohlenpreise. Wenn hienach ein möglichst starkes Herabdrücken der Selbstkosten im Interesse der Allgemeinheit gelegen ist, so stellt sich von der andern Seite eine Forderung dagegen, der die Allgemeinheit nicht weniger ihre Unterstützung leihen muß: die Besserung der sozialen Lage der Bergarbeiter. Der größere Teil der Selbstkosten im Bergbau besteht in Löhnen der Arbeiter. Das volkswirtschaftliche Interesse an einer günstigen Lage des Bergarbeiters drängt die Lohn- und damit überhaupt die Selbstkosten nach oben, während ein nicht minder berechtigtes volkswirtschaftliches Interesse an niedrigen Kohlenpreisen möglichst niedrige Selbstkosten wünschen läßt. Die Gewinnungskosten der Kohle haben sich im Kriege bedeutend erhöht, weil hauptsächlich die Löhne der Arbeiter und die Kosten für deren Ernährung, welche die Gewerkschaften derzeit meist selbst zu besorgen haben, bedeutend gestiegen sind. Diese im Kriege bewirkten Lohn-erhöhungen konnten aber keine Besserung der sozialen Lage der Bergarbeiter gegenüber den Friedensverhältnissen bewirken. Diese Lohn-erhöhungen sind eine Folge der bedeutend vergrößerten Schwierigkeiten in der Lebenshaltung des Arbeiters, dessen Leistung im Kriege bereits wesentlich abgenommen hat. Es haben also Minderleistungen und erhöhte Löhne eine stetige Steigerung der Kohlenpreise zur Folge, auf welche die Marktlage derzeit wohl keinen Einfluß hat, weil der Markt gewissermaßen eine reine Verwaltungs- und Verteilungsangelegenheit geworden ist. Die Kohlenpreise sind seit Kriegsbeginn ansehnlich gestiegen, die Förderungen wesentlich gesunken, und in dieser im Zeichen einer Kohlennot und Kohlentuerung stehenden Zeit sieht sich der Staat behufs Tilgung seiner Kriegslasten gezwungen, eine Besteuerung der Kohle durchzuführen.

Die Einführung der Kohlensteuer bildete in Deutschland die verlockende Gelegenheit, ungefähr 500 Millionen Mark aus einer einzigen, einfach zu veranlagenden und bei nur etwa fünfhundert pflichtigen Betrieben zu erhebenden Steuer dem Reich zuzuführen. Dieser Vorteil der Einfachheit in der Besteuerung ist im Kriege mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Staatsbehörden gewiß hoch einzuschätzen, denn die Arbeitskräfte dieser Behörden sind bereits so hoch angespannt, daß auch die Steuerpolitik auf diese Tatsache Rücksicht nehmen muß. Nun hat man bezüglich der Form der Besteuerung darüber nachgedacht, ob eine für die Tonne geförderter Kohle zu entrichtende feste Abgabe, also eine reine Gewichtsteuer, festzulegen sei oder ob eine Besteuerung des Preises der Kohle, also eine Wertsteuer, eingeführt werden solle. Die zwischen der Förderung der verschiedenen Reviere bestehende außerordentliche Wertverschiedenheit der Kohle gab Veranlassung, den Plan der Gewichtsteuer fallen zu lassen. Die Gewichtsteuer würde eine sehr verschiedene Wertbelastung der einzelnen Kohlenarten zur Folge haben. Außerdem hätte die Gewicht-

steuer eine zu große Belastung der minderwertigen Brennstoffe ergeben, an deren Ausnützung ein großes volkswirtschaftliches Interesse besteht. Aus diesen Gründen hat man in Deutschland für eine gleichmäßige zwanzigprozentige Besteuerung des Wertes der Kohle sich entschieden, weil dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Kohlenarten untereinander keine Beeinflussung erleidet. Der Ertrag der deutschen Kohlensteuer wird also mit der fortwährenden Erhöhung der Kohlenpreise immer wachsen und die volkswirtschaftlich zu bedauernde Tatsache der weiteren Preissteigerungen wird für die Staatseinnahmen von Vorteil sein. Dieselben Gründe, welche für die Ablehnung einer Gewichtsteuer in Deutschland maßgebend waren, sind auch für die österreichische Regierung veranlassend gewesen, die Einführung einer Wertsteuer ins Auge zu fassen.

Als richtigste Veranlagungsbasis wurde deshalb auch in der österreichischen Gesetzesvorlage der sich im Kohlenpreise ausdrückende Wert der Kohle erkannt. Der Wert der in Oesterreich verbrauchten Kohle wurde im Jahre 1917 mit einer Milliarde Kronen berechnet. Mit Berücksichtigung der deutschen Einfuhr und der zu treffenden Vereinbarung wegen Vermeidung einer Doppelbesteuerung wird die 20prozentige österreichische Kohlensteuer bei Annahme der Preise und der Förderung des Jahres 1917 einen Ertrag von ungefähr 150 Millionen Kronen ergeben. Der Ertrag der Kohlensteuer ist von der Größe der Kohlenförderung und von der Höhe der Kohlenpreise abhängig. Mit einer Zunahme der Kohlenförderung kann in der nächsten Zeit wohl nicht gerechnet werden. Der vorliegende Gesetzesentwurf bietet bei der Einführung der Wertsteuer die Möglichkeit, durch erhöhte Kohlenpreise den durch die Minderförderung gefährdeten Steuerertrag zu erhalten. Es hieße die gegenwärtigen Verhältnisse total verkennen, wenn man die fortwährend sich vergrößern den Gewinnungskosten der Kohle übersehen wollte. Die Bergarbeit stützt sich vorwiegend auf menschliche Arbeit, und insbesondere ist es die im Kohlenbergbau bei künstlichem Licht und künstlicher Bewetterung zu bewirkende Arbeitsleistung, welche an den menschlichen Organismus die größten Anforderungen stellt. Es ist kein Zweifel, daß unter diesen Arbeitsverhältnissen die Erhaltung eines guten Ernährungszustandes sowie überhaupt eine günstige Lebenshaltung des Bergarbeiters im besonderen öffentlichen Interesse gelegen erscheinen. Hierbei muß man noch berücksichtigen, daß die im Kriege sich geltend machende große Bedeutung der Kohlenversorgung für die Volkswirtschaft dem Bergarbeiter die besondere Wichtigkeit seiner Arbeit und seines Standes augenfällig bewiesen hat. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß die Bestrebungen nach einer Verbesserung der sozialen Lage fortwährend die organisierte Bergarbeiterschaft beschäftigen. Die Regierungen der kohlenfördernden Staaten sind aus den angeführten Gründen in einer äußerst schwierigen Situation. Auf der einen Seite unterstützen sie die Bestrebungen der Arbeiterschaft nach Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, auf der andern Seite führen sie einen Kampf mit der Kohlenindustrie wegen der mit den Lohn erhöhungen automatisch eintretenden Forderungen nach erhöhten Kohlenpreisen. Und nun wird sich die Situation in der Kohlenfrage auch noch dadurch schwieriger gestalten, daß durch die Einführung der Kohlensteuer divergierende Interessen im erhöhten Maße in Erwägung kommen. Deshalb ist es von besonderem Nachteil, daß die Kohlensteuer mit den Kohlenpreisen eng verknüpft erscheint, welche Preise an und für sich in unserer wirtschaftlich entarteten Zeit veränderliche Größen darstellen.

Aus diesem Grunde wäre es angezeigt, die Kohlensteuer, auf deren Ertrag vom staatsfinanziellen Gesichtspunkt aus nicht leicht verzichtet werden kann, nicht vom variablen Werte der Kohlenpreise abhängig zu machen, sondern für die Steuerveranlagung eine feste Bewertung der Kohle vorzunehmen. Für diese Bewertung wäre der Stand der Kohlenpreise vom Zeitpunkt der Einbringung der Gesetzesvorlage zu berücksichtigen, so daß mit dem zu erwartenden Ertrag nahezu gerechnet werden kann, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß die

Förderung abgenommen und der Steuerertrag der berechneten Höhe nicht vollständig gleichkommen wird. Jedenfalls würde durch eine solche für die Besteuerung fest bewertete Kohle die bei der Steigerung der Kohlenpreise noch hinzukommende Steuererhöhung und dadurch abermalige Vertenerung der Kohle vermieden werden. Auch wäre mit dem festen Steuersatz das finanzielle Interesse des Staates an hohen Kohlenpreisen ausgeschaltet und das staatliche Interesse an der Steigerung der Kohlenproduktion vorhanden, welche eine Vergrößerung des Steuerertrages zur Folge hätte.

Die Kohlenversorgung.

Von Kommerzialrat Egemund Kanig.

Wien, 28. August.

Die Regelung der Kohlenfrage wird in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland neuerdings dadurch kompliziert, daß die Produktion in den letzten Monaten einen weiteren Rückgang erfahren hat.

Das erste Quartal 1918 zeigt uns in Oesterreich einen Ausfall in der Steinkohlenförderung von zirka 5.000.000 Meierzentner gegen die gleiche Zeit des Vorjahres.

In den Entente-Ländern sind die Verhältnisse natürlich auch nicht besser. Die Förderungen gehen immer mehr zurück und die Ansprüche werden von Tag zu Tag größer.

In England war das ganze abgelaufene Jahr über der Bedarf an Hausbrand- und Industriefohlen außerordentlich groß und insbesondere die Lage des Hausbrandes war im Januar und Februar 1917 derart kritisch, daß große Störungen eintraten und in London beispielsweise wochenlang Kohle für Hausbrandzwecke vollständig fehlte.

Die neutralen Schiffseigentümer haben sich die Situation zumühe gemacht. Nachstehend seien einige Beispiele hierfür angeführt:

- Es betragen die Frachttarife nach Barcelona im Jahre 1914 9 1/4 Schilling, im April 1917 49 Schilling, im November 1917 350 Schilling.

Die Ausfuhr Englands betrug im Jahre 1917 ungefähr 22.000.000 Tonnen, und zwar waren dies ausschließlich Regierungslieferungen. Der größte Teil dieser 22.000.000 Tonnen ging nach Frankreich, schätzungsweise 11.000.000 Tonnen.

dessen Funktionen im Laufe der Zeit so erweitert wurden, daß er tatsächlich die leitende Persönlichkeit im Bergbau ist. Eine seiner ersten Aufgaben bestand darin, daß er Höchstpreise einführt, da es sich herausgestellt hat, daß eine Anzahl Gruben und Verkäufer sich an die schon vorher getroffenen Preisbestimmungen nicht gehalten hat.

Nach den eingegangenen Berichten stellen sich die Kohlenpreiserhöhungen im Detailhandel wie folgt: Für Kohle und Wagen 5 Schilling per Tonne, für Lohn 50 Prozent, für Pferde 100 Prozent, für Hafer 200 Prozent, für Heu statt 80 120 Schilling, für Stroh statt 45 80 Schilling.

In Amerika sind im August 1917 die Grubenbesitzer und die Regierung zusammengetreten, um Grundzüge für die Förderung, Verteilung und Preisfestsetzung der Kohlen festzulegen. Als Basispreis ab Grube wurden per Tonne 12 1/2 Schilling vorgeschlagen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in den neutralen Ländern und ich will hier nur als Beispiel Holland anführen. Da hat sich die Förderung ganz wesentlich gehoben. Nachstehend sind die Förderziffern seit dem Jahre 1870 aufgeführt.

Table with 2 columns: Year, Förderung (Tons), Export (Tons). Rows from 1870 to 1916.

Wie die vorstehenden Zahlen zeigen, ist die Förderung insbesondere in den letzten 15 Jahren sehr erheblich gestiegen und im Jahre 1916 war die Förderung Hollands achtmal so groß wie im Jahre 1900.

Table with 2 columns: Year, absolut, auf den Kopf der Bevölkerung. Rows from 1902 to 1916.

Holland ist hinsichtlich seiner Kohlenversorgung in großem Maße auf die Zufuhren aus dem Ausland angewiesen. Infolge dieser Abhängigkeit vom Ausland hat sich die Versorgung Hollands im Kriege ganz besonders schwierig gestaltet.

über die Ein- und Ausfuhr nach Holland an. Allerdings kommt diesen Zahlen nur ein beschränkter Wert zu, da diejenigen Mengen, welche Holland nur als Durchfuhrland benutzen, nicht getrennt zum Ausdruck kommen.

Table with 4 columns: Year, Einfuhr, Ausfuhr. Rows for England, Deutschland, Belgien, and others.

Im Jahre 1915/16 ist die Einfuhr ausländischer Kohle besonders stark zurückgegangen, im Jahre 1916 betrug sie nur noch die Hälfte der Mengen des Jahres 1913.

Die Maßregeln, welche die kriegführenden Staaten in bezug auf die Kohlenproduktion und die Verteilung der Kohlen beschlossen hatten, sind, wie dies nicht anders zu erwarten war, nur sehr schwer zur Durchführung gekommen.

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 13. September.

Die Kohlenversorgung der Zuckerindustrie.

Gestern hat der Finanzausschuß die Resolution Mastalla betreffend die rechtzeitige und hinreichende Belieferung der Zuckerfabriken mit Kohle in Beratung gezogen. Abgeordneter Mastalla wies auf die großen Nachteile insbesondere für die Volksernährung hin, die daraus erwachsen würde, wenn die Zuckerindustrie nicht rechtzeitig mit Kohle versorgt würde. Der Ertrag der heurigen Rüben-ernte werde auf 50 bis 60 Millionen Meterzentner geschätzt, woraus eine Erzeugung von 8 bis 9 Millionen Meterzentner resultiere, vorausgesetzt, daß die notwendige Kohle zur Verfügung stehe. Minister für öffentliche Arbeiten R. v. Homann gab eine eingehende Darstellung der Lage auf dem Kohlenmarkte, die dadurch charakterisiert sei, daß für das Jahr 1918 gegenüber dem letzten Friedensjahre unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhrziffern mit einem Gesamttrübsande von neun Millionen Tonnen zu rechnen sei. Der Minister erklärte weiter, daß er die Belieferung der Rohzuckerfabriken mit Kohle in dem gegenwärtigen Augenblicke als Staatsnotwendigkeit ansehe, weil man ein Gut für die Ernährung der Bevölkerung nicht vergebend und verlusten dürfe und aus staatsfinanziellen Gründen. Da es sich bei der Versorgung der Zuckerindustrie um eine einschneidende Maßnahme handle, durch welche andere Kontingentsgruppen wesentlich berührt würden, so werde der Minister die Entscheidung der Gesamtregierung einholen. R. v. Homann erklärte schließlich, er verliere nicht den Mut, denn er sei während der vier Kriegsjahre schon wiederholt kritischen Situationen gegenüber gestanden.

Nachstehend der Bericht über den Verlauf der Beratung:

Abg. Mastalla verweist darauf, daß die von den Regierungsvertretern seinerzeit ausgesprochene Hoffnung, die Erhöhung der Zuckersteuer werde dem Staate große Reueinnahmen bringen, scheitern werde infolge der Unmöglichkeit, die Rübe infolge des Kohlenmangels der Rohzuckerindustrie auf Zucker zu verarbeiten. Der Ertrag der heurigen Rüben-ernte werde auf 50 bis 60 Millionen Meterzentner gegen 28 Millionen Meterzentner im Vorjahre berechnet, woraus eine Erzeugung von 8 bis 9 Millionen Meterzentner Zucker resultiere, vorausgesetzt, daß die notwendige Kohle zur Verfügung stehe. Es könne trotz der vorhandenen großen Schwierigkeiten noch in dem letzten Moment gelingen, die Kohle zur Verfügung zu stellen. Dies müsse gelingen, weil die gesamte Volksernährung unermesslichen Schaden erleiden würde, wenn kein Rohzucker, keine Melasse, keine Schnitte und keine Schlompe produziert werden könnten. In einer Zeit, in welcher die Kampagne unmittelbar vor der Tür stehe, stehen der Zuckerindustrie ganz geringfügige Mengen von Kohlen zur Verfügung. Die Zuckerindustrie bedürfte insgesamt zirka 650.000 Tonnen Kohle, wovon sich am 1. September in den Fabriken nur 110.000 Tonnen befänden. Nach den vorliegenden Plänen des Ministeriums soll die Einlieferung in den nächsten vier Monaten erfolgen in der Art, daß im Dezember die größte Menge angeliefert werden soll. Dieses System müsse als verkehrt bezeichnet werden, da die Rübe durch die Lagerung Schaden erleide. Auch müsse die Zuweisung von Braunkohle an die Zuckerfabriken als unökonomisch bezeichnet werden. Weiters sei es nicht erklärlich, daß das Währisch-Osterrauer Revier von der Belieferung der Zuckerfabriken mit Kohle vollständig ausgeschlossen wurde. Die Zuckerindustrie habe bisher nur allgemeine Versicherungen erhalten. Redner könne wohl keinen Aufstellungsplan vorschlagen, er müsse jedoch betonen, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten die größten Anstrengungen machen müsse in der Richtung, daß die geernteten Rüben verarbeitet werden und nicht verfaulen. Redner richtete an den Ernährungsminister die Anfrage, ob bereits die Frage studiert wurde, in welcher Weise wegen Kohlenmangels eventuell unverarbeitete gebliebene Rübe verwendet werden könnte. Die Regierung habe die Landwirtschaft und die Zuckerindustrie durch Gewährung höherer Rübenpreise in den Rübenanbau geradzuhineingeheßt, habe der Gesellschaft ein festes Versprechen bezüglich der Erzeugung von Zucker gegeben und muß nun die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Rübe tatsächlich zu Zucker verarbeitet werden könne. Redner bittet schließlich um Annahme seiner Resolution.

Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann bemerkt zunächst, daß unter dem Eindrucke der Ausführungen des Abg. Mastalla jeder der Anwesenden sich fragen müsse, ob es angängig sei, einen Minister, dem gegenwärtig die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe der Kohlenversorgung übertragen sei noch einen Augenblick länger im Amte zu belassen, wenn er sich solcher Fahrlässigkeiten schuldig gemacht hätte, wie sie aus den Darlegungen des Abg. Mastalla zu entnehmen wären. Der Minister fühle sich indessen weder als Angeklagter noch als Schuldiger, da er, seitdem er die Kohlenversorgung führe, mit dem Angebote aller Kräfte sorge, um den Bedürfnissen aller Verbrauchergruppen gerecht zu werden. In weiterer Folge beruft sich der Minister auf seine wiederholt im Plenum des Abgeordnetenhauses und in den Ausschüssen über unsere Kohlsituation gemachten Darlegungen, wobei er betont, daß er jede Gelegenheit benütze habe, dem Abgeordnetenhaus als dem höchsten Vertreter der Bevölkerung in die Gesamtlage und zwar Kohlenwirtschaft Einblick im vollsten Ausmaße zu gewähren, dies auch im Juli dieses Jahres getan und hierbei auf die überaus ernste und schwierige Situation unserer Kohlenversorgung hingewiesen habe. Die Kohlenproduktion des letzten Friedensjahres, des Jahres 1918, von 44 Millionen Tonnen sei im Jahre 1917 auf 38 Millionen, in der Zeit vom Jänner bis Juni 1918 um weitere 1.200.000 Tonnen zurückgegangen, so daß für das Gesamtjahr 1918 gegenüber dem letzten Friedensjahre mit einem Gesamtrückgang der Produktion von acht Millionen Tonnen zu rechnen sei. Unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhrziffern betrage der Rückgang des Jahres 1918 gegenüber dem Jahre 1913 neun Millionen Tonnen. Die Anforderungen seien vom Oktober 1917 im Laufe der Zeit von 160.000 Tagedonnen infolge von Neuanmeldungen auf 180.000 Tagedonnen gestiegen, eine Menge, welche dem Ministerium für öffentliche Arbeiten niemals zur Verfügung stand. Die verfügbare Tagedonmenge sei von

Rohlenlieferung und Rüben- verwertung.

Verhandlungen des Finanzausschusses.

Der Finanzausschuss hat den Resolutionsantrag Mastalka betreffend die Belieferung der Zuckerraffinerien mit Kohle zum Beschluß erhoben. Im Laufe der Debatte erklärte Sektionschef Dr. Loewenfeld-Nuß, daß selbst beim besten Willen die Gefahr vorhanden sei, daß die zugeordnete Kohle nicht zur Gänze den Fabriken geliefert werden kann und somit ein Teil der heurigen reichen Ernte an Zuckerrübe gefährdet ist und anderen Zwecken als der Zuckerverwertung wird zugeführt werden müssen.

Hierauf wurde die Beratung der Grundsteuer begonnen.

Am Schluß der Sitzung richtete Obmann Dr. v. Löwenstein an die Regierung das Ersuchen, in der nächsten Sitzung, wenn nicht einen Finanzplan, so doch wenigstens ein Finanzprogramm zu unterbreiten.

Finanzminister Freiherr v. Wimmer erklärte, einen umfassenden Finanzplan derzeit nicht einbringen zu können, er werde jedoch die seitens der Regierung in Ausarbeitung befindlichen neuen Steuerentwürfe dem Ausschuss flizzieren. Die nächste Sitzung des Ausschusses wird einen oder zwei Tage vor Beginn der Plenarsitzungen stattfinden.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Sektionschef Dr. Loewenfeld-Nuß berichtet die Kohlenversorgung der Rohzuckerindustrie; nach den Mitteilungen des Arbeitsministeriums soll die Rohzuckerindustrie monatlich bis Ende Dezember bis auf ein geringes Quantum in den Besitz der für die Aufarbeitung der Rübe erforderlichen Kohle gelangen. Es könne jedoch nicht übersehen werden, daß sich nach diesen Dispositionen der Kohlenverbrauch an die Zuckerraffinerien zum größten Teil während der Kampagne zu beschaffen haben wird. Besonders ist der Rübenanbau nur ganz verhältnismäßig zurückgegangen, und dank der günstigen Witterung können wir heuer mit 50 Millionen Meterzentner Rübe rechnen, während voriges Jahr kaum 30 Millionen zur Verarbeitung auf Zucker gelangten, so daß heuer drei Millionen Meterzentner Rohzucker mehr erzeugt werden könnten als im Vorjahre. Die Steigerung der Zuckerverwertung würde vorausichtlich eine Erhöhung der arg gedrückten Zuckerquote ermöglichen, so wir würden ohne Zweifel auch Zucker erörtern, um im Export unsere Valuta zu verbessern oder Lebensmittel hierfür aus dem neutralen Ausland einzukaufen. Ist jedoch die Verarbeitung der Rübe auf Zucker infolge ungenügender Kohlenbeschaffung nicht möglich, entgehen uns nicht nur diese Vorteile, sondern die Volkswirtschaft wird überdies schwere Verluste erleiden. Redner weist darauf hin, daß in den bisherigen Verhandlungen über die Abgaben für die Zuckerverwertung keine Vorkehrungen für die Raffinationsindustrie nicht vorgesehen sei. Er vertritt die Auffassung, daß eine geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Rohzucker anstatt weißen Zuckers den größten Hindernissen begegnen würde, und weist auf die Schwierigkeiten der Beschaffung der notwendigen Einballungen, auf die Minderwertigkeit des Rohzuckers, der der Bevölkerung zur Verfügung gestellt würde auf die geringe Haltbarkeit des Rohzuckers und auf die Schwierigkeiten, denen die Rationierung von Rohzucker in kleinsten Mengen begegnet, hin. Für die Versorgung der Front sowie für gewisse Industrien, insbesondere für die War meladeindustrie werde die Verwendung von Rohzucker überhaupt nicht in Betracht kommen können. Auch für den Export werde Weißzucker benötigt. Redner erklärt, daß mit Rücksicht auf diese Verhältnisse die Erzeugung von Weißzucker in den gemischten Betrieben während der Kampagne unbedingt notwendig sei.

Die Rübenverwertung.

In der Beantwortung der von den Abgeordneten Mastalka und Dr. v. Licht gestellten Anfrage, welche Maßnahmen die Regierung treffen werde, um etwa nicht zur Verarbeitung auf Zucker gelangende Rübenmengen einer anderweitigen Verwertung zuzuführen, bemerkt Redner, daß die Möglichkeit einer solchen Verwertung naturgemäß von der Menge der erübrigten Rübe abhängt. Für die anderweitige Verwertung der Rübe als zur Zuckerverwertung kommt in erster Linie die Verfütterung in Frage, wiewohl selbstverständlich die Verfütterung der Schmelze und der Melasse als Kraftfuttermittel, insbesondere in den rübenbauenden Gebieten, wirtschaftlich wesentlich rationeller wäre. Immerhin bleibt es fraglich, ob angesichts der möglicherweise großen Mengen, die in Betracht kommen, trotz des Futtermangels, die gesamte erübrigende Rübe zur direkten Verfütterung aufgenommen werden kann. Eine weitere Verwertung wäre die Verwendung der Zuckerrübe in frischen Gemüsemengen, wobei aber doch wohl nur die größeren Städte in Betracht kämen, sofern überhaupt der Transport vor der Frostperiode bewerkstelligt werden könnte.

Redner schließt mit der Hoffnung, daß es trotz aller Schwierigkeiten dem Arbeitsministerium gelingen werde, die erforderlichen Kohlenmengen für die Zuckerverwertung zur Verfügung zu stellen.

Mastalka richtet dem Sektionschef Dr. Loewenfeld-Nuß den wärmsten Dank für seine Ausführungen aus. Redner stimmt auch völlig der Ansicht des Vertreters des Ernährungsamtes zu, daß alle Fabriken, die auf die Weißzuckerzeugung eingerichtet sind, in der gegenwärtigen Kampagne mit der Erzeugung von Sandzucker beauftragt werden müssen. Redner halte den mit seiner Resolution verfolgten Zweck für vollständig erreicht. Aufklärung in die unbekannte Situation der Rübenlieferung und Zuckerverarbeitung zu bringen. Er konstatiert, daß das Arbeitsministerium zu einer präzisen Erklärung gelangt ist, daß die Kohle geliefert wird und daß an dieser Erklärung nicht gezweifelt wird.

Wagel beantragt folgende Resolution: Die Regierung wird aufgefordert, für den Fall der Verengung der Brauereien zur Verarbeitung von Zuckerrübe auf die besonderen Verhältnisse der Kleinbrauereien Rücksicht zu nehmen, und dafür zu sorgen, daß ihnen Ersatzstoffe zugeführt werden.

Die Resolution Mastalka sowie sämtliche im Laufe der Verhandlung gestellten Anträge werden zum Beschluß erhoben.

Die Grundsteuer.

Dr. Steinwender referiert sodann über die Regierungsvorlage betreffend die Grundsteuer für die Steuerjahre 1918 und 1919.

Schiegl bezeichnet es als Grundfehler der direkten Steuern, daß die allgemeine Erwerbsteuer, die Grundsteuer und die Hausklassensteuer starre Formen angenommen haben.

Dr. Bischofsky stellt einen Antrag betreffend die Hebernahme der Grundsteuer durch den Grundbesitzer für den Fall einer Mehrbelastung des Pächters infolge von Steuererhöhung oder Kriegszuschlag, betreffend die Besteuerung Kleinbäuerlicher, von dem Besitzer und seinen Angehörigen selbst bewirtschafteter Anwesen unter gewissen Modalitäten, ferner einen Resolutionsantrag, betreffend die Einführung einer zeitgemäßen Bodenreform, insbesondere zwecks Ansiedlung heimkehrender Krieger und Versorgung Kriegsbeschädigter, gegebenenfalls auch durch Enteignung größerer Grundstücke und sonstiger Latifundien und Aufhebung des Adelskommunikationsbannes, ferner eine Resolution betreffend Durchführung eines gezielten Meliorationsprogrammes, Kunstdüngerbeschaffung die Zusammenlegung landwirtschaftlicher Grundstücke.

Der Ruf nach dem Finanzplan.

Leufel stellt folgenden Antrag: Der Finanzausschuss fordert das Plenum des Abgeordnetenhauses auf, die dritte Lesung der vom Finanzausschuss erledigten Steuergesetze nicht früher vorzunehmen, als bis die Regierung dem Hause einen umfassenden Finanzplan vorgelegt haben wird, durch den die Bedeckung des gesamten Abganges von jährlich 1900 Millionen für die dauernden Belastungen des Staatshaushaltes ermöglicht werden wird. In formaler Beziehung wird beantragt, den Obmann des Ausschusses zu beauftragen, den Beschluß in der Obmannkonferenz und bei Zusammenkunft des Hauses zu diesem selbst zur Kenntnis zu bringen.

Obmann Dr. v. Löwenstein teilt vor Schluß der Sitzung mit, daß er beabsichtige, die nächste Sitzung einen beziehungsweise zwei Tage vor Beginn der nächsten Plenarsitzung einzuberufen. In dieser Sitzung des Ausschusses soll die Debatte über die Grundsteuer abgeschlossen und die Debatte über die Erwerbsteuer durchgeführt werden, worauf der Ausschuss über beide Materien abstimmen würde.

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer erinnert gegenüber der Anregung zur Aufstellung eines Finanzplans an seine Rede bei Einbringung des Staatsvoranschlages 1918/19; dort habe er bereits die Bedeckung des Abganges der dauernden Verbräugung durch Steuern als unerlässlich bezeichnet und mitgeteilt, daß die hierzu erforderlichen weiteren Steuerentwürfe in Vorbereitung seien und im Laufe der Herbstsession dem Reichsrat unterbreitet werden würden; er habe also, ohne ein Drängen des Ausschusses abzuwarten, pflichtgemäß die notwendigen Vorkehrungen getroffen.

Für eine Verschiebung der Verabschiedung der anhängigen Vorlagen, deren Erledigung der Finanzminister seit nahezu Jahresfrist fortwährend dringend erbeten habe, könnte er die Verantwortung nicht übernehmen.

Bereits in der ersten Sitzung der kommenden Tagung beabsichtige er aber, mit der vor abschließender Feststellung von Vorlagen notwendigen Reserve, Umfang und Inhalt des neuen Steuerkomplexes wenigstens in Umrissen zu flizzieren. Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Arbeiterzeitung

Österreich.

Freitag nachmittags

für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich 80 Heller,
monatlich K 3.40, vierteljährlich K 10.20
Samstagsausgaben in den Filialen, in allen
Lokalitäten und Reichsteilen:
monatlich K 3.40.

Provinz und Ungarn:
monatlich K 3.80, vierteljährlich K 11.40
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljährlich K 16.—
für alle anderen dem Weltpostverein
angehörigen Länder: Vierteljährlich K 20.—

Abonnements werden angenommen
in der Administration, V. Rechte
Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulzeckstraße 13, Tel. 9191
II. Rogantengasse 20, Tel. 4 228
X. Wienandplatz 5, Tel. 68244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33128
XVI. Klausgasse 24, Tel. 34138
XVII. Raasdorfergasse 22, Tel. 17176
XXI. Angereckstraße 14.

Für die an fremde Austräger oder
Besitzer bezahlten Beiträge leisten
wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

XXX. Jahrgang.

Es ist heute gerade ein Jahr vergangen, seitdem der Kaiser Karl die Friedensnote des Papstes beantwortet hat. Es ist heute sehr nützlich, sich der Note des Papstes und der Antwort des Kaisers zu erinnern. Der Papst hat am 1. August 1917 folgende Grundsätze eines allgemeinen Friedens vorgeschlagen: Erstens: Völkerbund mit Abrüstung und Schiedsgerichten. Zweitens: Freiheit der Meere. Drittens: Im allgemeinen den gegenseitigen Verzicht auf Ersatz der Kriegsschäden und Kriegskosten. „Wenn für gewisse Fälle diesem Prinzip besondere Gründe entgegenstehen, möge man sie mit Gerechtigkeit und Billigkeit abwägen.“ Viertens: Räumung der besetzten Gebiete. Fünftens: „Was die territorialen Fragen angeht, wie sie zum Beispiel zwischen Italien und Oesterreich, zwischen Deutschland und Frankreich erörtert wurden, darf man der Hoffnung Raum geben, daß die streitenden Parteien in Anbetracht der unermesslichen Vorteile eines dauerhaften Friedens mit Abrüstung diese Fragen in v e r s ö h n l i c h e m Geiste prüfen wollen, indem sie nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen den Bestrebungen der V ö l k e r Rechnung tragen und die Sonderinteressen dem Gesamtwohl der großen menschlichen Gesellschaft anpassen. Derselbe Geist der Gerechtigkeit wird die Prüfung der anderen territorialen und politischen Fragen leiten müssen; namentlich erinnern wir dabei an Armenien, die Balkanstaaten und die Teile des alten Königreiches Polen.“ So mahnte damals der Papst. Und Kaiser Karl antwortete heute vor einem Jahre: „Vom Geiste der Mäßigung und Versöhnlichkeit geleitet, erblicken wir in den von Eurer Heiligkeit gemachten Vorschlägen geeignete Grundlagen für die Einleitung von Verhandlungen.“ Uns dünkt, die Regierungen der Mittelmächte könnten heute nichts Besseres tun, als auf die Note des Papstes zurückzugreifen, sich ihre Vorschläge anzueignen und öffentlich den feindlichen Regierungen eben das vorzuschlagen, was damals der Papst vorgeschlagen hat. Gesähe dies, dann wären wir einer gewaltigen Wirkung auf die feindlichen Völker sicher; dann würden die Ententevölker sehen, daß wir zu einem wirklich gerechten, alle Bürgschaften der Dauerhaftigkeit in sich bergenden Frieden bereit sind, und unter dem Eindruck solcher Erkenntnis würde der Kriegswille der Ententeregierungen sehr bald von den Ententevölkern selbst gebrochen werden.

Die Ententeregierungen wollen den Frieden nicht und die Ententevölker sind voll des Mißtrauens gegen uns. Bloße Beteuerungen ohne konkreten Inhalt werden dieses Mißtrauen schwerlich überwinden. Sagen wir also offen, was wir wollen! Zeigen wir, daß wir zu einem Frieden, der allen Völkern gerecht wird, bereit sind, und alle Völker werden sich gegen die Kriegsparteien der Entente erheben! Es gibt Fälle, in denen man am besten tut, mit offenen Karten zu spielen.

Die Lebensmittelzuweisungen an die Bergarbeiter.

Auf keinem Gebiet der Volksernährung herrscht ein so wirres Durcheinander in der Lebensmittelversorgung wie beim Bergbau. Aus folgenden Quellen fließt den Belegschaften Ernährung zu: aus dem ordentlichen staatlichen Ernährungsdienst, der durch Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden die staatlich bewirtschafteten Artikel, vor allem Mehl und Brot, zuweist; aus der Zuteilung des ungarischen Kompensationsmehles durch das Arbeitsministerium; aus den Tauschartikeln für Sonntagskohlen, die durch die Werksverwaltungen verteilt werden; aus den Anschaffungen der Lebensmittellager und Werkskassungen, die von den Unternehmern selbst bezahlt werden; aus Lebensmitteln, die die Bergarbeiter selbst aufbringen, indem einzelne Bergarbeiter oder auf Grund von Vereinbarungen mit der ganzen Belegschaft eine Bergarbeiterpartie, die zu diesem Zwecke Urlaub und von den Arbeitsgenossen Auftrag und Geldmittel erhält, auf eigenen Hamsterfahrten zusammenschleppen. Dazu kommt noch, daß ansässige Bergarbeiterfamilien

ide bekommt, daß der eine Schacht beim Sonntagsausch erfolgreicher ist als der andere, der eine i geriffeneren Einkäufer verwendet als der andere, so fort. Und nun halte man dagegen die Tatsache, daß der Wiener Lebensmittelverband rund 000 Köpfe in etwa 120 Konsumvereinsverschleißern und einigen hundert von Vertrauensmännern verwalteten Abgabestellen Woche für Woche ganz hmäßig versorgt. Alle die Unzulänglichkeiten, die heute bei den Schächten vorfinden, gab es bis Herbst 1915 auch in Wien. Sie sind überwunden der einheitlichen Organisation des Lebensmittelandes. Die Arbeiterschaft, die diese organisatorischen uche aufmerksam verfolgt, hat heute das Wiener piel besorgt und in nahezu allen Kronländern e Lebensmittelverbände geschaffen. Nur die Kohlenenbesitzer setzen sich noch gegen eine solche Organis m zur Wehr. Es ist darum begreiflich, daß die giertengeneralversammlung der westböhmischen gbaugenossenschaft in Brüx, die Delegiertenaminlungen der tschechischen Bergarbeiter und zum usse eine von sämtlichen Bergarbeitern Dester s bestellte Abordnung an den Arbeitsminister am September folgende Forderungen aufgestellt hat:

1. Die Bergarbeiter lehnen grund sätzlich die werksseitige Lebensmittel elieferung ab.
2. Die Ausbringung und Verteilung sowohl aller atlich bewirtschafteten wie nicht bewirtschafteten, aller im mpensationsweg ausgebrachten und aller für Sonntags hle eingetauschten Lebensmittel hat durch paritätisch sammengeführte Körperschaften nach m Muster der Lebensmittelverbände zu geschehen.
3. Es muß allen Bergarbeitern vollständig reigestellt bleiben, ob sie ihre Lebensmittel, ab zwar sämtliche Lebensmittel, sowohl die staatlich erwirtschafteten als auch die anderweitig ausgebrachten und ngetauschten, durch die bestehenden Konsum ereine oder durch die Werksabgabe ellen beziehen.

Um diese Forderungen ist ein lebhafter Kampf brannt. An ihm sind das Ernährungsamt und Ministerium für öffentliche Arbeiten interessiert, die ganze Arbeiterschaft nimmt an seinem Ver f und Erfolg gewiß den lebhaftesten Anteil.

Wirtschaftliche Selbständigkeit.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit des Gebietes der Abteilungen wird dadurch anerkannt, daß den Abteilungen das Recht eingeräumt wird, den Voranschlag hinsichtlich sämtlicher Landeseinnahmen und Ausgaben ihres Gebietes selbständig zu verfassen; der Voranschlag über die gemeinsamen Angelegenheiten des Landes und der Voranschlag über jene Angelegenheiten einzelner Gebiete des Landes, deren Versorgung nicht in den Wirkungskreis der Abteilungen fällt, wird von der Vollversammlung verfaßt.

Diese Voranschläge aneinander gereiht, bilden den Landeshauptvoranschlag, der in der Vollversammlung nur insoweit geändert werden darf, als die Mehrheit der anwesenden Mitglieder jeder Abteilung der Änderung zustimmt; im übrigen ist der Landeshauptvoranschlag in der Vollversammlung im ganzen anzunehmen oder abzulehnen.

Der Beschluß der Vollversammlung ist vom Präsidenten der Landesverwaltungskommission zur kaiserlichen Schlußfassung und endgültigen Festsetzung des Landeshauptvoranschlages vorzulegen. Der erste Landeshauptvoranschlag ist für das Jahr 1919 zu erstellen.

Die Beschlußfähigkeit der Vollversammlung wird an die Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern jeder Abteilung, jene der Abteilungen gleichfalls an die Anwesenheit von drei Mitgliedern gebunden. Die Schlußfassung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit; der Vorsitzende nimmt an der Abstimmung teil.

Administrative Teilung.

Der Gedanke, daß es sich lediglich um eine administrative Teilung in der Beforgung der Aufgaben des einheitlichen Landes handelt, somit um eine Konstruktion, die eine nach nationalen Siedlungsgebieten gesonderte Erledigung örtlich beschränkter autonomer Verwaltungsgeschäfte durch die daran allein interessierten Abteilungen zuläßt, kommt nicht nur sachlich durch die Kompetenzen der Vollversammlung, sondern auch durch mehrfache Bestimmungen formeller Natur zum Ausdruck. Die Beschlüsse der Abteilungen werden im Namen der Landesverwaltungskommission und für dieselbe gefaßt. Der Präsident und die Vizepräsidenten sind berufen, in jenen Angelegenheiten, die instanzmäßig an die Landesverwaltungskommission zur Entscheidung gelangen, einvernehmlich auf die Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung hinzuwirken. Der Präsident erhält das Siftierungsrecht nicht nur gegenüber gewissen Beschlüssen der Vollversammlung, sondern auch gegenüber solchen Beschlüssen der Abteilungen. Alle Unterbreitungen der Landesverwaltungskommission an den Kaiser erfolgen durch den Präsidenten der Kommission im Wege des Statthalters.

Durch diese Ausgestaltung der Landesverwaltungskommission wird der auf dem Gebiet der staatlichen Verwaltung mit der Kreisverordnung eingeleitete Versuch, die nationalen Reibungsflächen im öffentlichen Leben durch eine Teilung der Verwaltung zu vermindern, auf das Gebiet der autonomen Verwaltung ausgedehnt.

Der Dank der Polen an den Kaiser von Oesterreich.

• Wien, 30. September. Die Polnische Pressagentur meldet: Der Wiener Vertreter des königlich polnischen Staatsdepartements Graf Stephan Przewalski hat im Namen der Warschauer Regierung dem Grafen Sunbady einen Besuch abgestattet und ihn ersucht, den innigsten Dank der polnischen Regierung dem Kaiser für seine großherzige Tat zu übermitteln. An den Legationemajor Bagorski richtete Graf Przewalski folgendes Telegramm: „Ihnen, dem Hauptmann Corecki sowie allen Offizieren und Soldaten des polnischen Hilfskorps entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche anlässlich der ihnen dank der Großherzigkeit Seiner Majestät des Kaisers zuteil gewordenen Befreiung. Ich hoffe, daß fürder-

Die Kohlennot.**Bedeutungsvolle Erklärungen der Industriellen.**

Die immer ärger werdende Kohlennot bedroht unsere Industrie auf das schwerste. Schon im Vorjahre hatte die Gesamtindustrie unter der Schwierigkeit und Unregelmäßigkeit der Kohlenbelieferung sehr zu leiden. In diesem Jahre herrscht jedoch die allgemeine Empfindung, daß die Lage auf dem Kohlenmarkt noch bedenklicher geworden ist als im Vorjahre. In der nun für gestern vom Reichsverband der österreichischen Industrie einberufenen Tagung kamen die Vertreter der verschiedensten Industriezweige zum Wort, die in eingehenden, mit Ziffern belegten Ausführungen eindringlich und deutlich der Regierung, die durch den Minister für öffentliche Arbeiten Dr. v. Soman und durch den Handelsminister R. v. Wieser vertreten war, die Gefahr vor Augen führten, der wir entgegengehen, wenn nicht die Kohlenversorgung der Industrie gelingt.

Generaldirektor Dr. Günther eröffnete die Tagung und hieß die zahlreich erschienenen Industriellen sowie die Vertreter der Staats- und Kommunalbehörden willkommen. Wir tagen, so führte er aus, heute in einer ernsten Zeit; sie war schon ernst, als wir die Einladungen zur heutigen Versammlung auswendeten, sie ist noch ernster geworden durch die Ereignisse in Bulgarien, deren Tragweite wir heute noch gar nicht ermessen können. Wir werden gewaltige Massen von Truppen hinunter zu senden haben. Der Redner bespricht die derzeitige politische Lage der Monarchie und erklärt: Wir haben in der Vergangenheit vielleicht zu oft das Wort vom Frieden in den Mund genommen, öfter als es angebracht war. Wenn wir den Krieg weiter führen wollen — und dazu sind wir gezwungen, solange die Feinde es wünschen —, dann muß die wichtigste Frage ihre Lösung finden. Es mag zwar so aussehen, als ob es noch wichtigere Fragen gebe, die zu regeln wären. Wer aber Einblick in das Wirtschaftsleben hat, wird zugeben, daß unsere innere Wirtschaft, unsere Kriegswirtschaft und mit ihr im engsten Zusammenhang unsere Kohlenversorgung, zu den wichtigsten Problemen zählt. Die Kohlenförderung geht zurück, das muß einmal ausgesprochen werden, wenn es auch nicht populär ist, aus absichtlicher Unterbindung der Förderung. Es sind in der Kriegszeit soziale Reformen eingeführt worden, ich meine nur den § 1154 b a. b. G. B., die mehr Unheil gestiftet haben als ein neuer Feind.

Die Textilindustrie.

Als nächster Redner gelangte Präsident Artur Kuffler für die Textilindustrie zum Wort. Er führte aus, daß die Bekleidungsfrage neben der Ernährungsfrage die wichtigste sei und daß die Bekleidungsfragen neben den Ernährungsfragen die größten seien. Die Versorgung der Armee an der Front mit Wäsche ist ohnehin schon auf ein Mindestmaß gedrückt, das nicht mehr verringert werden darf. Infolge der Kohlennot hängt, so unglaublich dies ist, der Betrieb der Wollwebereien von Zufälligkeiten ab: trotz des Weges von Minister zu Minister bleibt die zugesicherte Kohle aus. Von der Türkei und von Rußland könnten wir Rohmaterial zur Verarbeitung bekommen, wovon wir dann einen Teil der erzeugten Waren für uns behalten und den anderen dem den Rohstoff beistellenden Lande zurückschicken müßten. Und wir können diesen empfehlenswerten Vorgang nicht praktizieren, weil wir keine Kohle haben. Jeden Monat werden neue Listen verlangt, jeden Monat kommen neue Zusicherungen, und es herrscht jetzt ein derartiger Zustand der Unordnung, daß man fast einen Wahrsager braucht (Seiterkeit), um zu wissen, wann und ob man Kohle zugewiesen erhält oder nicht. Wenn wir das Rohmaterial, das wir uns mühsam beschafft haben, nicht verarbeiten können, dann trifft die Schuld nicht die Textilindustrie, sondern jene Stellen, die die Kohlenversorgung nicht regeln. (Lebhafte Beifall.) Die Baumwollindustrie mit ihrer wichtigen Versorgung für Heer und Volksbekleidung muß verlangen, daß ihre stark herabgedrückten Ansprüche voll befriedigt werden. (Zustimmung.)

Die chemischen Fabriken.

Ritter v. Hochstetter sprach hierauf als Vertreter des Verbandes der chemisch-metallurgischen Industrien Oesterreichs. Er beklagt sich darüber, daß der von ihm vertretene Industriezweig jene Stoffe, die seine Industrie unbedingt brauche, also hauptsächlich Kohle, nicht in der nötigen Menge zugewiesen erhalte. Daher können die für den Heeresbedarf so wichtigen Öfen, Kessel und Retorten nicht in dauernder Tätigkeit erhalten werden. Sie können sich, bemerkte der Redner, vorstellen, wie erst jene Betriebe beliefert werden, die nicht unmittelbar für den Bedarf der Armee arbeiten. Sollte es mit der Kohlenzuweisung so wie bisher weiter gehen, dann wird unsere Industrie bestimme ihre Tätigkeit einstellen müssen.

Die Glaserzeugung.

Das Referat über die Glasindustrie erstattete Kommerzialrat Mayer. In seinen eingehenden Darlegungen kam zum Ausdruck, daß der Gesamtbedarf der Glasindustrie zur

1. / X. 1918

109

Kaiser-Ebersdorf-Herrschaft, XXI. Bezirk, und Katastralgemeinde Landjägermeisteramtlicher Besitz bei Aspern, XXI. Bezirk, Katastralgemeinde Eßlingen und Groß-Enzersdorf wird die Befugnis der Gemeinde Wien noc. des Wiener Versorgungsfondes zur Eigenjagd auf dem ihr gehörigen Gebiete, das durch folgende Grenzen bestimmt ist, anerkannt: Königshausenwasser, Stadlerarm bis zum Rothau-Acker längs der Umgrenzung derselben wieder bis zum Stadlerarm diesen aufwärts bis zur Grenze der Katastralgemeinde Aspern, Kaiser-Ebersdorf-Herrschaft, Landjägermeisteramtlicher Besitz und Katastralgemeinde Aspern und bis zum Besitz des Oberstjägermeisteramtes. Dort, wo die Katastralgemeinde Aspern, Eßlingen und Herrschaft Kaiser-Ebersdorf zusammenstoßen, verläßt die Jagdgrenze auf eine kurze Strecke den Enzersdorfer Donauarm und fällt mit der Eigentumsgrenze des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes mit jener des Herrn Gem.-Rates Johann Oberleuthner zusammen. Das Ausmaß beträgt ungefähr 1000 ha und kann wegen der derzeit noch nicht durchgeführten grundbücherlichen Festlegung weder nach Flächenmaß, noch nach den Parzellennummern genau bezeichnet werden.

In diesem Gebiete befindet sich noch folgender Jagdeinschluß: Die Katastral-Parzelle Nr. 61 der Katastralgemeinde Kaiser-Ebersdorf-Herrschaft im Ausmaße von 1 ha 54 a.

- c) Ueber den von der Gemeinde Wien rechtzeitig erhobenen Anspruch auf ein Eigenjagdrecht im Gebiete der Katastralgemeinde Aspern wird die Befugnis zur Eigenjagd auf den Katastral-Parzellen Nr. 954, 1037, 1038, 1040, 1041, 1042/1—2, 1043—1047, 1267 und 1268 der Katastralgemeinde Aspern im Gesamtausmaße von 188 ha 97 a und 34 m² gemäß §§ 10 und 11 des Wiener Jagdgesetzes anerkannt.
- d) Ueber den vom Donauregulierungsfonde erhobenen Anspruch auf ein Eigenjagdrecht im Gebiete der Katastralgemeinde Aspern wird die Befugnis zur Eigenjagd auf den Parzellen Nr. 1269, 1270 der Katastralgemeinde Aspern im Ausmaße von 116 ha 8 a 8 m² und auf Katastral-Parzelle Nr. 33/3, 33/5—6 der Katastralgemeinde Landjägermeisteramtliche Besitzungen in Aspern a. D. im Ausmaße von 51 ha 10 a 10 m², somit im Gesamtausmaße von 167 ha 18 a und 18 m² gemäß §§ 10 und 11 des Wiener Jagdgesetzes anerkannt.

Hievon werden verständigt:

Die magistratischen Bezirksämter für den II., X., XI, XIII., XVII., XVIII., XIX. und XXI. Bezirk zur weiteren Veranlassung gemäß § 15 des Jagdgesetzes für Wien, das magistratische Bezirksamt für den XI. Bezirk mit dem Ersuchen die im Protokolle vom 8. August 1918, Nr. Abt. IX, 4926/18, aufgestellten Bedingungen seinerzeit im Jagdpachtvertrage aufzunehmen.

Die Bezirksvertretungen derselben obgenannten Bezirke zur Kenntnissnahme und Verlautbarung,

die Magistrats-Abteilung VIII,

der städtische Forststrat Ing. Kl u ß und

das städtische Landwirtschaftsamt behufs Kenntnissnahme,

die Schriftleitung des Amtsblattes der Stadt Wien behufs

Aufnahme dieser Entscheidung als Kundmachung in das Amtsblatt, ferner

Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät Oberstjägermeisteramt die Donauregulierungs-Kommission noc. des Donauregulierungsfondes,

die Magistrats-Abteilung III,

das regul. lat. Chorherrenstift Klosterneuburg,

die Freiherr Dra sche v. W artin berg'sche Gutsverwaltung in Enzersdorf bei Wien,

das Benediktinerstift Schotten in Wien,

die Fürst Schwarzenberg'sche Güter Direktion und

Herr Anton Dreher, Herrschaftsbesitzer in Schwechat, mit dem Beifügen, daß gegen diese Entscheidung die innerhalb 14 Tagen, von dem auf die Zustellung folgenden Tage an gerechnet, bei der Magistrats-Abteilung IX einzubringende Berufung an die k. k. n.-ö. Statthalterei zulässig ist.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei wird von dieser Entscheidung unter einem in Kenntnis gesetzt.

Wien, am 14. September 1918.

Für den Magistrats-Direktor:

Dr. Wauischura,
Magistratsrat.

1-1

B. W. A. Wien, Stelle 5.

Z. 7000 ex 1918.

Kundmachung.

(Bezug von Brennmaterialien mit Bezugsscheinen und mit Kohlen-(Koks-)bezugskarten für Gewerbe, Betriebe, Anstalten und Zentral-Heizungen.)

Auf Grund der Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Oesterreich unter der Enns vom 11. September 1917, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 163, wird angeordnet:

I.

Auf Bezugsscheine haben Anspruch:

- a) Gebäude, die Verwaltungszwecken der gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaften dienen, sowie Klöster;
- b) die vom Lande, einem Bezirke oder einer öffentlichen Korporation erhaltenen Schulen und Anstalten;
- c) private Kranken- und sonstige Fürsorgeanstalten;
- d) private Unterrichtsanstalten;
- e) Approvisionierungsbetriebe (Küchenbetriebe der Gast- und Schankgewerbe, Kriegs- und Gemeinschaftsküchen jeder Art, Mühlen, Bäckereien, Fleischereien, Selchereien, Molkereien u. dgl.) und Waschanstalten;
- f) andere Betriebe und Unternehmungen, wie Kanzleien, Krankenkassenanstalten u. s. w., insoweit sie nicht Kohle direkt durch das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten erhalten;
- g) Zentral-Heizungsanlagen in Privatgebäuden im Falle der nachgewiesenen Benützungsnötigkeit einer solchen Anlage.

Auf Grund des Bezugsscheines erfolgt die Zuweisung von Kohle für Betriebs- und Heizzwecke.

Kohlennot und Bergbaumonopol.

Von Ing. A. S. Goldreich.

Europa leidet schwere Not an Kohle und seine auf diesem grundlegenden Rohstoff beruhende Wirtschaft steht im Zeichen einer Erschütterung, die fortwährend unser Leben schwerwiegend beeinflusst, ohne daß es möglich sein wird, in naher Zeit eine Besserung der sich äußerst empfindlich fühlbar machenden Uebelstände zu bewirken. In der kalten Jahreszeit wird diese Kohlenkrise Europas, deren Höhepunkt gewiß noch nicht erreicht ist, sich besonders nachteilig bemerkbar machen. Die Hoffnung, daß der Kohlenmangel bald behoben sein wird, wird sich leider nicht erfüllen, weil die grundlegenden Faktoren der Kohlenversorgung durch die lange Dauer des Krieges so nachteilig beeinflusst worden sind, daß an eine baldige Besserung der bestehenden Mißstände nicht gedacht werden kann.

Die diesem Kriege folgende Zeit wird große Wirtschaftsprobleme zu lösen haben, unter denen der Kohlenbergbau wohl eine der wichtigsten Stellen einnehmen wird. Die bestehenden Gesetze werden zu überprüfen sein, ob sie den Bedürfnissen der neuen Zeit entsprechen, und es ist außer Zweifel, daß wir einem Zeitalter großer Gesetzesreformen entgegengehen, die eine Neuordnung unseres Wirtschaftslebens zum Ziele haben werden. In der Erkenntnis, daß das allgemeine Berggesetz vom 23. Mai 1854 der modernen Entwicklung des Bergbaues schon lange nicht mehr voll entspricht, haben die österreichischen Regierungen bereits vor langer Zeit erwogen, eine durchgreifende Reform des Berggesetzes in Angriff zu nehmen. Diese Reform, so heißt es in den erläuternden Bemerkungen zur neuesten Novelle des österreichischen allgemeinen Berggesetzes, wird noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Mittlerweile sind jedoch, so heißt es weiter, Erscheinungen im Wirtschaftsleben zutage getreten, welche auf die Notwendigkeit hinweisen, gewisse Bestimmungen des Berggesetzes schon jetzt einer Revision zu unterziehen. Das allgemeine Berggesetz vom Jahre 1854 hat aus den früheren Bergordnungen den Grundgedanken der Bergbaufreiheit übernommen, welche darin besteht, daß gewisse aus dem Grundeigentum ausgeschiedene und der Verfügung des allerhöchsten Landesherren vorbehaltene Mineralien kraft dieses als „Bergregale“ bezeichneten Hoheitsrechtes freigegeben sind, das heißt, unter den vom Geleite ausgestellten Bedingungen von jedermann aufgesucht und gewonnen werden dürfen. Der Gesetzentwurf hebt hervor, daß unter dem Schutze dieser Bergbaufreiheit der Kohlenbergbau Oesterreichs in ungeahnter Weise sich entwickelt hat. Die Kohlengewinnung Oesterreichs, welche im Jahre 1854 nur 1,5 Millionen Tonnen betragen hat, ist im Jahre 1913 auf 43,8 Millionen Tonnen, also auf mehr als das 28fache, gestiegen. Und die technische Entwicklung des heimischen Kohlenbergbaues hat eine Höhe erreicht, die neben jener der ausländischen Reviere achtunggebietend dasteht. Die infolge mangelhafter gesetzlicher Bestimmungen eingetretenen Mißbräuche der Bergbaufreiheit und die übermäßige Konzentration des Privat-Bergbaues sollen nun den berechtigten Anlaß bieten, die Bergbaufreiheit aufzuheben. „Die Bergbaufreiheit“, so heißt es im Gesetzentwurf, „hat für den Kohlenbergbau ihre Aufgabe erfüllt, sie ist hier überflüssig, ja volkswirtschaftlich bedenklich geworden, und dem Staate als dem Hüter des Gemeinwohls, erwächst sonach die Pflicht, die Freiheit der Verfügung über Mineralien wieder an sich zu nehmen.“ Nach dem vorliegenden Entwurf sollen die Kohlen zwar die rechtliche Eigenschaft von vorbehaltenen Mineralien behalten, ihre Auffuchung und Gewinnung soll jedoch unter Aufrechterhaltung der vom Privaten erworbenen Bergbauberechtigungen und Einräumungen von Begünstigungen für die Länder dem Staate zustehen. Durch die Festlegung von Fallfristen soll die Berücksichtigung erwerbener Rechte zeitlich beschränkt werden. Diese Fristen sind jedoch mit Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse schon lange nicht mehr ausreichend und würden dem Staate dem Verluste dieser Rechte gleichkommen, so daß der Staat nicht nur bezüglich der Verleihung neuer Rechte in der Zukunft allein in Betracht kommen soll, sondern er soll auch in den Besitz bereits verliehener Rechte gelangen. Der Staat als Bergbauunternehmer soll nun in erhöhter Weise sich betätigen und durch eine Verstärkung des staatlichen Einflusses auf die Gestaltung des Kohlenbergbaues will man den allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen Rechnung tragen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die öffentliche Meinung den Bestrebungen nach Verstaatlichung des Kohlenbergbaues bereits seit langer Zeit mit großer Sympathie entgegenkommt. Insbesondere ist es die außerordentlich günstige Rentabilität in der industriellen Entwicklung des Kohlenbergbaues, die immer wieder zum Anlaß genommen wird, die rechtliche Frage des Bergwerksbesitzes zu erörtern, da die Kohle als ein in den Erdschichten gelagertes öffentliches Gut bezeichnet wird, dessen Ertrag den staatlichen Zwecken und damit den Interessen der Gesamtheit dienen soll. Es ist wohl richtig, daß mit Rücksicht auf die Ablagerung in den Kohlewäldern die Kohle als ein dem Staate vorbehaltenes Vermögen qualifiziert wird. Aus diesem Grunde haben auch die Bestimmungen des bestehenden Berggesetzes die Kohle aus dem Grundeigentum ausgeschiedene und festgelegt, daß das Recht ihrer Auffuchung und Gewinnung vom Staate an jedermann übertragen werden kann. Der Staat will nun dieses Recht für sich allein in Anspruch nehmen und als Industrieller in bedeutendem Maße auftreten, um auf die Höhe der Kohlenpreise eine beruhigende Höhe zu üben. Insbesondere wird immer auf die beruhigende Höhe der Kohlenpreise hingewiesen, die eine wirtschaftliche Gefahr für die Gesamtheit der Kohlenverbraucher und damit für das Gemeinwohl überhaupt bedeuten. Der monopolistischen Kon-

zentration des Privatbergbaues soll durch die staatsmonopolistische Entwicklung ein Halt geboten werden. „Nebenfalls ist es kein gesunder Zustand“, so hebt der Gesetzentwurf hervor, „wenn die Versorgung eines Landes mit einem der wichtigsten Gegenstände des allgemeinen Bedarfs im wesentlichen von den geschäftlichen Verfügungen und — was sehr nahe liegt — auch von den Verabredungen eines kleinen Kreises von Unternehmern abhängig ist; die Gefahr einer genügenden Versorgung des Marktes bei gleichzeitiger Bedrückung des Konsums durch eine unmäßige Preispolitik ist unter solchen Umständen nicht ausgeschlossen.“

Der Gesetzentwurf weist auf die beruhigende Höhe der Kohlenpreise des Jahres 1907 hin, er betont ferner die Gefahr einer ungenügenden Versorgung des Marktes, welche im Interesse einer unmäßigen Preispolitik vom Privatbergbau verfolgt worden ist. Diese im Frieden bellagten Verhältnisse können meiner Ansicht nach kein stichhaltiger Anlaß sein, dem Staate als Bergbauunternehmer eine erhöhte Tätigkeit einzuräumen, vielmehr dem Staate als Hüter des Gemeinwohls obliegt es, die etwaigen Mißbräuche der privaten Tätigkeit durch gesetzliche Maßnahmen rechtzeitig zu verhindern. Wenn wir die im Kriege eingetretenen Verhältnisse berücksichtigen, so erkennen wir, daß beruhigende Kohlenpreise und eine ungenügende Versorgung in so empfindlicher und die Interessen der Volkswirtschaft schwerwiegendender Art eingetreten sind, daß sich in der kommenden Friedenszeit Maßnahmen noch dringender erweisen werden, als dies in der vergangenen Friedenszeit der Fall gewesen ist.

Es ist nun die Frage, in welcher Weise der Staat, welche Verfassungsform er auch immer annehmen sollte, diesen den Interessen der Allgemeinheit nachteiligen Uebelständen auch abzuwehren in der Lage sein wird. Wird der Staat als Bergbauunternehmer auch wirklich befähigt sein, durch Herabminderung der Herstellungskosten und durch die Erhöhung der Produktion auf die Preislage und genügende Versorgung des Marktes wohlwollend einzuwirken? Die industrielle Betätigung erfordert bereits in normalen Zeiten eine besondere Eignung für die Entwicklung aller möglichen Kräfte, um so größer und schwieriger werden die Aufgaben sein, welche die Industrie und insbesondere der Kohlenbergbau nach diesem Kriege zu lösen haben werden. Man sollte sich von dem Schlagworte des in der Erde abgelagerten öffentlichen Gutes nicht zu dem Fehlschluß verleiten lassen, daß die Erschließung der Bodenschätze ohne Schwierigkeiten möglich ist. Wohl kein Staat wird nach den Erfahrungen dieser Kriegszeit, in der alle möglichen Erschwernisse des Bergbaubetriebes in so krasser Weise zutage getreten sind, auch ernstlich daran denken können, den Kohlenbergbau ausschließlich selbst zu betreiben. Die Kohlenindustrie Europas hat zurzeit einen Rückschlag auf die Fördermenge des Jahres 1907 erfahren. Doch sind jetzt keineswegs die vor einem Jahrzehnt bestandenen günstigen Produktionsverhältnisse vorhanden. Ob Europas Kohlenindustrie in einem Jahrzehnt die günstigen Produktionsbedingungen der vergangenen Friedenszeit wieder aufweisen wird, ist sehr fraglich. Keineswegs aber wird der Staat als Bergbauunternehmer die dringend notwendige und rasche Abhilfe der bestehenden Mißstände herbeiführen können. Es denkt denn auch kein Kohlenstaat ernstlich daran, die bestehenden Bestimmungen der Bergbaufreiheit, welche die europäische Kohlenindustrie und insbesondere auch den amerikanischen Kohlenbergbau zu so fabelhafter Entwicklung gebracht haben, aufzuheben.

Bundesstaat und Kohlenversorgung.

Von Ingenieur A. S. Golbreich.

Der mächtige Aufschwung der Kohlenindustrie in den letzten Jahrzehnten hat das moderne Kulturleben wesentlich beeinflusst und insbesondere sind diejenigen Staatsgebiete zu großer kultureller Bedeutung gelangt, die in ihren heimischen Bodenschätzen die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gefunden haben. Es sind nur wenige Staatsgebiete auf dieser Erde, die über so reiche Kohlenschätze verfügen, daß sie eine Einfuhr dieses wichtigsten Produktionsmittels nicht notwendig haben. Das große Wirtschaftsgebiet der alten österreichisch-ungarischen Monarchie war reich an Kohlenschätzen. Durch eine entsprechende Erschließung der ausgedehnten Kohlenlager hätte die Notwendigkeit einer Einfuhr von jährlich ungefähr 12 Millionen Tonnen vermieden werden können und die Unabhängigkeit in der Kohlenversorgung wäre der Monarchie in diesem Kriege von großem Vorteile gewesen. Bei einem Friedensverbrauch von ungefähr 60 Millionen Tonnen jährlich hätte Oesterreich-Ungarn den enormen Zeitraum von 1000 Jahren mit den Kohlenschätzen das Auslangen finden können, denn die Kohlenvorräte der Monarchie wurden mit mehr als 59 Milliarden Tonnen an Stein- und Braunkohle geschätzt, wovon über 57 Milliarden Tonnen allein auf Oesterreich entfielen. Oesterreich hat im letzten Friedensjahre 1913 38,34 Prozent seiner Braunkohlengewinnung ins Ausland (Deutschland und Schweiz) abgesetzt und den Rest von 61,66 Prozent im Lande selbst verbraucht. Von seiner Steinkohlengewinnung hat Oesterreich 8,63 Prozent hauptsächlich nach Deutschland ausgeführt, während 91,37 Prozent im Inlande selbst verbraucht worden sind. Oesterreich führte ungefähr 7 Millionen Tonnen Braunkohle aus, mußte aber 12 Millionen Tonnen Steinkohle einführen, sein Eigenverbrauch hat 45 Millionen Tonnen betragen.

Wenn wir nun die in Zukunft als selbständige Wirtschaftsbereiche in Betracht kommenden Staatsgebiete zur Erörterung heranziehen, so ergibt die Berechnung, daß Böhmen und Mähren zusammen 67,5 Prozent der bisherigen österreichischen Kohlenproduktion aufzuweisen haben, wovon Böhmen den Löwenanteil von 62 Prozent zu verzeichnen hat. Die böhmische Produktion im Betrage von ungefähr 27 Millionen Tonnen Stein- und Braunkohle kommt bezüglich der Braunkohlenförderung, welche 84 Prozent der gesamte Kohlengewinnung ausmacht, in deutsche Sprachgebiete zu liegen, während die Steinkohlenförderung, die nur 16 Prozent der böhmischen Kohlengewinnung beträgt, österreichischen Gebieten stammt. Der weitaus größte Teil der Förderung des Odrau-Karwiner Steinkohlenreviers kommt in das zwischen den Polen und Tschechen strittige Gebiet des Kronlandes Schlesien zu liegen, so daß dieses Land mit dem ansehnlichen Anteil von 17 Prozent an der österreichischen Produktion beteiligt erscheint. An dem mährisch-schlesisch-galizisch-russischen Steinkohlenbecken waren bisher Preußen mit 50 Prozent, Oesterreich mit 43 Prozent und das russische Polen nur mit 7 Prozent beteiligt. Der weitaus kohlenreichste Teil dieses bedeutenden Kohlenbeckens befindet sich in Preußisch-Schlesien, dessen Jahresförderung ungefähr 50 Millionen Tonnen beträgt, während der russisch-polnische Teil zirka 7 Millionen Tonnen und der galizische Teil des Reviers im Jahre 1913 bloß 1,9 Millionen Tonnen gefördert haben. Galizien war an der österreichischen Kohlenproduktion mit nur 4,55 Prozent beteiligt. Dieser geringe Anteil war jedoch keineswegs auf eine etwaige geringe Ergiebigkeit der galizischen Kohlenlager zurückzuführen. Im Gegenteil kann gesagt werden, daß der Besitz der noch zum größten Teile unerschlossenen, westgalizischen Kohlenschätze für die österreichische Volkswirtschaft bei entsprechend erhöhter bergbaulicher Tätigkeit äußerst günstige Perspektiven ergeben hätte. An dem noch verbleibenden Reste der österreichischen Kohlenförderung im Betrage von 9,38 Prozent sind Steiermark, Ober- und Niederösterreich, Tirol und Kärnten beteiligt. Geringe Mengen an Kohle werden auch in Krain, Istrien und Dalmatien im Anteile von zusammen 1,5 Prozent der österreichischen Förderung gewonnen.

Die deutschen Gebiete Innerösterreichs verfügen nur über geringe Braunkohlenlager, sie entbehren der wichtigen Steinkohlenbasis und sind deshalb auf Kohleneinfuhr in bedeutendem Maße angewiesen. Die Berechnung des Verbrauches an mineralischem Brennstoff, dessen vielseitige Verwendung außerordentlich wertvolle Einblicke in die Gliederung und Entwicklung des Wirtschaftslebens bietet, liegt bei uns noch im argen. Selbst die äußerst wertvollen Statistiken Deutschlands versagen, wenn man versuchen wollte, die für die Beurteilung der industriellen Tätigkeit bedeutungsvolle Gliederung des Kohlenverbrauches nach Verbrauchergruppen kennen zu lernen. Nur das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat und der fiskalische deutsche Saarbergbau verfügen über lehrreiche statistische Nachweisungen, aus welchen der Kohlenverbrauch der 20 wichtigsten Industriegruppen und der Kriegsmarine entnommen werden kann. Was uns derzeit für die klare Beurteilung unserer Kohlenwirtschaft nottut, ist eine verlässliche Statistik über den Kohlenverbrauch der einzelnen Kronländer, welche in entsprechender Vereinigung zu Staatsgebieten nunmehr gesonderte Wirtschaftsbereiche bilden sollen. Es wird wohl eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Staatsgebiete sein müssen, zur Klärstellung der zahlreichen Fragen der Brennstoffversorgung, deren besondere Bedeutung insbesondere im gegenwärtigen

121

ng
dt Basel.

Inserate. Die 1-spaltige Non-
pareillezeile ob deren Raum:
Basel und übrige Schweiz 40
Cts., Rubriken 40 Cts., Wie-
derholung 30 Cts., Ausland
50 Cts. Reklamen Fr 2.-
Datum- und Platzvorschriften
unverbindlich. Bei Zahlungs-
verzug Zahlungsinstellung.
und Konturten Druckpresse.

Preis der Nummer 15 Cts.

704).

ohne die Konstituante. Auf demselben Standpunkt
steht der Minister des Innern Dr. Preuß. Nach seiner
Ansicht kann aber der Termin nicht eher festgelegt
werden, bis alle technischen Schwierigkeiten beseitigt
sind.

Vorerst Ordnung, dann Brot.

(:) Berlin, 22. Nov. Wie wir hören, ist bereits
ein Amerikaner in vorläufiger unverbindlicher
Mission nach Berlin gereist, um sich über die hiesige
Lage zu informieren und der amerikanischen Regie-
rung Bericht zu erstatten. Der betreffende Herr hat
auch bereits mit führenden Männern der neuen Re-
gierung Berührung gehabt und ihnen, wie wir er-
fahren, nicht den geringsten Zweifel gelassen, daß
die Vereinigten Staaten keinen Frieden abschließen
würden und keinerlei Lebensmittelversorgung
Deutschlands zulassen könnten, bevor nicht die Ein-
berufung einer ordentlichen demokratischen Natio-
nalversammlung in ihren Anfängen sicher gestellt ist.

Die Kohlenversorgung.

△ Ist schon unsere gegenwärtige Kohlenverfor-
gung in keiner Weise zufriedenstellend, so wird sie
es in der nächsten Zukunft noch viel weniger sein.
Unsere Kohlenversorgung tritt mit Kriegsende in das
allerkritischste Stadium, wozu als pikante Beigabe
noch die Jahreszeit kommt. Wir stehen am Win-
tersanfang, sollen mit leeren Kohlenkellern warme
Stuben schaffen.

Die Befehung des linksrheinischen Gebietes durch
die Entente läßt die Deutschen wichtige Kohlengebiete
verlieren, welche uns bisher fast ausschließlich be-
lieferten, so den Saarbrückener Kohlenbezirk und
weiterhin das sogenannte linksrheinische Kohlenge-
biet, das vom Niederrhein sich nach Süden, teilweise
noch holländisches Gebiet berührend, bis Aachen er-
streckt. Vom Aachener Becken strahlt die Kohlen-
zone einesteils nach Nordwesten aus bis in die Ge-
gend von Antwerpen, das sogenannte erst seit eini-
gen Jahren durch Bohrungen erschlossene belgische
Campinebecken, andererseits nach Westen hin das
eigentliche belgische Kohlenbecken bildend, mit den
Kohlengebieten von Lüttich, Namur, Charleroi und
Mons, um im nordfranzösischen Kohlenbecken sich
fortzusetzen (Courrières, Lens, Bethune).

Um auf die linksrheinischen, deutschen Kohlen-
becken zurückzukommen, so werden nach neuesten Be-
rechnungen die noch vorhandenen abbaubaren Men-
gen des Saarreviers auf 15 Milliarden Tonnen ge-
schätzt, wobei zu berücksichtigen ist, daß ein Teil da-
von bereits auf alt-lothringischem Gebiete liegt und
daß überhaupt sich die Kohlenlagerstätten in süd-
westlicher Richtung noch tief in das lothringische Ge-
biet hineinstrecken. Im weitem sind linksrheinisch
und werden in allernächster Zeit von den Entente-
truppen besetzt, die niederrheinischen Braunkohlen-
lager, von denen dasjenige des Kölner Vorgebirges
das allerbedeutendste ist, mit schon vor dem Kriege
13 Millionen Tonnen Jahresproduktion. Die Kohle
wird zum größten Teile brickettiert (Union Britette).
Die Kohlenmenge des linksrheinisch-niederrheinischen
Kohlenreviers endlich wird auf 10,40 Milliarden
Tonnen geschätzt. Durch die Räumung des ganzen
linksrheinischen Gebietes gehen also allein an Stein-
kohle rund 20,90 Milliarden Tonnen in die Macht-
sphäre der Entente über. Für Deutschland gänzlich
verloren ist davon ein größerer Teil des Saarreviers,
das auf lothringischem Boden liegt.

Neben diesen Gebietsfragen spielt die Trans-
portfrage für unsere Kohlenversorgung eine
entscheidende Rolle. Sie war schon längst für uns
von unheilvollem Einflusse und gestattet sich nun in
allerhöchstem Grade bedrohlich, da der Hauptverkehr
in den nächsten Wochen auf den rheinischen Linien
west-ostwärts und umgekehrt, also rheintraversierend
orientiert ist und die damit verbundene Ueberlastung
der hauptsächlichsten rheinischen Knotenpunkte so
groß wird, daß der Verkehr längsrheinisch, also ge-
rade auf unsern wichtigsten Kohlenzufuhrlinien,
lahmgelegt oder doch sehr unterbunden werden
dürfte. Ungeheure Truppentransporte mit großen
Nachschüben haben auf den Querlinien zu erfolgen.
Zudem kann das Requisitionsrecht, das sich natür-
lich auch auf die Kohlen erstreckt, von den verbün-
deten Armeen unbehindert in den besetzten Gebieten
ausgeübt werden.

24.11.1918.
ning
186

Der Oeconomist.

Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung.

Wien, 4. Dezember.

In der Nationalversammlung sprach heute Staatssekretär für öffentliche Arbeiten Zerbiz über die Kohlenversorgung Deutschösterreichs und Wiens. Obwohl schon bisher bekannt war, welche ungewöhnlichen Schwierigkeiten die Verhandlungen wegen Beschaffung der allerdringendsten Kohlenmengen namentlich mit der czecho-slowakischen Regierung begegneten, hat die Darstellung des Staatssekretärs einen erschöpfenden Einblick in den Leidensweg geboten, den Deutschösterreich jetzt mitmacht. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs waren die Verhandlungen auf czecho-slowakischer Seite durch ein Doppelspiel der höheren und untergeordneten Staatsorgane und durch eine passive Resistenz gekennzeichnet. Die obersten Vertreter des Staates sagten Lieferungen zu, die unterstehenden verhinderten sie. Durch die teilweise Besetzung des Braunkohlenreviers hat Deutschösterreich die letzte Zuflucht für seine Kohlenversorgung verloren. Die Blockade Deutschösterreichs durch die Czechen ist, wie der Staatssekretär sagte, bei weitem ärger als jene der Entente gegen die Mittelmächte.

Staatssekretär für öffentliche Arbeiten Ingenieur Zerbiz führt folgendes aus: Der Kohlenbedarf Deutschösterreichs wurde mit 1.150.000 Tonnen monatlich ermittelt. Zur Bedeckung dieses Erfordernisses stand unmittelbar und ungestört lediglich die innerösterreichische Produktion von 155.437 Tonnen Kohle zur Verfügung, so daß sich eine Spannung von monatlich einer Million Tonnen ergab. Es mußten daher zur Sicherstellung der Zufuhr der unbedeckten Menge von 1.000.000 Tonnen monatlich die Verhandlungen in der Richtung der Erzielung einer Einfuhr aus dem Deutschen Reich, einer Zufuhr aus dem in polnischen und czechischen Händen befindlichen Ostaustralruiner Gruben und endlich der freien Durchfuhr der Kohle aus Deutschland, Deutschböhmen und dem polnischen Teil des Ostauer Reviers durch das czecho-slowakische Gebiet geführt werden. In den Berliner Verhandlungen wegen Lieferung von Westfälischer Kohle nach Wien stand der deutsche Reichskohlenkommissar noch auf dem Standpunkte des zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschlossenen Abkommens auf Lieferung von monatlich 126.000 Tonnen aus Westfalen. Nach den Essener und Berliner Abmachungen sollte Wien sofort mit 20.000 Tonnen Westfälischer Kohle beliefert werden, erhielt aber faktisch bis heute, also nach mehr als Monatsfrist, nur geringe Mengen, teils deshalb, weil das Saargebiet nach dem Waffenstillstandsvertrag nicht zur Verfügung stand, teils wegen der durch den Umsturz in Deutschland hervorgerufenen Verkehrsstörungen in Bayern. Mittlerweile wurde der bis zum Zusammenbrüche der Monarchie im Ministerium für öffentliche Arbeiten bedienstete Ministerialrat Dr. Oberthor als Leiter des czechischen Kohlenamtes nach Prag berufen, mit dem sofort Verhandlungen eingeleitet wurden. Mit Dr. Oberthor wurde auch die sofortige Abfertigung von täglich vier geschlossenen Kohlenzügen aus dem nordwestböhmischem Braunkohlenrevier nach Wien ab Freitag den 8. November vereinbart. Diese 2500 Tonnen Braunkohle sollten der Versorgung der äußeren Bezirke Wiens mit Hausbrandkohle dienen. Dr. Oberthor behielt sich die Ratifizierung dieses Abkommens durch den Narodni Wybor vor, und als die Zusage ausblieb und auch eine Nachfrage beim czecho-slowakischen Gesandten Tuzar ohne Erfolg war, wurden Oberbergerrat Dr. Klob und ein Vertreter der Gemeinde Wien nach Prag entsendet. Man möge es dem Staatssekretär erlassen, eine genaue Detailschilderung darüber zu geben, wie die Abgesandten des Staatsamtes und der Gemeinde Wien in Prag behandelt wurden. Für die Abgesandten war eine große Ueberwindung notwendig. Erst als angekündigt wurde, daß der Leidensweg, den die Abgesandten Wiens durchmachten, der Öffentlichkeit übergeben werden müsse, fand sich der Leiter des czechischen Kohlenamtes endlich bereit, Abmachungen zu treffen. Die bei diesen Verhandlungen gemachten Erfahrungen bewogen unsere Vertreter zur Fahrt zum Kohlenversorgungsinspektor nach Auffsig, um die Verteilung der Lieferungen auf die drei Liefergruppen sicherzustellen. Nun ersuchte Dr. Klob um möglichst rasche Abfertigung der vier Kohlenzüge. Es gelang nach langen Verhandlungen durchzusetzen, daß ein Zug über Gmünd und ein Zug über die Nordwestbahnstrecke zugestanden wurde. Die restlichen beiden Züge sollten über Bayern geleitet werden. Auch diese Ueberleitung blieb erfolglos, weil mittlerweile infolge des Umsturzes in Deutschland diese Kohlenzüge seitens des Arbeiter- und Soldatenrates in München der Beschlagnahme verfielen. Das Staatsamt für Verkehrswesen hat sich nun in anerkennenswerter Weise der Sache angenommen und fünfzehn Lokomotiven der Prager Direktion zur Verfügung gestellt. So haben wir wohl die Anlieferung dieser vier Züge auf direktem Wege zu gewärtigen, erhalten aber, obwohl die Züge bezettelt werden, damit nicht untergeordnete Organe die Beschlagnahme vornehmen, die Kohlen nie zur Gänze, sondern es kamen täglich statt 2500 Tonnen nur 1000 Tonnen an, während der restliche Teil auf dem Wege verloren ging. (Hört! Hört!) Wiederholte Interventionen bei den maßgebenden czechischen Faktoren wegen Abstellung dieses Zustandes haben keinen Erfolg gezeitigt.

Der Staatssekretär gibt sodann eine Darstellung der Verhandlungen des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten und des Staatsrates Dr. v. Langenhans mit dem deutschen Reichskohlenkommissar wegen verstärkter Anlieferung von deutscher Kohle. Der letztere teilte den deutschösterreichischen Unterhändlern mit, er könne infolge des Sinkens der Wagengestellung in Oberschlesien von 12.000 auf 3500 Wagen Kohle nach Deutschösterreich nur liefern, wenn die Durchfuhr durch czecho-slowakisches Gebiet unter allen Umständen gesichert sei und die größere Zahl der im alten Oesterreich vorhandenen deutschen Kohlenwagen zurückgestellt werde. Aus Oberschlesien wurde darauf mitgeteilt, daß vorläufig 2300 Tonnen täglich für Deutschösterreich zur Verladung gelangen. In Wien kam aber so gut wie nichts an (Hört! Hört!) und erst durch die von unserem jetzigen Kohlenbeauftragten in Berlin gepflogenen Erhebungen wurde festgestellt, daß faktisch im ganzen nur circa 4000 Tonnen zur Anlieferung kamen. Diese geringfügige Belieferung war auf den mittlerweile in Oberschlesien ausgebrochenen Streik und auf die sonstigen politischen Unruhen zurückzuführen. Vom 1. bis 29. November wurden in Oberschlesien für Deutschösterreich 3740 Tonnen verladen, die wir auch nicht erhalten haben. In derselben Zeit sind nach Deutschböhmen 1131 Tonnen, nach Galizien 4070 Tonnen, nach Ungarn 19.600 Tonnen geliefert worden. (Hört! Hört!) Begründet wurde diese starke Belieferung Ungarns damit, daß die Kohle der Rückbeförderung der Mackensen-Armee diene; die Belieferung Galiziens sei lediglich deshalb erfolgt, um die Durchfuhr der für diesen Rücktransport bestimmten Kohle zu gestatten. Bei den neuerlich in Prag eingeleiteten Besprechungen wurde eine neuerliche Zusage des Ministers Stanek gegeben, die bisher abgelehnten Verhandlungen wegen der Belieferung Deutschösterreichs aufzunehmen; als Verhandlungstag wurde der gestrige Tag in Aussicht genommen. Der Bedarf Wiens und hinsichtlich Brücker Kohle mit 71.844 Tonnen festgestellt. Die Czechen legten Wert darauf, daß sie allein diese Quantum liefern, und erklärten sich bereit, die nötigen Verhandlungen mit den Polen zu führen. Der Auftrag hierzu ist an den czechischen Kohlenversorgungsinspektor erst am 28. v. M. eingetroffen, und zwar in einer Form, die die Belieferung unmöglich macht. Man hat nämlich den czechischen Kohleninspektor angewiesen, das gesamte Quantum aus dem polnischen Teile des Reviers auszuliefern, ein Verlangen, das technisch unausführbar ist. Auch aus einer anderen Tatsache geht noch hervor, daß die Czechen hinsichtlich der Belieferung von Deutschösterreich mit Kohle nur mit passiver Resistenz arbeiten.

eintritt, wird es zu einer bedeutenden Einschränkung des Verkehrs kommen, und wenn die Zustände anhalten, wird die vollständige Einstellung des Personen- und Güterverkehrs unvermeidlich werden.

Der Betrieb der Stadtbahn.

Für morgen ist keine Einstellung des Betriebes auf der Stadtbahn zu befürchten. Was die nächsten Tage betrifft, stehen die Verhältnisse allerdings im Zeichen der traurigsten Ungewissheit. Um die Mittagstunde begann in der Staatsbahndirektion eine Konferenz über die Frage, ob der Verkehr in den nächsten Tagen vollständig eingestellt werden soll.

Der Verkehr auf den Bahnen.

Auf der Westbahn wird der Verkehr mit folgenden Zügen noch aufrechterhalten: Die Personenzüge Nr. 111, 112, 215, 216, und die Güterzüge mit Personenverkehr Nr. 8263 und 8192.

Auf der Straße der Franz-Josefs-Bahn verkehren noch die Züge Nr. 21 und 22 und die Kreuzer Züge.

Auf der Südbahn verkehren noch die Züge: 5:00, 6:10, 6:30, 8:10, 8:30, 10:45 (außer Fahrplan), 10:50, 11:50, 1:30, 2:10, 3:35, 4:30 und 5:30 (außer Fahrplan), 5:40, 6:20, 6:30, 7:00, 7:40, 8:40, 9:40, 9:45.

Eine Unterredung mit dem Bürgermeister.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte heute einem unserer Mitarbeiter folgendes mit: Die Situation erfordert rasche Maßnahmen. Aus diesem Grunde ist der Stadtrat heute versammelt, um auch in der Frage der Straßenbahnen eine Entscheidung zu treffen, die mit Rücksicht auf die prekäre Lage notwendig ist.

Was die Mitteilung eines Blattes betrifft, daß ich mich an die Entente um Hilfe gewendet hätte, so ist mir nur so viel bekannt, daß ein Telegramm der französischen Regierung nach Prag gegangen ist, daß Wien mit Kohle versorgt werde. Das Schicksal dieses Telegramms kenne ich nicht, habe dieses Telegramm auch nicht selbst gesehen. Ich weiß auch nicht, was in dieser Angelegenheit bevorsteht.

Vor der Ausschaltung der elektrischen Zuleitungen.

Eine Unterredung mit Direktor Karel.

Direktor Karel erklärte:

„Ich bin vor die traurige Situation gestellt, am 12. d. mit der Abschaltung der elektrischen Zuleitungen zu beginnen. Es wird dies natürlich Wochen in Anspruch nehmen. In welchem Tempo sie erfolgen muß, kann ich natürlich heute nicht bestimmen. Das richtet sich nach dem Wetter und der Möglichkeit der Kohlenzufuhr.“

Zunächst werde ich mit der vollständigen Einstellung der Straßenbahnen anfangen müssen. Dann folgt die Abschaltung der motorischen Betriebe, wobei ich zunächst die großen Betriebe stilllegen muß, mit Ausnahme jener der Lebensmittelversorgung und der Zeitungen. Sodann kommen die Haushaltungen an die Reihe.

Es wird natürlich Zeit brauchen, um 140.000 Wohnungen abzuschalten. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, so werde ich auch zu weiteren Maßnahmen greifen müssen und auch die mit der Lebensmittelherzeugung beschäftigten Betriebe durch Einstellung des Bezuges von motorischer Kraft und elektrischem Licht in Mitleidenschaft ziehen.

Die Stiegenbeleuchtung bleibt vorläufig nach den durch die Verordnung getroffenen Bestimmungen aufrecht.

Zillingdorf.

Was Zillingdorf anlangt, so liefert das Werk jetzt täglich 40.000 Kilowatt. Es könnte 200.000 Kilowatt liefern; die Möglichkeit dazu ist aber nicht gegeben, erstens wegen des Wetters und der Jahreszeit — im Winter ist der Abbau immer geringer — und dann wegen der schlechten, zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte.

Ich habe nur ungeübte Erdarbeiter zur Verfügung, die bei den besten Löhnen verhältnismäßig doch keine Leistung bieten. Wien benötigt täglich 600.000 bis 700.000 Kilowatt. Diese Leistung kann Zillingdorf allein nicht geben; ein Drittel davon wäre möglich, wenn es nicht die gegenwärtigen eben geschilderten Verhältnisse derzeit unmöglich machten.

Bevorstehende Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.

Zu der heutigen Stadtratssitzung sind auch der Direktor Karel der Elektrizitätswerke und an Stelle des erkrankten Direktors der städtischen Straßenbahnen Ständler Inspektor Berchen-

Die Kohlennot in Wien.

Am heutigen Tage macht sich bereits die gewaltige Herrschaft geltend, welche die Kohle in unserm ganzen wirtschaftlichen Leben hat. Nun sind wir in Wien von 4 Uhr ab tatsächlich der Finsternis so gut wie völlig preisgegeben; nicht bloß auf der Straße, sondern auch im privaten Haushalt wird jedermann die neuen außerordentlichen Einschränkungen auf das schwerste empfinden. Die Theater sind gesperrt, die Fabriken, Werkstätten und Geschäfte befinden sich im Notstand, es droht die Einstellung der Stadtbahn und des Personenverkehrs auf sämtlichen Bahnen, und an allen Stätten der Arbeit ist man in der Leistungsfähigkeit furchtbar eingeengt. Ebenso ist die Zufuhr der Verpflegung in Frage gestellt, und die Millionenstadt Wien hat trotz Waffenstillstandes und in nahe Aussicht gestellten Friedensschlusses die Zustände einer belagerten Festung. Es ist klar, daß die Zukunft voll Gefahren steckt, wenn sich nicht bald eine Besserung einstellt. Der Staatsrat ist bemüht, eine Wendung herbeizuführen, aber nach seinen Berichten sind wir von einem Daz umringt, der keiner besseren Regelung Raum geben will. Kohle wäre vorhanden und erreichbar, aber nirgends zeigt sich die Absicht, der Stadt Wien die notwendige Hilfe zu gewähren.

Mitteilungen des Staatsamtes für Verkehrswesen.

Das Staatsamt für Verkehrswesen teilt auf unsere Anfrage mit:

Wir sind nicht in der Lage, ein Verkehrsprogramm für die Zukunft zu machen. Das richtet sich durchaus nach den Ergebnissen der Zufuhr an Kohle. Heute ist schon der fünfte Tag, an welchem wir gar nichts erhalten haben. Vorräte sind bei den Wiener Direktionen keine vorhanden. In Linz und in Innsbruck gibt es noch geringe Waige Vorräte. Wenn nicht bald eine Besserung

No

ntk

163

Hoffnung auf erfolgreiche Verhandlungen in der Kohlenfrage.

Gespräche mit unterrichteten Persönlichkeiten.

Äußerungen des Geschäftsträgers Dr. Marek.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“)

Prag, 9. Dezember.

Der Geschäftsträger des deutschösterreichischen Staates Dr. Marek war so liebenswürdig, Ihren Korrespondenten heute zu empfangen und ihm mitzuteilen, daß seine Mission keinen politischen Charakter habe. Es handelt sich vorläufig nur darum, mit der czecho-slowakischen Regierung wegen Einleitung normaler Handelsbeziehungen in Fühlung zu treten. Er sei hieher delegiert worden, um zu sondieren, ob und unter welchen Modalitäten normale Beziehungen in die Wege geleitet werden könnten. Ist die czecho-slowakische Regierung geneigt, diese anzubahnen, so würde der Geschäftsträger in Prag verbleiben. Bei Aufnahme regelrechter diplomatischer Beziehungen wird ein Gesandter ernannt werden. Vorläufig würde Dr. Marek als Geschäftsträger des deutschösterreichischen Staates fungieren; er hat sein Bureau im Hotel Blauer Stern eingerichtet.

Äußerungen eines Mitgliedes der Abordnung.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“)

Prag, 9. Dezember.

Ihr Korrespondent hatte heute Gelegenheit, mit einem Mitgliede der Abordnung zu sprechen, die mit der czecho-slowakischen Regierung über die Frage der Kohlenbelieferung Deutschösterreichs in Verhandlung treten soll. Auf Befragen äußerte sich der Gewährsmann, daß die offiziellen Verhandlungen noch nicht begonnen haben. Es fanden bisher nur intime Pourparlers statt. Die offiziellen Verhandlungen werden heute abend oder morgen beginnen. Die Abordnung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Verhandlungen erfolgreich sein werden. Sie glaubt annehmen zu dürfen, daß die czecho-slowakische Regierung uns, soweit es in ihren Kräften steht, zu helfen bereit ist.

Die Situation am heutigen Tage.

Wien, 9. Dezember.

Am heutigen Tage ist ein allerdings geringer Einlauf an Kohle für Bahnzwecke zu verzeichnen. Eine

bestärkte Zufuhr an oberösterreichischer Kohle konnte heute noch nicht erwartet werden, da am G. D. die Mitteilung hieher kam, daß an demselben Tage mit der Verladung begonnen werden würde, so daß sich wohl erst vom morgigen Tage ab diese Verladungen spürbar machen dürften. Ueber den Einlauf in Oberberg sind keine Mitteilungen eingetroffen, die man als verlässlich ansehen kann. Wiederholt hieß es, daß sich in Oberberg eine große Anzahl von Kohlenwagen befinden, doch haben sich diese Berichte oft als unrichtig erwiesen. Gegenüber den früheren Tagen ist ein etwas besserer Einlauf an böhmischer Braunkohle zu verzeichnen. In der vorigen Woche ist drei Tage hindurch mit Ausnahme einzelner versperrter Wagen kein größeres Quantum böhmischer Braunkohle hereingekommen. Heute war ein etwas verbesserter Einlauf in Gmünd und für das Linzer, Willacher und Innsbrucker Versorgungsgebiet zu verzeichnen. Jedenfalls ist heute eine Verschlechterung nicht eingetreten, so daß man wenigstens derzeit eine weitere Drosselung des Eisenbahnverkehrs nicht besorgen muß.

Keine weitere Drosselung von Gas- und Elektrizität in dieser Woche.

Nach den heute abend im Rathause vorliegenden Meldungen sind die Kohlenvorräte für die Gas- und Elektrizitätswerke für diese Woche bei Fortdauer der jetzt geltenden Sperr- und Sparmaßnahmen ausreichend. In dieser Woche wird infolgedessen keine weitere Drosselung von Gas und Elektrizität erfolgen.

Es wird von der Gestaltung der Kohlenzufuhren in den nächsten Tagen abhängen, ob eine Verschärfung der gegenwärtig verfügbaren Verbrauchsbeschränkungen wird Platz greifen müssen.

Die Gasverbrauchsbeschränkung und die Untermieter.

Nach der letzten Einschränkung des Gasverbrauches darf die zulässige Verbrauchsmenge in privaten Haushaltungen, in welchen sich ein Kochherd für feste Brennstoffe befindet, höchstens einen Kubikmeter betragen. Die Angehörigen eines Haushaltes müssen sich also jetzt um eine Leuchtflamme abends versammeln. Verlangt die Wehrbehörde dies jedoch auch vom Untermieter und dem ihm ganz fernestehenden Vermieter, denen die Direktion der städtischen Gaswerke auch nur einen Kubikmeter zubilligt? Es ist kein Zweifel, die Behinderung des Vermieters und dessen Vermieters in der Zuweisung von Gas als einen Haushalt bedeutet eine schwere Ungerechtfertigkeit gerade für diese meist minderbemittelten und einem gestrigen Verufe obliegenden und daher um so mehr auf eine Beleuchtung zu Hause angewiesenen Bewohner Wiens. Es wäre nur billig, den Haushaltungen mit Untermietern — in denen doch zwei Lampen brennen müssen — eine angemessene Erhöhung der Verbrauchsmenge zuzusprechen.

Betriebsstellungen auf der Auffig-Teplitzer Bahn.

Aus Auffig wird berichtet: Seit der Besetzung von Bely und Duz durch die Czechen hat die Direktion der Auffig-Teplitzer Bahn wesentliche Verkehrseinschränkungen angeordnet, da die Czechen mehrfach die Geleise beschädigt haben und auf den von ihnen besetzten Bahnhöfen alles rollende Material beschlagnahmten und nach Prag sendten. Der Waggonmangel infolge der czechischen Beschlagnahmen kann die schwersten wirtschaftlichen Folgen nach sich ziehen.

Möglichkeit einer teilweisen Wiedereröffnung der Theater, Varietés und Kinos.

Wie wir vernehmen, hat der Direktorenverband ein Memorandum an den Staatsrat gelangen lassen, in dem neuerlich das Ansuchen um Wiedereröffnung der Theater gestellt wird und im Anhang dazu Sparmaßregeln in den Betrieben selbst, wie zum Beispiel Einschränkung der Lampenbeleuchtung, Schließung oder Verdunkelung der Foyers und Garderobräume usw. vorgeschlagen werden.

Der Staatsrat beschäftigte sich heute mit diesen Angelegenheiten, und es ist in Aussicht genommen, Theater, Kinos und Varietés sowie ähnliche Betriebe unter Einführung der von den Direktoren vorgeschlagenen Sparmaßregeln Ende dieser Woche wieder zu eröffnen. Die endgültige Entscheidung hängt natürlich von dem Stand der Kohlenversorgung in den nächsten Tagen ab.

Ferner hat der Staatsrat nach einem Bericht des Staatsrates Dr. v. Licht hinsichtlich einer Staatsbeihilfe und über Maß-

nahmen zum Schutze der Theaterangestellten gegen vorzeitige Kündigung und anderes Beschlüsse gefaßt.

Der Kohlenmangel und die Rückbeförderung der Heimkehrer.

Der Waffenstillstand löste eine Völlerwanderung aus, wie sie die Welt noch nie sah. Die Armeen der Mittelmächte sind, soweit sie nicht gefangen, zum Großteil heimbefördert oder heimmarschiert. Nun kommen die Emigranten und Kriegsgefangenen an die Reihe. Leider fehlt es hiezu an Kohle, Waggons und Lokomotiven. So hatten im westlichen Rußland aus der Gegend von Dwinz, Baranowicz und Molo deczno ungefähr 80.000 österreichisch-ungarische Kriegsgefangene der Heimfahrt. Weber Rußland noch wir können dies jetzt leisten.

In Bern wieder werden etwa 2000 sibirische Emigranten aus den gleichen Gründen nicht weiterbefördert, und durch Bahnunterbrechungen am Dnieber stoßt der Verkehr in die Ukraine. Die russischen Kriegsgefangenen, die aus Ungarn kommen und in die Ukraine wollen, dann ungarische Kriegsgefangene, die aus der Ukraine kommen und nach Ungarn wollen, werden von der Eisenbahndirektion in Stanislaw nicht weiterbefördert.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Die Krise der Kohlenversorgung.

Wien, 7. Dezember.

Härter als durch die schlimmsten Kriegszeiten wird das Hinterland und namentlich die Bevölkerung der Hauptstadt durch die Schwierigkeiten des Ueberganges getroffen. Das Lebensblut der modernen Wirtschaft, die Kohle, ist durch die Politik des tschechischen Staates ausgesperrt, deren Hinterhältigkeiten von den Staatssekretären der verschiedenen Ämter in der Nationalversammlung so anschaulich geschildert wurden. Die Nahrungsmittel, die hier vorhanden sind, reichen wohl noch bis zum Beginn des nächsten Jahres und die schlimmste Befürchtung schien bereits überstanden, als auch die Hoffnung auf Versorgung durch die Entente greifbarere Gestalt anzunehmen begann. Da werden wir durch die Sorge um den Nachschub der notwendigen Brennstoffe neuerlich zurückgeworfen. Die Kohlenvorräte in Wien reichen nur für wenige Tage und die neuen Zuschübe sind ganz unzureichend. Im Verbrauch von Gas und elektrischem Strom für die Beheizung und Beleuchtung der Häuser und Wohnungen, für die Zubereitung der Nahrung, für den Verkehr der Straßenbahn und für die gewerblichen Betriebe werden uns die härtesten Sparmaßregeln auferlegt, die dereinst noch späteren Geschlechtern als Wahrzeichen der höchsten Zeit abgezeichnet werden. Wien ist von der Außenwelt fast abgeschnitten, der Verkehr der Bahnen so gut wie unterbunden. Auch für diese Einschränkungen reichen die Kohlenvorräte nur auf kurze Zeit; noch viel schwerere Eingriffe werden angekündigt, wenn die Sperre der Zufuhr nicht bald behoben sein wird, die unsere Nachbarn über uns verhängt haben. Bei längerer Dauer des jetzigen Zustandes müßte die Zufuhr der Lebensmittel und die Ernährung der Bevölkerung ernstlich in Frage gestellt, die zwei Millionen Einwohner der Hauptstadt müßten in eine Hungersnot gestürzt werden, wie sie die Weltgeschichte in ihren modernen Entwicklungsphasen überhaupt noch nicht gekannt hat. Die allgemeine Empfindung des Billigen und Möglichen bäumt sich gegen eine solche Eventualität auf und erwartet die Wendung mit jedem Tage. Bisher sind wir über leere Versprechungen nicht hinausgekommen, und die Kohlenzufuhren, die in den letzten Tagen einlangten, sind ganz unzureichend. Verhandlungen sind eingeleitet, werden unausgesetzt fortgeführt, um die Kohlenzufuhre aus dem Norden zu steigern, die Durchfuhr zu sichern, Wien und Deutschösterreich vor der äußersten Krise zu schützen.

Daß die nördlichen Staaten Böhmen und Mähren vollkommen in der Lage sind, uns auszuhelfen und unsere dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, lehren die Ritzern, deren trockene Sprache ganz besonders eindringlich wirken muß. Deutschösterreich ist kein Kohlenland, ebenso wie Italien oder Spanien wird es trotz hoher industrieller Entwicklung auf die Heranziehung ausländischer Kohle immer angewiesen bleiben. Im letzten Friedensjahre wurden in unseren Gebieten 900.000 Meterzentner Steinkohle und 265 Millionen Meterzentner Braunkohle gewonnen; die letztere verteilte sich mit 612.000 Meterzentner auf Niederösterreich, mit 396 Millionen auf das Wels-Trautaler Becken in Oberösterreich, mit 105 Millionen auf das Leobener, mit 986 Millionen auf das Grazer, mit 127 Millionen auf das Klagenfurter Gebiet und mit 367.000 Meterzentner auf Tirol. Damals berechnete sich die monatliche Kohlenförderung Innerösterreichs mit 23 Millionen Meterzentner; im Kriege ist sie auf 1½ Millionen gesunken. Der Kohlenbedarf Deutschösterreichs beträgt im Jahre rund 135 Millionen, die eigene Förderung gegenwärtig 18 Millionen Meterzentner oder nur 13 Prozent des Erfordernisses. Nimmt man den Verbrauch der Bahnen für Deutschösterreich mit 20, jenen des Hausbrandes mit 14 Millionen Meterzentner an, so erscheint etwas mehr als die Hälfte dieses wichtigsten Bedarfes durch die eigene Produktion gedeckt. Solange wir die ausländischen Kohlenzufuhren entbehren, müßte die Industrie stillstehen und der allerdringendste Lebensverbrauch auf die Hälfte zurückgeschraubt werden. Für die Gaswerke besitzt die Hauptstadt geeignete Kohle überhaupt nicht, diese muß aus dem Ostirauer Becken zugeführt werden. Die Gemeindeverwaltung hatte für die Versorgung der Stadt mit elektrischer Energie große Hoffnungen auf die angekauften Gruben in Billingdorf und die dort errichtete Ueberlandzentrale gesetzt. Wien hat einen Tagesbedarf von 600.000 bis 700.000 Kilowatt; davon könnte ein Drittel aus der Billingdorfer Anlage gedeckt werden. Gegenwärtig liefert aber dieses Werk nur täglich 40.000 Kilowatt und kann wegen des Mangels geschulter Arbeitskräfte nicht ausgenützt werden. Eine seltsame Erklärung in einer Zeit, wo Hunderttausende vom Felde heimwärts fluten und das Gespenst der Arbeitslosigkeit auf der Bildfläche erscheint.

In Böhmen und Mähren wird sehr mit Unrecht darauf verwiesen, daß auch in diesen Landen die Kohlenförderung zurückgegangen ist. Das wird ja von keiner Seite bestritten. In allen österreichischen Revieren betrug die Steinkohlegewinnung im September 101 Millionen Meterzentner gegen 144 Millionen im Vorjahre und sie kann für Oktober mit 9, für November mit 8 Millionen Meterzentner veranschlagt werden. Die Braunkohlenerzeugung erreichte im September nur 16½ Millionen Meterzentner gegen 186 Millionen im gleichen Monat des Vorjahres, sie dürfte im Oktober auf 14, im November wegen der Einbrüche der Tschechen in das Brüxer Gebiet auf 12 Millionen Meterzentner gesunken sein. Allein auch diese beschränkten Kohlenmengen gestatten bei durchaus nicht allzu hart bemessenem Eigenverbrauch die Versorgung Deutschösterreichs mit dem Notwendigsten; die Abgaben brauchen auch gar nicht allzu beträchtlich zu sein, wenn nur die Durchfuhr von Kohle aus den deutschen und den polnischen Gebieten nicht ganz wider-

rechtlich behandelt werden würde. Die eigene Kohlenförderung Böhmens ist durchaus nicht andauernd im Rückgange, sondern dürfte in der nächsten Zeit einer Steigerung zugeführt werden können. Die Tschechen verfügen über zureichende Arbeitskräfte. Die tschechischen Gebiete sind mit Nahrungsmitteln gut versorgt und die Arbeiter haben, wie ausdrücklich zugegeben wird, selber mit der Leistung zurückgehalten, scheinen aber jetzt bei verkürzter Arbeitszeit entschlossen, sich voll zu betätigen. Es klingt wie blutiger Hohn, wenn erklärt wird, daß die Bahnen in Böhmen, während wir am aller-notwendigsten bitteren Mangel leiden, durch reiche Kohlenzufuhren demnächst in die Lage versetzt werden dürften, den unbeschränkten Betrieb wie vor dem Kriege wieder aufzunehmen. Das bedeutet für diese Linien einen Monatsverbrauch von 2 Millionen Meterzentner; mit einem Teile einer ohne empfindliche Verkehrsbeschränkung möglichen Erparnis könnte uns geholfen werden, wenn die Durchfuhr der schlesischen und deutschen Kohle ohne Behinderung zu uns gelangen dürfte.

Die Hoffnung ist, wenngleich bisher erst wenig erreicht wurde und für die folgende Woche noch weitere Einschränkungen drohen, doch berechtigt, daß es gelingen wird, aus dem gegenwärtigen Engpaß durch eine Verständigung über Durchfuhr und Lieferung von Kohle herauszukommen. Andererseits ist die Empfindung voll begrifflich, daß wir künftig in eine solche Notlage nicht mehr geraten dürfen, daß wir vielmehr mit allen Mitteln darauf bedacht sein müssen, die Abhängigkeit von den anderen Staaten zu mildern. Kohle, Gaskohle, Dampfkohle werden wir immer zuführen müssen dagegen können wir uns wenigstens zum Teile in Kohle für motorischen Antrieb für Fabriken und Bahnen auf eigene Füße stellen. Die Ausnützung der Wasserkraft darf nicht ein Problem ferner Zukunft bilden, sondern muß mit aller Energie sofort greifbare Wirklichkeit werden. Die Steiermark will mit größter Beschleunigung an den Bau der Untergrundbahn schreiten. Noch wichtiger als diese Vorkehrung zur Beseitigung der örtlichen Verkehrsnot ist die Ausnützung der Wasserkraft der Enns, für welche die Vorerhebungen bereits getroffen sind. Aus ihnen könnte die Energie für die elektrische Straßenbeleuchtung, für den Betrieb der Fabriken und Bahnen in Niederösterreich gewonnen und die Wiederkehr künftiger Kohlenkatastrophen verhütet werden. Italien ist noch viel ärmer an Kohlen wie Deutschösterreich, da die wenigen Schächte von Toskana im Jahre nur 9 Millionen Meterzentner schlechter Braunkohle liefern. Dennoch hat die Lombardei es verstanden, eine außerordentlich aufgeblühte Industrie und einen Teil der Bahnen mit elektrischer Energie aus den Wasserfällen am Südrand der Alpen zu betreiben, Mailand ist ganz auf Elektrizität angewiesen, im Kriege konnte die Munitionsindustrie nur auf diese Weise leistungsfähig erhalten werden. In Spanien hat das amerikanische Quarzsyndikat die Wasserkraft der Pyrenäen zum Bau mächtiger Einrichtungen für das Industriezentrum Barcelona ausgebeutet, große Pumpen und Motoren aufgestellt und hiedurch auch den Ertrag der Landwirtschaft stark gehoben. Solche Anlagen müßten als Notstandsbauten bei uns schnell in Angriff genommen werden, das aufgewendete Kapital würde nicht nur die Arbeitslosigkeit lindern, sondern auch seine zureichende Mente abwerfen. Auch die Fällung von Holz müßte noch in diesem harten Winter energisch in die Wege geleitet werden, um eine Reserve für die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung herbeizuschaffen. Auf Kohlenersparnis muß überhaupt die äußerste wirtschaftliche Entschlossenheit eingestellt sein. Petroleum kann, wenn der Friede vollkommen eingelebt ist, auf der freien Donau aus Rumänien, Rußland und Amerika in das Land geleitet werden und diese Zufuhren werden, wenn die Weltblockade gelöst ist, niemals abgeschnitten werden können. Kohlenersparnis und Anlagen werden allenthalben gesucht und in die neu aufzubauende Friedenswirtschaft eingestellt werden. Nach seiner wirtschaftlichen Konstellation ist Deutschösterreich ein Land der Kohlenarmut; in normalen Zeiten werden wir, wenn Deutschland seine Bodenschätze wieder voll anschließt, niemals drückenden Mangel leiden können, wohl aber bedingten große Kohlenzufuhren aus dem Auslande stets starke Abhängigkeiten, die mit dem Schwelge der nationalen Arbeit bezahlt werden müßten. Für ein Industrieland, wie wir es sind, ist es vom ersten Tage seines Bestandes ein Gebot höchster Dekonomie, innerhalb der Grenzen erreichbarer Möglichkeit auf Kohlenersparnis und Kohlenersparnis bedacht zu sein.